

Mario Candeias/Eva Völpel

# Plätze sichern!



## ReOrganisierung der Linken in der Krise

Zur Lernfähigkeit  
des Mosaiks  
in den USA, Spanien  
und Griechenland

Mario Candeias/Eva Völpe  
Plätze sichern!

*Mario Candeias*, Politikwissenschaftler und Ökonom, ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sein Standardwerk »Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise« erschien 2009 in einer verbesserten Neuauflage beim Argument Verlag.

*Eva Völpe*l studierte in Bonn und Berlin Geschichte, Politik und Soziologie, seit 2009 ist sie Redakteurin im Inlandsressort der taz und berichtet über die Themenfelder Arbeit und Soziales.

Mario Candeias/Eva Völpel

## **Plätze sichern!**

ReOrganisierung der Linken in der Krise

Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA,  
Spanien und Griechenland

Unter Mitwirkung von Lara Hernández und Robert Ogman



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Titelfoto: Plaza del Sol, Madrid 2011, Sergio Rozas cc by-nc  
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH  
ISBN 978-3-89965-551-3

# Inhalt

<b>Dank</b> .....	9
<b>Einleitung: Vom erfolgreichen Scheitern und der Geschichte des Subalternen</b> .....	11
<b>1. Resonanzen des Unabgeholtenen und Remaking of Class</b> .....	15
1.1 Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit und ihre Verdichtung in der Krise .....	15
1.2 Verunsicherte Handlungsfähigkeit .....	21
1.3 Von der Anomie zur Organisierung .....	30
1.4 Selbstermächtigung und erweiterte Handlungsfähigkeit .....	37
1.5 Das Prekariat als Klasse(nfraktion) im Werden.....	42
1.6 Neue (Demokratie-)Bewegungen als organischer Ausdruck des Prekariats im informationstechnologischen Kapitalismus .....	47
<b>2. Occupy Wall Street: Ereignis, Verdichtung und strategische Neuorientierungen</b> .....	57
2.1 Vom Organizing bis Wisconsin .....	57
2.2 Moment der Verdichtung – the 99% .....	61
2.3 Common Struggles – organische Kooperationen .....	64
2.4 Occupy the Hood – von den Plätzen in die Viertel .....	69
2.5 Train the 99% – Transformative organizing .....	73
2.6 Occupy Debt und Occupy Homes – vom »Symbolischen« zum »Materiellen« .....	77
2.7 Die wirkliche Demokratie auf die Ökonomie ausdehnen .....	87
2.8 Occupy Sandy .....	89
2.9 Erfolgreiche neue Knoten und Zerstreung .....	91

<b>3. Die Indignad@s des 15M: Molekulare Organisation und Radikalisierung hin zur gesellschaftlichen Mobilisierung .....</b>	<b>95</b>
3.1 Präkäre Initiativen .....	95
3.2 Das Ereignis: Impuls für die gesellschaftliche Linke .....	102
3.3 Resonanzkörper der Reorganisation .....	105
3.4 Organische Kooperation und molekulare Organisation .....	114
3.5 Spaltungen und Widersprüche .....	119
3.6 Verdichtungsprozesse:	
Die konstituierte Macht in den Blick nehmen .....	123
Exkurs: Die Coordinadora 25S: »Umzingelt den Kongress« .....	125
3.7. Erste Siege gegen die Zwangsräumungen .....	132
3.8. Strategische Unterbrechung und Transformationslinke .....	136
<b>4. Syntagma &amp; Syriza: Emergenz des Mosaiks jenseits von Vereinheitlichung und Differenz .....</b>	<b>143</b>
4.1 Risse im Modell: Neoliberale Modernisierung und die Revolte von 2008 .....	144
4.2 Wirtschaftskrise und erste Antworten: Streiks und Demonstrationen .....	149
4.3 Den Unmut im Alltag organisieren: Boykott-Bewegungen und Widerstand gegen die Privatisierungspolitik .....	155
4.4 Multiple Krisen: Kämpfe auf benachbarten Feldern .....	160
4.5 Die Empörten sind da: Platzbesetzungen und das Parlament der Ausgeschlossenen .....	162
4.6 Von den Plätzen zum Parlament: Syriza stellt die Regierungsfrage .....	170
4.7 Räume sozialer Transformation: Selbstverwaltete Solidaritätsstrukturen .....	177
4.8 Betriebsbesetzungen: Neue (Re-)Produktionsformen und Momente der Verdichtung des Widerstands .....	184
4.9 Die Perspektive: den Bruch mit der Austeritätspolitik und die Transformation im und über den Staat hinaus organisieren .....	189
4.10 Widersprüche und Herausforderungen: Griechenland zwischen Aufbruch und Niederlage .....	197

<b>5. Eine Situation schaffen, die noch nicht existiert</b> .....	205
5.1 Von der Fragmentierung der Linken zum linken Mosaik .....	205
5.2 Von der Mosaik- zur Transformationslinken .....	210
5.3 Von der verbindenden zur strategischen Partei .....	215
5.4 Occupy Lenin – Strategie und Staatsmacht .....	217
<b>6. »Wo bitte geht’s zum Winterpalast?«</b>	
<b>Transnationale Resonanzen und blockierte Transformation</b> ....	225
6.1 Blockierte Arabellion .....	226
6.2 Nach Gezi: Schwierigkeiten der Neuformierung.....	229
6.3 Die Empörung verpufft .....	230
6.4 Die Macht ergreifen, ohne die Welt zu verändern? .....	232
6.5 Effektiver Bruch – auf welcher Ebene? .....	234
<b>Literatur</b> .....	239





# Dank

»Jedes Verhältnis von »Hegemonie« ist notwendigerweise ein pädagogisches Verhältnis.«  
Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*  
(Bd. 6, H. 10/II, § 44, 1335f.)

Seit Ausbruch der großen Krise in den Jahren 2007/2008 beschäftigen wir uns am Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa Luxemburg Stiftung mit der organischen Krise des Neoliberalismus, seiner autoritären, post-demokratischen Wendung und den notwendigen Brüchen und Verschiebungen, die Widerstand ermöglichen. Wir arbeiteten an strategischen Perspektiven zur Überwindung der Fragmentierung der Linken, hin zu einer Mosaiklinken. Seit im Jahr 2011 endlich die großen Mobilisierungen folgten, stellt sich die Frage der ReOrganisierung der Linken in der Krise mit aller Deutlichkeit. Am Entstehen dieses Buches sind somit viele beteiligt, zuallererst jene, die die Mobilisierung und ihre Organisation anstießen, praktisch machten. Neben Lara und Rob, die direkt an der Arbeit zu diesem Buch mitgewirkt haben, sind wir auch der Redaktion der Zeitschrift *Luxemburg* zu Dank verpflichtet. In ihr haben wir viel Arbeit darauf verwandt, die Entwicklung der Krisenproteste zu begleiten, Aktivist\_innen selbst mit ihren strategischen Überlegungen zu Wort kommen zu lassen, mit ihnen zu diskutieren, unsere analytische und strategische Arbeit mit ihnen gemeinsam zu betreiben, in Texten, Workshops, Aktionskonferenzen – noch kein *transformative research*, aber ein kleiner Schritt in diese Richtung.

In der Luxemburg und am IfG sind viele kluge Köpfe, wir möchten hier nur einige in diesem Projekt besonders engagierte nennen: Christina Kaindl, Barbara Fried, Corinna Genschel, Tazio Müller, Conny Hildebrandt u.a.m. Ein Dank geht zudem an jene, die durch ihre Gastfreundschaft, Zeit, Diskussionsbereitschaft oder das Dolmetschen von Gesprächen in ihrem Land dieses Buch so überhaupt erst möglich gemacht haben: Chryssavgi und Katerina Daskala, Tasos Koronakis, Giorgos Chondros, Christos Giovanopoulos, Haris Konstantatos, Eleni Chatzimichali, Theodoros Paraskevopoulos, Jannis (John) Milios, Aristides Baltas, Savas Robolis, Heike Schrader, Achim Rollhäuser, Kyriaki Klokiti, Gerassimos Moschonas, Alexandra Pavlou, Dimitris Parthenis, Kostas Veniotis, Eva Babalona, Vasilis Tsapas u.a.m.

Für wichtige Hinweise danken wir Anne Steckner und Ingo Stütze. Fürs Lektorieren geht der Dank an Michaela Klingberg vom IfG und den VSA: Verlag. Für die unzähligen Abrechnungen von Reisen, Workshops etc. und ein sicheres Gefühl sind wir Uta Tackenberg verpflichtet. Gewidmet ist das Buch allen, die manchmal verzweifeln, weil nichts voran geht: sí, se puede, manchmal. Und auch wenn es scheitern sollte – umsonst ist es nie.

# Einleitung: Vom erfolgreichen Scheitern und der Geschichte des Subalternen

»... denn sie können scheitern,  
um jedes Mal besser zu scheitern«

Tom Waibel 2012, 110

Erfolgreiches Scheitern war schon immer die wichtigste Bewegungsform der Linken. Entweder weil die großen Errungenschaften in passiven Revolutionen kompromissförmig in immer entwickeltere kapitalistische Herrschafts- und Vergesellschaftungsformen integriert wurden. Oder weil vielversprechende Bewegungen und Kräfte Kämpfe verloren, gewaltsam niedergeschlagen wurden, an Dynamik einbüßten, gespalten, Teile integriert, andere marginalisiert wurden – aber doch der Versuch die Einzelnen veränderte, weitergetragen wurde, sedimentierte. »Die Geschichte der subalternen gesellschaftlichen Gruppen ist notwendigerweise bruchstückhaft und episodisch. Zweifellos gibt es in der Geschichte der Aktivität dieser Gruppen eine Tendenz zur Vereinigung, sei es auch nur auf provisorischen Ebenen, aber diese Tendenz wird durch die Initiative der herrschenden Gruppen fortwährend gebrochen.« (Gramsci, Gef. 9, 2191)

In der großen Krise seit 2007 schien den »objektiven« Verhältnissen zunächst kein »subjektiver« Faktor zu folgen. Dies verweist auf einen wenig behandelten Zusammenhang: keine kapitalismuskritische Krisentheorie ohne subjektorientierte Gesellschaftstheorie. Es kann ausgeschlossen werden, »dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden« bereiten (Gramsci, Gef. 7, 1563). Welchen Gruppen, Protestformen und gesellschaftlichen Dynamiken die Krise einen »günstigen Boden« bereitet, ist nicht beliebig, aber geschichtlich offen.

Der Blick auf die Krise greift zu kurz, wenn er mit der Hoffnung auf unmittelbaren, sichtbaren und hörbaren Widerstand der Massen verbunden wird. Wer umgekehrt in der Krise ein ungebrochenes *business as usual* im Kapitalismus ausmacht, verliert den Blick für die feinen Risse und möglichen Verschiebungen, urteilt vorschnell (Candeias 2010b, 46f.). Immer wieder kommt es, zeitlich verschoben, mit Verzögerung, zu eruptiven Re-

volten, erratischen Bewegungen, Organisation – an Orten, und auch gerade von jenen, von denen man es am wenigsten erwartet.

Ausgehend von den Impulsen der Arabellion (Candeias 2011b, 7f.) hat seit 2011 auch in Europa und den USA mit den »Empörten« und »Occupy Wall Street« endlich ein neuer Bewegungszyklus eingesetzt. Dem Beispiel der Besetzungen des Platzes der Kasbah in Tunis und des Tahrir-Platzes in Kairo folgend, schlugen die Indignad@s am 15. Mai 2011 ihre Zelte auf der Puerta del Sol in Madrid auf. Diese »Acampadas« wurden in Hunderten von Städten rund um den Globus kopiert, am spektakulärsten sicher in unmittelbarer Nähe der Wall Street, im Zuccotti-Park in New York: dem Geburtsort der Occupy-Bewegung.

So wie der globalisierungskritische Bewegungszyklus<sup>1</sup> um den Planeten ging, den Gipfeln der Mächtigen folgend, von Seattle über Genua oder Barcelona, als Hunderttausende die Erfahrung machen konnten, Teil einer transnationalen Bewegung zu sein, wiederholt der Zyklus der neuen (Demokratie-)Bewegungen unter veränderten Bedingungen eine transnationale Ansteckung, erzeugt Resonanzen in völlig verschiedenen Kontexten. Sie folgt nicht den internationalen Verhandlungszyklen, ist selbst kaum international organisiert. Die Mobilisierung basiert auf lokalen Besonderheiten, ist vor Ort oft stärker organisiert, als es die globalisierungskritische Bewegung war, ist in vielen Ländern über die linken Kreise hinaus stärker in breiten Teilen der Bevölkerung verankert. Sie lernt transnational, verweist aufeinander, nutzt dieselben Symbole und Methodologien, aber jeweils lokal und der Zeit angepasst. Emblematisch spiegelt sich dies in den Camps und ihren direktdemokratischen Vergesellschaftungsformen wider.

Zu Recht warnten Jens Kastner und viele andere vor einer trügerischen Euphorie: »Die neoliberale Hegemonie ist ungebrochen« (2012, 81). Das ist

---

<sup>1</sup> Mit der Schwäche der internationalen Organisationen und transnationalen Treffen der Mächtigen von der WTO bis zur G8 erschöpfte sich auch die globalisierungskritische Bewegung der Bewegungen bzw. ihre Praxis des symbolischen Widerstandes von Gipfel zu Gipfel sowie der bunten Treffen des Austausches auf den Sozialforen – frühzeitig scheiterte das Sozialforum in Deutschland, später in Europa, und auch das Weltsozialforum schaffte bislang keine Erneuerung. Die neuen Bewegungen sind kaum präsent, die Verbindung der Diskurse der globalen Linken mit den regionalen Debatten am jeweiligen Ort der Treffen bleibt ungenügend, und strategisch herrscht im Angesicht der Krise des Neoliberalismus Ratlosigkeit: Wie kann durchgesetzt werden, was auf den Foren diskutiert und als verbindende Position zumindest in Ansätzen erfahrbar wird?

sicher eine Überdehnung des Hegemoniebegriffs (Candeias 2011c, 152f.). Die Vervielfältigung der Proteste und die Formierung übergreifender Bewegung, ohne dass die Regierenden die Krise effektiv zu bearbeiten in der Lage wären, spricht für etwas anderes: Seine *vorantreibende* gesellschaftliche Funktion hat der Neoliberalismus verloren. Die Versprechen wurden gebrochen. Die aktive Zustimmung der Bevölkerung ist brüchig geworden. Es mangelt an ausreichend Expansions- und Entwicklungsmöglichkeiten, um in den kapitalistischen Metropolen sowohl den Akkumulationsbedürfnissen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung nach Verbesserung ihrer Lage oder zumindest nach Perspektive nachzukommen. Doch ein passiver Konsens hat bislang mangels sichtbarer und durchsetzungsfähiger Alternativen Bestand. Die verheerenden Kürzungspolitiken werden autoritär durchgesetzt. Das heißt, die Neoliberalen sitzen – nicht zuletzt in Deutschland – fest im Sattel und bauen in Europa (mit dem Fiskalpakt) und den USA (mit der Blockade des Kongresses durch die Republikaner) ihre institutionelle Macht aus, nicht zuletzt dank der strukturellen Macht des Finanzkapitals.<sup>2</sup> Ihre Position mag – in Anlehnung an Gramsci (Gef. 2, 354) – keine »führende« mehr sein, aber nach wie vor eine »herrschende« (Candeias 2009a, 9).

Insofern gilt dennoch Kastners Mahnung, »die strukturelle Schwäche« der Bewegungen zu erkennen: »Plätze erobern, aber sie nicht halten können.« (2012, 81) Diese Form der Organisierung konnte nicht auf Dauer gestellt werden. Mit der Räumung der zentralen Camps in New York, Madrid und fast überall schien das vorzeitige Ende der Bewegung gekommen. Angesichts der ungünstigen Bedingungen und übermächtigen Gegner wäre nichts anderes zu erwarten gewesen. Das Überraschende ist, dass sie noch existieren, überdauern, sich reorganisieren, *lernen*. Im Folgenden sollen Lernprozesse und strategische Neuorientierungen untersucht werden. Um ihre Dynamik, Zusammensetzung und Organisationsformen zu verstehen, bedarf es der Kenntnis ihrer Vorgeschichte und ihrer Artikulation mit anderen Organisationen und Bewegungen der Subalternen. Es wurde eine Dynamik ausgelöst, die weniger als »neue soziale Bewegung« im schlechtsoziologisch abgrenzbaren Sinne (gegen Atomkraft oder für bessere Studienbedingungen) bezeichnet werden kann, denn als *gesellschaftliche Mobilisierung*. Im Zentrum steht weniger die Entwicklung bestimmter sozialer

---

<sup>2</sup> Finanzkapital verstanden als spezifische Verbindung und Verhältnis von zinstragendem und mehrwertschöpfendem Kapital.

Bewegungen, sondern die Neuformierung des Feldes der gesamten gesellschaftlichen Linken, in einem »molekularen, äußerst feinen Prozess« mit zahlreichen Verästelungen (Gramsci, Gef. 5, 1051).<sup>3</sup> Jede gesellschaftliche oder politische Strömung agiert vermittelt eines Feldes unterschiedlichster Organisationen (Kaindl/Rilling 2011, 18). »Analysen, die lediglich einige Akteure der gesellschaftlichen Linken betrachten, würden der Inklusivität dieses andauernden Prozesses gesellschaftlicher Veränderung nicht gerecht werden.« (Juberias u.a. 2012, 127) Der »tiefe gesellschaftliche Impuls« ergreift auch »die Parteien und Gewerkschaften, die auf einmal intensive Debatten führen und ihr Verhalten ändern« (130). Subalternität wird produziert, wenn das eigene Denken nicht erlaubt zu sehen, dass nicht nur die eigene Organisation oder Organisationsform zählt, sondern der »ganze aktive gesellschaftliche Block« (Gramsci, Gef. 7, 1774). Es geht in Anlehnung an Gramsci um die *gesellschaftliche* Partei und ihre ReOrganisation.

---

<sup>3</sup> Zitate, sofern nicht anders angegeben, aus Interviews, Workshops und teilnehmenden Beobachtungen aus dem RLS-Projekt »Strategische Neuorientierungen und molekulare Organisation. Occupy, Indignad@s, Syntagma und die Emergenz des Mosaiks«. Da zahlreiche, am Institut für Gesellschaftsanalyse gewonnene Ergebnisse bereits veröffentlicht wurden, verweisen wir direkt auf die entsprechende Publikation.

# 1. Resonanzen des Unabgeholtenen und Remaking of Class

Die Krisen treffen auf ganz unterschiedliche gesellschaftliche Bedingungen und eröffnen unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten für Protest. Meist setzen die Proteste an konkreten und akuten Problemen des Lebens an und beziehen sich nur in Ausnahmefällen auf »die Krise« im Allgemeinen. Unterschiedliche Ereignisse können als *trigger* bzw. Auslöser für Proteste wirken. In Tunesien war es die Selbstverbrennung eines jungen, akademisch gebildeten Arbeitslosen – vor dem Hintergrund steigender Lebensmittelpreise. Solche Proteste können *Resonanzen* auch in völlig anders gearteten Verhältnissen auslösen, Widerstand inspirieren. Tunesien war unmittelbar Vorbild für die Besetzung des Tahrir-Platzes in Ägypten. Und es war eine Inspiration für die Empörung der Bewegung des 15. Mai und später für Occupy.

Die Wahrnehmung, die Proteste kämen aus dem Nichts, ist falsch. Sie verdankt sich einem ungenauen Blick, oft von den Medien gestützt, dem vorausgegangene Mobilisierungen und Organisationen verborgen bleiben. Wie alte und neue Mobilisierungsformen ineinandergreifen, umgruppiert werden und spontan neu zusammenfinden, ist zum Verständnis der Proteste zentral. Vorangegangen waren dieser Reorganisation in allen Ländern lange Erfahrungen einer Verallgemeinerung von Prekarisierung.

## 1.1 Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit und ihre Verdichtung in der Krise

Verunsicherung und Erschöpfung sind die Rückseite neoliberaler Anrufung von Eigenverantwortung und fortschreitender Flexibilisierung. Sie sind das Ergebnis von über 30 Jahren Verallgemeinerung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Unter dem Druck von Globalisierung und Liberalisierung konnte die Stellung der Gewerkschaften zurückgedrängt werden. Die verschärfte Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten trifft auf eine Flexibilisierung und Individualisierung von Arbeitsverhältnissen, die gemeinsame (Klassen)Positionen



auflöst. Die massive Ausweitung eines Niedriglohnsektors ermöglicht die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt – allerdings zu schlechten Bedingungen. So genannte Workfare-Reformen (wie die Agenda 2010) erzwingen dies auch: Sie relativieren in fast allen Industriestaaten das Recht auf ein staatlich garantiertes armutsfestes Existenzminimum und binden seine Einlösung an Pflichten: Fordern statt Fördern. In diesen prekären Bereichen ist der größte Teil der Lebenszeit davon geprägt, an die Beschaffung eines Jobs, an die Organisation der Zeit zu denken, daran, wie man mit dem Geld auskommen könnte, wo noch etwas zu sparen, wo noch etwas hinzuzuverdienen wäre etc. Es reicht in der Regel kaum für das Notwendigste. Schon für eine halbwegs akzeptable Wohnung muss größtenteils deutlich mehr als die Hälfte der Einkommen gezahlt werden. Um zu überleben, füllen die *working poor* häufig mehrere Jobs aus – wo das Geld nicht ausreicht, stocken staatliche Stellen die Löhne auf das Existenzminimum auf. Dies alles gilt auch für andere Formen prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen wie Leiharbeit mit erzwungener Mobilität oder Solo-Selbstständigkeit. Entsprechend sind längst nicht nur formal »niedrig« qualifizierte Arbeitskräfte betroffen, sondern auch Facharbeiter\_innen und Hochqualifizierte. Nicht zuletzt unter jungen Akademikerinnen und Akademikern ist das Niveau der Prekarität hoch.

Mit dem Einsatz von Leiharbeit, unbezahlten Praktika oder Projektarbeit wiederum wird Druck auf die vermeintlich sicheren Kernbelegschaften ausgeübt: Waren prekäre Randbelegschaften zunächst erwünschter Flexibilisierungspuffer, schleicht sich ein diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit ein, da sich die Externen in kurzer Zeit als mindestens ebenso leistungsfähig, flexibler, gefügiger und v.a. billiger erweisen. Ihre Präsenz wirkt disziplinierend. Letztlich sind in den Jahren vor der Krise auch die Verhältnisse der unbefristet Festangestellten unsicher geworden. Die permanenten Angriffe von Kapitaleseite, selbst in den Hochburgen gewerkschaftlicher Organisation, z.B. den Großunternehmen der Automobilindustrie in Deutschland, haben quasi allen Arbeitsverhältnissen nur noch temporäre Gültigkeit verliehen: Die mühsam ausgehandelten Beschäftigungsgarantien, meist gegen Lohnverzicht und längere Arbeitszeiten, gelten für wenige Jahre, d.h. nur solange sich die Lage des Unternehmens nicht verändert. Oft haben diese Beschäftigungsgarantien nur ein paar Monate Bestand. Die Angst lähmt. Mit zunehmendem Alter wird die Prekarität schwerer zu tragen. Gelingt es bis Mitte 30 noch mit der Kurzfristigkeit der Jobs umzugehen, etwas Neues zu finden, wird dies mit Mitte 40 schwierig. Wer mit Mitte 50 aus dem al-

ten Job herausfällt, hat größte Schwierigkeiten, eine feste Anstellung zu bekommen. Dann droht der Abstieg. Das produziert Stress, der sich auch in die Familien hinein trägt.

In den USA sind die Reallöhne über die letzten 30 Jahre gefallen, in der Bundesrepublik stagnieren sie – im Niedriglohnsektor allerdings fielen die Löhne zwischen den Jahren 2000 und 2010 im Schnitt um über 20%, teilweise um bis zu 30%. Der Versuch, das Niveau des Lebensstandards zu halten, oder erhöhte Anforderungen für Weiterbildung, steigende Gesundheitskosten, Gebühren für die Bildung der Kinder, zunehmende Wohn- und Energiekosten führen in Ländern wie den USA, Irland oder Spanien (auch bei z.T. steigenden Lohnniveaus) zu einer rasant steigenden Überschuldung der Haushalte – billige Kredite machen es möglich.

Darüber hinaus kommt es durch die Intensivierung der Arbeit in allen Bereichen zu massiver Überforderung: durch mehrere, flexibel zu kombinierende Jobs bei Niedriglöhner\_innen, die dennoch kaum für das Notwendigste ausreichen; durch Anziehen der Produktivitätsschraube und Arbeitsverdichtung von Seiten der Unternehmen in der Automobilindustrie, Krankenhäusern oder bei Pflegediensten; durch Entgrenzung der Arbeitszeit bei hoch autonomen Beschäftigungsformen im Kreativ- oder IT-Bereich, die angesichts überbordender Anforderungen und individualisierter Konkurrenzverhältnisse zu »Selbstaussaugung« führen.

Auch die Kybertarier,<sup>4</sup> selbst Kinder des Neoliberalismus, müssen erkennen, dass die Versprechen gebrochen wurden. Die Anrufung, »man selbst zu werden« (Ehrenberg 2004), Eigenverantwortung zu übernehmen und selbstbestimmt zu arbeiten und zu leben, widerspricht den realen Möglichkeiten: Die zunehmende Prekarisierung erneuert ein Regime des Marktes, dessen disziplinierende Wirkung durch Internalisierung in die Subjekte verlegt wird. Eingezwängt in fremdbestimmte, betrieblich kontrollierte Gren-

---

<sup>4</sup> Kybertariat? So bezeichnet Ursula Huws (2002; 2003) eine »global army of workers«, deren »Arbeit das Prozessieren von Informationen« umfasst. Sie fragt, »ob sie möglicherweise eine gemeinsame Klasse bilden, die in den meisten orthodox soziologischen Taxonomien von Klasse nicht vorgesehen« ist (Ursula Huws's Blog, 25.9.2010). Ganz grob handelt es sich um eine Gruppe hochqualifizierter, flexibler, in Projektarbeit beschäftigter Individuen, die den alten Habitus des Arbeiters abgelegt haben, gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, deren Tätigkeiten durch die Bedienung/Beherrschung von I&K-Technologien geprägt sind (Candeias 2012b, HKWM Bd. 8).

zen beschränkt sich die Autonomie auf einen engen Bereich des für die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens Förderlichen oder am Markt Wertbaren. Prekarität und Innovation werden im ideologischen Bild des kreativen »Computernerds« oder der »Künstler« als Zwillinge aufgerufen – von öffentlichen Ideologen wie oft auch den »Betroffenen« selbst. Solange der häufige Wechsel der Position oder Stelle, auch zwischen Arbeitslosigkeit, Selbständigkeit, Beschäftigung, subjektiv als Chance wahrgenommen wird, als Im-Spiel-Bleiben, die Hoffnung erhalten wird, obwohl es sich in der Regel nur um »mehrdeutige Seitwärtsbewegungen« (Sennett 2000, 112) handelt, wird daran festgehalten. Doch die weitgehende Flexibilisierung durch permanente Veränderung, ungesicherte Beschäftigung und freiberufliche bzw. selbstständige Existenzen produziert eine allgemeine Prekarisierung von Arbeit und Leben: frei, flexibel, fertig von der Arbeit. Das ist selbst für »postmaterialistische Postanarchisten« zu viel. Das Kybertariat ist erschöpft – schließlich ist die Prekarisierung neben den formal Geringqualifizierten am höchsten bei den formal Hochqualifizierten (weniger etwa bei Facharbeiter\_innen). Und in postdemokratischen Krisenzeiten des autoritären Neoliberalismus gibt es auch kaum noch etwas wirklich mitzubestimmen: Die Meinung darf man wohl äußern, entscheiden nicht.

»Jeder Zweite klagt über Stress, jeder Dritte hat das Gefühl, sich zerreißen zu müssen. [...] Fast jeder kennt einen Kollegen mit Burn-out, egal ob Wirtschaftsprüfer oder Automechaniker« oder Arbeitslose – so lauten Ergebnisse einer Studie von Financial Times Deutschland und GfK e.V. (Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung) (FTD, 9.11.2012, 31). Die Intensivierung der Arbeit steigert die Reproduktionserfordernisse: Erholungszeiten, Weiterbildungsanforderungen, logistische Herausforderungen im familiären und sozialen Alltag; gleichzeitig verkürzen erhöhte zeitliche Ansprüche der Erwerbsarbeit die verfügbare Zeit für die Reproduktion von eigener und neuer Arbeitskraft. Beides muss in immer kürzerer Zeit geleistet werden und setzt die Betroffenen einem gesteigerten zeitlichen Stress aus. Insbesondere bei Frauen geht – trotz häufiger Teilzeitarbeit – die reale Arbeitszeit inklusive der notwendigen Erziehungs- und Hausarbeit häufig deutlich über 70 Stunden in der Woche hinaus, hoch flexibel im Zeitmanagement zwischen Job, Schule, Kita, Zuhause und den Großeltern, die ab und zu helfen. Die Ausdünnung (und Verteuerung) öffentlicher Dienstleistungen verschärft das Problem. Die Verdichtung der Arbeit in Bereichen wie Gesundheit oder Bildung führt zudem zu sinkender Qualität der Leistungen. Folge: Zuerst wird die eigene Reproduktion vernachlässigt, dann

die nötigen Erziehungs- und Sorgearbeiten, und schließlich ist auch die Arbeitsleistung bedroht: Erschöpfungssyndrome sind Allgemeingut geworden. Perspektive? Unklar. Für die Einzelnen ist die »Krise« der Reproduktion seit langem Alltag.<sup>5</sup>

Dieser lange Prozess molekularer (vielerorts ablaufender, langsamer, nicht unmittelbar sichtbarer) Verallgemeinerung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse im Sinne wachsender Probleme individueller Reproduktion wird durch die große Krise seit 2007 verschärft. Organische Krisen bedrohen auch zuvor handlungsfähige Individuen und Gruppen mit dem Verlust von Orientierung und Handlungsfähigkeit. Wird restriktive Handlungsfähigkeit durch gesellschaftliche Brüche und Krisen oder durch die Herrschenden infrage gestellt, kann Bewegung entstehen – geprägt von räumlichen Ungleichzeitigkeiten.

In den USA verdichten sich die Probleme der *working poor*, der Millionen ohne ausreichenden Gesundheitsschutz, der Perspektivlosigkeit der hoch ausgebildeten Kinder der bedrohten »Mittelklasse« ohne Jobperspektive (vgl. Ehrenreich 2006) und der enormen Ungleichheit mit Ausbruch der Hypothekenkrise: Die Überschuldung bei Hausbesitzer\_innen, Student\_innen und Konsument\_innen schlägt um in Massenarmut, Zwangsräumungen, Pfändungen. Die individuellen Reproduktionsbedingungen brechen weg. Dies ist der Boden, auf dem Unzufriedenheit und Scham angesichts der skandalösen Rettung der Finanzinstitute sich zur Wut entwickeln und sich bei Teilen der Bevölkerung in politisches Engagement übersetzt – und zur Mobilisierung von Occupy Wall Street geführt hat.

Ähnlich zuvor in Spanien: Dort sind bereits seit 2003 ca. 90% aller neu geschaffenen Arbeitsplätze prekäre Jobs. Bezahlbare Mietwohnungen sind vor allem in Großstädten nicht mehr vorhanden – entweder heißt es auch im Alter von 30 Jahren noch zuhause zu wohnen oder Wohneigentum auch ohne Eigenkapital auf Kredit zu erwerben. Eine rudimentäre Sozialversicherung führt bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit schnell zu enormen Kosten für die Betroffenen. Um überhaupt Zeit für die Arbeit zu finden, müssen Eltern Kosten für die Kindertagesstätte in Höhe von 400 bis 600 Euro pro Monat schultern. Mit dem Platzen der Immobilien- und Finanzblase werden auch die (fiktiven) Werte der Immobilien zerstört. Steigende Zinsen überfordern die überschuldeten Haushalte. Krise und extreme Kürzungspolitiken führen zu Massenarbeitslosigkeit und einer massiven Ein-

---

<sup>5</sup> Zu subjektiven Auswirkungen und Handlungsfähigkeit vgl. Candeias 2008a.

schränkung der sozialen Infrastrukturen. Der Zusammenbruch individueller Reproduktionsperspektiven führt zur Mobilisierung der Indignad@s. Vergleichbar entwickelt sich die Lage in Griechenland.

Bekanntermaßen zeigt auch die Entwicklung in Nordafrika – obwohl unter gänzlich anderen Bedingungen – durchaus Parallelen: Eine zunehmend höher ausgebildete Klasse junger Lohnabhängiger bzw. im informellen Sektor Tätiger hat über moderne Medien und ein vielfältiges Warenangebot Zugang zu anderen Lebens- und Konsumstilen gefunden, ohne diese selbst leben zu können. Ohne Jobs, ohne Perspektiven, ohne demokratische Ausdrucksmöglichkeiten verdichtet sich die Unzufriedenheit, als selbst eine armselige Reproduktion aufgrund steigender Lebensmittel- und Benzinpreise gefährdet scheint. Die Selbstverbrennung eines akademisch ausgebildeten Gemüsehändlers gab den Anstoß für die Arabellion, die wiederum den Impuls gab für die Indignad@s und Occupy.

Auch in der Bundesrepublik war vor der Krise das Gefühl verbreitet, so könne es nicht weitergehen mit Prekarisierung, Arbeitsintensivierung und Austrocknung der sozialen Infrastrukturen. Doch ist vieles bereits in den letzten zehn Jahren vorweggenommen, was in Südeuropa nunmehr krisenhaft durchgesetzt wird. Zudem sind Krisenkorporatismus und -management in Deutschland vergleichsweise erfolgreich. Zugleich wirken Krise und Angst vor Arbeitslosigkeit disziplinierend (vgl. Candeias 2011b). Der rasche Wiederanstieg der Exporte (v.a. nach China) stützt die Konjunktur. Nach der Sicherung von Jobs durch Kurzarbeitergeld wurden auch die über 400.000 zuvor entlassenen Leiharbeiterinnen wieder eingestellt. Neue Jobs werden geschaffen, auch wenn zwei Drittel davon prekär sind. Tariflöhne steigen wieder, wenn auch nur nominal – d.h. die Realloehneinkommen stagnieren. Auch gesellschaftliche, familiäre oder individuelle Reproduktionserfordernisse werden weiter systematisch vernachlässigt. Krisenpolitik ist dabei vor allem patriarchale Politik: Rettung von Banken und vorwiegend männlichen Industriearbeitsplätzen, nicht aber von Dienstleistungsjobs, keine Investitionen in öffentliche Leistungen und Sorgearbeit. Und die nicht mehr aushaltbare Intensivierung der Arbeit? Es wird weiter verdichtet, und Beschäftigte versuchen durchzuhalten – alles scheint besser als Krise und Arbeitslosigkeit. Krisenproteste bleiben bislang marginal. Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung, die besondere Position der deutschen Ökonomie verhindert bislang eine Verdichtung der Krise.

## 1.2 Verunsicherte Handlungsfähigkeit

Der kritischen Soziologie fällt es nach wie vor schwer, neben dem *unmaking* auch das *remaking of class*, die Neuzusammensetzung der Klassen, zu verstehen, das Prekariat als aktiv zu begreifen. »Das Prekariat ist eine Art unmöglicher Gruppe, deren Geburt notwendigerweise unvollendet bleibt«, es »verharrt im Zustand eines einfachen zusammengesetzten Konglomerats«, so die Schlussfolgerung Loïc Wacquants (2007, 405). »Die Gesellschaft zerfällt« in Lebenslagen, die von den Einzelnen »als so instabil erlebt werden, dass keine dauerhafte Identifikation mit einer Rolle und Gruppe mehr gelingt« (Lessenich/Nullmeier 2006, 18). Hier sieht Franz Schultheis das »radikal Neue« der sich zuspitzenden sozialen Frage: »Der schrittweise Abbau sozialer Sicherung [...] trifft nunmehr hochgradig individualisierte Individuen, die dem kalten Wind einer radikalen Marktvergesellschaftung schutzlos ausgeliefert sind, weil ihr Habitus [...] an ein Mindestmaß an Schutz [...] gewöhnt ist« (2005, 583). Ein solcher Blick auf das Prekariat sieht in den Umbrüchen nur Verelendung und Zersetzung und wird dadurch blind für die Entstehung von Neuem und Widerständigem. Dieser Blick ist einem analytischen Standpunkt geschuldet, der von »außen« und von »oben« mit Maßstäben der Vergangenheit misst und so die Neuzusammensetzung der Klassen verfehlt.

Wir richten den Blick zurück auf die Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit aus der Perspektive der Subjekte. Die Prekarisierung betrifft alle Lohnabhängigen, allerdings in unterschiedlicher Weise und von unterschiedlichen Niveaus ausgehend. Im Folgenden werden vier exemplarische Beispiele vorgestellt.

### Die alleinerziehende Verkäuferin

Christina ist Ende Dreißig, unverheiratet, alleinerziehende Mutter eines Kindes, ausgebildete Schneiderin und arbeitslos, da sie keine Arbeit fand, die ihren Lebensunterhalt deckt und zugleich die Versorgung ihres Kindes ermöglicht. Doch im Zuge der so genannten Hartz-Reformen wird das Recht auf ein staatlich garantiertes armutsfestes Existenzminimum relativiert und seine Einlösung an Pflichten gebunden. Deren Ziel ist die Motivation von Arbeit unterhalb der alten »Normarbeitsverhältnisse«: »Die sind jetzt netter im Jobcenter, aber du bekommst immer vermittelt, dass du dich mehr anstrengen musst, dass du was falsch machst, es an mir liegt. Und wenn ich nicht dauernd beweise, wie ich mich bemühe, drohen sie mir,

Leistungen zu kürzen – aber ganz freundlich und du darfst dich nie aufregen, bloß nicht. Da wird auch ein mieser Job wieder attraktiv, aber soll ich jetzt putzen gehen? Habe ich kein Recht auf einen vernünftigen Job, von dem ich leben kann?»

Christina findet eine Stelle als Verkäuferin, zunächst sozialversicherungs-frei auf 400 Euro-Basis, dann immerhin für 30 Stunden in der Woche – also eine »lange Teilzeit«-Stelle an fünf Tagen pro Woche, befristet. Der Lohn ist so gering, dass sie zusätzlich »ergänzende Leistungen zum Lebensunterhalt« bezieht – sie ist eine der 1,3 Mio. so genannten Aufstocker\_innen, die trotz Arbeit staatliche Unterstützung erhalten (DGB, zit. n. FR v. 5.1.2008), um wenigstens das nicht einmal armutsfeste Existenzminimum zu erreichen, eine staatlich verwaltete *working poor* – »für das Bisschen zusätzliches Geld muss man sich aber dauernd rechtfertigen und alles bloßlegen; die verursachen einen Wahnsinnsaufwand und dann stimmen die Bescheide oft nicht«. Will sie ihr Recht erlangen, muss sie Widersprüche einlegen und ggf. vors Sozialgericht gehen, wie so viele. »Aber wer hat die Zeit dafür?« Nach eigener Auskunft arbeitet Christina, Erziehungs- und Hausarbeit eingerechnet, 70 Stunden in der Woche. »Der Stress macht dich platt, zwischen der Chefin, die dauernd antreibt, und den vielen Kunden, die an mir ziehen ... wie soll man da noch freundlich und aufmerksam bleiben? Auch die Kolleg\_innen sind überlastet, da kann man sich auch gegenseitig kaum helfen, darunter leidet das Betriebsklima. Und am Ende denkt jede, man schafft den eigenen Anspruch nicht, ich bringe nicht genügend Leistung.« Der gerade im Dienstleistungsbereich notwendige affektive Aspekt wird untergraben, die Leistung qualitativ hochwertiger Arbeit erschwert – die Folge sind Stress, Dequalifikation und eben niedrige Löhne, begründet durch das von den Unternehmen selbst produzierte niedrige Leistungsniveau.

Auch vonseiten des Managements wird Christina ständig der geringe Wert ihrer Arbeit vermittelt. Personalführung erfolgt mit Druck, die Betonung der Arbeitspflichten bei Dethematisierung der sozialen und der Arbeitsrechte soll von vornherein das Selbstwertgefühl der Arbeiter\_innen treffen und potenziellen Widerstand oder Aufmüpfigkeit unterbinden. Es geht gar nicht darum, »ob jemand seine Arbeit gut macht«, stattdessen wird »Unterwürfigkeit verlangt«. Diese Art des Vorgehens ist keineswegs nur auf schlechtes Management zurückzuführen. Die Verkennung bzw. Enttennung der durchaus vorhandenen Qualifikationen und Leistungen der Beschäftigten ist funktional. Deren Anerkennung würde die Zahlung der

Niedrigstlöhne erschweren, das Selbstwertgefühl und die Ansprüche der Beschäftigten auf soziale Rechte stärken. »Du brauchst nur kurz darauf hinzuweisen, dass du gewisse Rechte hast, zur Pause zu gehen, Dienstplanänderungen rechtzeitig angekündigt zu bekommen, oder dass ich nicht für das Putzen im Lager zuständig bin, schon bist du auf dem Kieker.« Entsprechend werden Organisationsversuche etwa zur Gründung eines Betriebsrates mit Drohungen und subtilen Strafen, Versetzung etc. beantwortet. Tarifrecht ist hier seiner Bedeutung enthoben – nur noch eine institutionelle Hülle, die zwar gilt, aber leer bleibt, weil der Anspruch individuell kaum eingelöst werden kann. Niedriglohn erfordert dabei, damit die Arbeitskräfte auch billig bleiben, in gewissem Sinne die kruden, autoritär-paternalistischen Ausbeutungsverhältnisse – oftmals auf Kosten der Produktivität. Die Schwierigkeit, von den erarbeiteten Lohneinkünften ein Leben oberhalb der Armutsgrenze zu bestreiten, stellt Christina vor Zerreißproben.

Das Einkommen von nahezu 50% der alleinerziehenden Frauen in Deutschland (ebenso wie in Großbritannien) liegt unterhalb oder an der Grenze des Existenzminimums. Die Armutsberichte der Bundesregierung belegen immer wieder den dramatischen Anstieg der Armut von Familien bzw. alleinstehenden Frauen mit Kindern. Kinder gelten im Alltagsdiskurs mehr und mehr als Armutsrisiko. Die prekären und flexibilisierten Arbeitsverhältnisse sind anstrengend. Zugleich bleibt weniger Zeit für Familie(narbeit), kaum Kraft für Weiterbildung, kaum Motivation, um soziale Kontakte zu halten. Die Reproduktion von eigener und neuer Arbeitskraft muss in immer kürzerer Zeit geleistet werden und setzt die Betroffenen einem gesteigerten zeitlichen Stress aus. Der größte Teil der Lebenszeit ist davon geprägt, an die Beschaffung eines Jobs, an die Organisation der Zeit zu denken, daran, wie man mit dem Geld auskommen könnte, wo noch etwas zu sparen, wo noch etwas hinzuzuverdienen wäre etc. Es reicht in der Regel kaum für das Notwendigste. Schon für eine halbwegs akzeptable Wohnung muss größtenteils deutlich mehr als die Hälfte der Einkommen gezahlt werden. Die Wohnverhältnisse sind oft deprimierend und eng, lange Anfahrtswege zur Arbeit inklusive. An Luxusgüter, Auslandsurlaub oder vielfältige kulturelle Aktivitäten vom Essengehen bis zum Konzert ist ohnehin meist nicht zu denken, auch deshalb gewinnt der Fernseher so oft an Bedeutung.

Doch nicht Armut an sich, sondern das Gefühl der Bedrohung, zunehmende Einschränkungen und realer Abstieg lösen Krisen aus, führen zu Spannungen. Sind die Probleme vorübergehender Natur und werden ge-



meinsam bewältigt, stellt sich ein positiver Effekt hinsichtlich sozialer Bindungen ein. Über einen längeren Zeitraum jedoch wirkt die Unsicherheit zersetzend auf soziale Bindungen. Unter diesem Druck wird es auch immer schwieriger, z.B. Kindern jene Aufmerksamkeit und Hilfe zu bieten, die sie für die Entwicklung von Fähigkeiten und Wissen benötigen. Auch Beziehungen mit Männern zerbrachen Christina regelmäßig unter diesem Druck, zuletzt mit Marco, der als Leiharbeiter »relativ gut verdiente, wenn er Arbeit hatte«, nur dann nie zu Hause war: Mit dieser erzwungenen Mobilität, »da war er mir keine Hilfe. Wir konnten auch kein richtiges Familienleben aufbauen, immer wenn wir uns aneinander gewöhnt hatten, war er wieder weg. Und wenn er da war, waren wir eigentlich immer kaputt«. Nachdem die Familie im Prozess der Etablierung des doppelt freien Lohnarbeiters »zwar ihre ›produktiven‹ Funktionen eingebüßt hat«, ihre reproduktiven jedoch zunächst bewahrte (Meillassoux 1975, 9), verliert sie auch diese im Zeitalter des Neoliberalismus zusehends. Eine Krise der Reproduktion, der weder mit den »ergänzenden Leistungen« noch mit zusätzlichen Betreuungsmöglichkeiten beizukommen ist.

### **Die Solo-Selbständige**

Emilia, Anfang 40, ebenfalls unverheiratet, ein Kind, ist Produzentin beim italienischen Fernsehen. Allerdings gehört sie nicht zum Kern der Festangestellten, sondern arbeitet auf Projektbasis, mal für den einen, mal für den anderen Sender. Oft ist es aber nur ein bestimmter Sender, d.h. wenn Aufträge anderer ausbleiben, wird sie faktisch zur Scheinselbständigen. Nach der Babypause war die Selbständigkeit für sie ein Ausweg aus der Arbeitslosigkeit und gab ihr die Hoffnung, darüber eine Festanstellung zu erlangen – diese Hoffnung hat sie inzwischen aufgegeben. Der Trend geht zum Out-, nicht zum In-Sourcing. Jetzt genießt sie den hohen Grad von Autonomie, den sie in ihrer Arbeit hat, die Möglichkeiten zur Selbstorganisation, »keinen Chef zu haben« und selbst die Verantwortung zu tragen. Sie bedauert aber, dass sie zugleich nicht richtig in die wechselnden Teams integriert ist, keine stabilen Kooperationsverhältnisse zu Kollegen aufbauen kann. Stattdessen muss sie ungezählte Stunden für »relationale Tätigkeiten« (Bologna 2006, 10), für die Abstimmung mit Auftraggebern und festangestellten Kollegen, für das Knüpfen von Geschäftsbeziehungen aufbringen, unbezahlt – für sie unproduktive Komponenten des Arbeitstages. Ihre Arbeitszeit kann Emilia selbst bestimmen, faktisch resultiert daraus aber ein schrankenloser Arbeitstag. »Ich arbeite eigentlich immer und habe doch immer das Ge-

fühl, es ist nicht genug.« Um Reproduktions- und Erwerbsarbeit überhaupt zu schaffen, nimmt sie für die Kinderbetreuung die Hilfe einer illegalisierten Migrantin aus Argentinien in Anspruch. »Die hat ja gar keine Rechte hier, nicht einmal krank darf sie werden.« Daher zahlt Emilia ihr mehr als üblich, aber viel ist es nicht für ein Leben in Mailand. »Ich muss sehr genau kalkulieren, denn die Festkosten für Telefon, Computer, Versicherungsschutz usw. habe ich immer, Einnahmen nicht. Da muss ich vorsorgen.« Das Arbeiten auf eigene Rechnung gibt ihr dennoch ein gutes Gefühl, die Honorare, die sie erhält, beinhalten jedoch nicht mehr den entsprechenden Sozialversicherungsschutz des Staates. Aus der Vergütung ihrer Arbeit erwachsen keine Ansprüche gegenüber dem Staat zum Schutze der sozialen Rechte, vielmehr bleibt umgekehrt nur eine Verpflichtung ihrerseits gegenüber dem Staat, nämlich die Zahlung von Steuern, im voraus. Emilia ist nicht mehr von einem ›Arbeitgeber‹ abhängig, als kleines Ein-Personen-Unternehmen aber vollständig einer schwankenden Marktnachfrage ausgeliefert. »Zwar kann mir keiner mehr sagen, was und wie ich etwas zu tun habe, aber der Druck ist immer noch da, nur schwerer zu fassen«, apersonale Zwänge des Marktes sind schwerer zu bekämpfen. Und Auftraggeber haben auch keine sozialen Fürsorgepflichten, wie sie für klassische ›Arbeitgeber‹ noch gelten. Stark individualisiert stehen Christina die alten kollektiven Kampfformen gewerkschaftlicher Organisierung und des Streiks nicht mehr zur Verfügung. Ihre Arbeitsbedingungen unterliegen einem weniger verrechtlichten System von Bestimmungen (kein Arbeits-, kein Tarifrecht, kein Sozialversicherungsschutz). Gleichzeitig ist sie bei der Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber Auftraggebern, die in Zahlungsverzug geraten – was regelmäßig der Fall ist – auf die rechtliche Auseinandersetzung beschränkt. Ihr finanzielles Polster ist jedoch dünn, die Einnahmen unregelmäßig. Verzögert sich eine Zahlung, muss sie sich verschulden, der spätere Abbau der Schulden gelingt ihr nicht wirklich, sodass sich immer größere Belastungen aufbauen. Wesentliche soziale Rechte und Errungenschaften der abhängigen Lohnarbeit sind ihr als prekär Selbständiger verloren gegangen: »praktisch habe ich gar keine Rechte, keine Sicherheiten mehr, Eigenverantwortung ... davon habe ich nun mehr als genug«.

Nun stehen wieder Einsparungen beim Sender bevor, davor hat sie Angst, denn »so etwas wie Kündigungsschutz gibt es ja nicht. Das Schlimmste ist diese Ungewissheit, nie zu wissen, wie es morgen weiter geht ... Wenn der Druck wieder zu groß ist, rufe ich meine Therapeutin an, die ich mir aber nicht immer leisten kann«. Aber sie hat auch einen »Freiheitssinn« entwi-

ckelt, eine Haltung, die weniger Akzeptanz gegenüber Fremdbestimmung, Kontrolle oder Regeln transportiert: »Ich bin selbstbestimmter, trotz alledem. Ich bin auch flexibler, kann in wichtigen Momenten bei meinem Kind sein, auch wenn insgesamt weniger Zeit bleibt, ist die Zeit besser genutzt ... meistens ..., manchmal ... doch.« Das Begehren weniger entfremdeter Arbeitsweisen, nach der Verbindung von Arbeit und Leben rückt wieder in den Vordergrund. Die Schwierigkeit besteht darin, den kollektiven Sinn dieser Transformation zu bestimmen, Solidarität und Autonomie zu verbinden (Bologna 2006, 23; Candeias 2008b).

### **Der Migrant dritter Generation**

Ibrahim ist Franzose, wie er betont, Mitte 20, seine Großeltern stammen aus Algerien. Er lebt bei den Eltern oder bei Freunden in Saint Denis, einer der so genannten Pariser Banlieues. Er ist eigentlich arbeitslos, »aber nicht wirklich«, da er vielfältigen Gelegenheitsjobs im informellen Sektor nachgeht. Dabei gehört er immer noch der Mehrheit derjenigen im Viertel an, die einen Schulabschluss erwerben konnten. Über familiäre Beziehungen hat er sogar eine Berufsausbildung als Bürokaufmann begonnen. Leider hat er sie nicht zu Ende gebracht: »Schon in der Schule wurde einem klar gemacht, dass man eigentlich keine Chance auf einen Job hat, zu faul sei, keine Manieren habe. Wozu bläuten sie uns dann dieses nutzlose Wissen der Bleichgesichter«, der weißen Franzosen, ein? In der Ausbildung war der Druck gesellschaftlicher Zurichtung noch größer. Ohne Unterstützung beim Lernen und den Rückhalt der Kumpel aus der Schule wurde er »immer zappliger. Ich konnte nicht den ganzen Tag im Büro sitzen, wie ein Mädchen, immer diszipliniert. Ich hätte das sowieso nicht geschafft«. Später begann er seine »Karriere« im informellen Sektor, »aber nichts Illegales«. Das ging eine Weile gut, er war zuverlässig und schnell, erwarb neues Selbstbewusstsein. Doch in den letzten Jahren nahm der Druck im Viertel zu, es gab mehr Gangs und Drogendealer, Freunde wollten ihn in illegale Geschäfte einbeziehen, »aber das war nicht das Problem, damit konnte ich umgehen, denn ich wollte nicht in den Knast, wie all die anderen«. Als problematischer empfand er die Verdächtigungen von Sozialämtern und Polizei: »Klar habe ich schwarz gearbeitet, was ich halt gekriegt habe, aber auf dem Amt gingen sie immer davon aus, dass ich illegale Sachen laufen habe, weil ich nur unregelmäßig kam, dabei war mir immer schlecht, wenn ich aufs Amt musste. Ich ging nur, wenn's nicht anders ging. Aber die haben mir nichts mehr gegeben, wenn ich nicht beweisen konnte, wovon

ich denn sonst gelebt habe. Als ich mich aufregte, haben sie mich rausgeschmissen.« Das Recht auf die Sicherung des Existenzminimums wurde ihm verwehrt, weil er seinen ›Mitwirkungspflichten‹ nicht nachkam. Schlimmer noch empfand er die Verpolzeilichung des Alltags, »man wird an jeder Ecke kontrolliert oder muss damit rechnen. Mein Kumpel ist weiß und dealt. Der macht das, weil er auch keinen Job bekommt, mit *der* Adresse. Aber der wird nicht kontrolliert. Man muss richtig aufpassen, wenn es wieder abgeht, dass sie nicht zufällig mich greifen und mir eins überziehen, schließlich sehen wir ›Afrikaner‹ alle gleich aus.« Tatsächlich wurde er bereits Opfer einer rüden Festnahme, mit Schlägen in Bauch und Unterleib. Nach einer Nacht im Gefängnis wurde er ohne weitere Erklärung entlassen, »die haben sich nicht mal entschuldigt, das macht wütend«. Elementare Bürger- und Sozialrechte werden Ibrahim vorenthalten.

»Ich wollte raus aus dem Viertel, hab mich aufgerafft, ordentliche Klammotten gekauft.« Eine Tante half ihm bei den zahllosen Bewerbungen. »Ein paar Mal bin ich sogar eingeladen worden. Aber es heißt immer, tut uns leid, wir würden ihnen gern etwas anbieten, aber wir müssen uns auf die Zuverlässigkeit unserer Mitarbeiter verlassen können. Die Lücken in meinem Lebenslauf und meine Herkunft sind da ein Unsicherheitsfaktor ... von wegen wir sind alle Franzosen und keiner wird diskriminiert«. Die alltägliche Diskriminierung bei gleichzeitiger Entnennung der Ungleichheit, des ›Andersseins‹, führt zu einem tiefen Misstrauen gegenüber der französischen Mehrheitsgesellschaft und gegenüber allen staatlichen Institutionen, von der Schule bis zur Polizei – »die dienen alle der Kontrolle, die wollen uns kontrollieren, weil sie Angst vor uns haben, aber wovor eigentlich?« Während soziale Rechte auf Gleichbehandlung, Bildung, Arbeit und Einkommen, v.a. auf eine Perspektive, eingeschränkt werden, reagiert die damalige Regierung unter Präsident Sarkozy mit einer Verschärfung des Strafrechts für Minderjährige und Wiederholungstäter. Alternativ werden subkulturelle und deviante, individuelle und kollektive Überlebensstrategien entwickelt. Dabei wird die von außen kommende, abwertende Zuschreibung der Banlieues und ihrer Bewohner zunächst reproduziert, wird Teil der Identität, verfestigt Minderwertigkeitsgefühle, die sich v.a. bei jungen Männern in affektiven Reaktionen, Vandalismus, brutaler Sprache usw. zeitweise entladen – eine Gegenkultur, die Widerständigkeit artikuliert und zugleich Diskriminierung reproduziert. Auch untereinander scheint der Alltag zunehmend geprägt von Kriminalität, Gewalt und Misstrauen. Dass Ibrahim nicht aufgab, verdankt er dem Rückhalt der Familie

und seiner Freundin, einer Illegalisierten aus Marokko. Sie schlagen sich durch. »Wie lange ich das durchhalte ... keine Ahnung... Ich hätte gern eine Familie, einen Job, ganz einfache Dinge, aber das habe ich fast aufgegeben ... einfach durchkommen ...«

### **Der hochqualifizierte ›Normalarbeiter‹**

Bobby ist Anfang 40, verheiratet, hat zwei Kinder und lebt in einem kleinen Haus am Stadtrand. Er arbeitet bei einem Hightech-Unternehmen im Maschinenbau, hat sich als Facharbeiter immer weiter qualifiziert. Der Chef attestierte ihm Ingenieurniveau. Er wurde Gruppensprecher und dann Betriebsrat für die IG Metall. Doch die Gewerkschaft und Betriebsräte sind »in vielen Bereichen nicht mehr handlungsfähig«. Unter dem Druck der Globalisierung, von Verlagerungs- und Schließungsdrohungen und vor dem Hintergrund der Verbetrieblung industrieller Beziehungen stellen Unternehmen nicht nur in Krisenfällen unzählige Anträge auf Abweichungen vom Flächentarifvertrag – Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkungen, Kürzungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Abschlüsse auf Tariferhöhungen für x Jahre etc. – kurz: Es geht nicht mehr nur um das Abweichen in Ausnahmefällen, sondern um die nachhaltige Verschiebung der Verteilungsverhältnisse und Anpassung der Arbeitsbedingungen nach ›unten‹. Scheibchenweise Zugeständnisse an Unternehmensinteressen zu leisten, mithin die sozialverträgliche Organisation der Restrukturierung zu übernehmen, kann aber nicht fortgesetzt als erfolgreiche gewerkschaftliche Politik »verkauft« werden.

Bobby erlebt die Erosion »tariflicher Haltegriffe«. Das Aktionsfeld Flächentarif wird kleiner, weil Unternehmen aus dem Flächentarif flüchten oder so genannte Öffnungsklauseln interessenpolitische Rückschritte verallgemeinern. So trifft der Druck auf die Tarife nicht länger nur die prekären Randbelegschaften oder kleine und mittelständische Betriebe. Der Angriff erfolgt in den letzten Jahren in den Hochburgen gewerkschaftlicher Organisation, also bei Opel, Daimler, VW oder eben in Bobbys Maschinenbauunternehmen. Der Flächentarif verändert seine Funktion: Früher galt er noch als eine Art Mindestnorm, die in betrieblichen Vereinbarungen überschritten werden konnte, eben bei den großen Unternehmen, wo man immer noch etwas drauflegen konnte. Diese Funktion als tarifliche Haltelinie hat der Flächentarif inzwischen vielerorts eingebüßt. Flächentarife sind heute eher eine ›Höchstnorm‹, die in der Regel in betrieblichen Vereinbarungen und Bündnissen heruntergehandelt wird. Immer mehr Regelungs-

bereiche wachsen auf diese Weise der betrieblichen Ebene zu. Unter dem Druck der Abwanderungsdrohung oder der Keule der Wettbewerbsfähigkeit agieren viele Betriebsräte mit dem Rücken zur Wand, machen Konzessionen, die sie in den Gegensatz zu Gewerkschaftspositionen treiben, um »Schlimmeres zu verhindern«.

Trotz positiver wirtschaftlicher Ergebnisse drohte Bobbys Maschinenbauunternehmen nach diversen Restrukturierungswellen das Aus. Die Konzernleitung wollte Kosten in Höhe von 200 Mio. Euro einsparen. Zu diesem Zweck sollten unterschiedliche Produktionsbereiche konzentriert, andere aufgegeben bzw. verlagert werden. Fast zwei Drittel der Beschäftigten sollten entlassen werden. Dabei war nur sechs Monate zuvor ein Interessenausgleich zur Standortsicherung zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat vertraglich vereinbart worden, der »herbe Zugeständnisse« von den Beschäftigten abforderte. Nun wurden weitere, noch heftigere Einschnitte gefordert. Eigentumsordnung und Betriebsverfassungsgesetz beschränken jedoch von jeher die Handlungsmöglichkeiten von Gewerkschaften bei drohenden Betriebsschließungen oder Verlagerungen. Im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes »tritt der Betriebsrat auf den Plan und verhandelt den Interessenausgleich«.

Ergebnis ist ein Sozialplan, der über betriebsverfassungsrechtliche Mechanismen abgewickelt wird, ohne Streikrecht, ohne Möglichkeit, die Beschäftigten zu mobilisieren, Gegenwehr zu organisieren. Quasi wird allen Arbeitsverhältnissen nur noch zeitweilige Gültigkeit verliehen: die mühsam ausgehandelten Beschäftigungsgarantien, meist gegen Lohnverzicht und längere Arbeitszeiten, gelten für wenige Jahre und auch nur soweit sich die Lage des Unternehmens nicht verändert haben sollte. Oft haben diese Beschäftigungsgarantien nur ein paar Monate Bestand, trotz der massiven Zugeständnisse (Hauer 2004; Candeias/Röttger 2007). Was heißt dann noch sichere Beschäftigung, fragt sich Bobby. »Auch unbefristete Jobs werden mehr und mehr prekär. Vor allem die Angst lähmt und macht die Leute kaputt, v.a. seit Hartz IV. Schon Ende 40 findest du doch kaum noch Jobs und dann droht der Abstieg. Das setzt die Kollegen richtig unter Stress, das geht rein bis in die Familien.«

### 1.3 Von der Anomie zur Organisierung

Die individuelle Bearbeitung der Widersprüche überwiegt, die Prekären scheinen unfähig, die »kollektive Natur des Dilemmas anzuerkennen« (Wacquant 2004, 165), es dominieren soziale Desintegration, Spaltung und Entsolidarisierung (Candeias 2007). Aber in den Schilderungen wurde bereits die hohe Aktivität der Prekären sichtbar: Sie befinden sich in einer Art Schwebelage – sie haben den Anschluss an die vermeintliche Normalität noch immer vor Augen und müssen alle Energien mobilisieren, um den Sprung vielleicht doch noch zu schaffen. Andererseits sind permanente Anstrengungen nötig, um einen dauerhaften sozialen Abstieg zu vermeiden. Die »modernen Prekari« haben daher »keine Reserven, kein Ruhekissen« (Dörre 2005, 254), sind aktiv bis an oder über die Grenzen des psycho-physisch Leistbaren hinaus.

Dennoch dominiert die mediale Wahrnehmung des Prekariats als apathisch und inaktiv hingegenommene Verwahrlosung – das Bild des »Penner« auf der Parkbank. Ungleichheitsforscher wie Robert Castel verstärken diese Sicht ungewollt, wenn sie bei Prekären allgemein eine Tendenz zum »Sich-Einrichten« verzeichnen, einen »Realismus der Hoffnungslosigkeit«, der Abschied nimmt von Versuchen zur Reintegration, sich passiv-resignativ damit abfindet (einschließlich sporadischer Gewaltausbrüche mit selbstzerstörerischen Merkmalen). Solche Beobachtungen sind zum Teil zutreffend, beschreiben Phänomene sozialer Desintegration des alten fordistischen Modells der Arbeit und sozialer Integration. Zugleich reproduzieren sie den Blick auf die Betroffenen von »oben«, neigen zur tendenziellen Entsubjektivierung der Betroffenen als Handelnde in den Verhältnissen. Sie sind taub für die Sprache der Subalternen, verdammen diese zum Schweigen. Dieses »Schweigen zu vermessen« (Spivak 1988, 55), haben wir in einem ersten Schritt exemplarisch versucht. In einem zweiten Schritt gilt es die Aufmerksamkeit auf widerständige Praxen zu lenken. Gegen die Sicht einer anomien Nicht-Klasse von Marginalisierten sprechen v.a. international vermehrt anzutreffende Phänomene der Selbstorganisierung von informellen Netzwerken bis zu zahlreichen politischen Organisationsformen.

Denn auch unter den Prekarierten (oder gerade unter ihnen) regt sich Widerstand. Ken Loach zeigt in seinem Film *Brot und Rosen* (2000) exemplarisch den Streik der Putzfrauen und anderer, v.a. migrantischer Niedriglöhner\_innen und seine Folgen für die auf ihre Arbeit angewiesenen Banken und Unternehmen in Los Angeles. Immer wieder gelingt es vermeintlich

apathischen Gruppen, wie illegalisierten migrantischen Landarbeiter\_innen, Bauarbeiter\_innen, Reinigungskräften, Teilzeitverkäufer\_innen, auch transnationalen Konzernen beachtliche Konzessionen abzurufen.

Die Organisationsformen sind vielfältig: Die schon fast totgesagten *living-wage*-Kampagnen in den USA seit Beginn der 1990er Jahre haben 2006 unter dem Motto »Let Justice Roll« eine Mobilisierung erreicht, die lokale Zusammenhänge wirksam überschreitet: Mehr als 80 Arbeiter- und Community-Organisationen schlossen sich zusammen und konnten während der Wahlen zum Kongress 2006 Referenden für Mindestlöhne in sechs Bundesstaaten starten (in Arizona, Colorado, Missouri, Montana, Nevada, Ohio). Kurz zuvor hatten die illegalisierten Migrant\_innen in den USA v.a. in Kalifornien Millionen zu Demonstrationen auf die Straße gebracht und damit eine zumindest begrenzte Verschiebung in der Wahrnehmung ihres Beitrages für die US-Ökonomie erreicht. Zusammen mit den Organizing-Kampagnen von Gewerkschaften und Gemeinden und ihrer zunehmend antagonistischen Positionierung gegenüber verschärfter kapitalistischer Ausbeutung von Arbeitskräften, kann von zunehmender Anomie und Desorganisation keine Rede sein.

Auch diesseits des Atlantiks finden sich vielfältigste Organisationsformen: die grenzüberschreitenden »Euromärsche gegen Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung«, von Prekären gegründete Gewerkschaften für Prekäre in Italien, die vielen »Anti-Hartz-Bündnisse«, Arbeitsloseninitiativen oder »Call-Center-Initiativen« in Deutschland sowie grenzüberschreitende Netzwerke von Hausarbeiter\_innen und Migrant\_innen wie *respect*, *Mujeres sin rostro*, die *Sans-Papiers*, Künstlerinitiativen wie den *Intermittands* und autonome Forschungsgruppen von Frauen wie die *Pre-carias a la deriva* etc.

Es ist ein Teil eben jener Prekären – nicht nur der Hochqualifizierten –, die besonders aktiv am Aufbau einer globalisierungskritischen Bewegung der Bewegungen mitwirken und neue Formen des Protestes hervorbringen. Künstler und Medienschaffende arbeiten mit Programmierern und Sozialwissenschaftlern transnational an einer Erneuerung der Ästhetik des Protestes, an neuen Vermittlungsformen der Kritik, an der Verbindung von politischer, künstlerischer und technologischer Praxis in vielfältigsten Gruppen und Organisationen: von den Euromayday-Paraden, über Gruppen, die Protest, Reflexion, Service und Performance verbinden, wie der Migrantenorganisation MAIZ, die auch ganz »irdische« Hilfestellung bei Arbeitsstreitigkeiten, Aufenthaltsrecht oder Gewalterfahrung anbietet.



Viele dieser Initiativen verebhten, einige aber konnten kleine Verbesserungen durchsetzen. Sie alle aber transportierten Erfahrungen. Diese gilt es sichtbar zu machen und systematisch auszuwerten. Sie sprechen gegen die Vorstellung einer »radikal individualisierten Erwerbsgesellschaft«, wie sie sich Neoliberale vorstellen, in der »gleichsam jeder zum Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft wird« und »(Klassen)Solidaritäten ebenso wie Betriebsräte eher hinderlich« sind (Bonß 2000, 378). Eine polarisierte neoliberale Ökonomie erzeugt vielmehr neue Klassenspaltungen, die in vielfältiger Weise gebrochen werden und sich mit anderen gesellschaftlichen Spaltungslinien entlang von Nationalitäten, Ethnien, Geschlecht etc. überlagern. »Bilder einer klassenlosen Gesellschaft«, so Richard Sennett, können also »auch dazu dienen, tiefere Unterschiede zu verhüllen« (2000, 97) und neue Formen gemeinschaftlicher Reorganisation und gesellschaftlicher Solidarität nicht sichtbar werden zu lassen, die über Formen restriktiver Handlungsfähigkeit hinaus auf gemeinsam erweiterte Handlungsfähigkeit zielen.

Dieses Sichtbarmachen wird auch von kritischen Soziologen durch einen theoretischen Ansatz mit strukturalistischem Erbe verstellt: Wenn z.B. Robert Castel (2000) oder Loïc Wacquant (2004 und 2007) Veränderungen und Verschiebungen im Handeln der Subjekte zwar denkbar werden lassen, betonen sie doch vor allem die Zwänge, Lähmungen und Blockaden sowie die Abgrenzungs- und Abwertungskämpfe untereinander (Distinktionskämpfe). Somit neigen sie unfreiwillig zu einer »konservativen Weltanschauung«, die ihren »Ursprung zweifelsohne im Durkheim'schen Begriff der Anomie hat«, so Fabien Jobard (2004, 321). Anomie meint hier Zersetzung des sozialen Zusammenhalts, fehlende gesellschaftliche Integration, Abwesenheit kollektiver Handlungsperspektiven.

Insbesondere Castel fällt in einen hermetischen Determinismus zurück, wenn er Bourdieu so interpretiert, »dass am Anfang der Zwang steht, dass die Gesellschaft aus einem Zwang hervorgegangen ist und sie zuallererst aus Zwängen besteht« (2003, 348). Prekarisierung wirkt dann als Zersetzung des sozialen Gewebes (Anomie) und führt zur Konzentration der vereinzelt Überflüssigen in Räumen des Ausschlusses (z.B. den Banlieues). »Dort beruhen die gesellschaftlichen Beziehungen auf einer tiefen Anomie« ohne gemeinsame Erfahrung, »die folglich nur zu Einzelereignissen führt; dort wirkt dann die [physische wie symbolische] Gewalt immer individuell und wenn in irgendeiner Weise kollektiv, dann auf der Basis klein-krimineller Erscheinungsformen; dort werden die üblichen gesellschaft-

lichen Verhältnisse außer Kraft gesetzt« (Jobard 2004, 321). Das Prekariat erscheint als Ansammlung zielloser Existenzen. Die Analyse beschränkt sich auf die Erklärung, warum sich an solchen Orten oder in solchen Gruppen nichts Politisches formieren kann.

Organisierung gerät zur unmöglichen Vorstellung in einem ›Regime der Angst‹: Menschen, »die sich in prekärer Lage befinden, lassen sich kaum mobilisieren, da sie in ihrer Fähigkeit, Zukunftsprojekte zu entwerfen, beeinträchtigt sind« (Bourdieu 1998, 98). Unweigerlich fragt man sich, wie es zur Entstehung der Arbeiterbewegung kommen konnte (vgl. Thompson 1987).

Die Entstehung einer Arbeitslosenbewegung erscheint Bourdieu denn auch als unwahrscheinliches »gesellschaftliches Wunder« (103). Denn jenseits sozialer Ungleichheiten und Machtdifferenzen gibt es kein Verständnis von gesellschaftlichen Widersprüchen. Daraus folgt dann politischer Voluntarismus, der unermüdlich das ›Trotzdem‹ predigt: Statt die realen Brüche und Verschiebungen unter die Lupe zu nehmen, soll staatliche Stellvertreterpolitik es richten. Da gesellschaftliche Bewegung als »Wunder« erscheint, wird die Hoffnung auf oder der Appell an ein abwesendes Subjekt gerichtet, *die* Intellektuellen, *den* Staat. Eine solche Sicht kann den Prozess des Übergangs von individueller zu kollektiver Handlungsfähigkeit begrifflich nicht fassen.

Unter Handlungsfähigkeit verstehen kritisch-psychologische Ansätze ein widersprüchliches Ensemble von Handlungsmöglichkeiten und -behinderungen innerhalb sich wandelnder gesellschaftlicher Verhältnisse. Diese Widersprüchlichkeit verlangt vom Subjekt *Orientierungshandlungen* (Markard 2001, 1176). Das Subjekt kann dabei sein Handeln sowohl anpassend als auch widerständig orientieren. *Restriktive Handlungsfähigkeit* meint sich anpassendes, flexibles und zugleich beschränkt gestaltendes Handeln, das sich einen gewissen Handlungsspielraum *innerhalb* der herrschenden Verhältnisse erobert. Widerständiges Handeln erobert neue Räume, indem sich die Grenzen über das bislang Mögliche hinaus verschieben lassen. Dies kann nur gemeinsam mit anderen stattfinden; dann können die Subjekte *erweiterte oder verallgemeinerte Handlungsfähigkeit* erringen. Oftmals muss das Subjekt beides – Anpassung und Widerstand – in je spezifischer Weise leisten, um in den Widersprüchen nicht zerrissen zu werden. In jedem Fall nimmt das Subjekt aktiv Einfluss auf seine je unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten, an die angeknüpft werden kann (Candeias 2004, 33). Die Orientierung auf Handlungsfähigkeit bedeutet zugleich ein anderes Verständnis

von Politik. Kollektive Organisierung wird von den Subjekten nur motiviert betrieben und mit Leidenschaft verfolgt, wenn nicht nur stellvertretend ihre Interessen vertreten werden, ihr Wohlstand verbessert wird, sondern echte Partizipation und Teilhabe an den wesentlichen Entscheidungen zugleich die individuellen Handlungsmöglichkeiten erweitert.

Wacquant stellt zumindest die Frage, wie man das »Gefühl einer geteilten Lage« schmiedet und »gemeinsame Handlungsziele« formuliert werden, »wenn sich der wirtschaftliche Druck und die soziale Not« so »außergewöhnlich disparat« auswirken (2007, 405). Eine widerständige Praxis zur Erweiterung von Handlungsfähigkeit muss dabei keineswegs erst »von Null auf« erfunden werden. Sie findet sich bereits in der (oft wenig sichtbaren) Alltagspraxis und im »bizarr zusammengesetzten« Alltagsverstand (Gramsci, Gef. 6, 1376).

Bewusste wie unbewusste Momente – Erkenntnis, Erfahrungen, Gefühle, Motivation etc. – gehen in den Habitus der Subjekte ein. Dieser ist nicht durch die (objektiven) Bedingungen vorbestimmt, sondern wird von den Subjekten im Handlungsprozess gebildet. Dabei spielt Erfahrungswissen eine wichtige Rolle: Erst aus real gesammelten *Erfahrungen* in ganz unterschiedlichen Bereichen kann Handlungsfähigkeit erwachsen.<sup>6</sup> Sie sind strukturiert durch Erwartungen, Normen, Werte, Moralvorstellungen, Zwänge – »kurz durch die herrschende Kultur, aber sie enthalten ebenso das widerständige Moment gegenkultureller Aktivität« (Haug 1991, 16), an das sich anschließen lässt. Erfahrungen gehen einher mit spezifischen Gefühlen. Diese *Emotionalität* ist, entgegen bürgerlichen Vorstellungen einer von Erkenntnissen und Handlungen abgekoppelten Innerlichkeit, die »Voraussetzung für eine adäquate kognitive Abbildung der Welt« (Holzkamp 1987, 16): Gemeinsames Erleben und auch Erleiden sind eine wesentliche Grundlage für kollektive Widerständigkeit. Ein weiteres wichtigstes Moment, um an Elemente widerständiger Praxen anzuknüpfen, ist die zugrundeliegende *Motivation* der Subjekte. Mangelnde Motivation und fehlendes Bewusstsein der Prekären wird (auch von links) häufig als wesentliches Hindernis betrachtet, um die eigene Lage selbstverantwortlich zu verbessern, bzw. um den strukturellen Zwängen organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Doch ist Motivation keineswegs eine bloß individuell psychische Angelegenheit. Ein Ziel kann nur dann motiviert verfolgt wer-

---

<sup>6</sup> *Erfahrungen* hier auch verstanden als »gelebte Praxen mit der Erinnerung an eine selbstgebaute Identität« (F. Haug 1991, 16).

den, »wenn ich vorwegnehmen kann, dass in der Realisierung des Ziels ich selber ein Stück Erweiterung meiner Lebensmöglichkeiten, also Verbesserung meiner Lebensqualität erreiche« (ebd.). Das heißt, die Subjekte sind von der Vorstellung getragen, ein Stückchen mehr über die Bedingungen ihres Lebens bestimmen, ihren persönlichen Einfluss darauf erweitern zu können (Bedingungsverfügung). Die Organisation in den alten Formen politischer Repräsentation, die Teilnahme an Wahlen, die Mitgliedschaft in Gewerkschaften oder Parteien etc. ist offenbar kein solcher Weg mehr. Insofern überrascht die Zunahme der »hoffnungslos und illusionslos Unzufriedenen« nicht (Schmid/Bös 2010, 116), ebenso wenig wie das »Passiv-Bleiben« (Dörre u.a. 2009, 565) der Beschäftigten, angesichts der Erfahrungen betrieblicher Kämpfe in den letzten Jahren.

Der Verzicht auf die Erweiterung von Verfügungsmöglichkeiten geschieht vor dem Hintergrund subjektiver Einschätzungen. Des Arrangements mit den Herrschenden kann man sich nie sicher sein. Angst ist eine »permanente Hintergrundqualität restriktiver Emotionalität« (Holzkamp 1983, 406). Sie befördert Gefühle von Individualisierung, Verdrängung und Mystifizierung (vgl. Holzkamp in Markard 2009, 194ff.) – die ggf. auf »Banker«, »Asylanten« und »Arbeitslose« projiziert werden. Demgegenüber ist die Erweiterung der eigenen Verfügung über Bedingungen mit dem Risiko verbunden, mit den Herrschaftsinstanzen in Konflikt zu geraten. Insofern muss sich jeder individuell stets in einem Widerspruch bewegen, »zwischen der Erweiterung der Lebensmöglichkeiten und der Vorwegnahme des Risikos des Verlusts der Handlungsfähigkeit durch die Herrschenden« (Holzkamp 1987, 16f.) – durch Arbeits- und Sozialverwaltungen, Schulbehörden, alltägliche Kontrolle und polizeiliche Überwachung sowie die »kleinen Unteroffiziere« (Marx) des Kapitals in Person oftmals nicht gerade üppig entlohnter Abteilungsleiter und Vorarbeiter mit ihren kruden Management- und Gängelmethoden. Insofern liegt es nahe, sich mit einer beschränkten Handlungsfähigkeit im Rahmen der bestehenden Verhältnisse zufrieden zu geben. Das heißt, »quasi eine Art von Arrangement mit den jeweils Herrschenden in einer Weise zu treffen, dass man an deren Macht so weit teilhat, oder zumindest deren Bedrohung so weit neutralisiert, dass man in diesem Rahmen noch einen bestimmten Bereich an freiem Raum« hat (Holzkamp 1987, 17). Um innerhalb der gegebenen Verhältnisse eine gewisse Handlungsfähigkeit zu erlangen, bedarf es nicht nur der unmittelbar einsichtigen Ausstattung mit Kapital bzw. Geld, beruflicher Qualifikation und Bildung, gesellschaftlichem Status, sozialen Beziehungen und

Gesundheit, sondern auch besagten Orientierungshandelns und entsprechender Erkenntnismittel: Die Beherrschten zollen den sie benachteiligenden Machtverhältnissen dabei eine »abgepresste Anerkennung«, weil und indem sie nur über die Erkenntnismittel verfügen, die sie mit den Herrschenden teilen, und diese Erkenntnismittel »nichts anderes als die inkorporierte Form des Herrschaftsverhältnisses sind« (Bourdieu 1997, 164). Von besonderer Bedeutung ist dabei der Erwerb spezifischer Fähigkeiten, vor allem der Sprache, in Schule und anderen Institutionen des Bildungssystems. Die Schule oder die Universität z.B. lehren wichtige Fähigkeiten, »aber in Formen, die die Unterwerfung unter die herrschende Ideologie oder die Beherrschung ihrer ›Praxis‹ sichern« (Althusser 1977, 112). Das ›oder‹ markiert dabei eine entscheidende Differenz. Je mehr spezifische Fähigkeiten entwickelt werden, desto mehr wird aus der von außen aufgezwungenen Unterordnung eine Beherrschung der Praxis, ein *savoir faire* (ebd.). Das heißt, je erfolgreicher die Subjekte dank erworbener Erkenntnismittel in den herrschenden Verhältnissen bestehen können, desto vollständiger ihre Subjektivation: Aneignung, Verinnerlichung, aktive Zustimmung zum Bestehenden.

Wir würden allerdings erneut im Strukturalismus einer quasi selbsttätigen Wiederherstellung bzw. Stabilisierung der Verhältnisse landen, wenn es dabei bliebe. Denn was ist mit all jenen, die eben nicht an jener Macht zur Beherrschung der Verhältnisse teilhaben, deren prekäre alltägliche Situation mehr Bedrohung als Stabilität bedeutet? Sie sind oft nicht einmal mehr beschränkt handlungsfähig. Subalternität als restriktive Handlungsfähigkeit wird »in eine Krise versetzt« (Spivak 2008, 124). Die Zersetzung oder Auflösung ihrer Handlungsfähigkeit kann in der Tat in anomische Zustände übergehen, Verdrängung und psychische oder physische Krankheiten hervorrufen. Doch zugleich kann sich bei ihnen das widersprüchliche Spannungsverhältnis zwischen dem Risiko des Verlusts von Handlungsfähigkeit und der Notwendigkeit einer aktiven Erweiterung der Handlungs- und Lebensmöglichkeiten auch zugunsten letzterer verschieben. Protest kann zum Ventil werden: Die Angst weicht, die Gewalt der prozessierenden Krise raubt die Sicherheiten. Durch Störung unhinterfragter gesellschaftlicher Abläufe und massenhafte Verunsicherung individueller Denk- und Handlungsformen besteht die *Möglichkeit*, die gesamtgesellschaftliche Dimension der eigenen Existenz *begreifen* zu können. Perspektivverschiebungen stärken potenziell die Fähigkeit, unmittelbare Interessen und Ängste zurückzustellen, um sich für eine mittel- bis längerfristige Verbesserung der

eigenen und gemeinsam erlebten Situation einzusetzen. Bedrohliche Reaktionen werden eher in Kauf genommen bzw. über solidarische Praxen abgefedert. Solidarität und Protest sind dann im wohlverstandenen Eigeninteresse subjektiv funktional: weil mit der Verfügungserweiterung auch die Möglichkeit verbunden ist, die Existenzbedrohung abzuwehren. Das Verlassen von erworbenen Positionen, Verlernen von Eingebühtem sind nun gefragt – ein Vorgang, der im engen Sinne *persönliche* Krisen der gesellschaftlichen Individuen einschließt.

Bourdieu selbst legte durch kritische Interventionen hierfür eine Grundlage: Seine Untersuchungen machen das Unbehagen und das Leiden an den Verhältnissen im Prekariat sichtbar. Sie bieten somit eine für die Betroffenen wichtige Möglichkeit zur Einsicht in überindividuelle Zusammenhänge, auf die sie ihre Situation zurückführen können. So gilt es also, den Blick von der vermeintlich stabilen Wiederherstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die darin innewohnenden Widersprüche zu lenken (ausführlich Candeias 2006). Im Folgenden bleibe ich auf der individuellen Ebene ihrer Bearbeitung aus einer Perspektive erweiterter Handlungsfähigkeit.

### 1.4 Selbstermächtigung und erweiterte Handlungsfähigkeit

Grundlage für eine erweiterte oder verallgemeinerte Handlungsfähigkeit kann die gemeinsame Erfahrung individuellen Leidens sein – Leiden im Sinne einer Beschränkung von Handlungsfähigkeit durch »Isolation von den *Verfügungsmöglichkeiten* über die wesentlichen, langfristigen Lebensbedingungen« (Holzkamp 1987, 14). Ich beschränke mich im Folgenden auf einige exemplarische Beispiele.

Christina hat die Nase voll. Sie erfülle doch, was dauernd von Frauen gefordert werde, sich mehr um die Kinder zu kümmern und zusätzlich arbeiten zu gehen – »welcher Mann würde das denn machen?« Trotzdem erfährt sie dafür keine gesellschaftliche Anerkennung. Mit Gewerkschaften hat sie schlechte Erfahrungen gemacht. Doch als die Montagsdemonstrationen beginnen, macht sie mit, nimmt ihr Kind mit auf die Demo. Nach dem Abebben der Demos engagiert sie sich in einer Anti-Hartz-Initiative, auf die eine Freundin sie aufmerksam gemacht hat. Dort beraten Betroffene mit Unterstützung von Rechtsanwält\_innen andere Betroffene darüber, welche Rechte man eigentlich hat, wo die Grenzen der Zumutungen liegen, die

vonseiten der Arbeitsverwaltung gesetzlich noch zulässig sind, wie man einen Widerspruch formuliert oder eine Klageschrift aufsetzt. Tatsächlich erleben die Sozialgerichte seit Einführung der Hartz-Reformen eine Flut von Klagen, die sie kaum noch bewältigen: Nahezu die Hälfte wird zugunsten der Betroffenen entschieden. Insofern bieten die Sozialgerichte noch einen gewissen Schutz gegen die schlimmsten Entrechtlichungen.

Gemeinsam mit anderen sucht sie nach Orientierungen in den sich wandelnden Verhältnissen. »Wenn die uns immer mehr unsere Rechte nehmen oder umdefinieren, sodass sie kaum noch wiederzuerkennen sind, dann müssen wir sie eben verteidigen, aber nicht nur individuell.« Zu diesem Zweck werden auch mit anderen Gruppen zusammen Blockaden oder andere aufsehenerregende Aktionen vor einem Job-Center durchgeführt, ziviler Ungehorsam betrieben – »das sind Erfahrungen, da entstehen Gefühle, die verbinden und eine ein bisschen von der Ohnmacht und Wut befreien«. Gefordert werden gleich eine ganze Reihe von Rechten: Schluss mit der Willkür der Verwaltung, ein armutsfestes Existenzminimum, ein Recht statt die Pflicht zur Arbeit, die Einführung von Mindestlöhnen, von denen man auch leben kann, oder besser noch ein bedingungsloses Grundeinkommen. Bei Mindestlohn und rechtlicher Unterstützung hat sie die Vorteile einer unterstützenden Gewerkschaft zu schätzen gelernt, was Aktionen und die Forderung nach Grundeinkommen angeht, gebe es aber noch Verständnisschwierigkeiten. Bei der ›großen Politik‹ sei nichts zu holen, »aber in der Bevölkerung spürt man doch ein Umdenken und große Akzeptanz für unsere Forderungen, da bewegt sich was«, hofft Christina.

Emilia hat bei einem Seminar einer feministischen Unternehmensberatung andere Frauen kennengelernt, denen es ähnlich geht. Sie treffen sich nun mindestens einmal im Monat, um Erfahrungen auszutauschen, über das Vorgehen bei Arbeitsstreitigkeiten oder privates Zeitmanagement, auch um vorsichtig Kontakte zu nutzen, sich gegenseitig Aufträge zuzuschancen. Eine von ihnen hat Kontakt zu einem anderen Frauennetzwerk, das mit NIdiL (Neue Identität der Arbeit), einer 1998 gegründeten Gewerkschaft von und für Prekäre, eng zusammenarbeitet. NIdiL gehört zum italienischen kommunistischen Gewerkschaftsdachverband CGIL und kommt aus der Selbstorganisation und Vernetzung der neuen Selbständigen. Die Gewerkschaft versucht die verbreitete individualistische Orientierung zu überwinden, eine gemeinschaftliche Kultur der Kooperation zu entwickeln, um die Bedingungen der Einzelnen zu verbessern, ohne den Wunsch nach weitgehender Selbstbestimmung über die eigene Arbeits- und Lebensweise

zu unterminieren. Die NdiL bietet dabei Zugang zu rechtlicher Unterstützung, zu finanzieller Unterstützung durch günstige Kreditprogramme und Bankenkooperation sowie Übernahme der Bürgschaften, Zugang zu bezahlbarer Sozialversicherung durch Auflage spezieller Policen in Zusammenarbeit mit Versicherungen, sowie allgemeine Beratung etwa bei der Erstellung von Business-Plänen, oder das Angebot von Weiterbildung. Zugleich wird die Einbeziehung der Solo-Selbständigen in die Sozialversicherungen und das Tarif- und Arbeitsrecht gefordert. Die NdiL will auf diese Weise »gleichermaßen Dienstleistungen bieten als auch Klassenorganisation für atypische ArbeiterInnen sein« (Choi 2004, 432).

Emilia findet das attraktiv: »Ich bin hier keinem Apparat untergeordnet, meine Individualität wird respektiert, aber es gibt hier einen kollektiven Raum für gemeinsame Interessen und Kontakte.« Auch ihr politisches Interesse aus der Jugend ist wieder erwacht. Politik und Protest entwickeln neue Formen, »nicht so verstaubt« – man versteht sich als Teil der globalisierungskritischen Bewegung und macht mit beim Euromayday, den bunten 1. Mai-Paraden gegen Prekarisierung, die in Mailand mehr Menschen anziehen als die offiziellen Gewerkschaftsdemonstrationen. Als Teil der großen Gewerkschaft »grenzen wir uns aber auch nicht von den anderen ab – wir sind alle LohnarbeiterInnen und streiten für unsere Rechte« (vgl. Candeias 2008a).

Als in den französischen Banlieues 2005 Aufstände ausbrechen und Autos brennen, ist auch Ibrahim auf der Straße. Er sieht zu, bleibt auf Abstand mit einer Mischung aus Angst und Freude: »Der ganze Frust kam raus, endlich mal zeigen, dass man mit uns nicht immer so umgehen kann, das hier was nicht richtig läuft. Aber irgendwie bringt das auch nichts, denn dann kommen wieder die Bullen und schlagen noch härter zu.« Seine Freundin, die ein bisschen bei den Sans Papiers mitmacht, brachte ihn auf die Idee, sich zu engagieren. Mit seinen 25 Jahren sei er »ja schon etwas älter und klarer im Kopf«. Er ging zum Mouvement de l'Immigration et des Banlieues (MIB), das durch die Aufstände erhöhte Aufmerksamkeit und regen Zulauf erhielt.

Anknüpfungspunkte der Organisierung waren die gemeinsame Erfahrung, als Teil der egalitären französischen Tradition angerufen zu werden und alltäglich das Gegenteil zu erfahren, sowie das grundsätzliche Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, konkret: die wiederholten, von der Polizei verschuldeten Tötungen mehrerer Jugendlicher, deren offizielle Darstellung von der MIB zurückgewiesen wurde (vgl. Jobard 2004).



Gemeinsam wurden Demonstrationen und Blockaden von Autobahnen und Gemeinderatssitzungen organisiert, um die Öffentlichkeit für eine unabhängige Untersuchung und Aufklärung der Vorfälle zu gewinnen. Darüber hinaus werden die in den improvisierten sozialen Zentren stattfindenden Diskussionen genutzt, um die Debatte über polizeiliche Gewalt auf die eigene Gewalt untereinander, auf das verbreitete Misstrauen im Viertel zu lenken, auf den Machismo, Ursachen zu benennen, eigene Alltagspraxen infrage zu stellen, individuelle Lösungsversuche in kollektive Bahnen zu lenken und langfristige Politisierungsprozesse anzustoßen. Der Versuch zielt darauf, Banlieues als öffentliche Räume zu konstituieren, statt die ideologische Konstitution sozialer Brennpunkte zu übernehmen. Über die Bewohner der Banlieues hinaus wird die Realisierung des Egalitarismus eingeklagt, im Sinne einer Umdeutung dieses Grundpfeilers der französischen Republik, als Entideologisierung und Aneignung von ›unten‹: »Schließlich sind wir Franzosen und haben dieselben Rechte wie die anderen, sollen sie doch mal ernst machen mit ihrer Égalité.« Die Gewalt wird dabei nicht grundsätzlich abgelehnt als Mittel zur Sichtbarmachung einer entnannten Differenz, von der aus sich überhaupt die universalistische Forderung aufstellen lässt. Doch das ist innerhalb der Bewegung umstritten, schließlich zeigt die Gewalt widersprüchliche Effekte, denn durch die Form ihrer Darstellung in den Medien wird die Organisation unsichtbar und stattdessen das Bild der unzugänglichen ›Brennpunkte‹ verfestigt. »Aber ohne die brennenden Autos hätte uns wahrscheinlich keiner beachtet«, meint Ibrahim (vgl. Candeias 2006). Im Juni 2007 organisierte die MIB gemeinsam mit anderen Gruppen in Saint Denis das ›post-rassische‹ Forum Social des Quartiers Populaires, um gruppenübergreifend soziale und politische Positionen zu entwickeln.

Bobby und seine Kollegen wiederum wussten, dass sie auf rein betrieblicher Ebene nichts ausrichten konnten, den Konflikt »auf die Tarifebene heben mussten«, um ihr Recht in Anspruch zu nehmen, sich gegen die Verlagerungsdrohung zu wehren. Das können wir nicht alleine, dazu brauchen wir auch die Gewerkschaft und vor allem eine kampfbereite Belegschaft. Die Einsicht erforderte auch eine Veränderung der Identität der Betriebsräte: »Unsere frühere Rolle als zentraler Entscheider und Verhandlungsführer [über Sozialpläne] mussten wir ablegen, die Entscheidungen traf die Belegschaft, Verhandlungen führte die Tarifkommission mit unserem Gewerkschaftsbevollmächtigten an der Spitze.« Auf der anderen Seite kommt ihnen die nicht minder schwierige Aufgabe der Aktivierung der Beschäf-

tigten und der »Moderation im Prozess der Beteiligung« zu. Ohne Diskussion und Entscheidung der Beschäftigten sollte nichts geschehen. Eine Tarifforderung oder ein Streik, die direkt gegen eine Betriebschließung oder Verlagerungsentscheidung gerichtet sind, wären rechtswidrig, weil sie in verfassungsrechtlich garantierte Unternehmensautonomie eingreifen, sagt die Rechtsprechung. Die Frage der Durchführung der »Betriebsänderung« (inklusive des Zeitpunktes einer Schließung) ist aber tariflich regelbar und erstreikbar. Gemeinsam mit den Beschäftigten wurden daher die Risiken diskutiert und ein Forderungskatalog entwickelt. Das produzierte eine Aufbruchstimmung: »Die Leute empfanden, dass sie endlich mal gefragt wurden.«

In wenigen Wochen hatte die Belegschaft sich organisiert. Der Organisationsgrad konnte von 28 auf 67% erhöht werden. Gefordert wurden eine drastische Verlängerung der Kündigungsfristen (um damit den Zeitpunkt der Schließung deutlich hinauszuzögern), die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen nach Entlassung unter Fortzahlung der Vergütung für zwei volle Jahre sowie Abfindungen in Höhe von zwei bis drei Monatsentgelten pro Beschäftigungsjahr. Das Unternehmen und der Arbeitgeberverband lehnten Tarifverhandlungen jedoch ab. Zur Erzwingung von Verhandlungen stimmten 99% der Beschäftigten für einen Streik, der sechs Wochen dauern sollte. Das hatte »Ausstrahlungseffekte«: Mehr als 7000 Kolleg\_innen anderer Betriebe, unterstützt von sozialen Bewegungen und Kirchen, gingen mit auf die Straße oder vors Tor des Betriebes – eine richtige lokale Arbeiterbewegung. Aus den Aktionen sei ein spontanes Solidaritätsgefühl erwachsen, ausgelöst durch den betrieblichen Impuls, »sich den Unternehmerentscheidungen nicht einfach zu fügen«, auch mal »aufmüßig« zu sein und »sich zu wehren«. Man einigte sich noch vor Entscheidung der Richter über die Zulässigkeit der gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen. »Finanziell hat der Streik im Volumen des ausgehandelten Ergebnisses noch einige Millionen gebracht und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt.«

Der Ansatz der Beteiligungsorientierung in Verbindung mit Initiierung von betrieblichen Tarifbewegungen erwies sich als effektiv, um aus der gewerkschaftspolitischen Defensive heraus zu gelangen und offensiv soziale Rechte zur Verteidigung der hart erkämpften Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu reklamieren – »wir haben uns gemeinsam von diesem Ohnmachtsgefühl befreit ... das bleibt, das sieht man bei folgenden Auseinandersetzungen«. Später wurde die Rechtmäßigkeit der Aktion vom

Gericht letztinstanzlich bestätigt – für Bobby und seine Kolleg\_innen ein Etappensieg, der die Bedingungen zur »Abwehr weiterer Angriffe des Kapitals« verbessert (ausführlich Candeias/Röttger 2007).

Sicherlich: Der dominante Trend ist jener der gesellschaftlichen Desintegration, Spaltungen und individualisierter Reintegration. Wird jedoch die Analyse des hier angedeuteten Subtrends vernachlässigt, werden mögliche Ansätze individueller und kollektiver Bearbeitung von Widersprüchen und zur Entwicklung erweiterter Handlungsfähigkeit blockiert. Ein Blick auf die Vielfältigkeit des Umgangs mit Prekarisierungserfahrungen sowie erfolgreicher Organisation in den unterschiedlichsten Bereichen des Prekariats schärft den Blick für die Möglichkeiten einer (Selbst-)Organisation der »Unorganisierbaren«.

Ohne diesen Blick auf gesellschaftliche Verschiebungen, eine Verallgemeinerung von Unsicherheit, Erfahrungen und Klassenlagen, auf die konkreten Subjekte und ihre aktive Bearbeitung von Widersprüchen muss das massenhafte Erscheinen der Empörten, einer neuen Demokratiebewegung, transnational gestreut, in gänzlich unterschiedlichen Kontexten unverstanden bleiben, ein »Wunder« eben, wie Bourdieu es formulierte.

»Wenn wir uns nicht selbst befreien,  
bleibt es für uns ohne Folgen.«  
(Peter Weiss)

## 1.5 Das Prekariat als Klasse(nfraktion) im Werden

Trotz hoher Arbeitslosigkeit ist die Figur des doppelt freien Lohnarbeiters in der informationstechnologischen Produktionsweise verbreiteter als je zuvor. Die feuilletonistische Rede vom »Ende der (Lohn-)Arbeitsgesellschaft« erweist sich angesichts einer nie dagewesenen globalen Expansion von Lohnarbeitsverhältnissen als bornierter Unsinn. Auch in den so genannten Industriestaaten sind die Erwerbsquoten überall gestiegen, insbesondere durch Einbeziehung der weiblichen Arbeitskraft. Die Grundlage von Klassenbildungsprozessen, der antagonistische Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, ist nach wie vor vorhanden. Dies sagt jedoch noch nichts über die konkrete Zusammensetzung der Klassen aus. Es ginge also darum, das *re-making of the working class* (in Anlehnung an E.P. Thompson) herauszuarbeiten.

Das Proletariat hatte zu Zeiten des Fordismus partiell einen Status von Normalarbeitsverhältnissen erkämpft, die sich durch hohe Standardisierung, dauerhafte Vollzeitbeschäftigung, kollektive Verträge und umfangreiche soziale Rechte auszeichneten. Diese Bedingungen haben sich in der Tat aufgelöst. Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit konnten in den vergangenen 25 Jahren Löhne beschnitten und die institutionelle Stellung der Gewerkschaften zurückgedrängt werden. Die strukturelle Gewalt der Arbeitslosigkeit, die sich keineswegs nur auf die unteren Qualifikationsniveaus beschränkt, untergräbt die kollektive Verhandlungsmacht. Allgemein kommt es zur Entstandardisierung, Deformalisierung und Individualisierung von Arbeitsverhältnissen. Die Flexibilisierung betrifft alle Lohnabhängigen, allerdings in unterschiedlicher Weise und auf unterschiedlichem Niveau. Die Konkurrenz um Arbeit entsolidarisiert und führt zur Spaltung zwischen jenen, die noch über einen sicheren Arbeitsplatz verfügen, und einem unsicher, unter- oder unbeschäftigten Prekariat. Letzteres ist zusätzlich fragmentiert je nach Positionierung innerhalb des Produktionsprozesses sowie entlang geschlechtlicher, ethno-nationaler, qualifikatorischer oder generationaler Zuschreibungen. Doch ist diese Stratifikation der Klasse keine Besonderheit, vielmehr ist der »Normalzustand« der Arbeiterklasse nicht der der Einheit, sondern der der Spaltung« (Deppe 1981, 76).

Der Wert der Arbeitskraft ist dabei von jeher bestimmt durch die zu ihrer Reproduktion notwendigen Werte an Lebensmitteln, abhängig von der Entwicklung, den kulturellen Lebensansprüchen und den politisch-ökonomischen Kräfteverhältnissen (Marx, MEW 23, 184f.). Dies schließt nicht nur die individuelle Arbeitskraft, sondern auch »die Erhaltung der Arbeiterfamilie« (417) und somit die Produktion der nächsten Generation von Arbeitskräften ein (186). Eben jene individuelle und familiäre Reproduktion wird für einen wachsenden Teil der Lohnabhängigen wieder prekär.<sup>7</sup> Die »Minimalgrenze des Werts der Arbeitskraft wird gebildet durch den

---

<sup>7</sup> Insofern handelt es sich keineswegs um ein neuartiges Phänomen. Prekäre Verhältnisse begleiten die Geschichte kapitalistischer Produktionsweise, sind gegenwärtig, gewinnen periodisch an Bedeutung und werden nach harten Auseinandersetzungen und Kämpfen der Subalternen wieder zurückgedrängt. Auch in Perioden relativer Sicherheit durch errungene Absicherung sozialer Rechte galten die Errungenschaften kollektiv ausgehandelter »Normalarbeitsverhältnisse« immer nur für einen mehr oder minder großen Teil der Arbeiterklassen, weniger für bestimmte Berufsgruppen, für Migranten oder Frauen und national bzw. regional unterschiedlich je nach dem Niveau gesellschaftlicher Entwicklung und Integration.

Wert der Waren, ohne deren tägliche Zufuhr der Träger der Arbeitskraft, der Mensch, seinen Lebensprozess nicht erneuern kann« – »sinkt der Preis der Arbeitskraft auf dieses Minimum, so sinkt er unter ihren Wert, denn sie kann sich nur noch in verkümmelter Form erhalten und entwickeln« (187). Tatsächlich arbeiten zusammengenommen bereits fast 40% der Arbeitskräfte in Deutschland unter Verhältnissen, die zumindest einige Dimensionen von Prekarität in sich vereinen, also keine dauerhaft existenzsichernden Einkommen hervorbringen, mit Dequalifizierung und Überarbeit verbunden sind, aus den üblichen betrieblichen Abläufen und Kooperationsbeziehungen ausgegliedert sind, die notwendige Weiterbildung verunmöglichen, die Aufrechterhaltung von Sozialkontakten unterminieren, kaum Ansprüche auf Sozialversicherungsleistungen mit sich bringen etc. (ausführlich Candeias 2004, Brinkmann u.a. 2006). Das psycho-physische Gleichgewicht dieser Arbeitskräfte wird gestört, die Zukunft unkalkulierbar, Familien- und Partnerschaftsbeziehungen werden auseinander gerissen, psychische und physische Leiden stellen sich ein, Handlungsfähigkeit wird zersetzt. Eine zwangsförmige Flexibilität bedingt »Wechsel der Arbeit, Fluss der Funktionen, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters« und hebt »alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters auf« (MEW 23, 511). Die Lebenslage dieser Arbeitskräfte in »unregelmäßiger Beschäftigung« sinkt »unter das durchschnittliche Normalniveau der arbeitenden Klasse, und gerade dies macht sie zur breiten Grundlage eigener Exploitationszweige des Kapitals« (672), insbesondere in den Bereichen des modernen Niedriglohnssektors.<sup>8</sup>

Insofern ist dieses Prekariat Teil der Klasse der Lohnabhängigen, unterscheidet sich aber wiederum durch die mangelnden Bedingungen ihrer Reproduktion der Arbeitskraft. Sie bilden eine Klassenfraktion mit gemeinsamer, empirisch fassbarer Kollektivlage, die aus spezifischen, verschärften und zugleich flexibilisierten Ausbeutungsverhältnissen sowie entsicherten Lebensverhältnissen durch Einschränkung sozialer Leistungen resultiert und in einem untergeordneten Verhältnis gegenüber anderen Klassen und Klassenfraktionen steht. – Marx schrieb das *Kapital* »zu einer Zeit, als der Anteil der in der Industrie Beschäftigten (einschließlich Kapitalis-

---

<sup>8</sup> Karl-Heinz Roth (1994) spricht mit Blick auf diese Entwicklung von einer Rückkehr der Proletarität, als einer Art Rückkehr zur kapitalistischen Normalität. Doch handelt es sich nicht um schlichte Pendelbewegungen, sondern vielmehr um eine höchst widersprüchliche Fortentwicklung kapitalistischer Produktionsweise mit all ihren Produktiv- und Destruktivkräften, neuen Freiheiten und Zwängen.

ten) an der Bevölkerung in England und Wales ca. 8% ausmachte (berechnet nach MEW 23, 469f.), nur wenig mehr als der Anteil der Dienstboten. Ein Jahr nach der Entstehung des *Manifests* betrug der Anteil der Arbeiter in Preußen sogar nur zwischen 2 und 3%« (HKWM 3, 317). Der Anteil des Prekariats liegt bereits deutlich darüber, Tendenz steigend.

Castel (2000, 358) zieht einen Vergleich mit dem Pauperismus. Dieser ist Ausdruck des »ruinierten Proletariats, die letzte Stufe [...], auf die der gegen den Druck der Bourgeoisie widerstandslos gewordene Proletarier versinkt, und nur der aller Energie beraubte Proletarier ein Pauper ist« (MEW 3, 183). Allerdings wendet sich Marx gegen diejenigen, die »im Elend nur das Elend« zu sehen vermögen, »ohne die revolutionäre umstürzende Seite darin zu erblicken« (MEW 4, 143): Das Proletariat »sinkt immer tiefer unter die Bedingungen« der eigenen Klasse herab (473), zugleich rekrutiert es sich »aus allen Klassen der Bevölkerung« (469), ein diffuses Milieu abhängiger, freigesetzter, überflüssiger Menschen ohne Eigentum, außer dem Eigentum an ihrer Arbeitskraft, aber mit enormem Wissens- und Erfahrungsreichtum. Das »Prekariat« in seinem doppelten Sinne als Klassenfraktion und universelle gesellschaftliche Figur der neuen Produktions- und Lebensweise tritt heute tendenziell diese Position an – Unsicherheit, Deklassierung und Überausbeutung dringen ins gesellschaftliche Zentrum. Wenn das Prekariat sich auf diese Weise tatsächlich zur Klasse entwickelt, fällt es mit dem Proletariat zusammen; bislang bleibt es Klassenfraktion im Werden, aber doch mehr als eine Ansammlung zielloser Existenzen.

Freilich ist eine geteilte »objektive« Lage keineswegs automatisch verbunden mit einem entwickelten gemeinsamen politischen Bewusstsein. Im 18. *Brumaire* (MEW 8, 155ff.) zeigt Marx am Beispiel der französischen Parzellenbauern, dass objektive Klassenlagen entstehen können, die aufgrund fehlender sozialer Verkehrsformen und politischer Organisation bewusste Klassenbildung ausschließen. Tatsächlich hat die Verschiedenheit der Gruppen des Prekariats und das enorme Tempo ihrer Entstehung lange Zeit noch gar nicht zu einer Festigung der Klassenpositionen führen können. Die vielfachen Spaltungen quer zu den Klassenlagen – von den prekären Teilen des Kybertariats über die männlichen Leiharbeiter in der Industrie bis zu den migrantischen Arbeiter\_innen in privaten Haushalten – und die Unstetigkeit und hohe Mobilität in der Prekarität machen Kommunikations-, geschweige denn Organisationsversuche schwierig. Zudem wird im öffentlichen Diskurs die Lage in Einzelschicksale aufgespalten, jeweils begründet durch individuelles Fehlverhalten und Selbstverschulden. Laclau

fasst Klassen in diesem Sinne »als die Pole antagonistischer Produktionsverhältnisse, die auf der ideologischen und politischen Ebene keine *notwendige* Existenzform haben« (1981, 139). Das Prekariat ist im Fluss.

Der Übergang zu einem gemeinsamen Bewusstsein der Klassenlage ist also kein naturwüchsiger Prozess, sondern muss politisch hergestellt werden, ist »unermesslich« mühsam (Wacquant), behindert bzw. blockiert durch vielerlei Spaltungen und Kooptation. Doch Klassen bildeten noch nie ein homogenes Subjekt (Hall 1989, 38). Auch die alte Arbeiterbewegung war von allerlei beruflichen, geschlechtlichen, ethno-nationalen und politischen Differenzen geprägt und umfasste nicht die gesamte Arbeiterklasse. Einheit und Spaltung bilden dabei keine entgegengesetzten Pole, sie beziehen sich vielmehr in einem untrennbaren dialektischen Verhältnis aufeinander, da auch bei Erreichung relativer Einheit die Spaltungen nicht aufgehoben werden und umgekehrt bei verschärfter Spaltung (Fraktionierung, Differenzierung, Individualisierung etc.) Klassen nicht verschwinden. Ohnehin ist eine Klasse keine isoliert zu definierende Gruppe von Menschen, sondern ein antagonistisches soziales Verhältnis zwischen Arbeitskraftverkäufer und -käufer sowie ein kooperatives Verhältnis zwischen den Arbeitskräften (im Produktions- wie im Reproduktionsprozess). Die Konstitutionsbedingungen der Arbeiterklasse unterliegen dabei dynamischen Veränderungen und inneren Spaltungen entlang der Positionierung innerhalb der gesellschaftlichen, geschlechtlichen, ethnischen und internationalen Arbeitsteilung, entlang gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Bearbeitungsformen von Widersprüchen sowie kollektiven und individuellen Reproduktionsbedingungen und Lebensweisen. Insofern ist der Klassenbildungsprozess nie abgeschlossen (Hobsbawm 1984, 204).

Formieren können sich Klassen oder Klassenfraktionen nur in der Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Kräften oder Klassen, in diesem Fall also sowohl mit dem nun transnationalen Kapital und seinen politischen Repräsentanten wie mit den Fraktionen und Repräsentanten der alten Arbeiterbewegung. Gemeinsame Interessen innerhalb einer Klasse oder Klassenfraktion sind dabei nicht »objektiv« gegeben, sondern müssen in den Kämpfen erst systematisch erarbeitet werden. Paul Willis (1977) weist darauf hin, wie widerständige Haltungen dabei selbst Subalternität und den eigenen Ausschluss (re)produzieren können. Und das Prekariat kämpft, spontan oder organisiert, alltäglich und politisch, wenn auch nicht gemeinsam, sondern zumeist entlang von beruflichen, ethnischen, geschlechtlichen oder politischen Segmenten.

Für die Gewinnung von Handlungsfähigkeit ist es notwendig, aus Widerspruchskonstellationen, in denen sich alle bewegen müssen, eine Verallgemeinerung von Interessen zu erarbeiten, die Differenzen respektiert. Die Markierung von Differenzen, sowohl diskursiv als auch organisatorisch, ist dabei Voraussetzung. Verallgemeinerung meint neben dem Entwickeln gemeinsamer Interessen auch Verallgemeinerung von Erfahrungen und Anerkennung (und Unterstützung) nicht gemeinsamer Forderungen, etwa nach Legalisierung von Migrant\_innen. Es gilt also, produktiv mit den Gefahren von Zersplitterung wie falscher, weil Differenzen negierender Vereinheitlichung umzugehen – das Bild der Assoziation in einer Bewegung der Bewegungen ist dabei sicher tragfähiger als das der »großen«, einheitlichen Kraft. Die Klasse formiert sich, nimmt Erfahrung auf, trägt unabgeholte Hoffnungen weiter, reartikuliert sie unter veränderten Bedingungen auf neue Weise.

### 1.6 Neue (Demokratie-)Bewegungen als organischer Ausdruck des Prekariats im informationstechnologischen Kapitalismus

Die Bewegung der Empörten und auch Occupy Wall Street reagieren auf eine Krise der Repräsentation, die Herrschaft des 1% gegen die 99% der Bevölkerung, treten für direkte, horizontale und inklusive Formen von Partizipation ein. Insofern sind sie tatsächlich eine Bewegung für »wirkliche Demokratie«. Ihr Beweggrund ist die handfeste Verletzung breiter sozialer Interessen, die Verunmöglichung eines würdevollen Lebens durch nagende Unsicherheit, die Verweigerung einer sinnvollen Arbeit, von der die Menschen nicht in Armut leben müssen, einer bezahlbaren Ausbildung, einer Perspektive. Und nicht zuletzt empfinden sie die Verteilung der Krisenkosten und der Lasten der Kürzungspolitik als ungerecht. Insofern trifft auch nicht zu, die Bewegungen formulierten keine Forderungen. Sie formulieren sie nur nicht in der üblichen Weise, denn es gibt niemanden, an den sie diese Forderungen adressieren könnten oder wollten – dies zeigen die dokumentierten Deklarationen von Indign@dos und Occupy Wall Street (vgl. Candeias 2011d). Das Repräsentationsprinzip an sich wird hier infrage gestellt mit einem symbolischen Bruch: der Besetzung der Plätze und der Praxis direktdemokratischer Vergesellschaftung in den Asambleas (Versammlungen). Zu Recht. Denn es geht nicht um die eine oder andere Forderung. Es geht um die Ablehnung einer im Neoliberalismus entleerten formalen



Demokratie. Es geht um die Öffnung von Diskussionsräumen für grundlegende gesellschaftliche, »systemische« Veränderungen, um neue Fragen und Sichtweisen. Immer geht es um ein Gefühl und die Erfahrung der Verletzung von Gerechtigkeitsprinzipien in einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit. Insofern sind die neuen (Demokratie-)Bewegungen mit ihrem hohen Grad an Prekarisierung, aber auch (technologisch gestützter) Selbstorganisation der *organische Ausdruck des Prekariats im Zeitalter des informationstechnologischen transnationalen Kapitalismus*.

Immer wieder wurde kritisiert, die Aktivisten von Occupy wollten selbst nur ein größeres Stück vom Wohlstandskuchen, seien nur Protestierende gegen versagten Konsum. Die oberflächliche Kritik ist denunziatorisch und dient der Delegitimierung der Bewegung, deckt sich verdächtig mit neoliberalen Kritiken von Occupy. Die linken Kritiker kreiden Occupy an, dass die vermeintlich wirklich Marginalisierten und Armen nicht vertreten sind und nicht vertreten werden, während die neoliberalen Kritiker den Wohlfahrtsstaat immer schon auf die »wirklich« Bedürftigen reduzieren wollten. Für beide machen es sich die »jammernden Mittelschichtskinder« in der Konsumgesellschaft gemütlich. Beide ziehen die leidvollen Erfahrungen des Prekariats ins Lächerliche, wirken spaltend. Verfehlt wird dann auch, dass vom Konsum öffentlicher Dienstleistungen, deren Niedergang im Zentrum der Proteste steht, die ärmeren Bevölkerungsgruppen besonders abhängig sind. Die Wiederherstellung des Öffentlichen ist ein wichtiger Punkt des Gemeinsamen, der die Mitte mit dem Unten der Gesellschaft verbinden kann.

Die verunsicherten und prekarierten Einzelnen »müssen sich vom Gefühl der Verletzung und Scham zu Wut und Empörung« arbeiten (Fox Piven, *The Nation* 7.1.2011). Das haben die neuen Bewegungen schon jetzt geleistet. Für Millionen wurde die Möglichkeit des Widerstands sichtbar. Millionen, die bisher nicht politisiert waren bzw. von politischer Arbeit nichts mehr erwarteten, engagieren sich, protestieren. Für viele, ob jung oder alt, ist es das erste Mal, dass sie öffentlich, vor einer großen Zahl von Menschen sprechen, ihre Sorgen, ihre Wut aussprechen, Wünsche formulieren. Dies ist eine der großen Stärken der Versammlungen auf den Plätzen. Dabei ist vor allem klar, wogegen protestiert wird, weniger wofür. Doch das war immer so, bleibt zunächst vage: Beispielhaft wird in den *Principles of Solidarity* von Occupy (17.9.2011) das Begehren nach Bruch mit dem Bestehenden deutlich: »We are daring to imagine a new socio-political and economic alternative that offers greater possibility of equality.« Dass über-

haupt *Alternativen wieder denkbar*, aussprechbar sind, diskutiert werden, hat der Hegemonie neoliberaler Alternativlosigkeit bereits einen Riss versetzt. Die Positionen kohärent zu arbeiten, ist Aufgabe der Bewegungen und ihrer organischen Kollektivintellektuellen. Wie weit es ihnen gelingt, ist eine andere Frage.

Dass dies notwendig ist, zeigen die Erfahrungen zu Beginn: So attraktiv die Offenheit für alle, für bislang nicht politische Menschen und neue Gruppen war, so mobilisierend die unbestimmten Forderungen nach Würde und Gerechtigkeit, so anschlussfähig waren diese Bewegungen auch in vielerlei Richtungen: rechtsnational in Griechenland, esoterisch in Spanien, oder in den Mainstream der öffentlichen Meinung in Italien und Deutschland. In der Bundesrepublik wird die Occupy-Bewegung von Regierenden und Medien umarmt, die Polizei charakterisiert sie öffentlich als »lieb«, während linke Positionen und Proteste weiter ausgegrenzt und lächerlich gemacht werden. Zwar geben Meinungsmacher wie Frank Schirrmacher (FAZ) abstrakt linken Positionen recht, räumen Fehler ein, schwingen sich zu den härtesten Kritikern der Regierenden und des »Systems« an sich auf – diejenigen, die schon seit Jahren und Jahrzehnten diese Wahrheiten in Erinnerung rufen, gelten immer noch als Ewiggestrige. Occupy-Berlin oder Occupy-Frankfurt werden so freundlich aufgenommen, weil ihre Forderungen nicht die alten sind, sondern so unbestimmt, dass sie leicht zu integrieren sind und so freundlich vorgetragen, dass sie niemanden bedrohen. Selbst Bänker und Polizisten wundern sich darüber. Es mangelt an einem etwas deutlicheren Antagonismus, ohne die alten Selbstisolierungen zu reproduzieren. Blockupy Frankfurt – getragen von den »alten« Organisationen der radikalen Linken unter Beteiligung von Occupy, war für die Bundesrepublik ein wichtiger Schritt voran.

Angesichts eines fehlenden klaren, gemeinsamen Ziels – wie etwa in Ägypten – und einer fragmentierten und heterogenen Zusammensetzung versuchten sowohl Indignad@s wie Occupy Wall Street nicht einen kollektiven Willen zu forcieren und durchzusetzen, sondern »den politischen Raum zu schaffen, in dem ein gemeinsam geteilter Kollektivwille konstruiert werden« kann (Nunes 2013, 63). Die Plätze sind der Ort der wechselseitigen »Ansteckung« (Luciana Castellina). Indignad@s wie Occupy Wall Street entwickeln rasch ein Verständnis konkreter Probleme und ihrer Verursachung, gegen die sie protestieren und deren Vereinnahmung sie deutlich erschweren. Die Indignad@s legten bereits am 30. Mai 2011, also nur zwei Wochen nach der Besetzung der Puerta del Sol, acht Forderungen vor,

die sich auf die Abschaffung der Privilegien der politischen Klasse beziehen, auf konkrete Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, ein Recht auf Wohnen und gegen Hausräumungen, die Verteidigung und Verbesserung des öffentlichen Dienstes, die Kontrolle der Banken, eine solidarische Steuerreform, Einführung einer partizipativen Demokratie und Sicherung bürgerlicher Freiheiten auf der Höhe des Netzzeitalters sowie Senkung der Militärausgaben (vgl. die Erklärungen dokumentiert in: Candeias 2011d, 8f. u. 6f.). Die Positionen und Forderungen wurden in einem langwierigen, basisdemokratischen Prozess konsensual verabschiedet – eine horizontale Vergesellschaftung auf den Plätzen.

So treffend der Slogan »No nos representan!« (Sie repräsentieren uns nicht!) ist, so verkürzt ist die einseitige Auslegung der Bewegung als Triumph der »Horizontalisten« gegen die »Vertikalisten« (nicht zuletzt, wenn damit das Scheitern der marxistischen Linken und die Überlegenheit des Anarchismus behauptet werden soll, vgl. Graeber 2012, 27 u. 122f.). Die Ablehnung der Repräsentation resultiert aus der (kollektiven) Erfahrung, von den wesentlichen Entscheidungen über die eigenen unmittelbaren Lebensbedingungen ausgeschlossen zu sein. Die Menschen wollen selbst über ihr Leben entscheiden können. In der direkten, konsensorientierten Demokratie auf den Plätzen erleben sie eine unmittelbare Praxis der Produktion des Gemeinsamen, der Selbstrepräsentation und Selbstorganisation, die ermutigt und stärkt. In der Unmittelbarkeit belassen, entstehen daraus jedoch vielfältige Widersprüche.

Verbleiben wir zunächst innerhalb der Bewegung auf den Plätzen und des Problems der Führung(slosigkeit). Mit der Ablehnung vorgefertigter Antworten, dem Wunsch nach Offenheit in alle Richtungen, werden auch Erfahrungen und Errungenschaften abgeschnitten. Im Gegensatz zu anderen Bewegungen herrscht eine überraschende Geschichtslosigkeit (vielleicht deswegen auch ihre Verwechslung als »Jugendbewegungen«). Statt kritischer Durcharbeitung bestehender Erfahrung, der Prüfung, was aufgehoben, verändert werden kann, wird das Rad häufig von neuem erfunden. Das in der breiten Linken angesammelte Wissen wird – mit teilweisen Ausnahmen in New York – auf der Puerta del Sol, dem Syntagma-Platz oder vor dem Bundestag kaum abgerufen. So soll Horizontalität gewahrt bleiben, alles soll von unten organisch wachsen, basisdemokratisch, ohne Sprecher oder Anführer. Führung bzw. ein spezifisches Verständnis hierarchischer Führung durch die traditionellen Organisationen wird häufig zu Recht abgelehnt. Doch die simple Ausblendung von Wissensunterschie-

den und Erfahrungen verhindert die Suche nach einem produktiven Umgang damit, ebenso wie die notwendige Verdichtung und Artikulation gemeinsamer Positionen.

Die simple Proklamation von Horizontalität verhindert nicht, dass sich Führungsfiguren praktisch doch herausbilden – wie so oft schlägt auch in diesen Bewegungen die vermeintlich politisch-korrekte Ablehnung traditioneller Führung hinter dem Rücken dialektisch in informelle Hierarchien und Führungsgruppen um, die als informelle schwerer zu bearbeiten sind. Natürlich sprechen sie nicht für alle, nur »für sich«, aber es sprechen, moderieren, organisieren immer die gleichen und akkumulieren dabei informelle Macht, »üblicherweise junge Männer ohne familiäre Verpflichtung, erwerbslos und zunehmend ausschließlich der Bewegung verschrieben« (Castells 2012, 132) – auch eine Kritik von feministischen Gruppen wie *occupypatriarchy.org*. Ein unhinterfragter Horizontalismus kann zum fetischisierten »Basismus« werden, der jede Form der Strukturierung und Organisation ablehnt.

Positiv gewendet ermöglichte die Ablehnung von Führungsfiguren – verbunden mit der Setzung von Antworten, bevor die Einzelnen selbst ihre Fragen formulieren konnten, dass in Wirklichkeit eine Menge neuer Organisatoren, also organischer Intellektueller im gramscianischen Sinne, ausgebildet wurden, ein kollektiver Organismus, der zur (Selbst-)Führung befähigt. Führung ist ein verbrannter Begriff, den es mit Gramsci wiederzugewinnen gilt: »Bei der Heranbildung der Führer ist die Voraussetzung wesentlich: will man, dass es immer Regierte und Regierende gibt, oder will man die Bedingungen schaffen, unter denen die Notwendigkeit der Existenz dieser Teilung verschwindet; d.h., geht man von der Voraussetzung der fortwährenden Teilung des Menschengeschlechts aus oder glaubt man, dass sie nur eine geschichtliche, bestimmten Bedingungen entsprechende Tatsache ist?« (Gramsci, Gef. 7, 1714) Dies unterscheidet die »rechts-gramscianischen« (George 2001) elitären neoliberalen Think-Tanks von emanzipativen Netzwerken. Schon bei Marx findet sich die Perspektive der Aufhebung der Teilung von Regierenden und Regierten durch die volle Entwicklung der Individuen: »dass der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt« (MEW 1, 370). Der erste Schritt wäre eine Art Vergesellschaftung ideologiekritischer Kompetenzen (im Gegensatz zur Monopolisierung dieser Funktion durch neue Intellektuelle) – oder »distributed leadership« (Nunes 2013, 64), geteilte Führung: die Erweiterung der Möglichkeiten für vielfältige Gruppen, zeitweise Füh-

rung nicht durch Status, sondern durch überzeugende, vorwärtstreibende Initiative zu übernehmen (vgl. Kapitel 5).

Das größte strategische Defizit zeigt sich aber im Umgang mit der bestehenden formal-repräsentativen Demokratie, mit der verständlichen Haltung eines »Que se vayan todos!« (»Alle sollen gehen!«): Die Ablehnung aller Institutionen, Parteien und Organisationen, einschließlich der Linksparteien und Gewerkschaften, zugunsten unmittelbarer Vergesellschaftung auf den Plätzen hat vielfältige negative Folgen: a) Zunächst führt der Protest zu weitgehender Wahlenthaltung. In Portugal, Griechenland oder Spanien bringt dies konservative und rechts-nationalistische Kräfte in die Regierung, während die Linksparteien jenseits der sozialdemokratisch/sozialistischen Mehrheitsparteien zunächst an Rückhalt verlieren oder stagnieren. Zwar erleiden sozialdemokratische und formal-sozialistische Parteien noch wesentlich massivere Verluste, denn sie treten weiterhin für ein Festhalten an der Kürzungspolitik ein. Die Impulse der neuen Demokratiebewegungen wie die Proteste der institutionellen und der Bewegungslinken drohen aber zu verpuffen. Freilich können kurzfristige Wahlzyklen und ein Bewegungszyklus, der von Beginn an auf Unterbrechung eben jener politischen Zyklen der Scheinalternativen und eine weitergehende Transformation zielt, nicht kurzgeschlossen werden. b) Nach der Räumung der Plätze stellt sich das Problem der Sicherung der Bewegungsstrukturen. Es bedarf festerer Organisationsformen, um die Bewegung zu stützen und weiter auszubilden – in Spanien und Griechenland sind dies in erster Linie solidarische Netzwerke, Linksparteien, Gewerkschaften und lokale Organisationen (dazu später mehr). c) Die formale Repräsentativdemokratie setzt innerhalb kapitalistischer Vergesellschaftung stets die Trennung von Politik und Ökonomie und reproduziert damit ungleiche politisch-ökonomische Machtverhältnisse. Diese werden jedoch durch die direktdemokratische Vergesellschaftung auf den Plätzen überhaupt nicht berührt, schon gar nicht auf europäischer Ebene.

Eine einfache Entgegensetzung von unmittelbarer, direktdemokratischer Vergesellschaftung und der Ausformung von Vermittlungsstrukturen sowohl innerhalb der Bewegungen als auch mit Blick auf die gesellschaftlichen Strukturen der Macht führt also in die Irre. Darüber hinaus wird für Millionen die Möglichkeit des Widerstands sichtbar, unzählige identifizieren sich mit den Mobilisierungen. Laut Umfragen genießen die Beweggründe und Ziele der Proteste einen enormen Rückhalt und Zustimmung in der übrigen Bevölkerung – sie übernehmen (jenseits der Selbstwahrnehmung als

»horizontale«, direkt-demokratische Zusammenkünfte) eine *Repräsentationsfunktion*, stärker als es die Parteien noch können. Und sie artikulieren sich ja auch direkt als universelle Bewegungen: »We are the 99%«, für eine »wirkliche Demokratie, jetzt« usw. Direkt demokratische und repräsentative Formen werden also – bewusst oder unbewusst – in ein neues Verhältnis gebracht.

Die neuen (Demokratie-)Bewegungen sind ein Weckruf für die linken Parteien, Gewerkschaften und übrigen Bewegungen in Europa, die lange Zeit mit der Krise überfordert waren. Denn die linkssozialistischen Parteien jenseits von Sozialdemokratie oder regierender Sozialisten hatten kaum wirksame Strategien, um auf die Veränderungen zu reagieren. Parlamentarische Opposition verfiel nicht bei den »Empörten«, denn sie hatte wenig zustande gebracht angesichts der Krise. Die traditionellen Gewerkschaften vertreten nur noch schwindende Teile der Beschäftigten, nicht aber ein wachsendes Prekariat. Die Rituale vieler linksradikaler Bewegungen wurden als sektiererisch empfunden, ihre Mobilisierungsfähigkeit in der Krise war – abgesehen von Griechenland – zunächst bescheiden. Eine europäische Koordinierung, wenigstens Debatte, ist bisher bei keiner dieser Gruppen substantiell zustande gekommen. Der Zorn der neuen Bewegung trifft somit auch die institutionelle wie die Bewegungslinke.

Jede neue Bewegung tradiert jedoch Erfahrungen der vorangegangenen Bewegungen, zum Teil unbewusst, trägt teilweise politische Kämpfe weiter, unabgeleitete Ziele und Hoffnungen, aber auch verschüttete Erfahrungen und Methoden, wie basis- und konsensorientierte, direktdemokratische Verfahren etc. Die Entstehung neuer Bewegungen markiert fast immer aber auch einen Bruch mit den Vorgängerbewegungen, sowohl ihre Ziele betreffend, als auch ihre Kampfmittel und Organisationsprinzipien. Immer handelt es sich auch um eine andere gesellschaftliche Zusammensetzung der Bewegung, neue tragende Gruppen. Mit dem Beginn eines neuen Bewegungszyklus ist also nicht gemeint, dass hier einfach das Erbe vorangegangener Bewegungen angetreten wird. So wenig die 68er-Bewegung die Nachfolge der Arbeiterbewegung antrat, und auch die Frauen- und Ökobewegung nicht einfach nachfolgten, so entstanden die neuen Bewegungen nicht aus den erfolgreichen Kämpfen der globalisierungskritischen Bewegung der Bewegungen. Die Schichten von Ablagerungen der Geschichte der Subalternen müssen jedes Mal erneut sorgsam freigelegt und zu Bewusstsein gebracht werden. So stellt jeder Zyklus immer auf neue und komplexere Weise die Frage der Vermittlung der Bewegungen und ih-

rer jeweils unabgeholtenen Ziele und Erfahrungen. So war jeder neue Zyklus immer auch mit neuen Fragmentierungen und Spaltungen innerhalb der Linken verbunden.

Dabei gibt es mit Blick auf politische Praxen und Methodologien nichts Neues unter der Sonne: Platzbesetzungen, Sit-ins, Fabrikbesetzungen, Blockaden, Camps und ganze Hüttendörfer – alles schon da gewesen (vgl. Leidinger 2012). Avantgarde vs. Massen/Basisdemokratie (heute Horizontalismus oder deliberative Demokratie genannt), Spontanität vs. Organisation, Bewegung vs. repräsentative Strukturen/Apparate, zivilgesellschaftlicher vs. parlamentarischer Kampf, Community-Aktivismus vs. gewerkschaftlich-betriebliche Kämpfe usw. – alles Auseinandersetzungen, die in der Linken seit 150 Jahren immer wieder geführt werden und geführt werden müssen. Ohne kritische Reflektion von Geschichte und gegenwärtiger Praxis droht die Bewegung sich in den immer gleichen Widersprüchen zu verheddern. Doch in jedem Bewegungszyklus werden die Erfahrungen auf der Höhe der Zeit meist wieder aufgenommen, vor dem Hintergrund veränderter Bedingungen, oft unbewusst, sedimentiert und doch geschichtsvergessen zunächst, manchmal auf höherem Niveau und mit neuen Akzenten und Erfahrungen angereichert, bewusst und strategisch entwickelt, wenn die Vermittlung zur Geschichte der Subalternen gelingt. Es ist schon erstaunlich, wie die Kommentatoren der Bewegung, aber auch Teile der Bewegung selbst, bei ihrem Hunger nach der Identifizierung von immer Neuem, die Ähnlichkeiten, Verweise, Erfahrungslinien insbesondere zur globalisierungskritischen oder zur zweiten Frauenbewegung ausblenden (vgl. Nunes 2012, 60, Antentas/Vivas 2011, 17ff.).

Gegen die Fremd- und Selbstwahrnehmung geht es hier nicht um das, was die Bewegungen oder Medien als Erzählung proklamieren, sondern was sie wirklich tun. Dies richtet sich insbesondere gegen den »Fetisch der Präsenz«: Häufig wird der sichtbare Körper der Bewegung für das Ganze gehalten (Nunes 2013, 64). Wir wollen einen Schritt zurücktreten, um ein breiteres Bild gesellschaftlichen Wirkens und dessen Wirkung zu erfassen. Richten wir den Blick nur auf das Offensichtliche, z.B. die besonderen Formen der Organisation wie Camps, Asambleas, die Gesten der Verständigung, das Human-Mic, und verwechseln diese mit der Bewegung an sich, werden diese Erscheinungen fetischisiert, auch von Aktivisten – und nach dem Verschwinden der momentanen spezifischen Form droht die Ratlosigkeit angesichts mangelnder Strukturen. Mit etwas Abstand lässt sich erkennen, dass die Camps und Versammlungen zentrale Kristallisationspunkte,

aber keineswegs die Organisationsform der Mobilisierung an sich waren. Vielmehr geht es um weit über die Camps hinausreichende organische Kooperationen und molekulare gesellschaftliche Mobilisierungen – und potenziell die Neuformierung der gesellschaftlichen Linken.

Im Folgenden wird keine Chronologie der Ereignisse erzählt. Es sollen exemplarisch spezifische Problematiken und Lernprozesse analysiert werden, die unter je besonderen Bedingungen stattfinden, nichtsdestoweniger in bestimmten Aspekten allgemein sind. Auch wenn die Indignad@s zeitlich am Anfang stehen müssten, erfolgt die Reihung hier gemäß des Komplexitäts- und Verdichtungsgrades, den die gesellschaftliche Mobilisierung im jeweiligen Land bis zum Herbst 2013 erreicht hat.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Eine Hierarchie oder gar eine lineare Entwicklung ist damit in keiner Weise intendiert.





## 2. Occupy Wall Street: Ereignis, Verdichtung und strategische Neuorientierungen

### 2.1 Vom Organizing bis Wisconsin

In den letzten 15 Jahren kam es nicht nur zur Fragmentierung und selektiven Integration von Teilen der Bewegungen, sondern auch zu vielfältigen Erneuerungsprozessen, insbesondere in den Gewerkschaften. Hart bekämpft vom orthodoxen Neoliberalismus in Zeiten von Reagan und Bush sen. setzte der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO noch lange auf seine strategischen Beziehungen zur Demokratischen Partei und unterstützte diese finanziell in Wahlkämpfen und bei Gesetzesinitiativen. Doch unter der demokratischen Präsidentschaft Clintons wurde die gewerkschaftsfeindliche Rhetorik der Republikaner fortgeführt und deren Position im Rahmen der Durchsetzung des Vertrages zur nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA weiter geschwächt (Candeias 2000). Legendär war daraufhin das Zusammenkommen von Gewerkschafts- und globalisierungskritischer Bewegung bei den Protesten anlässlich des G8-Gipfels in Seattle 1999. Beim *Battle in Seattle* wurde zum ersten Mal in größerem Maßstab die Akzeptanz und Kombination unterschiedlicher Aktionen des zivilen Ungehorsams, von Demonstrationen bis Blockaden, erfolgreich praktiziert (vgl. LuXemburg 2/2009).

Der drastische Bedeutungsverlust der Gewerkschaften infolge von Arbeitslosigkeit, niedrigeren Wachstumsraten, räumlichen Verlagerungen der Produktion und anti-gewerkschaftlichen Gesetzen, bei zunehmender Veränderung der Klasse der Lohnarbeiter\_innen durch Prekarisierung und Migration veranlasst Teile der Gewerkschaften zur Änderung der Strategie: Konzentration auf Wiederherstellung der eigenen Organisationsmacht durch Gewinnung neuer Mitglieder in neuen Branchen, nicht zuletzt der Prekären (statt einfacher Verteidigung der schrumpfenden Hochburgen gewerkschaftlicher Organisation). Später kam es entlang dieser Linien zum Bruch innerhalb der AFL-CIO. Es wurde mit zahlreichen Praxen des Organizing experimentiert, die sich nicht länger auf die Fabrik beschränkten, sondern Organisation auf dem Shopfloor und in der Community zu verbinden suchten, von beteiligungsorientierten, basisdemokratisch orientierten

Initiativen bis zu professionalisierten Mitgliedergewinnungskampagnen. Am bekanntesten wurde sicher die Justice for Janitors-Kampagne. Sie war ein mit einigen Millionen finanziertes Projekt einer Sektion der AFL-CIO, bewegt sich insofern innerhalb der etablierten Gewerkschaftsstrukturen. Der Kampagne gingen allerdings heftige Kämpfe innerhalb der AFL-CIO voraus, in denen die konservative »weiße« Fraktion unterlegen war, womit die Öffnung zu Hispanics und Illegalisierten möglich wurde. Ken Loach setzte dem darauffolgenden erfolgreichen Streik der Putzfrauen und anderer Niedriglöhner\_innen in seinem Film *Brot und Rosen* (2000) ein Denkmal (siehe auch Kapitel 1.3).

Die Organisationsmacht der Gewerkschaften strategisch ins Zentrum aller Aktivitäten zu rücken, bedeutet (sofern man den Ansatz aus dem engen Korsett einer Methode zur Rekrutierung neuer Mitglieder befreit), eine primär passive Repräsentation aufzubrechen und die Gewerkschaftsmitglieder z.B. auf der Betriebsebene aktiv in das System der Interessenvertretung zu integrieren, um so die Mobilisierungsfähigkeit insgesamt zu erhöhen. Konstitutives Element ist entsprechend ein verändertes Verhältnis zwischen Funktionären bzw. aktiven Gewerkschaftern und einfachen Mitgliedern. Der Aufbau einer partizipativen »Mobilisierungskultur« – man könnte auch sagen: einer Kultur der Beteiligung (Candeias/Röttger 2007) – gilt dabei als zentrales Mittel, zuvor passive Mitglieder aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einzubinden, ihre Gewerkschaftsbindung zu erhöhen und auch neue Mitglieder zu gewinnen.

Wichtiger Bestandteil der Organizing-Ansätze sind das »campaigning« (umfassende Kampagnen), zeitlich befristete Aktionen umfassender Mobilisierung der eigenen Organisation, von Bündnissen und Medien, um ein klar umrissenes begrenztes Ziel zu erreichen, sowie »coalition building«, eine Politik der zivilgesellschaftlichen Bündnisse mit sozialen Bewegungen, in der gemeinsame Interessen formuliert und dann effektiver vertreten werden können. Adaptiert wurden dabei Methoden der (neuen) sozialen Bewegungen und des »community organizing« (nur unzureichend zu übersetzen mit »Gemeinwesenarbeit«) für den gewerkschaftlichen Kontext, etwa »Direkte Aktionen« (Regelverstöße, Sit-ins, Besetzungen etc.), direkte Ansprache der Betroffenen auch jenseits des Betriebes (zu Hause, in der Kirche usw.), die Betonung von (gruppen-)übergreifenden Interessen und Prinzipien wie Gerechtigkeit und Rechte, oder Prinzipien wie Diversität, Horizontalität, Konsens- und breite Bündnisorientierung in die eigenen Handlungsmuster integriert. Am erfolgreichsten erweisen sich jene

Ansätze, bei denen Mobilisierungsimpulse von »unten« auf institutionelle Unterstützung von »oben« treffen, oder umgekehrt Initiativen von »oben« auf die Bereitschaft der Mitglieder stoßen, also der Apparat genutzt werden kann, um die Handlungsfähigkeit der Einzelnen zu stärken und umgekehrt (jenseits von sinnlosen Dichotomien von Basis vs. Apparat).<sup>10</sup>

Parallel dazu bildete sich die globalisierungskritische Bewegung heraus, die jenseits der großen Gipfevents und Weltsozialforen auch lokale Praxen und kleinere Kampagnen entwickelte. Insbesondere aber gab es eine Vielzahl von langfristigen Organizing-Initiativen der Prekären, v.a. in Latin- und Black-Communities, in unabhängigen Workers Centers und Social Centers. Und auch die Ökologiebewegung setzte wieder stärker auf konkrete Kampagnen und Koalitionen (von Native Americans bis zur Red-Green-Alliance oder Just-Transition) und weniger auf die Green Party. In diesen Jahren entwickelten sich auf dieser Basis unabhängiger lokaler Organisation zahlreiche erfolgreiche Aktionen (exemplarisch die Taco-Bell-Kampagne von illegalisierten migrantischen Landarbeiter\_innen, Gewerkschaften und studentischen Gruppen, vgl. Geiselberger 2005).

Nur in Ausnahmefällen gelang es dabei, den lokalen Zusammenhang zu überschreiten, etwa beim Streik der Migrant\_innen 2006, an dem sich landesweit eine Million Menschen beteiligten, oder ganz besonders beim US-Social Forum in Detroit 2010 (vgl. LuXemburg 3/2010). Zu kampagnenförmig oder eventmäßig blieb die Kooperation, um in längerfristige gemeinsame Arbeitsstrukturen überführt zu werden. Jumping scale, das Springen auf die landesweite Ebene, wollte (trotz zahlreicher Versuche) nicht gelingen. So konnten keine effektiven Widerstände produziert werden: Kleinere (lokale) Einzelerfolge konnten den Angriffen eines transnationalen Kapitalismus wenig entgegenzusetzen.

Die Präsidentschaftskandidatur Barack Obamas 2009 weckte bei Teilen der Bewegungen und Gewerkschaften Hoffnung auf erneute strategische Beziehungen zum Staat, um die Bedingungen für die eigene Arbeit zu verbessern: Erhofft wurden eine Verbesserung der Rechte der Migrant\_innen, insbesondere der Illegalisierten, der Einstieg in eine grüne Ökonomie, die Entprekarisierung durch Einführung einer staatlichen Krankenversicherung, die Stärkung des Öffentlichen durch ökonomische Reformen und Reregulierung der Finanzmärkte und v.a. die Ermöglichung der freien Ge-

---

<sup>10</sup> Zu den Widersprüchen des Organizing exemplarisch Brinkmann u.a. (2008) u. Birke (2010).

werkschaftswahl, die ganz wesentlich die Bedingungen gewerkschaftlicher Organisierung verbessert hätte.<sup>11</sup> Obama enttäuschte die Bewegungen, die ihn maßgeblich mit an die Macht gebracht hatten, in allen Punkten: Während die Gesundheits- und Finanzmarktreform bis zur Unkenntlichkeit verwässert und verzögert werden und die Verbesserung der Situation junger illegalisierter Migrant\_innen spät und unzureichend erfolgte, wurde die Verbesserung der Gewerkschaftsrechte gänzlich fallen gelassen.

»Wir müssen unsere Art, Politik zu machen, ändern. Ich könnte natürlich immer weiter jammern, wie enttäuschend die Demokraten sich verhalten.

Die Wahrheit ist, beide Parteien haben es versäumt zu liefern, was das Land braucht. Wir brauchen eine populare Bewegung, a people's movement.« (*Roseane Demoro*, Executive Director, National Nurses United auf einer Demonstration in Chicago am 18.5.2012)

Während das Krisenmanagement in den USA nur leidlich Wirkung zeigt und durch die Schuldenkrise massiv eingeschränkt wird, greifen die Ultrarechten in verschiedenen Staaten die Gewerkschaften an und versuchen, Organisationsrechte im öffentlichen Dienst (weiter) einzuschränken. In Wisconsin kulminiert die Auseinandersetzung im Jahr 2011. Während die Gewerkschaftsführung den Sparzwang noch akzeptiert und in erster Linie grundlegende Gewerkschaftsrechte verteidigen will, sieht das Bündnis der Protestierenden von Studenten, Gewerkschafter\_innen und breiter zivilgesellschaftlicher Kräfte die Kürzungspolitik ihrer neutralen Maske beraubt: Der Klassenkampfcharakter der Maßnahmen tritt deutlich hervor (vgl. Wright 2010). Daraufhin besetzen sie am 14. Februar das Parlament – mit deutlichen Anleihen zum Tahrir-Platz. Die Besetzung erregt landesweit Aufmerksamkeit und bewirkt eine Verschiebung des Diskurses: In den vergangenen Jahren schien es nur eine relevante Bewegung in den USA zu geben: die ultrarechte Tea-Party. Die Besetzung in Wisconsin gewinnt die

<sup>11</sup> Bislang müssen Gewerkschaften die Mehrheit der Beschäftigten eines Betriebes gewinnen, um dort überhaupt tätig sein zu dürfen. Dabei stehen den Unternehmen alle nur denkbaren Mittel zur Verfügung, dies zu unterbinden: Sie können Beschäftigte offen über ihre Sympathie für Gewerkschaften ausfragen, Gewerkschaftsmitglieder entlassen, Verhandlungen ins Leere laufen lassen. Für Verstöße gegen arbeitsrechtliche Gesetze in Zusammenhang mit Gewerkschaften sind nur geringe Strafen vorgesehen. Das Management hat das Recht, Streikende durch andere Arbeitskräfte zu ersetzen und unter Einsatz der Polizei den Betrieb mit Hilfe von Streikbrechern zu sichern.

Aufmerksamkeit zurück und macht deutlich, dass eine »schweigende Mehrheit« die fortschreitende Prekarisierung, den Abbau von Arbeitsrechten und des Öffentlichen schlechthin ablehnt. Dieses Ereignis bereitet den Resonanzboden für den späteren Erfolg von Occupy Wall Street.

## 2.2 Moment der Verdichtung – the 99%

Der Resonanzboden wird auch durch die Folgen der Krise gedüngt: beginnend mit dem Verlust von Häusern und Arbeitsplätzen, dramatischer Überschuldung, Perspektivlosigkeit (auch für Hochqualifizierte). Auf diesen Boden fallen die vorbereitenden Planungen der Zeitschrift *Adbusters*, deren Aufruf rasch aufgenommen wird von digitalen Netzwerken wie US Day of Rage, Anonymous und der NYC General Assembly, die vor allem aus der Organisation New Yorkers Against Budget Cuts hervorging. Ein Teil letzterer ist nicht mehr bereit, »die üblichen eingefahrenen Protestformen mit politischen Megafon-Reden, Transparenten und ausgegebenen Parolen fortzusetzen« (Rehmann 2012, 900). Sie spalten sich ab und organisieren dem Beispiel der Asambleas der Indignad@s folgend eine General Assembly, die dann für den 17. September 2011 die Besetzung des Zuccotti-Parks beschließt. Wirkungsvoller als an der Puerta del Sol in Madrid kann hier in die symbolische Ordnung (Rehmann) bzw. die diskursive Anordnung der Hegemonie des Neoliberalismus eingegriffen werden: Denn besetzt wird nicht nur ein Platz im Zentrum des Financial District, dem symbolischen Zentrum des Finanzmarktkapitalismus, der als Gemeineigentum und öffentlicher Raum wieder angeeignet wird. Vielmehr geht es um die Demonstration der Möglichkeit wirksamen Eingreifens, die Produktion eines Bruchs mit der Unangreifbarkeit einer verselbständigten und unlesbaren Welt eines transnationalisierten Finanzsystems.

»We are the 99%!« Mit diesem einfachen wie eingängigen Slogan wird ein statistisches Faktum in ein politisches Kampfmittel umgestülpt. Joseph E. Stiglitz (aber auch andere) weist in »Of the 1%, by the 1%, for the 1%« in der Zeitschrift *Vanity Fair* darauf hin, dass die reichsten 1% der US-Bevölkerung in den letzten zehn Jahren eine Einkommenssteigerung von 18% realisiert haben, während die Mittelklasse und darunterliegende Schichten Einkommensverluste zu verzeichnen haben. »Das gesamte Wachstum in den letzten Dekaden – und darüber hinaus – ist an jene an der Spitze gegangen.« (Stiglitz 2011) – während die anderen 99% nichts davon haben.

Der daran anschließende Slogan von den 99% leistet Doppeltes: Er ist radikal inklusiv<sup>12</sup> – der allergrößte Teil von »uns« ist von den uns plagenden Problemen betroffen, jenseits von rassistischen, geschlechtlichen, generationalen, qualifikatorischen oder anderen (Selbst-)Zuschreibungen. Darüber hinaus formuliert dieser im besten Sinne *populare* Slogan zugleich einen klaren *Antagonismus* und bringt – durch die Hintertür – die *Klassenfrage* zurück in die politische Auseinandersetzung (vgl. Rehmann 2012). Mit »We the people« (ein Zitat aus der amerikanischen Verfassung) begann die erste Deklaration von Occupy Wall Street (29.9.2011; vgl. Candeias 2011d, 6), um dann den Gegensatz zu den 1% zu formulieren: »Sie haben uns unser Zuhause genommen, durch illegale Zwangsräumungen ... Sie bestimmen die ökonomische Politik ... Sie kontrollieren die Medien, sie verbreiten Ungleichheit und Diskriminierung am Arbeitsplatz ...« Die Form radikaler populärer Inklusion mit einer gleichzeitig klaren antagonistischen Positionierung stellt eine (ungeplante) Verdichtungsleistung dar, die den Diskurs über die Krise in den USA (und darüber hinaus) massiv verschieben konnte – auch wenn die politischen und ökonomischen Strukturen davon zunächst kaum berührt werden.

Nun gab es Kritiken, die die Parole von 99% nicht nur als unzutreffend oder »falsch« bezeichneten, sondern auch als »politisch schädlich« (exemplarisch Kastner 2012, 67ff.). Die Kritik richtet sich gegen die vorschnelle und eben falsche Vereinheitlichung der 99% (gar in Anlehnung an einen schiefen Volksbegriff), der die politische und theoretische Arbeit um Differenz, ihre Bedeutung und Unhintergebarkeit zunichte mache. Nun könnte man etwas arrogant einwenden, hier werde ein politischer Slogan mit dem Feilen an theoretischen Formulierungen verwechselt. Vor allem aber wird hier in Unkenntnis der realen Bewegung kritisiert. Denn in der *Declaration* heißt es durchaus in Anerkennung der komplexen Differenzen bzw. harten Spaltungen: »As one people, formerly divided by the color of our skin, gender, sexual orientation, religion, or lack thereof, political party or cultural background, we acknowledge the reality: that there is only one race, the human race, and our survival requires the cooperation of its members.«<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Auch Gerald Rauning spricht diesbezüglich von »radikaler Inklusion« (2012, 116).

<sup>13</sup> »Als ein Volk, zuvor gespalten entlang von Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion (oder eben areligiös), entlang politischer Parteien oder kultureller Hintergründe, erkennen wir die Realität an: Es gibt nur eine ›Rasse‹, die menschliche Art, und unser Überleben erfordert die Kooperation ihrer Mitglieder.« (Übers. d. Aut.)

Obwohl Differenzen und Spaltungen also alles andere als negiert werden, entspinnt sich dennoch eine Debatte innerhalb von Occupy, die Isabell Lorey nachzeichnet (2012, 38f.): People of Color monieren, »formerly divided« (zuvor gespalten) sei zu schwach und mache »Unterdrückungsgeschichten von Marginalisierten unsichtbar«, suggeriere, dass die Ungleichheiten bereits überwunden wären. Um der Kritik nachzukommen, wird die Formulierung durch »despite the divisions« (trotz der Spaltungen) ersetzt, um deutlich zumachen, dass Occupy trotz der existierenden Spaltungen an der Produktion des Gemeinsamen arbeitet und dieses herausstellen will. Auch die Formulierung »We, the people« (Wir, das Volk) wird als zu vereinheitlichende ersetzt durch »the people united« – wobei united übersetzt nicht vereinigt, sondern verbunden oder gemeinsam meint. Occupy entwickelt also ein kritisches Verhältnis zum Problem falscher Vereinheitlichung, wie zur Problematik der Fragmentierung durch Addition unzähliger Differenzen und Ungleichheiten, und sucht nach der *Produktion des Gemeinsamen, ohne Differenzen zu verwischen* (vgl. Candeias 2010a, 11) – das ist schon mehr als die meisten Bewegungen der letzten Jahrzehnte erreicht hatten.

Darüber hinaus manifestiert sich in der neuen Bewegung ein Lernprozess: In den letzten Jahren mangelte es ja nicht an Bewegungen. Wir waren vielmehr mit einer Vielzahl ineinander unübersetzbarer politischer Bewegungen und Forderungen konfrontiert. Hito Steyerl folgert im Anschluss an Spivak: »In Bezug auf eine politische Subjektwerdung stellte sich diese Politik der Differenz als fatal heraus, da eine Kakophonie von Monaden entstand, die nichts mehr gemeinsam hatten und tendenziell in Konkurrenz zueinander standen« oder sich wechselseitig ignorierten (Steyerl 2007, 13f.). In dieser Sprachlosigkeit, in der ein jeder für seine eigenen partikularen, ja identitären Interessen spricht, ist eines besonders unsagbar geworden: »eine Solidarität jenseits von Identität« (14). Diversität wurde zu einer ausgeklügelten Machttechnik neoliberaler und imperialer Hegemonie verfeinert. Vielfach gespalten mangelte es den Subalternen an einer gemeinsamen Sprache oder einem Verständnis gemeinsamer Interessen. Diese negative Seite der Differenzpolitik (was nicht heißt die guten Seiten über Bord zu werfen) wird mit der radikal inklusiven Politik, der von den Indignad@s übernommenen Forderung nach »echter Demokratie« und dem Slogan der 99% überschritten. Die vielfältigen Bewegungen, wie auch große Teile bisher nicht oder wenig engagierter Bevölkerungsgruppen, können an dieses Verständnis anschließen, gewinnen eine



*gemeinsame Sprache* geteilter Erfahrung der Enteignung zentraler Lebensbedingungen und der verweigerter Möglichkeit ihrer demokratischen Gestaltung. Damit greift Occupy ein Ungerechtigkeitsempfinden im Alltagsverstand auf, welches in der Krise sichtbar zuvor nur von der ultra-rechten Tea-Party artikuliert wurde (vgl. Rehmann 2012, 902). Die oftmals diffuse Haltung gegen die »da oben«, die sich nach rechts gewendet »gegen den Staat« (und die »Staatsverschuldung«), gegen »Migranten« oder »Sozial-schmarotzer« richtet, erhält dank Occupy eine konkretere emanzipative Wendung nach links, gegen die Verursacher der Krise in den Finanzinstitutionen, gegen die dramatische Polarisierung von Arm und Reich, gegen den Ausverkauf des Öffentlichen bzw. der Commons, gegen Entdemokratisierung und die Herrschaft des 1% in den USA, gegen ein spezifisches »System«. Ohne dass es ein exaktes Verständnis des »Systems« gäbe, gehen die Forderungen über einzelne Reformen und Verbesserungen hinaus und zielen auf den Gesamtzusammenhang der politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Hier stellt sich die Aufgabe einer kohärenten Ausarbeitung des Zusammenhangs durch die Bewegung selbst und im kritisch-solidarischen Austausch mit Linksintellektuellen.

### 2.3 Common Struggles – organische Kooperationen

Beim Reden über Occupy und die neuen (Demokratie-)Bewegungen richtet sich der Blick allzu häufig einseitig auf die Plätze und Camps und die Geschehnisse vor Ort, den »Erscheinungsraum« (Rehmann 2012, 900).<sup>14</sup> Weniger in den Blick kommt das »rhizomatische Netzwerk« (ebd.) bzw. das Feld lebendiger Beziehungen zwischen den Plätzen und anderen Bewegungen und Organisationen – und dann darüber hinaus das ganze Feld gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse –, welche dem Erscheinungsraum erst seine Bedeutung zuweisen, weil hier seine gesellschaftliche Wirkung (über den engen Zirkel beteiligter Personen hinaus) deutlich wird.

<sup>14</sup> Etwa bei Slavoj Žižek, der darin den »heiligen Geist« frühkirchlicher Gemeinden beschwört, im Sinne einer »egalitären Gemeinschaft von Gläubigen, die durch gegenseitige Liebe miteinander verbunden sind«; oder Judith Butler, für die die »alliierten Körper« selbst den öffentlichen Raum konstituieren, der damit selbst auf den Platz reduziert wird; oder bei David Graeber, für den die unmittelbare Erfahrung direkter Demokratie und gelebter Gemeinschaft das Zentrale der Bewegung ausmachen (Zitate und Nachweise nach Rehmann 2012, 900).

Nicht nur ist Occupy Wall Street ohne seine Vorgeschichte nicht denkbar und nicht verständlich. Vielmehr knüpfte die Bewegung vom ersten Moment an organische Kooperationen zu den Bewegungen und Organisationen, die auf dem Feld bereits tätig waren. Auch andere Organisationen und Bewegungen hatten für den Herbst 2011 eine Reihe offensiverer Aktionen geplant. Der radikal inklusive Charakter von Occupy war eine Einladung an andere, sich an den Debatten auf dem Zuccotti-Park, der in Liberty Plaza umbenannt wurde, zu beteiligen. Armeninitiativen, Gewerkschafter\_innen, Latino und Black Community Organizer, Feminist\_innen und Linksintellektuelle wurden gezielt angesprochen, ihre Erfahrungen und Sichtweisen auf der Plaza einzubringen. So ging das Spektrum der Beteiligten auf der Plaza weit über jene hinaus, die dort rund um die Uhr das Funktionieren des Camps organisierten. Insofern trifft der Vorwurf, Occupy sei eine vorwiegend »weiße« Bewegung, nur auf das Camp zu, weniger auf die Bewegung selbst, die darüber hinausgeht. Gruppen wie DeColonize OWS, Occupy the Hood oder die People of Color Working Group gründeten sich innerhalb und außerhalb von Occupy. Unzählige weitere Menschen assoziierten sich mit der Bewegung, auch wenn sie kaum oder gar nicht an den Aktivitäten auf der Plaza teilnehmen konnten. Das machte gerade die Wirkung von Occupy in seinen Anfängen aus.

Zugleich gingen die Aktionen von Occupy Wall Street selbst über die Plaza hinaus, indem sie zu Demonstrationen, Streiks, Sit-ins und Blockaden anderer mobilisierten: Queen Mother Dr. Delois Blakely bspw., eine Legende in Harlem, benötigte für die Besetzung ihres Hauses im Kampf gegen Gentrifizierung dringend Unterstützer gegen eine drohende Räumung. Sie ging zur Liberty Plaza, diskutierte mit den Occupy-Aktivist\_innen und holte sich eine größere Gruppe nach Harlem (Bay View 22.11.2011). Eine von vielen Initiativen.

»I saw all of these young children that had real skill and ability.

I said to them, »We're done with all the messaging and intellectualizing. What's next? If you really want to see what's really going on, follow me.

It's time for action.« (Queen Mother Dr. Delois Blakely, ebd.)<sup>15</sup>

<sup>15</sup> »Ich sah all diese Kinder mit ihren erstaunlichen Fähigkeiten. Ich sagte zu ihnen, wir sind durch mit all diesen Nachrichten und dem Intellektualisieren. Was nun? Wenn ihr wirklich sehen wollt, was vor sich geht, folgt mir. Es ist Zeit für Aktionen.« (Übers. d. Aut.)

Jackie DiSalvo, die schon bei der ersten General Assembly noch vor der Besetzung dabei war, organisierte bereits in der ersten Woche des Camps auf der Liberty Plaza das »Labor Outreach Committee« (Kontaktkomitee Arbeiterbewegung) – sie war auch schon beim Mississippi Freedom Summer 1964 dabeigewesen.

»Die Bewegung zog mich an, weil sie die Linie der 99% gegen die 1% eingenommen hatte. Das war eine sehr klassenbewusste Politik. Ich dachte, die einzige Möglichkeit, Stärke zu gewinnen, war es, eine Basis in der Arbeiterklasse und bei Gewerkschaften zu haben, weil sie Ressourcen, große Zahlen (Massen) und politischen Realismus mitbringen. Sie würden Occupy eine breitere Trägerschaft bringen, über die jungen Leute, die im Zuccotti-Park schliefen, über prekäre Arbeiter\_innen, Arbeitslose oder Studierende, hinaus.« (*Jackie DiSalvo*, OWS, in: Gupta 2012)

Schon am 22. September kamen Gewerkschaftsmitglieder der New York City University zum Camp. Später beteiligte Occupy sich an den gewerkschaftlichen Kämpfen gegen die Telefongesellschaft Verizon oder das Aktionshaus Sotheby's, ergriff Partei für die Streikenden der U-Bahn und die Beschäftigten in den Gesundheitsdiensten, unterstützte die Aktionen von Armeninitiativen und kirchlichen Gruppen. Im Gegenzug revanchierten sich Gewerkschaften in entscheidenden Momenten mit ihrer Präsenz auf und um die Liberty Plaza – z.B. die Communication Workers, SEIU und nicht zuletzt die unteren Ränge der gewerkschaftlich gut organisierten lokalen Polizei (die »Blue Shirts«), die zumindest eine Zeit lang einen Schutz vor staatlicher Gewalt bieten konnten (Wolff/Rehmann 2011, 128).

Die Transport Workers Union (TWU) Local 100 gehörte zu den ersten Unterstützern und weigerte sich (bis vor Gericht), von der Polizei verhaftete Aktivist\_innen mit Bussen abzutransportieren. Die Teamsters Gewerkschaft Local 814 revanchierte sich für die Unterstützung von Occupy bei ihren Aktionen gegen Sotheby's, indem sie Busladungen von Mitgliedern zur Liberty Plaza brachte, um ihre Solidarität auszusprechen und Aufmerksamkeit für Occupy herzustellen. Über 30 Gewerkschaften, einschließlich SEIU und dem Dachverband AFL-CIO, erklärten ihre Unterstützung. Occupy Wall Street hatte die Themen der Arbeiterbewegung in eine öffentliche Debatte gebracht, wie es die Gewerkschaften mit ihren professionellen Kampagnen über Jahre nicht vermochten.

Besonders die Gewerkschaft der Krankenschwestern, die National Nurses United, trug mit ihren Aktionen zur organischen Kooperation

bei: Die Krankenschwestern organisierten nicht nur das Sanitätszelt auf der Plaza und brachten sich aktiv in die Diskussionen ein, sondern waren mit ihrer organisatorischen Erfahrung eine wichtige Stütze der Bewegung. Sie gehörten zu den ersten auf der Liberty Plaza, die von der Polizei verhaftet wurden, als sie ihr erstes Sanitätszelt errichteten (The Bullet 3.11.2011).

Mit ihrer relativen Stärke setzt sich die größte US-Gewerkschaft der Gesundheitsbranche immer wieder für andere Gruppen ein, seien es prekäre Pflege- oder Putzkräfte in Hospitälern oder Obdachlose und Arme, die vom Gesundheitssystem ausgeschlossen sind. Vor Occupy hatten Tausende von Krankenschwestern bereits am 22. Juni 2011 Aktionen auf der Wall Street durchgeführt, um ihrer Forderung nach einer Besteuerung der Finanzgewinne und einer Veränderung der Prioritäten Ausdruck zu verleihen – lautstark den Slogan von Seattle 1999 rufend: »This is what democracy looks like!«

»Wir werden die Prioritäten reorganisieren und Mittel für menschliche Bedürfnisse einsetzen, für Gesundheitsversorgung, Jobs, Bibliotheken, Lehrer, für Dinge, die wirklich gesellschaftlich notwendig sind, die das Gesellschaftliche ausmachen und Hoffnung aufbauen.

Unsere Gesetzgeber, unsere gewählten Vertreter haben die Orientierung verloren, wir Krankenschwestern sind hier, um sie zurück auf die Spur zu setzen.« (Rose Ann DeMoro, Vorsitzende der National Nurses United auf einer Demonstration in Chicago am 18.5.2012)

Die New Yorkers Against Budget Cuts, aus denen später Occupy Wall Street entstehen sollte, schlossen sich den Nurses an. Bei späteren Demonstrationen immer gut sichtbar mit ihren rot-grünen Uniformen, bildeten die Krankenschwestern stets einen lautstarken Block, der die Slogans von Occupy Wall Street – nicht zuletzt »We are the 99%« – skandierte und mit den eigenen Parolen und Songs verband. Auch schreckten sie nicht vor dem Durchbrechen von Polizeikordons zurück, besetzten Sozialstationen und Krankenhäuser und trugen so einen radikalen Impuls in die Occupy-Bewegung. Mit ihrer Forderung nach einer »Robin-Hood-Steuer« für die Reichen trugen sie zur Konkretisierung von Übergangsforderungen bei.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Während Occupy inzwischen fast verschwunden scheint, streitet die Gewerkschaft der Krankenschwestern weiter lautstark für die Einführung einer Robin-Hood-Tax ([www.nationalnursesunited.org](http://www.nationalnursesunited.org)).

»Ich denke, wir haben eine klassenbewusstere Linie, wir agieren nicht, als ob wir nicht mehr Teil der Arbeiterklasse wären, wir tun nicht so, als ob wir irgendeiner Mittelklasse angehörten, wir alle im selben Boot säßen. Das ist die Denkweise, die auch die Arbeiterbewegung übernommen hat, Menschen glauben zu machen, es gäbe keine gegnerischen Seiten. Es gibt sie: Die 1% bereichern sich auf Kosten der 99%.

Deshalb wollen wir eine Finanztransaktionssteuer, um uns einen Teil des Reichtums zurückzuholen und unsere Gemeinschaften wiederaufzubauen, für den Neustart eines strategischen Ansatzes einer Ökonomie für die Menschen. In diesem Land und weltweit sind wir Teil einer Bewegung, 40 Länder sind bereits Teil der Robin-Hood-Bewegung. Und wir bringen die Robin-Hood-Steuer nach Amerika.« (*Rose Ann DeMoro, ebd.*)

Gemeinsame Aktionen nahmen Form an. Am 17. November 2011, als Tausende von Occupy Wall Street versuchten, die Wall Street zu blockieren, organisierten Gewerkschaften Aktionen in drei Dutzend Städten: Sie besetzten Brücken, um auf den schlechten Zustand der Infrastrukturen und die Jobs aufmerksam zu machen, die geschaffen werden könnten, wenn Wall Street zur Rechenschaft gezogen würde. Nahezu 1000 Gewerkschafter\_innen wurden bei den Sit-ins verhaftet (Gupta 2012). Mit der Ausbreitung der Bewegung auf andere Städte in den USA kam es zu neuen Formen der Kooperation. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr die Zusammenarbeit mit Arbeitern bei der Besetzung des Hafens in Oakland/Kalifornien. Hierbei ging Occupy erstmals über symbolische Aktionen hinaus und direkt zur Besetzung einer Drehscheibe globalen Warenhandels über. Der Eingriff in wichtige Elemente der Produktions- und Zirkulationssphäre des Kapitals markiert einen weiteren Schritt der Radikalisierung gesellschaftlicher Mobilisierung. Zum ersten Mal auch wurde auf das gewaltsame Vorgehen der Polizei mit Gegenwehr reagiert, die über den rein gewaltfreien zivilen Ungehorsam hinausging. Wie sinnvoll eine solche Reaktion war, ist in der Bewegung und bei Sympathisanten durchaus umstritten (vgl. Epstein 2012). Der anfängliche Erfolg von »Occupy Oakland« konnte nicht gehalten werden. Es gelang nicht, die massenhafte Empörung nach der polizeilichen Räumung des Protestcamps, die sich zunächst in Großdemonstrationen niedergeschlagen hatte, mit Ansätzen einer Basisorganisation und Öffentlichkeitsarbeit zu verbinden, die sich nicht nur an die unmittelbar Involvierten der Bewegung richteten (ebd.).

In Chicago war dies anders. Hier führte die aktive Beteiligung von sozialistischen Gewerkschaftsfunktionär\_innen und -aktivist\_innen an der Occupy-Bewegung zu einer gegenseitigen Befruchtung, die beide Seiten gestärkt hat. Während gewerkschaftlich organisierte Krankenschwestern und -pfleger an den Protestcamps teilnahmen und der Polizeigewalt trotzten, schloss sich die Occupy-Bewegung später den von Labor-Community-Bündnissen organisierten Demonstrationen an, die sich gegen eine weitere Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen, gegen Sozialkürzungen in den Kommunen oder die Privatisierung von Schulen richten. In New York City wiederum besetzten »99 Pickets«, eine aus Occupy Wall Street hervorgegangene Arbeitsgruppe, zusammen mit den hauptsächlich migrantischen Beschäftigten eine Großbäckerei, um auf die Schikanen und rechtswidrigen Praktiken der Geschäftsleitung gegenüber den Angestellten aufmerksam zu machen.

Insgesamt haben die organischen Kooperationen Occupy Wall Street ermöglicht, »sich soziologisch über sein eigenes, vornehmlich weißes Milieu und geografisch über Manhattan hinaus auszudehnen«, ihre Träger und Unterstützer auszuweiten (Rehmann 2012, 5). Als *organisch* bezeichne ich die Kooperation, weil es sich nicht um die taktische oder strategische Kooperation bereits formierter Bewegungen oder Organisationen handelte, etwa zwischen globalisierungskritischen Gruppen und Gewerkschaften in Seattle im Jahr 1999. Vielmehr engagierten sich einzelne Teile als Teil der anderen, in einem noch offenen Konstitutions- oder Formierungsprozess einer breiten Bewegung, in dem die politische Handlungsfähigkeit aller Beteiligten gestärkt wurde. Spezifische Interessen wurden neu verbunden und Solidarität entwickelt. Oder mit Gramsci gesprochen: Partikulare Interessen wurden auf verallgemeinerbare Weise formuliert und zusammengebracht, ethisch-politisch, Differenzen und Autonomie der Gruppen/Organisationen respektierend (vgl. Candeias 2010a, 8f.). Occupy Wall Street wirkte als Verdichtungs- und gemeinsamer Bezugspunkt der Bewegungen und erweiterte das Feld über die bisher engagierten (linken) Gruppierungen hinaus.

## 2.4 Occupy the Hood – von den Plätzen in die Viertel

Nach den gewaltsamen Räumungen der Camps überall in Nordamerika schien die Bewegung ihr strategisches Zentrum, ihr Herz und Symbol verloren zu haben. Aufbauend auf den organischen Kooperationen in der Zeit der

Platzbesetzungen konnte nun jedoch ein Strategiewechsel vorgenommen werden, der (zunächst) das Überleben und die Entwicklung der Bewegung sicherte (und zuvor ansatzweise entwickelt wurde): *Occupy the hood!*

»Ich arbeite am Flughafen. Die Leute glauben, weil ich eine schicke Uniform trage, verdiene ich viel Geld. Aber nach 26 Jahren sind es gerade 7,5 US-\$ die Stunde. Und ich habe keine Lohnfortzahlung bei Krankheit, keine Krankenversicherung, keinen Urlaub, nichts. Ich gehöre zu den 99%.« (*Sally, Occupy Harlem*)

Malik Rahsaan, schwarzer Occupy-Aktivist, diskutierte im Zuccotti-Park mit anderen Aktivisten, die seine Wut über steigende Einkommensungleichheiten, Überschuldung aufgrund von Studiengebühren, Hausräumungen usw. teilten, aber die meisten hatten »keine persönliche Erfahrungen mit ökonomischer Not bzw. den Langzeiteffekten von Armut. Die Protestler im Park waren engagiert und wahrhaftig – aber fast alle weiß« (*Bay View* 22.11.2011).<sup>17</sup> Dies war für ihn der Anlass zur Initiierung von *Occupy the Hood*, noch zu Zeiten des Camps auf der Liberty Plaza. Der parallele Austausch mit Black und Latino Community Organizern und deren Engagement hat *Occupy Wall Street* den Weg in die Barrios (Viertel) geöffnet. Damit sollte frühzeitig der Kritik an der relativ geringen Beteiligung von nicht-weißen Aktivisten entgegengetreten werden. Hier wurden lokale Versammlungen durchgeführt, die zu konkreten Themen diskutierten, Aktionen planten und zugleich den größeren Zusammenhang mit der globalen *Occupy*-Bewegung deutlich machten. Es ging darum, direkt mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen, dort, wo sie wohnen, arbeiten, leben. Räumungen und Jobverlust, grassierende Armut und Gewalt, Gesundheitsprobleme und Drogen, »das und ähnliches mehr sind die Probleme in den Communities der People of Color«, mit denen sich *Occupy* auseinandersetzen muss, meint Rap-Aktivist Ness von *Occupy* (*Huffington Post* 14.10.2011). »We are the most affected of the 99%!« (Wir sind die am stärksten Betroffenen der 99%), heißt es auf der Website von *Occupy the Hood*. Die unterschiedlichen Gruppen unter dem Dach von *Occupy the Hood* versuchen »nicht nur Druck auf die weiße Mehrheit« von *Occupy* auszuüben, Schwarzen und People of Color mehr Gehör einzuräu-

<sup>17</sup> San Francisco Bay View. National Black Newspaper, 22.11.2011, <http://sfbayview.com/2011/occupy-the-hoods-national-effort-coordinated-by-ife-johari-uhuru-detroit-single-mom/>

men. Sie organisieren sich vielmehr als »unabhängige Strömung der Organisierung in unseren Communities mit unseren Themen und unserer Sprache«, so Lorenzo Kom'boa Ervin (OtH posting 17.10.2011).<sup>18</sup>

Diese Strömung betrachtet Occupy (trotz der begrenzten Beteiligung von nicht-weißen Aktivist\_innen) als einen Impuls, die eigene Praxis zu hinterfragen: »Jahrelang hörte ich von, aber sah keine schwarze revolutionäre Massenbewegung in der Hip-Hop-Ära, jenseits ... konventioneller Politiken oder manipulativer, machthungriger Prediger/Politiker. Die Bewegung hat das Potenzial, eine wirkliche Massenbewegung der Armen und Unterdrückten zu werden, deren Basis in den urbanen Zentren liegt. Eine Bewegung, in der die Jugend Protagonist ist, die versteht, dass sie, wenn sie die Probleme der Unterdrückten aufgreift, in Harlem, North Philly, South Memphis oder anderen Stadtteilen an anderen Orten, wirkliche Mehrheiten zusammenbringen kann, eine Armee der Armen.« (ebd.) Ähnlich wie Occupy verbreitete sich auch Occupy the Hood in unzähligen Städten der USA. Deutliche Anleihen bei der Black Panther Bewegung zeugen von der Ungeduld gegenüber dem jahrzehntelangen Black Community Organizing, das zwar durchaus erfolgreich war, letztlich aber nur die Probleme zu lindern vermochte. Vor Occupy »teilte ich von Zeit zu Zeit meine politischen Ansichten mit Freunden auf Facebook und arbeitete ehrenamtlich bei lokalen Community-Projekten. Jetzt bin ich in einer nationalen Bewegung aktiv, die ökonomische Themen im Fokus hat, die unsere Communities of Color tiefgehend beeinflussen« und zuvor unverständlich und weit entfernt schienen, meint Ife Johari Uhuru aus Detroit, eine der Gründer\_innen von Occupy the Hood (Bay View 22.11.2011). Und Occupy gab einen Impuls, die Organisierung der Communities der People of Color als eigenständige Aufgabe zu betrachten, die allerdings die Grenzen ihrer sozialen Zusammensetzung überschreiten, organisch mit anderen Bewegungen kooperieren, größere Zusammenhänge in transnationalen Kontexten denken und in ihnen operieren muss. Eine Aufgabe, die auch zu Überforderung führte. Uhuru ist enttäuscht, dass jenseits der elektronischen Vernetzung die reale Unterstützung und Effekte von Occupy the Hood bislang begrenzt bleiben (ebd.). Mit ihren Aktionen wie der Unterstützung von Armen mit Essen und Kleidung gelangen sie selbst nicht über die kritisierten Community-Projekte hinaus. Rakiba Brown, eine langjährige Organizerin in Detroit,

---

<sup>18</sup> [www.officialoccupythehood.org/2011/10/17/why-i-support-occupy-the-hood-by-lorenzo-komboa-ervin/](http://www.officialoccupythehood.org/2011/10/17/why-i-support-occupy-the-hood-by-lorenzo-komboa-ervin/)



engagiert bei Occupy und Occupy the Hood, denkt, es wäre zu früh, die Wirkung einzuschätzen.

»Ich denke, Uhuru ist wie viele dieser jungen Neu-Aktivist\_innen. Sie hat vieles zu lernen und uns vieles zu lehren. Und zu diesem Zeitpunkt gibt es wohl nur wenige, die wirklich verstehen, welche Verschiebungen durch die Besetzungen und die Bewegung stattgefunden haben. Das ist etwas wirklich Neues.« (*Rakiba Brown, ebd.*)

Der Effekt ist nur längerfristig festzustellen, denkt Brown. Zu beobachten sind wechselseitige Lerneffekte, die mit solidarischer Kritik beginnen: »Der Slogan der 99% hat enorme rhetorische Kraft, aber die Geschichte zeigt, dass es keine Abkürzung zur langfristigen und mühseligen Aufgabe der Organisierung einer Bewegung gibt: Menschen dort aufzusuchen, wo sie leben, Vertrauen aufzubauen, ihre Sorgen aufzugreifen, mit ihnen für ihre Anliegen zu kämpfen, ihre Sorgen mit einem kohärenten politischen Programm zu verbinden und all diese Anstrengungen in einer Kraft zu konsolidieren, mit der man rechnen muss.« An diesem Punkt sind die Erfahrungen der Bürgerrechtsbewegung hilfreich, auf die in Verbindung mit Occupy immer wieder hingewiesen wird. Der Kampf für radikale Gerechtigkeit erwuchs damals aus einem in der subalternen Bevölkerung stark verankerten organisatorischen Apparat, der in Jahrzehnten sorgfältiger Arbeit und des Community Organizing aufgebaut wurde. »Rosa Parks war eine gereifte Aktivistin, die an der legendären linken Organizing-Akademie ausgebildet wurde, der Highlander Folk School, und Martin Luther King Jr. verdankt seine Anfänge erfahrenen Gewerkschaftern, die ihn aufgebaut haben. Kein Wunder stand am Beginn dieser geschichtlichen Kämpfe; letzterer wurde geplant und durchgeführt von Einzelnen und ihren Organisationen, die über Jahre mit konkreten Forderungen ihre Ziele verfolgten und eine starke Basis von Unterstützern in den Communities aufbauten und pflegten.« (Sonti 2011) Occupy The Hood greift dies auf und bezieht sich explizit auf die Praxis und Erfahrung vorangegangener Bewegungen wie Civil Rights Movement, Black Power Movement, Poor People's Campaign, March on Washington, Million Man March, Arabellion. Die Anstrengung »wird unter den Organizern definitiv anerkannt« und hat Debatten über das eigene Handeln ausgelöst, schätzt Roderick Douglas Bush, Bewegungsforscher an der St. John's University in Queens. »Die Frage ist, ob dies der Weg ist«, von Occupy in die Communities »auszugreifen«? (Huffington Post 14.10.2011) Organizer kritisieren, dass sie von Occupy the Hood nicht

kontaktiert wurden, nicht mit ihnen über ihre Erfahrungen und Probleme gesprochen wurde, das Rad von neuem erfunden werde.<sup>19</sup>

»Es gefällt mir besonders, dass über radikale Transformation gesprochen wird. Das ist neu. Aber wie stellt man das an?« (Rap-Aktivist Ness, OWS, Huffington Post, 14.10.2011)

## 2.5 Train the 99% – Transformative organizing

Aus der Debatte zwischen Occupy, Occupy the Hood und langjährigen Organizern aus unterschiedlichsten Organisationen erwuchs die Idee, die Fähigkeiten zu bündeln und systematisch voneinander zu lernen – mit dem Ziel: 100.000 Aktivisten zu trainieren, um im Frühjahr 2012 eine neue Welle der Mobilisierung (jenseits der Camps) anzustoßen. Am 15. Februar 2012 startete der Aufruf zu The 99% Spring mit über 40 beteiligten Organisationen, von der National Domestic Workers Alliance, POWER, der Grassroots Global Justice Alliance über Workers Centers, kleine und große Gewerkschaften, Climate Justice Gruppen, NGOs bis hin zur Working Families Party und den Progressive Democrats of America ([the99spring.com/who-we-are/](http://the99spring.com/who-we-are/)). Eine breit organisierte Bildungs- und Aktionsplanungskampagne, mit den Schwerpunkten ökonomische Alphabetisierung, Aktionstraining und Organizing. Dabei wurde systematisch die Geschichte der Subalternen und ihres akkumulierten Wissens in den USA aufgearbeitet:

»Der Frühling der 99% ist nur das jüngste Kapitel im Buch der gewaltfreien direkten Aktion in den USA. In unserer Geschichte standen das Versprechen der Demokratie und das Problem der Ungleichheit immer in einem Spannungsverhältnis. Lernen, was andere vor uns taten, wenn sie mit schier unüberwindlichen Hindernissen konfrontiert waren.

The next chapter is ours to write! (Das nächste Kapitel schreiben wir!)« ([training.the99spring.com/training/99spring/](http://training.the99spring.com/training/99spring/))

Vor der Planung von Aktionen stand die Klärung der ökonomisch-politischen Entwicklung der letzten 40 Jahre. »Wer sind die 99% und wie sind wir von der Ökonomie des 1% betroffen?« Das stand in unmittelbarem Zusammenhang zu einer anderen, emanzipativen Entwicklung von (Selbst-) Führungsfähigkeiten: »Führung beinhaltet, dass wir unsere eigene Ge-

---

<sup>19</sup> Gespräche des Autors mit Organizern in New York, März 2012.

schichte erzählen können und Verbindungen mit anderen aufbauen, sodass wir stärker werden, wenn wir zu gemeinsamen Aktionen zusammenkommen.« Von dort aus ging es um Vorstellungen, wie eine andere Organisation der Ökonomie aussehen könnte. Erst vor diesem Hintergrund ging es an die konkreten Aktionen: »Aber das erfordert Planung und Praxis von Strategieentwicklung und effektiven Aktionen.« Natürlich schloss dies auch klassische Aktionstrainings für Aktivisten, die zum ersten Mal dabei waren, ein, um angesichts der zu erwartenden Repression mit »gewaltfreier Disziplin« zu antworten (ebd.). Organisation, Planung, Führung, Disziplin – Begriffe, die vonseiten der Occupy-Bewegung als verbrannt galten, wurden aus emanzipativer Richtung freigelegt, kritisch wieder angeeignet, auf dem Stand der Bewegungen aktualisiert. Occupy wiederum motivierte zahlreiche eher konventionell ausgerichtete Organisationen zu kreativeren und radikaleren Taktiken, die vor konfrontativen Methoden bislang immer zurückgeschreckt waren.

»Für mich bezeugt die Tatsache, dass die Crème des linksliberalen Establishments für Trainings für direkte Aktionen wirbt und sechs Monate vor einer Präsidentschaftswahl eben nicht alle Energien in das elektorale Wettrennen wirft, den dramatischen Effekt von Occupy.« (*Peter Rothberg, The Nation, 4.4.2012*)

Bei über 900 Teach-ins wurden mindestens 50.000 Aktivisten trainiert, Tausende weitere nutzten die eigens in Spanisch und Englisch entwickelten Internet-Tools (Huffington Post, 9.4.2012). »Dies wird ein ganz neues Segment von Leuten involvieren, die bislang am Rand standen«, hofft ein Occupy-Atlanta-Aktivist (ebd.).

Dabei gibt es durchaus Kritik und Widersprüche innerhalb der Kampagne, die sich besonders an der starken Rolle von großen NGOs wie Rebuild the Dream und MoveOn aufhängen, die der Demokratischen Partei nahestehen. Joe Macare von der Occupied Chicago Tribune erkennt die wertvolle Arbeit, die Rebuild the Dream und ihr Gründer Van Jones leisten, »aber ich stimme seiner Position über den Grad der Unterstützung, der für Präsident Obama geleistet werden soll, gegen die Tea Party und die republikanische Mehrheit im Kongress, nicht zu«. Wenn »Rebuild the Dream und MoveOn.org ernsthaft die Macht der Konzerne herausfordern wollen, bedeutet dass, viele Bausteine der Politik der Demokratischen Partei und ihre von den Lobbyisten gekauften und bezahlten Politiker zu kritisieren« (*The Nation, 6.4.2012*). Van Jones argumentiert dagegen, dass das Gerede von

Klassenkrieg und Klassenkampf Occupy zum Nachteil gereicht.<sup>20</sup> Er vertritt eine »romantisierende Vorstellung einer nicht-existierenden, vergangenen amerikanischen Ära«, die wieder angerufen werden soll, die Zeit von »Gerechtigkeit und Gleichheit« nach dem Zweiten Weltkrieg (Macare, s.o.). Entsprechend plädieren Rebuild the Dream und ähnlich MoveOn für weniger konfrontative Aktionen. Insofern betrachten zahlreiche Occupy-Aktivist:innen MoveOn als eine Verlängerung der Demokratischen Partei, zumal die Organisation einst zur Unterstützung demokratischer Kandidaten gegründet wurde und auch bei den Wahlen 2012 ein Political Action Committee (PAC) bildete, um Spenden für Obamas Wahlkampagne zu sammeln. Occupy hingegen betrachtet sowohl Demokraten als auch Republikaner als Verantwortliche der »wachsenden Ungleichheit zwischen den Klassen und die Machtübernahme der Finanzkonzerne« (ebd.). Damit stellt sich die Frage: Organizing wofür?

»Die Leute für gewaltfreie direkte Aktionen zu trainieren ist großartig!  
Doch wofür, in wessen Namen?

Wir wollen wirklichen Wandel, nicht die demokratische Parteibasis mobilisieren.« (@PHX99percent, The Nation, 6.4.2012)

Die Kritik von Occupy an der Kampagne verbindet sich mit einer Kritik an der Orientierung auf Wahlen und die Demokratische Partei, wie sie von bekannten Linksintellektuellen und -aktivisten wie Bill Fletcher vertreten wird:

»Lasst uns deutliche Worte finden, damit das Gespräch nicht nutzlos bleibt. Wahlen in einem demokratischen Kapitalismus wie dem unseren werden uns nicht die Freiheit bringen. Und die Demokraten sind nicht die Partei der Arbeiterklasse. So, und was tun wir nun? ... Die größere Herausforderung für die Linke ist es, elektorale Politiken so zu führen, dass die Notwendigkeit eines unabhängigen, fortschrittlichen Programms für die Interessen der Unterdrückten und Enteigneten anerkannt wird, ein Kampf, den es mit Hilfe und in unseren Massenorganisationen zu führen gilt. Wir sollten nicht mit abstrakter Organisation beginnen, sondern für ein Programm. Dann sollten wir abwägen, unter welchen Bedingungen wir Kandidaten bei den Vorwahlen der demokratischen Partei aufstellen und unter welchen Umständen wir Unabhängige unterstützen soll-

<sup>20</sup> [www.thenation.com/article/167172/99-percent-100-percent-case-deep-patriotism](http://www.thenation.com/article/167172/99-percent-100-percent-case-deep-patriotism)

ten. Immer bedenkend, dass dies ein Kampf für strukturelle Reformen innerhalb des demokratischen Kapitalismus ist, um auf diese Weise die Bedingungen für einen längerfristigen Kampf für Sozialismus zu verbessern ...« (*Bill Fletcher 2012*)

Die Kritik an der Kampagne trifft sich außerdem mit der Kritik am konventionellen Community Organizing, wie sie von Organizern wie Cindy Wiener von der *Grassroots Global Justice Alliance*, *Ai-jen Poo* von der *National Domestic Workers Alliance* oder Steve Williams von People Organized to Win Employment Rights (POWER), die selbst an »train the 99%« beteiligt sind, seit langem entwickelt wird.<sup>21</sup> In den USA mobilisieren Community-Organizing-Projekte meist pragmatisch um konkrete Belange der betroffenen Gruppierungen, Gemeinden, Interessenverbände. »Doch nur wenige Organizer konnten mit moderaten Forderungen tatsächlich größere Wirkung erreichen.« (Mann 2011, 2). Unter dem Begriff »Transformative Organizing« wird am Labor and Community Strategy Center in Los Angeles<sup>22</sup> versucht, eine Perspektive der Transformation systematisch in die alltägliche Arbeit einzubeziehen.

»Zu oft habe ich diese Gespräche mit Organizern, die diese wirklich progressiven linken Politiken propagieren. Aber wenn sie losgehen und ihr Organizing betreiben, führen sie plötzlich unzählige Gründe an, warum sie nicht über Sozialismus, die Beendigung des Krieges oder Klimagerechtigkeit sprechen dürfen. Es ist, als ob wir auf einmal beginnen, den Menschen zu misstrauen, mit denen wir uns organisieren wollen. Für mich ist einer der wichtigsten Punkte ..., dass wir ein großes Vertrauen in unsere Leute setzen, die für ein besseres Leben in einer besseren Welt streiten und diese Verknüpfungen herstellen wollen.« (*Steve Williams*)

Transformative Organizing heißt also, »für konkrete notwendige Veränderungen zu kämpfen«, kleinteilig und vor Ort, »aber immer als Teil einer größeren Strategie, um die strukturellen Bedingungen« zu verändern, auf eine gesellschaftliche Transformation hin (Mann 2011, 1f.). Im Gramscianischen Sinne wird Organisierung nicht nur gedacht als Arbeit an einzelnen Problemen, sondern auch an der Herausbildung einer Weltanschauung, Bewegung als kollektiver Intellektueller. Das heißt auch den falschen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis zu bearbeiten, gegen die Theoriefeind-

<sup>21</sup> Gespräche während des Left Forum 2012 in New York.

<sup>22</sup> [www.thestrategycenter.org/transformational-organizing](http://www.thestrategycenter.org/transformational-organizing)

lichkeit von Organizern, Bewegungen, Gewerkschaften anzugehen, denn die Theorie liefert »einen Überblick«, wie »eine Karte« orientiert sie uns, »wo wir uns hinbewegen« (6). Auf diese Weise kann die Organisierung fester werden, an Stärke gewinnen. Schließlich lehrte die Erfahrung schon der Anti-Kriegsbewegung zu Zeiten der US-Invasion in Vietnam oder eben auch die Occupy-Bewegung, dass Unterstützung zwar rasch und breit gewonnen wurde, »aber alles andere als tief war«, über den Moment hinaus, schwer zu halten ist (8). Der Frühling der 99% hat gezeigt, dass weder die vermeintlich spontane Zusammenkunft von Tausenden noch die professionalisierten pragmatischen Methoden des Organizing in der Lage sind, längerfristig eine Bewegung unter ungünstigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu stützen, ihre Teile zusammenzuhalten.

## 2.6 Occupy Debt und Occupy Homes – vom »Symbolischen« zum »Materiellen«

Occupy Wall Street hat bereits während der Platzbesetzungen zahlreiche Kampagnen entwickelt bzw. sich in bestehende eingebracht und ihnen übergreifende Sichtbarkeit verliehen. Sie orientieren auf konkrete Problemlagen, wie die Kampagne gegen massenhafte Überschuldung durch Studiengebühren ([occupystudentdebtcampaign.org](http://occupystudentdebtcampaign.org)).

Früh zersplitterte Occupy Debt im Streit über die richtige Strategie. Drei voneinander unabhängige Richtungen bildeten sich heraus: Die Occupy Student Debt Campaign« (OSDC) propagierte anfangs den Aufbau einer eigenständigen Schuldnerbewegung und die massenhafte Verweigerung des Schuldendienstes, mit dem Ziel, auf dieser Grundlage einen allgemeinen Schuldenerlass und ein kostenloses öffentliches Bildungswesen durchzusetzen. Eine andere Richtung verfolgte im Gegensatz dazu Allianzen mit fortschrittlichen Abgeordneten, um Gesetzesinitiativen für staatliche Entschuldungsprogramme zu befördern. Eine dritte Initiative wiederum, organisiert von »Strike Debt!«, stellte die konkrete Solidarität in den Mittelpunkt. Über *crowdfunding* sollen Menschen von ihren privaten Schulden und den Knebelverträgen der Kreditgeber befreit werden.

Die Maßnahmen der Regierung (der Student Loan Forgiveness Act und der Private Student Bankruptcy Fairness Act) wurden im Kongress entschärft und brachten kaum Entlastung für die Betroffenen. Entsprechend werden die Reforminitiativen von Student Loan Justice und Forgive Stu-

dent Debt (to Stimulate the Economy), Occupy Colleges oder der Occupy Student Debt Group, die auf Lobbyarbeit beim Kongress ausgerichtet sind, als erfolglos betrachtet. Ihre Strategie war fast vollkommen losgelöst von der Organisation außerparlamentarischen Drucks und setzte alle Hoffnungen einseitig auf den Staat.

Explizit ausgeschlossen wurden alle Formen konfrontativer bzw. »disruptiver kollektiver Aktionen von Seiten der Studierenden« (Ogman 2013, 78). Am Ende integrierte die Obama-Regierung die Petition für einen Schuldenerlass, die die beiden Gruppen an das Weiße Haus gerichtet hatten, in ihre mehr oder minder kosmetischen Reformen des Kreditsystems für Studierende, wobei die finanzielle Last für Hochverschuldete nur geringfügig reduziert wurde.

Dagegen setzte OSDC auf weitergehende, abgestufte Forderungen: freie Bildung für alle auf steuerfinanzierter Basis über die Bundesregierung oder zumindest Null-Prozent-Studienkredite; volle Budgettransparenz an den öffentlichen wie privaten Universitäten; Annullierung der aufgelaufenen Studentenkreditschulden.

»Ich ging zur Schule, um meine Träume zu verwirklichen.

Nun bin ich mit über 10.000 US-Dollar verschuldet und finde keinen Job.

Ich bin finanziell wieder auf meine Eltern angewiesen, die sich selbst täglich abstrampeln müssen. Es fühlt sich an, als ob ich versagt habe. Meine Fähigkeiten und Wünsche sind nichts wert.

Ich bin eine von den 99%.« (*Rachel*, Occupy-Boston)

OSDC verfolgte konfrontative Taktiken: »Zahlungsverweigerung als eine legitime Antwort von betroffenen Individuen und Communities gegen die Angriffe von Gläubigern oder von Vertretern des Staates« (occupystudentdebtcampaign.org). Sie beriefen sich auf ähnliche Mobilisierungen vor allem in Chile, England, Spanien und zuletzt in Quebec und riefen zu einem »Schuldenstreik« auf, sobald eine Million Schuldner\_innen sich bereit erklärt hätte, den Aufruf zu unterzeichnen und gemeinsam in den Streik zu treten – dies sei die kritische Größe, um dem Protest die nötige Stärke gegenüber individuellen Pfändungsverfahren zu verleihen.

Allerdings hatten bis August 2012 nur etwas über 4000 Personen den Aufruf unterzeichnet. Der Streik wurde nicht *organisiert*, sondern *voluntaristisch* ausgerufen und scheiterte. OSDC hatte sich »viele Gedanken über kollektive Formen der Verweigerung, aber zu wenige über kollektive Schutz-

maßnahmen gemacht« – wie das in der Regel Gewerkschaften und Organisationen tun, wenn sie zum Arbeits- oder Mietstreik aufrufen. »Man setzte die von Verschuldung betroffenen Student\_innen einer weiteren Gefährdung aus, anstatt ihre Widerstandskraft zu stärken. Die Bemühungen, der Individualisierung auf der ideologischen Ebene etwas entgegenzusetzen, waren zum Scheitern verurteilt, weil die Kampagne es versäumt hatte, die Individualisierung auch auf der finanziell-juristischen Ebene anzugehen. Aus juristischer Sicht nämlich muss am Ende jede/r Einzelne für ihre/seine Verträge und Schulden einstehen.« (Ogman 2013, 78) Dennoch weckte die Kampagne Aufmerksamkeit.

»Kredite sind Formen des aus dem Nichts geschaffenen Geldes, das letztlich den Zwecken des Gläubigers dient. Sie sind wenig mehr als Nummern auf einem Computerbildschirm. Banker wissen das, also verhalten sie sich zu ihren eigenen Schulden entsprechend, als Angelegenheit, die neu verhandelt, restrukturiert, abgeschrieben werden kann. Nur die kleinen Leute sollen die Schulden wirklich zurückzahlen.« (occupystudentdebtcampaign.org)

Die Kampagne »Rolling Jubilee«, organisiert von »Strike Debt!«, will verschuldete Studierende mit Betroffenen zusammenbringen, die aufgrund der extrem hohen Gesundheitskosten in den USA verschuldet sind, und solchen, die unter einer hohen Hypothekenlast oder exorbitanten Zinsforderungen aus Kleinkrediten leiden. »Damit kehren sie zu einem ursprünglichen Ziel der Occupy-Bewegung zurück: zur Idee des Zusammenschlusses von unterschiedlich betroffenen Bevölkerungsgruppen und Menschen, der 99%, in einem gesellschaftlichen Block.« (Ogman 2013, 78) Rolling Jubilee setzt auf gegenseitige Hilfe und das Instrument des *crowdfunding*, um Geld aufzutreiben, mit dem Konsumentenschulden aufgekauft und dann »getilgt« werden können. Ihren Ansatz, die Krise durch freiwillige zivilgesellschaftliche Assoziationen zu lösen, bezeichnen die Organisator\_innen als »Bailout of the people by the people«. Dass sie den Staat dabei weitgehend außer Acht lassen, hat ihnen den Vorwurf eingebracht, der neoliberalen Ideologie aufzusitzen, dass sich der Staat aus der Verantwortung für die soziale Absicherung der Bevölkerung verabschieden sollte. Denn »ausreichende soziale Versorgung und Umverteilung erfordern mehr, als dass einige freiwillig einen Teil ihres Einkommens zur Verfügung stellen. Vielmehr bedarf es Zwang und Gesetzen, um sich einen kleinen Teil des konzentrierten Reichtums der 1% gesellschaftlich (wieder-)anzueignen, sei es



durch eine fortschrittliche Steuerreform und Lohnerhöhungen oder grundlegender durch eine Demokratisierung der Wirtschaft« (ebd.). Strike Debt! konnte bis November 2014 rund 400.000 US-Dollar einsammeln und damit Schulden zum ursprünglichen Nennwert von 15 Millionen US-Dollar erwerben, v.a. Schulden für medizinische Versorgung. Für die einzelnen Schuldner ist dies eine große Hilfe. Bei über 60% der privaten Insolvenzen spielen für medizinische Versorgung aufgenommene Schulden eine entscheidende Rolle.

Andrew Ross, Soziologieprofessor in New York und Aktivist von Strike Debt!, stellt aber klar: »Wir machen uns keine Illusionen, dass 15 Millionen US-Dollar nur ein kleiner Tropfen im Meer des Sekundärmarktes für Schulden sind.« (Guardian, 12.11.2013) Es geht vielmehr um »politische Bildung«, darum, zu demonstrieren, wie der Sekundärmarkt für Schulden funktioniert, und Schuldner mit diesem Wissen gegenüber Gläubigern zu stärken. Die symbolische Kampagne soll die öffentliche Aufmerksamkeit auf alternative Möglichkeiten des Schuldenabbaus lenken.

Die genannten Initiativen blieben in ihrer jeweiligen Logik gefangen. »Das Spannungsverhältnis zwischen dem Engagement sozialer Bewegungen, politischen Interventionen und Nachbarschaftshilfe wurde nicht aufgelöst, sondern in drei separate Kampagnen überführt.« (Ogman 2013, 78) Dennoch haben die Initiativen den Diskurs über die Schuldenproblematik vorangebracht.

Die Kampagnen von OSDC und Strike Debt begreifen den Kampf um die Schulden als zentrale Auseinandersetzung der Zeit, »nicht weil der Lohnkonflikt passé wäre (er wird es nie sein)«, so Ross, sondern weil Schulden für viele die drückendste Sorge sind (an diesem Punkt ganz in einer Linie mit David Graeber 2012). Und hier ergibt sich die Verbindung zu einer der wichtigsten Kampagnen: den *Anti-Eviction-Campaigns*, den Kampagnen gegen Zwangsräumung und für die Wiederaneignung von Wohnraum.

Der Häusermarkt ist der zentrale Ausgangspunkt der Hypothekenkrise seit 2007 und in zahlreichen Ländern von Spanien über Irland und Großbritannien bis in die USA von großer Bedeutung. Aufgrund der säkularen Anhäufung (Überakkumulation) von Kapital, das keine profitable Anlagemöglichkeit findet, wird nach immer neuen Finanzinnovationen und Feldern gesucht. Es gab eigentlich nur noch eine gesellschaftliche Gruppe in den USA, die unzureichend in das Kreditsystem integriert werden konnte: die schwarze Arbeiterklasse und die wachsende Anzahl an arbeitenden Armen (Panitch 2009). Hier kam eine besondere Finanzinnovation im Be-

reich der Hypothekenkredite ins Spiel – die so genannten Sub-Prime-Kredite. Mit ihnen wurden sogar jenen Hypothekenkredite aufgedrängt, die sich mangels Einkommen oder wegen unsicherer Jobperspektiven eigentlich keine Immobilien leisten können. Ein niedriges Zinsniveau – befördert durch den damaligen Vorsitzenden der US-Zentralbank Federal Reserve (Fed), Alan Greenspan, der im Jahr 2000 durch historisch einmalige Zinssenkungen von 6,5 auf 1% zur Linderung der Krise nach der so genannten dot.com-Blase beitrug – ermöglichte den Deal: Die Hypothekenkredite kurbelten den Immobilienmarkt an, steigende Häuserpreise suggerierten höhere Vermögen der Hausbesitzer, der gefühlte Reichtum beförderte weiteren Konsum per Kreditkarte. In kaum einem anderen Land spielt der private Konsum, auf Pump finanziert, eine ähnlich große Rolle wie in den USA. Angesichts des hohen Ausfallrisikos der betreffenden Schuldner verknüpfte man die »Unterschicht«-Kredite mit anderen Krediten und Anleihen zu komplizierten Paketen, schichtete diese in unterschiedliche Risikokategorien und verkaufte einzelne Tranchen in dieser verbrieften Form weiter über den gesamten Globus.

Um das Risiko weiter zu vermindern, wurde eine Art Kreditversicherung eingesetzt: Credit Default Swaps (CDS). Dies sind Kreditderivate, die ursprünglich zur Absicherung gegen Ausfallrisiken von Krediten und anderen Wertpapieren dienen, selbst handelbar sind und als Spekulationsobjekte einen der größten Bereiche des außerbörslichen Handels darstellen. Verbriefung, Bündelung, Stückelung und Versicherung von Krediten ließen die Ratingagenturen überdurchschnittlich gute bis exzellente (Triple A) Bewertungen ausstellen, denn solange die Zinsen niedrig blieben, war dies ein sicheres Geschäft, und das (Rest-)Risiko wurde von den Hypotheken- und anderen Banken auf den gesamten Finanzmarkt global verteilt und damit für den individuellen Anleger geringer. Die Verbriefung war also ursprünglich eine Innovation, um das Risiko auf eine größere Anzahl von Anlegern zu verteilen und damit das individuelle Risiko zu vermindern und das Finanzsystem insgesamt stabiler zu gestalten. Ähnlich wie bei den Derivaten insgesamt verstärken diese Finanzinvestitionen zur Absicherung von Risiken und Steigerung der Rendite letztlich aber selbst die Instabilitäten auf den Weltfinanzmärkten, wenn Kreditketten reißen und wie beim Domino der Fall des einen Instituts den nächsten Zusammenbruch nach sich zieht. Denn wenn die Wirtschaft brummt, der Konsum surrt, Preise steigen, die Arbeitslosigkeit niedrig ist, dann steigen die Zinsen (von 1% im Jahr 2004 auf 5,25% im Jahr 2006).

Seit Anfang 2007 häuften sich die säumigen Schuldner, die ihre Hypothekenzinsen nicht mehr bedienen konnten. Die Bewertung der verbrieften Kreditpakete blieb aber exzellent und entfernte sich zusehends von der realen Zahlungsfähigkeit der Schuldner. Im August 2007 brach die Kreditkrise aus, in deren Folge schon im ersten Jahr 1,5 Millionen Menschen buchstäblich ihr Dach über dem Kopf verloren (Wall Street Journal, 23.10.2008). Ganze Familien leben nun in Wohnwagenkolonien, Obdachlosenunterkünften oder auf der Straße. Der Immobilienboom hatte die Hypothekenbanken in die amerikanische Provinz gelockt. Im Süden und Westen oder in Staaten wie Connecticut ballen sich daher die Opfer der Krise. Ganze Nachbarschaften sind betroffen – die vielen Leerstände senken auch den Wert anderer Privathäuser und Immobilien. Das soziale Gefüge ganzer Regionen ist gefährdet. Vor allem aber wächst sich der American Dream, ein eigenes Haus zu besitzen, für die kleinstädtische weiße und insbesondere schwarze Arbeiterklasse zu einem amerikanischen Albtraum aus. Infolge der Überschuldung dehnt sich die Zahlungskrise auf andere Segmente aus, z.B. Kreditkarten und Autokredite. Das Vertrauen in eine Verbesserung der Lage – wenn schon nicht durch bessere Löhne, dann doch aber über einen Kredit auf die Zukunft – ist erschüttert (vgl. Wolff 2009). Im Jahr 2011 wurden 2,7 Mio. Zwangsräumungen durchgeführt,<sup>23</sup> ca. 225.000 pro Monat.<sup>24</sup> Im darauffolgenden Jahr waren es ebenso viele. Laut Mortgage Bankers Association konnten 5,4 Mio. Hausbesitzer im Jahr 2013 ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen, das entsprach ca. 12% aller Hypothekenkredite in den USA.<sup>25</sup> Die Zahl der obdachlosen Familien explodierte. Laut einer Studie des Center for Responsible Lending haben allein die Zwangsvollstreckungen in umliegenden Vierteln zu einem Verfall von Eigentumswerten in Höhe von zwei Billionen Dollar geführt. Der daraufhin einsetzende Einbruch der Grundsteuereinnahmen hat viele Städte nahezu in den Bankrott geführt, es folgten Entlassungen und Einschnitte bei zentralen öffentlichen Dienstleistungen (vgl. Dreier 2013, 82).

Seit die spekulative Immobilienblase platzte, sind die Eigenheimpreise in den Keller gerauscht. Hausbesitzer haben Vermögen von mehr als sechs

---

<sup>23</sup> [www.realestatedecline.com/united-states-foreclosures-total-2.7-million-in-2011-and-2012-worse.htm](http://www.realestatedecline.com/united-states-foreclosures-total-2.7-million-in-2011-and-2012-worse.htm)

<sup>24</sup> <http://nationalmortgageprofessional.com/news30821/foreclosure-activity-drops-three-percent-nationwide-july>

<sup>25</sup> [www.realtytrac.com/content/news-and-opinion/housing-predictor-10-million-foreclosures-through-2012--4972](http://www.realtytrac.com/content/news-and-opinion/housing-predictor-10-million-foreclosures-through-2012--4972)

Milliarden Dollar verloren. Viele haben nun Hypothekendarlehen zurückzahlen, die den Wert ihrer Häuser übersteigen. »Trotz des Faktes, dass die Immobilienpreise in einigen Landesteilen wieder steigen, sind mehr als elf Millionen US-amerikanische Familien – ein Fünftel aller Hausbesitzer mit Hypotheken – immer noch unverschuldet überschuldet. Wenn nichts unternommen wird, werden viele von ihnen irgendwann zu den mehr als fünf Millionen amerikanischen Hausbesitzern gehören, die ihr Heim durch die Zwangsvollstreckung bereits verloren haben.« (ebd.)

Seit Ausbruch der Hypothekenkrise gibt es aber in Hunderten von Städten der USA auch Initiativen gegen Zwangsräumungen, vor allem in den Black Communities, teilweise unterstützt von (wenigen) Kräften der lokalen Polizei, die sich weigert, Zwangsräumungen durchzuführen. Mit der Occupy Our Homes Campaign schließt die Bewegung an Aktivitäten von People of Color Organisationen wie Take Back the Land an. Inspiriert von der brasilianischen Landlosenbewegung MST und der südafrikanischen Western Cape Anti-Eviction Campaign errichteten sie auf ungenutztem Land in Miami eine Barackensiedlung für 50 Obdachlose. Die Immobilienkrise traf Florida mit der zweithöchsten Rate (nach Kalifornien) an Zwangsräumungen besonders hart. Allein in Florida haben mehr als 4 Millionen Familien ihre Häuser und Wohnungen durch Zwangsvollstreckungen verloren. Mindestens 3,3 Millionen weiteren Haushalten steht dieses Schicksal bevor (taz, 15.2.2012). Take Back the Land versucht diese durch organisierten Protest zu verhindern und geräumte Familien in leerstehende Häuser zurückzubringen, Möbel, Elektrizität und fließend Wasser zu organisieren (vgl. LuXemburg 4/2010).

Auch Organisationen wie Liberate the South Side in Chicago, in denen sich Gruppen von Betroffenen zusammenfinden, um sich zu wehren, knüpfen Verbindungen zu Organizern von Take Back the Land und zu den lokalen Gruppen von Occupy und Occupy our Homes. Während die Organizer Methoden und Praxen der Wiederaneignung von Häusern und Wohnraum und Organisation weitergeben, sorgt Occupy für öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung mit Aktivisten bei konkreten Aktionen. Jeff Weinberger von der Occupy-Gruppe Fort Lauderdale zum Beispiel organisiert Telefonketten: »Damit die Polizei bei jedem Räumungsversuch auf 50 Demonstranten stößt.« (taz, 15.2.2012)

In vielen Staaten in den USA legen die Gesetze fest, dass, wer ein Gebäude länger als 30 Tage besetzt hält, nur mittels eines formellen Prozesses geräumt werden kann – eine mehrdeutige Formulierung, die für Familien

in leerstehenden Häusern aber auch Möglichkeiten und Schutz vor unmittelbarer Räumung nach Ablauf der Frist bedeuten kann. Solche Aktionen und die öffentliche Aufmerksamkeit, die sie organisieren, ermöglichten den neuen »Hausbesetzer-Gruppen«, Banken dazu zu bewegen, davon abzuweichen, die Kreditnehmer in die Zwangsversteigerung zu zwingen. Mittlerweile wird diese Forderung auch von Politikern aufgegriffen, nicht zuletzt nach diversen Skandalen um unrechtmäßige Anordnung von Zwangsräumungen durch Banken.

Bankmitarbeiter sollen täglich tausende Zwangsvollstreckungstitel unterschrieben haben, ohne die Details zu prüfen, da ihnen durchschnittlich nur drei Minuten pro Fall zur Verfügung standen – eine Praxis, die die Kritiker als »Robo-Signing« bezeichnen (FTD, 2.12.2011). In allen 50 Bundesstaaten startete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen. JPMorgan Chase, Wells Fargo, die Citigroup, Bank of America und Ally Financial mussten nach einem Vergleich ein kollektives Bußgeld von 25 Mrd. Dollar zahlen. Damit sollte unter anderem ein Fonds zur Entschädigung widerrechtlich enteigneter Hausbesitzer eingerichtet werden. Die Einigung mit der US-Regierung sah außerdem niedrigere Kreditraten für Immobilieninhaber, eine einfachere Refinanzierung und Entschädigungen bei fehlerhaften Zwangsvollstreckungen vor (Spiegel online 9.2.2012).

Max Rameau, Organizer bei Take Back the Land, fände es schade, wenn die Bewegungen aufgrund von Anfangserfolgen in ihren Anstrengungen nachlassen würden. »Das Angebot der Regierung, die Forderungen grundsätzlich zu reduzieren, hilft nur den Kreditnehmern, die noch Arbeit haben. Arme People of Color, die am meisten unter der Krise zu leiden hatten, haben nichts von diesen Angeboten. Wenn die Bewegungen darauf anspringen, ist das ein Ausverkauf.« (taz, 15.2.2012) Take Back the Land kündigte daher eine Welle neuer Wiedereinzüge in zwangsgeräumte Häuser für das Frühjahr 2012 an. Andere Gruppen schlossen sich an, um die Wiederaneignungsbewegung landesweit zu intensivieren.

Entsprechend wurde für den 31. März 2012 eine nationale Konferenz gegen Zwangsräumungen einberufen, um eine Initiative für ein (zunächst zweijähriges) Moratorium ins Leben zu rufen. Moratorium NOW! Coalition to Stop Foreclosures, Evictions & Utility Shutoffs versammelte Aktivisten aus dem ganzen Land, um Erfahrungen über die effektive Verhinderung von Zwangsräumungen bzw. Besetzung von Wohnraum auszutauschen und über direkte öffentlichkeitswirksame Aktionen sowie über Möglichkeiten einer nationalen Kampagne zu beraten.

Occupy Atlanta schlug eine landesweit koordinierte Aktionswoche gegen Zwangsräumungen für Mitte Mai vor, die schließlich von Occupy our Homes koordiniert wurde. Die zahlreichen Aktionen haben die Anzahl der verhinderten Hausräumungen und der wiederangeeigneten Häuser vervielfacht. Sie haben aber noch nicht das Tempo ihrer historischen Vorgänger aufgenommen, als im Jahr 1932 allein in New York 77.000 zwangsgeräumte Familien wieder in ihre Wohnungen einziehen konnten. Insofern werden weiter Aktionen vor Ort durchgeführt und zugleich wird auf übergreifender Ebene für das Moratorium gekämpft. Mit Blick auf andere Länder sehen sich die Aktivisten als Teil einer quer durch die »entwickelte Welt« entstehenden Hausbesetzerbewegung – dieses Mal vor allem der eigenen Häuser.

Im Dezember 2012 erklärt Occupy Minneapolis zusammen mit anderen Initiativen Teile der Stadt auf einer öffentlichen Veranstaltung zu »räumungsfreien Zonen« und verknüpft dies mit zahlreichen Forderungen an die Politik.<sup>26</sup> Die Bewegung versucht Widersprüche innerhalb des Staatsapparates auszunutzen, indem sie sich mit dem Stadtrat verbündet, der mehrheitlich gegen Zwangsvollstreckungen ist und auf diese Weise den Bürgermeister, der Zwangsräumungen befürwortet, unter Druck setzt. Darüber hinaus versuchen sie zumindest einen Teil der lokalen staatlichen Stellen »ins Boot zu holen«, indem etwa Verwaltungen und Polizei in Gesprächen aufgefordert werden, keine Beihilfe bei umstrittenen Fällen von Zwangsvollstreckungen zu leisten und damit nur den Banken zu helfen, die die Situation verschuldet haben. Immer wieder haben sich Polizisten tatsächlich geweigert, in solchen Fällen aktiv zu werden. Auf diese Weise konnte eine Art »De-facto-Moratorium« gegen Räumungen vor Ort durchgesetzt werden (vgl. Ogman 2013, 75).

Auch in Richmond (Kalifornien) sind die Eigenheimpreise von ihrem Höchststand um 58% abgestürzt. Jede zweite Familie, die ein Haus auf Kredit gekauft hat, ist überschuldet. Der neue Bürgermeister, Gayle McLaughlin, der selbst bei Occupy engagiert war, probiert nun einen neuen Weg aus, um Eigenheimbesitzern bei der Refinanzierung zu helfen und das Abrutschen in die Zwangsvollstreckung zu verhindern. Eine Anpassung der zu zahlenden Hypothek an den realen Immobilienwert wäre für alle Beteiligten die günstigste Lösung. »Würden die Banken die überschuldeten Hypo-

---

<sup>26</sup> Vgl. »Minneapolis Community Declares Foreclosure and Eviction Free Zone«, <http://occupy.com>.

theiken in Richmond an den Marktwert angleichen, würden die Hausbesitzer durchschnittlich mehr als 1.000 Dollar im Monat an Zinszahlungen und Tilgungsraten sparen. Wenn diese Ersparnisse für lokale Güter und Dienstleistungen ausgegeben würden, wäre das eine Finanzspritze für die Wirtschaft von rund 170 Millionen Dollar und es würden mindestens 2.500 Arbeitsplätze geschaffen.« (Dreier 2013, 80) Die Banken würden damit nicht mehr Verluste einfahren als mit der Zwangsvollstreckung, deren Erlös den Marktwert regelmäßig nicht übersteigt, die Hypothek aber vollständig tilgt. In der Regel verweigern die Banken dies jedoch oder verstecken sich hinter privaten Investmentfonds, die gestückelte Anteile an Tausende von Investoren verkauft haben.

Der Stadtrat in Richmond ersinnt also, unterstützt von der Bürgerinitiative Alliance of Californians for Community Empowerment (ACCE), die seit Jahren schon Hauseigentümer gegen rücksichtslose Banken organisiert, eine neue Strategie: Im Juli 2013 beschließt er mit sechs Stimmen und ohne Gegenstimme (ein Ratsmitglied war abwesend), dass die Stadt Kaufgebote für überschuldete Immobilien abgibt. »Sollten die Gläubiger ablehnen, wird die Stadt sie enteignen und entschädigen. Dann wird die Stadt mit einer Gruppe freundlicher Investoren, der Mortgage Resolution Partners (MRP), zusammenarbeiten, um die Darlehen über die Federal Housing Administration (FHA) zu refinanzieren.« (ebd.)

Das Beispiel macht Schule. Kommunalpolitiker in Seattle, Newark und anderen Städten entdecken, dass sie ihr Recht auf Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit ausüben können, um überschuldete Hypotheken zum aktuellen Marktwert aufzukaufen und sie wieder an die Hauseigentümer zu verkaufen: zu einem reduzierten Preis und mit verringerten Monatsraten. Die Wall Street ist alarmiert. Lobbyisten drohen, die Kommunalregierungen in kostspielige juristische Auseinandersetzungen zu verwickeln, sollten sie zur Enteignung greifen, um Problemhypotheken zu übernehmen. Aber MRP hat zugesichert, die Kosten jedes potenziellen Rechtsstreits zu übernehmen. »So räumen die meisten Kommunalpolitiker nun ein, dass es sich dabei im Wesentlichen um eine leere Drohung handelt.« (ebd.)

Die Aktionen gegen Zwangsräumungen in den USA haben zwar nie das Niveau der entsprechenden Bewegung in Spanien erreicht (vgl. Kapitel 3), es gibt jedoch eine breite Verankerung dieses Ansatzes in den von der Wohnungskrise besonders betroffenen Nachbarschaften und Communities. Hier wurde der Wechsel vom Symbolischen (den Platzbesetzungen) zum Materiellen (den Interventionen in konkrete soziale Verhältnisse) am

deutlichsten. Protestierende »brauchen Ziele und Gegner, am besten lokale und erreichbare« (Fox Piven, *The Nation*, 7.1.2011). Es zeichnet sich ab, dass »sich zivilgesellschaftliche Strategien, direkte Aktionen und die Unterstützung von Graswurzelinitiativen einerseits, und auf den Staat bezogene Interventionen andererseits nicht länger im Wege stehen, sondern ergänzen«, hofft Robert Ogman (2013, 75).

Trotz der ungünstigen Kräfteverhältnisse und relativiert angesichts der über 200.000 Zwangsräumungen pro Monat, gehört Occupy Our Homes sicherlich zu den erfolgreichsten Aktivitäten der Zeit nach den Platzräumungen, nicht zuletzt, weil hier zusammen mit anderen Gruppen und Organisationen konkret eingegriffen werden konnte, Erfolge sichtbar werden, Menschen sich selbst ermächtigen für konkrete Ziele – und sich zugleich als Teil eines weitergehenden Zusammenhangs begreifen, also zahlreiche Aspekte des transformativen Organizing ansatzweise umgesetzt werden.

## 2.7 Die wirkliche Demokratie auf die Ökonomie ausdehnen

Bei den Überlegungen zu einem nächsten Schritt nach den Platzräumungen und dem Frühling der 99% nahm Occupy Wall Street eine weitere Bewegungsform von Kooperationspartnern auf und versuchte diese zu repolitisieren: den Generalstreik am 1. Mai 2012. Dem Aufruf folgten in New York 30.000 Demonstrant\_innen – was in New York viel ist, da der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag ist (Rehmann 2012, 905). So war der Aufruf Erfolg und Misserfolg zugleich. Letzteres, weil deutlich wurde, dass ein Streik, zumal ein Generalstreik, nicht durch puren Willen oder einen Aufruf ausgelöst wird. Es bedarf der Entscheidung und massenhaften Beteiligung von Arbeiter\_innen und Gewerkschaften. Denn letztlich geht es um die Unterbrechung der Produktion in großem Maßstab, eines der stärksten Kampfmittel der Subalternen, aber auch eines der schwer erreichbaren, angesichts der Zersplitterung und Prekarisierung der Klasse der Lohnabhängigen.

(General-)Streiks wurden in der Geschichte organisiert, indem Lohnabhängige am Arbeitsplatz oder in ihren Wohnquartieren andere Arbeiter und Arbeiterinnen organisierten – dies kann nicht durch äußerliche Aktivitäten erfolgen.



»So, go in and do the hard work of talking to their co-workers, forming an organization, and ultimately walking out together.« (Joe Burns, Association of Flight Attendants, Communications Workers of America, 2012)<sup>27</sup>

Erfolgreich war der Versuch, weil die Anstrengungen von Occupy »für eine klassenbasierte Herangehensweise« geholfen haben, unsere »Aufmerksamkeit wieder auf die Betriebe« zu lenken, als Ausgangspunkt und Ort der effektiven Organisierung von Streiks bis hin zum Generalstreik (Burns 2012). An ihre »Wiederbelebung« und Bedeutung im Rahmen einer erneuerten Arbeiterbewegung erinnern Occupy und Indignad@s – so wie in Wisconsin: Da es Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den USA nahezu verboten ist zu streiken, riefen die Lehrer\_innen dazu auf, sich krank zu melden. Zwei Drittel der Lehrer\_innen in der Hauptstadt Madison gingen nicht zur Arbeit, was die Besetzung des Capitols zusammen mit Studentenorganisationen ermöglichte (ebd., vgl. Wright/Peschanski 2011, 25f.), ein unkonventioneller Streik verbunden mit einer unüblichen symbolischen Besetzung. Streiks der Lehrer\_innen in Chicago führen dies fort. Ebenso wie der landesweite Aufstand der Niedriglohnarbeiter\_innen bei Walmart oder in den Fastfoodketten.

An die Bedeutung des Kampfes in und um die Betriebe schließen auch die zahlreichen Fabrik- und Unternehmensbesetzungen an, die seit Ausbruch der Krise stark zugenommen haben, sowie die Dynamisierung der Genossenschaftsbewegung (vgl. LuXemburg, »Den Betrieb übernehmen«, 3/2011). Auch die Initiativen in und um Occupy zur Ausweitung der Forderung nach wirklicher Demokratie auf das Feld der Produktion, als Wirtschaftsdemokratie, können dort anschließen (vgl. ebd.; Wolff/Rehmann 2011; Manifesto 2012).

---

<sup>27</sup> »Also, geht hin und macht die harte Arbeit, mit den Kolleg\_innen zu sprechen, eine Organisation zu bilden, um letztlich gemeinsam in den Streik zu treten.« (Übers. d. Aut.)

## 2.8 Occupy Sandy

Es schien still geworden zu sein um Occupy, als im Oktober 2012 Hurrikan Sandy mit zerstörerischer Kraft über die Ostküste der USA fegte. Innerhalb kürzester Zeit organisiert Occupy Sandy<sup>28</sup> eine Graswurzelbewegung zur Unterstützung der zahlreichen Opfer des Hurrikans, die angesichts eines ausgehöhlten sozialen Sicherheitsnetzes und des Versagens der zentralstaatlichen Behörden ganz auf sich allein gestellt waren. Occupy kann über 70.000 Freiwillige mobilisieren. Sie füllen die Lücke, die durch die unzureichende Reaktion der nationalen Nothilfeinstitutionen und der professionellen Wohltätigkeitsorganisationen auf Hurrikan Sandy entstanden war. Die Bewegung bringt 1,3 Mio. US-Dollar an Spenden zusammen, schafft ein Netzwerk aus Verteilungszentren, baut ein Vertrauensverhältnis zu den von den Verwüstungen des Wirbelsturms betroffenen Menschen auf und organisiert gemeinsam mit diesen diverse Projekte der Nachbarschaftshilfe. Die freiwilligen Helfer\_innen verteilen Lebensmittelspenden, reparieren von den Wasserfluten beschädigte Häuser und identifizieren die Nöte und Bedürfnisse der Bewohner\_innen von Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus, die üblicherweise von der Öffentlichkeit völlig vernachlässigt werden.

Occupy macht sichtbar, dass die armen und weitgehend von Schwarzen und Latinos bewohnten Stadtviertel und Gebiete deutlich stärker unter den Auswirkungen des Wirbelsturms zu leiden haben als die der wohlhabenden Weißen. Darüber hinaus kritisiert Occupy Sandy das Wiederaufbau- und Unterstützungsmodell der Regierung, das im Prinzip auch auf Krediten und privater Verschuldung basiert, ebenso wie die Verdrängungsversuche zu Lasten von einkommensschwachen Mieter\_innen. Zugleich macht sich die Bewegung dafür stark, dass die von der Katastrophe besonders betroffenen lokalen Communities ein Mitspracherecht erhalten, wenn es um den Einsatz der Hilfsmittel und den Wiederaufbauprozess geht.

Occupy Sandy erfährt viel Lob vonseiten der Medien, Behörden und der notleidenden Bevölkerung. Die Bewegung entwickelt sich zum wichtigen Verbindungsglied, das Lebensmittel und andere Hilfsgüter, die von staatlichen Stellen und karitativen Einrichtungen bereitgestellt werden, an die vom Sturm betroffenen Haushalte ausliefert und verteilt. Doch die erwor-

---

<sup>28</sup> Folgendes geht maßgeblich auf Recherchen von Robert Ogman zurück (vgl. ders. 2013).

bene »Führungsposition« kann nicht gehalten werden. Zu sehr setzt Occupy auf die Selbstorganisation: »Wir schaffen das«, lautet einer ihrer Slogans. Manche der betroffenen Anwohner\_innen kritisieren, dass Occupy mit ihren Aktionen nur ihr politisches Kapital mehren wollen. Ein Betroffener aus einer Siedlung des sozialen Wohnungsbaus beklagt sich bei den Aktivist\_innen: »Ich habe genug von kostenlosen Decken. Wenn ihr es nicht schafft, einen offiziellen Vertreter der Stadt hierher zu bekommen, dann ziehe ich vor das Rathaus und beschwere mich dort.« (Rugh 2012) Die Bewegung organisiert daraufhin eine Reihe von Demonstrationen, an denen sich viele Community-Gruppen beteiligen, aber die Verlagerung hin zu politischen Aktionen kommt zu spät. Die tausenden Freiwilligen, die sich an der Verteilung und am Transport der Hilfsgüter beteiligt haben, bleiben etwa dem »People's Recovery Summit« fern.<sup>29</sup> Nur wenige beteiligen sich an den Bemühungen von diversen gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, einen demokratischeren Wiederaufbauprozess in den beschädigten Vierteln in Gang zu setzen. Aus den Trümmern erwächst zwar auch die »Alliance for a Just Rebuilding«, die sich zeitweise aus einer beeindruckenden Koalition von Gruppen zusammensetzt. Und doch verliert Occupy Sandy seine ursprüngliche Mobilisierungskraft. Es gelingt der Bewegung nicht, die zahlreichen Projekte der Nachbarschaftshilfe mit politischen Interventionen zu verknüpfen. Die »Alliance for a Just Rebuilding« hat diesbezüglich den Staffelpstab übernommen, aber im Vergleich zur medialen Aufmerksamkeit und zu der großen Unterstützung aus der Bevölkerung, die Occupy Sandy zu Beginn genießt, tut sich die Allianz schwer. »Während mit netzwerkartigen Formen der Organisation tausende von neuen Aktivist\_innen in die Bewegung gebracht werden konnten, scheitert man an der Aufgabe, Nachbarschafts- bzw. Katastrophenhilfe und politischen Aktivismus in eine kohärente Strategie zu überführen.« (Ogman 2013, o.S.) Dementsprechend überschreitet die Bewegung schnell ihren Höhepunkt. Ein letztes Mal kann sie national für Aufmerksamkeit sorgen, den Moment aber nicht nutzen.

---

<sup>29</sup> Der »People's Recovery Summit« war eine dreitägige Strategieverammlung, um zu bestimmen, wie es mit der Bewegung weitergehen sollte. Sie fand Anfang Februar 2013 in einer Kirche in Brooklyn/New York, dem Zentrum von »Occupy Sandy«, statt.

## 2.9 Erfolgreiche neue Knoten und Zerstreung

Occupy Wall Street hat also vieles geleistet. Sofern die Bewegung gescheitert sein sollte, ist sie produktiv gescheitert. Sie war radikal inklusiv und verlieh den zuvor fragmentierten, zersplitterten Protesten landesweit Sichtbarkeit – und das in einer international(istisch)en Perspektive. Sie schöpften eine gemeinsame Sprache geteilter Erfahrung der Enteignung zentraler Lebensbedingungen und der verweigerten Möglichkeit ihrer demokratischen Gestaltung. Sie entwickelten ein Verständnis für die Produktion des Gemeinsamen, ohne Differenzen zu verwischen. Zugleich waren sie in der Lage, durch einen im besten Sinne *popularen* Slogan einen klaren *Antagonismus* zur Wirkung zu bringen und die Klassenfrage zurück in die politische Auseinandersetzung zu holen. Occupy motivierte zahlreiche eher konventionell ausgerichtete Organisationen zu kreativeren und radikaleren Taktiken, die vor konfrontativen Methoden bislang immer zurückgeschreckt waren. In kurzer Zeit gelang es, einen diskursiven Bruch in die herrschende Krisenerzählung zu schlagen.

Eine ganze Generation neuer Aktivist\_innen ermächtigte sich gegen die autoritäre und vermachtete Politik in Washington und an der Wall Street. Die von Beginn an geknüpften organischen Kooperationen ermöglichten der Bewegung, sich über ihr eigenes, vornehmlich weißes Milieu und geografisch über Manhattan hinaus auszudehnen, ihre Träger und Unterstützer auszuweiten. Occupy Wall Street wirkte als Verdichtungs- und gemeinsamer Bezugspunkt der Bewegungen und erweiterte das Feld über die bisher engagierten (linken) Gruppierungen hinaus.

Aufbauend auf den organischen Kooperationen in der Zeit der Platzbesetzungen konnte nach ihrer Räumung ein Strategiewechsel vorgenommen werden, der (zunächst) das Überleben und die Entwicklung der Bewegung sicherte: Die Bewegung verlagert ihre Aktivität von den Plätzen in die Viertel, interveniert in konkrete soziale Verhältnisse, verbindet sich mit anderen Gruppen.

Systematische Organisierung warf zugleich die Frage auf: Organizing wofür? Hier traf sich die Kritik von Occupy mit der Kritik des transformative organizing an eher pragmatisch und auf die Unterstützung der Demokratischen Partei ausgerichteten Community Projekten. Der Frühling der 99% hat gezeigt, dass weder die vermeintlich spontane Zusammenkunft von Tausenden, noch die professionalisierten pragmatischen Methoden des Organizing in der Lage sind, längerfristig eine Bewegung unter ungün-

stigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu stützen, ihre Teile zusammenzuhalten, sofern sie nicht immer als Teil einer größeren Strategie organisiert werden, um die strukturellen Bedingungen zu verändern, hin zu einer gesellschaftlichen Transformation. Einige hielten es für möglich, die mehrheitlich weiße und studentische Basis von Occupy mit ihrer Mittelschichtsprägung und die zahlreichen Social-Justice-Organisationen, die vornehmlich von der Arbeiterklasse und People of Color getragen werden, zusammenzubringen. Sie hegten die Hoffnung, dass aus der Verbindung von »Occupy mit ihren öffentlichkeitswirksamen Massenaktionen« und den »Gruppen, die an der vordersten Front des Kampfplatzes der ökonomischen, politischen und ökologischen Krise stehen«, ein pluraler, linksprogressiver Block hervorgehen würde (Russel Kahn/Goldberg 2012). Doch eben diese organische Verdichtung der Kräfte gelang nicht. Es blieb bei lokalen und in der Regel eher informellen Netzwerken. Die Hoffnung, die zerstörten Beziehungen und Voraussetzungen sozialer Reproduktion wieder aufzubauen und zugleich eine schlagkräftige politische Opposition zu schmieden, konnte nicht eingelöst werden.

»Paradoxerweise hat die Unfähigkeit von Occupy, die Spannung zwischen dem Streben nach Autonomie und der Notwendigkeit von Koalitionen auszuhalten und produktiv zu wenden, mit dem Mangel an wirklich funktionierenden unabhängigen Strukturen zu tun. So kam es schnell zu einer Reabsorbierung der Occupy-Aktivist\_innen durch andere soziale Bewegungen; auch deswegen, weil Occupy nicht in der Lage war, eine kollektive und demokratische Entscheidung in der Bewegung herbeizuführen, wie man mit anderen fortschrittlichen Kräften umgehen wollte.« (Ogman 2013, o.S.)

Die Mobilisierung und die vielfältigen Kooperationen tragen ohne Zweifel zu einer Diffusion der erstarkten linksprogressiven Stimmung im Land bei. Vereinzelt führte die veränderte Stimmung dazu, dass sich progressive Kandidaten bei Wahlen durchsetzten, wie die im November 2012 neu gewählte Senatorin Elizabeth Warren, die Occupy unterstützte und nun im Bankenkomitee des Senats sitzt, oder wie in New York, wo der demokratische Occupy-Unterstützer Bill de Blasio den Bürgermeisterposten erringen konnte – oder wie im bereits erwähnten Richmond. Lokal ist in den USA traditionell mehr möglich für linke Strömungen. Es gibt viele Beispiele linker Lokalregierungen und eine starke Erfahrung erfolgreicher lokaler Bewegungskämpfe. Doch wie schon vor Occupy droht eine fragmentierte Linke im Lokalismus stecken zu bleiben (vgl. Albo 2012).

Anders als in Spanien gelingt es nicht, die direkten Aktionen zivilen Ungehorsams vor Ort wieder mit einer übergreifenden zivilgesellschaftlichen Organisation zurückzubinden und mit institutionellen Initiativen zu verbinden. Der »Aufbau einer Bewegungslinken aus molekularen Projekten« heraus, um die »kommunitaristische Selbstblockade aufgrund bloß lokaler Mobilisierungen« (Kaindl/Rilling 2011, 25) im Sinne eines *transformative Organizing* zu überwinden, wurde (abgesehen von Einzelnen) von der Bewegung nicht als Aufgabe betrachtet. Es gelingt zwar, wertvolle neue Knoten auf lokaler Ebene zu knüpfen, doch kaum jemand kümmerte sich nach dem Verlust des Resonanzraums und Organisationszentrums der Platzbesetzungen um eine landesweite organisatorische Struktur und Koordination innerhalb der Bewegung, wie mit Blick auf die anderen großen und kleinen Organisationen der gesellschaftlichen Linken. Das Momentum der Mobilisierung verflieg, die Bewegung zerstreute sich.

Der Neoliberalismus ist im Staat fest verankert und durch die Abhängigkeit der Wirtschaft zementiert. Strategische Verbindungen in den Staat sind für Bewegungen verbaut. Die strukturelle Macht des Finanzkapitals sichert sich mit dem Zwei-Parteien-Regime eine gekaufte Demokratie – bekanntermaßen werden Wahlkämpfe mit Milliarden von Spenden geführt, meist von Unternehmen oder wirtschaftsnahen Spendensammelstellen, den so genannten Super-Pacs.<sup>30</sup> Schwindende Einbindungspotenziale und eine gesplante und scharf polarisierte Zivilgesellschaft bilden den Boden für einen offenen Kampf um Hegemonie. Die aufgeladene, polarisierte Stimmung zwischen der Tea-Party und dem »progressiv«-liberalen Lager macht es allerdings zunehmend schwerer, für transformative Ansätze nach Occupy Sichtbarkeit zu erlangen. Es droht zerrieben zu werden, was an Ansätzen geschaffen wurde.

---

<sup>30</sup> Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2012 gaben der demokratische und der republikanische Kandidat gemeinsam fast zwei Milliarden Dollar für den Wahlkampf aus. Insgesamt hat die Wahl rund 5,8 Milliarden Dollar gekostet – »wie stets in den letzten Jahren ein neuer Rekord. 5,8 Milliarden – das ist mehr als die Staatshaushalte der südlichen Nachbarländer Honduras und Nicaragua zusammengenommen« (taz v. 5.11.2012).



# 3. Die Indignad@s des 15M: Molekulare Organisierung und Radikalisierung hin zur gesellschaftlichen Mobilisierung

## 3.1 Prekäre Initiativen

Die Empörten des 15. Mai 2011 verhalfen einer sich im Zeitraum der letzten zwei Jahrzehnte verallgemeinernden Kultur der Prekarität zur Sichtbarkeit: »Ohne Wohnung, ohne Arbeit, ohne Pension, ohne Angst« war einer der häufig skandierten Slogans der Mobilisierung. Prekarisierung war in Spanien längst zur Normalität geworden: Junge Erwachsene sahen sich gezwungen, bei den Eltern zu wohnen, oft noch mit über 30. Dies betrifft immerhin 54% aller zwischen 18- und 34-Jährigen (Castells 2012, 126). Mietwohnungen sind in Spanien Mangelware. Eigentum musste mit Krediten erworben werden. Auch wenn die Zinsen niedrig waren, wovon sollten sie angesichts der unsicheren Jobperspektiven bezahlt werden? Eltern mussten bürgen. Ganze Großfamilien überschuldeten sich. Schon zu Beginn der 2000er Jahre wurden 90% der neuen Jobs nur noch befristet vergeben. Die Deindustrialisierung spülte eine ganze Generation von Arbeiter\_innen über 50 in die dauerhafte Arbeitslosigkeit und dann in die Frühverrentung. Dagegen gelang es der Landwirtschaft, ihre Position zu halten, indem sie zu einer »effizienten« Agroindustrie umgebaut wurde. Die Ausbeutung der hier Beschäftigten, vornehmlich schlecht bezahlte Migrant\_innen, ist enorm, genauso wie die Wasserverschwendung sowie der Verlust von fruchtbaren Böden und Biodiversität. Die chronische Arbeitslosigkeit konnte nach und nach durch den Bedeutungsgewinn der hoch spekulativen Bau- und Finanzindustrie, des Einzelhandels sowie der (zuvor kaum existenten) staatlichen Dienstleistungen abgebaut werden. Möglich wurde dies durch eine nicht endende Kreditschwemme, billiges Geld aus Europa, nicht zuletzt von deutschen Banken und Anlegern (ausführlich dazu Candias 2013d). Dennoch blieb insbesondere die so genannte Jugendarbeitslosigkeit extrem hoch, offiziell bei über 50%. Ohne Job blieb den ganz Jungen oft viel Zeit, aber kein Geld fürs Ausgehen – sichtbar an den berüchtigten Botejones, Zusammenkünften hunderter, oft tausender junger Menschen



mit mitgebrachten »Litronas« (Literflaschen Bier) und selbstgemischten Alkopops auf zentralen Plätzen in den Dörfern und Kleinstädten.

In dieser Zeit und in dieser Atmosphäre entwickelte sich seit den späten 1990er Jahren in Spanien wie in anderen Ländern die globalisierungskritische Bewegung. Ein Teil der Bewegung knüpfte an fortdauernde anarchistische, anarchosyndikalistische und regionalistische Traditionen an, andere an (erneuerte) zivilgesellschaftliche linke, feministische und kommunistische Initiativen, die von der sozialistischen wie kommunistischen Partei nicht mehr viel erwarteten. In allen Teilen der Bewegung war das Thema Prekarisierung von großer Bedeutung. Es ging keineswegs nur um die Massendemonstrationen gegen IWF und G-7/8-Treffen, sondern um prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen, Bildungskämpfe, Kämpfe gegen Stadtanierungen und Verdrängung wie bspw. in Barcelona vor den Olympischen Spielen. Der aus Italien kommende Euromayday gegen Prekarisierung, eine alternative 1. Mai-Demonstration jenseits der traditionalistischen Gewerkschaftsproteste, etablierte sich auch in Spanien. Soziale Zentren entstanden insbesondere in von Verdrängung bedrohten Stadtvierteln der Großstädte. Es gelang nur in Ausnahmefällen, die soziale Unruhe zu bündeln. Sie wurde jedoch in den unzähligen Initiativen organisiert und »jahrelang am Köcheln gehalten« (Waibel 2012, 109). »Die Methodologie der Puerta del Sol ist in den Sozialzentren entstanden und der Aufstand der Affekte wurde zuvor in Sorgestreiks erprobt.« (ebd.) Zweifellos sind Erfahrungen und Politikformen aus diesen Initiativen in die Organisation der 15M-Bewegung eingeflossen.

Nach langen Jahren der Herrschaft der konservativen Partido Popular (PP) unter Ministerpräsident José María Aznar enttäuschte die Regierung der Partido Socialista Obrero Español (PSOE, sozialistische Arbeiterpartei) unter José Zapatero rasch die mit dem Wechsel verbundenen Hoffnungen. Die zahlreichen Reformen der Sozialisten beschränkten sich auf wichtige Kulturkämpfe für Frauen- und LGBT<sup>31</sup>-Rechte, gegen die Macht der Kirche, für die Erhöhung der Mindestrente etc. Sie tasteten jedoch die Ökonomie nicht an. Im Gegenteil, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wurde ebenso vorangetrieben wie Privatisierungen. Eine Zukunft jenseits der Prekarität wurde nicht erkennbar. Während Zapatero das Bild einer modernen, liberalen Linken malte, fand die Perspektivlosigkeit jenseits der kleinen Initiativen der Bewegungen keine Möglichkeit der Artikulation. Proteste blie-

---

<sup>31</sup> Lesbian, Gay, Bi and Transsexual Rights.

ben, von einigen Höhepunkten abgesehen, verhalten. Der auf Kredit basierende Konsumismus tat sein Übriges.

»Der Mangel an Erfolgen lastet auf den Bewegungen. Der Nutzen sozialer Mobilisierungen wurde kaum erkennbar.« (Atentas/Vivas 2011, 15) Dennoch verwunderte die Ruhe angesichts einer so dauerhaft hohen Jugendarbeitslosigkeit einer zunehmend besser ausgebildeten Generation. Die Zuspitzung im Moment der Krise war erwartbar – ihr konkreter Anlass und ihre Form nicht. Der Horizont des Möglichen war lange verstellt. Hier öffnete ein doppeltes Ereignis die Sicht: Der Einbruch der Krise setzte der Fortsetzung des prekären »Irgendwie durchkommen« ein Ende, die Arabellion zeigte auf, dass Protest erfolgreich sein kann.

Das doppelte Ereignis von grassierender Krise und Arabellion ermöglichte eine Dynamisierung und Konvergenz bestehender prekärer Initiativen. Exemplarisch seien hier fünf Quellen genannt, die später zu organisatorischen Trägern des 15M werden sollten.

1) Die Bewegungen der Prekären aus dem globalisierungskritischen Spektrum, Gruppen wie die Precarias a la deriva (2012), die Mitte der 2000er Jahre mit feministisch inspirierten Projekten der Selbstbeforschung prekären Lebens die (transnationale) Verwobenheit unterschiedlichster gesellschaftlicher Verhältnisse (jenseits klassischer Lohnarbeitsverhältnisse) in der Figur der Prekarität deutlich machten, von den marginalisierten Gruppen und illegalisierten Migrant\_innen bis zum neuen akademischen Prekariat, von der Lohnarbeit und Solo-Selbständigkeit bis zur häuslichen Reproduktion und der sozialen Infrastruktur. Damit kritisierten sie die üblichen Politikformen sowohl linker als auch gewerkschaftlicher Gruppen, stellten akademische Forschungsperspektiven infrage, verbanden dies mit Kunst und Performance und intervenierten damit in den öffentlichen Raum. Ihre Protagonist\_innen sollten später zu Aktivist\_innen und (im gramscianischen Sinn) führenden Stimmen, z.B. Esther Vivas (2011; [esthervivas.com/english/](http://esthervivas.com/english/)) des 15M werden.

2) Die Bewegung gegen Zwangsräumungen und Verdrängung organisierte sich ebenfalls Mitte der 2000er Jahre, in Gruppen wie V de Vivienda (W wie Wohnen) oder Plataforma por una Vivienda Digna (Wohnen in Würde). Sie warnten schon vor der Krise vor der Finanz- und Immobilienblase und deren Folgen. 2009 entstand daraus in Barcelona die Plataforma de Afectadas por la Hipoteca (PAH, das Forum der von Hypotheken Betroffenen), die sich dann landesweit organisierte und unter anderem mit der Federación Regional de Asociaciones de Vecinos de Madrid (Fördera-

tion der Nachbarschaftsvereine von Madrid) und der Coordinadora Nacional de Ecuatorianos de España (CONADE), der Nationalen Koordination der Ecuadorianer von Spanien, der größten Migrantengruppe im Land, zusammentat. Die PAH gewann Ende des Jahres 2010 an Stärke, als öffentlichkeitswirksam etliche Zwangsräumungen in Murcia gestoppt werden konnten. Drei zentrale Forderungen der PAH sind schon von V de Vivienda formuliert worden: Ein Moratorium der Zwangsräumungen, eine Gesetzesreform, die die rückwirkende Zahlung der Hypothekenschulden möglich macht, um Probleme von Familien zu lösen, und vor allem der Bau öffentlicher Sozialwohnungen. Die PAH sollte sich zu einem der stärksten organisatorischen und strategischen Knoten des 15M nach der Räumung der Plätze entwickeln. Dazu später mehr.

3) Auch andere Gruppen organisierten sich um die Probleme von Prekarität und Recht auf Wohnen herum – so gründeten Jugendliche in Madrid die Juventud sin Futuro (Jugend ohne Zukunft). Ein Zusammenschluss unterschiedlicher Gruppen bildete den Consejo de la Juventud (Rat der Jugend). Diese Gruppen sollten später ebenfalls wichtige Protagonisten des 15M werden. »Die Jugend hat tatsächlich eine führende Rolle in den Kämpfen gehabt.« (Guisande 2013) Diese Gruppen holten sich organisatorischen Rückhalt u.a. beim Sindicato Joven (junge Gewerkschaft) in Madrid, einer Jugendorganisation der CCOO (den Arbeiterkommissionen, dem kommunistisch orientierten Gewerkschaftsdachverband). Ihr können junge Menschen beitreten, ohne Mitgliedsbeitrag zu zahlen: Schüler\_innen, Student\_innen oder junge Arbeitslose. Sie ist zwar formal Teil der Gewerkschaftsstruktur, funktioniert aber informeller und lässt mehr Raum zum Mitmachen. Auch das Sindicato Joven sollte auf den Plätzen eine sehr aktive Rolle spielen. »Ich will unsere Rolle darin auch nicht übertreiben, aber diese Vorgeschichte der Kämpfe von Jugendlichen ist nicht zu bestreiten. [...] Wir sind wohl der zuerst und am stärksten involvierte Teil der Gewerkschaften bei den Mobilisierungen. Wir arbeiten eng mit anderen Gruppen wie dem Consejo de la Juventud (der nicht mehr existiert) oder der Juventud sin Futuro zusammen. Aus letzterer ist ja der 15M entstanden. Es waren unzufriedene städtische Jugendliche hier aus Madrid, die mit den Aktionen begonnen haben. Und das Sindicato Joven hat sich als erster Bereich in der Gewerkschaft überhaupt mit dieser Bewegung beschäftigt. Wir sahen, dass sich da etwas Neues entwickelte, und haben versucht, möglichst nah an diesem Prozess dranzubleiben, offen zu sein.« (ebd.) Zwischen 2008 und 2010 kommt es immer wieder zu ausgedehnten Bildungsstreiks

an Schulen und Universitäten. An den Universitäten richten sich die Proteste vor allem gegen die Bologna-Reformen. Über Wochen werden Fakultäten an den großen Universitäten des Landes besetzt. Die Studierenden nehmen sich Zeit, schließen sich ein, um zu studieren, was ihnen wichtig ist, um Versammlungen abzuhalten, zu debattieren und sich zu organisieren. Zahlreiche größere Demonstrationen werden organisiert. Aus diesen Auseinandersetzungen wird die Juventud sin Futuro hervorgehen, die sich wiederum politisch und ästhetisch stark an V de Vivienda orientiert. Diese Ästhetik wird auch vom 15M übernommen. »Viele der Beteiligten werden eine wichtige Rolle bei den 15M-Protesten einnehmen. Sie haben geübt, wie Asambleas (Versammlungen) funktionieren können«, so Lara Hernández von der Jugendorganisation der Izquierda Unida. Am 7. April 2011, noch vor dem 15. Mai, organisiert die Juventud sin Futuro die erste Großdemonstration in Madrid. Ihr Slogan: »Ohne Wohnung, ohne Arbeit, ohne Pension, ohne Angst.«

4) Die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen und ihre Zusammenarbeit mit autonomen Jugendorganisationen und der Studentenbewegung stellen ein Verbindungsglied zu den langjährigen Kämpfen um Bildung für alle oder gegen Privatisierungen im Gesundheitssektor dar, die mehrheitlich von lokalen Gewerkschaftsgliederungen getragen werden. Ein Beispiel:

Im Jahr 2007 begannen eine ganze Reihe von Kürzungen und Privatisierungen im Bildungsbereich, angefangen mit öffentlich-privaten Partnerschaften an Schulen (PPP). Auf diese Weise wurde der Stadtverwaltung Stück für Stück die Steuerung und Verantwortung entzogen. Die Regelungen zur »Effektivierung« des Unterrichts verminderte die Qualität in Vorschulen und Kindergärten und verschlechterte die Arbeitsbedingungen. Die Kürzungen kamen nicht auf einen Schlag, sondern Stück für Stück in verschiedenen Bereichen. Dagegen erhoben sich eine Reihe von Mobilisierungen und ab 2008 kam es zu Streiks an Vorschulen und Kindergärten, in Madrid gab es auch zwei große Streiks für die öffentliche Schule. »Wir sprechen zu diesem Zeitpunkt noch nicht von einer ›Welle‹ der Mobilisierungen, aber es gab doch konstant wachsende Unruhe«, meint Jose María Ruiz Herranz vom Verband für Bildungswesen in der Gewerkschaft CCOO. In der Krise wurden die Kürzungsmaßnahmen beschleunigt: So wurde im Jahr 2011 per Verordnung für alle Schultypen die Unterrichtsstundenzahl erhöht. Das bedeutet eine beträchtliche Verringerung des Lehrpersonals, Verträge werden nicht verlängert, die Zahl der Unterrichtsstunden für die Einzelnen erhöht. Viele bleiben auf einem Warteplatz sitzen. In dieser Situa-

tion begann die Reorganisierung. Zunächst desorganisiert, improvisiert. Die Gewerkschaftsspitze versuchte noch, den Konflikt in den üblichen Formen eines Arbeitskampfes zu führen. »Wir sahen jedoch die Notwendigkeit, etwas viel Breiteres zu organisieren, nicht nur für Gewerkschaftsdelegierte, etwas, zu dem viel mehr Leute kommen und mitreden konnten. Ich spreche von ›Mikrozentren der Arbeit‹, wo vielleicht maximal 30 Leute arbeiten.« (Ruiz Herranz 2013) Anders als an der Universität, wo viele Tausende arbeiten, ist es nahezu unmöglich, solche zersplitterten Belegschaften in tausenden von Kleinstbetrieben zu organisieren und Verbindungen zu knüpfen. Das Prinzip der Delegierten, um alle wirklich umfassend zu informieren, funktioniert hier nicht mehr. »Deshalb organisierten wir eine Versammlung am 31. August 2011, die erste unter vielen: Dort haben die Menschen ihre Unzufriedenheit ausgedrückt und verschiedene Vorschläge gemacht. Diese reichten vom Generalstreik bis hin zu Streiks für einen Tag oder länger, begrenzt oder unbegrenzt, Ausständen, ›Sich-Einschließen‹, Besetzungen, verschiedenen Arten der Mobilisierung.« (ebd.)

Weitere große Versammlungen mit ca. 2500 Beschäftigten wurden von der CCOO und der Plattform für die öffentliche Schule organisiert. Andere mussten aufgrund von Platzmangel draußen bleiben. Unterstützt von der CCOO begann am 1. September eine 21 Tage lange »Einsperrung« von Protestierenden in den Büros der Personalvertretung. Die CCOO übernimmt die Koordinierung, die »Plattform für die öffentliche Schule« die Arbeit in den Stadtvierteln und Gemeinden. Das heißt, die neue Mobilisierung und Organisation traf auf eine schon lange existierende, die von der Plataforma und den Gewerkschaften ausging. Das sollte der Beginn der *marea verde*, der grünen Welle der Bildungsproteste werden. Grün? Vor Jahren wurde eine Kollegin in einer halb privatisierten Schule von der Verwaltung mit einer Strafe belegt, weil ihr grünes T-Shirt als nicht angemessen betrachtet wurde, da sie das grüne Hemd einer öffentlichen Schule an einer privaten Schule trug. Das grüne T-Shirt wurde zum Symbol des Kampfes für die »öffentliche Schule für alle«.

Seither symbolisieren verschiedenfarbige T-Shirts jeweils Teilbereiche einer umfassenden gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Protestwelle, im Gesundheits-, Kultur-, Medienbereich etc. – die *mareas*: weiß für die Welle im Gesundheitssektor, orange für die sozialen Dienste, schwarz für die öffentliche Verwaltung, gelb für die öffentlichen Bibliotheken und Kultur, rot für die Arbeitslosen und öffentliche Beschäftigung, blau für die öffentliche Wasserversorgung, lila gegen Kürzungen bei den unterschied-

lichen Gleichstellungspolitiken und grün für Bildung. Sie alle sind im Zuge der dramatischen Situation infolge der Krise entstanden, die erst durch die autoritären Kürzungspolitiken und den massiven Abbau von Sozial- und Arbeitsrechten verschärft und verlängert wurde. Große Teile der Bevölkerung mussten dies als Angriff auf ihre unmittelbaren Lebensbedingungen verstehen. Die landesweit größte Aufmerksamkeit erreichten sicher die Proteste im Gesundheitsbereich. Sie alle verbindet der Kampf gegen den »Estado de Malestar« (den Staat des Unwohlseins im Gegensatz zum »Estado de Bienestar«, dem Wohlfahrtsstaat).

5) Der Cyberaktivismus, der sich letztlich auf Plattformen wie insbesondere *Democracia Real Ya!* (Wirkliche Demokratie jetzt!) verdichtete. Oder wie der Mitbegründer der Plattform, Javier Toret, es ausdrückt: »Democracia Real Ya war ein Konglomerat von Blogs unterschiedlicher Gruppen ... Democracia Real war eine Marke, hinter der niemand wirklich stand« (zit. n. Castells 2012, 111), nur ein »leerer Signifikant« (Lacan), könnte man ergänzen. Dem ging die Plattform zur Koordinierung der Gruppen für eine zivile Mobilisierung voraus, die von Teilen der Kampagne betrieben wurde, die bereits erfolgreich gegen das so genannte Sinde-Gesetz zur Einschränkung der Freiheit im Internet mobilisiert hatten. Auch die oben genannten Gruppen nutzen zur Koordinierung eigene Websites, Blogs und soziale Netzwerke. Sie konvergierten auf Democracia Real, Ya! mit dem entsprechenden Facebook-Profil, einem Forum, Blog und Mailingliste. Sie machen damit eine Realität sichtbar, die in den Medien nicht abgebildet, oft blockiert wurde. Das Web 2.0 senkt zunächst die Hürden für eine individuelle Partizipation. Es ist ein großartiges Instrument zur Verbreitung von Informationen und Formen niedrigschwelliger und unverbindlicher Formen des Klickivismus (share, like, retweet, donate). »Unter bestimmten Bedingungen aber kann die Quantität von schwachen Verbindungen (weak ties), die durch die sozialen Medien ermöglicht werden, die Qualität von starken Verbindungen (strong ties) hervorbringen.« (Nunes 2013, 61)

Dennoch handelt es sich nicht um die vielbeschworene Facebook-Revolution, wie sie Tunesien und Ägypten zugeschrieben wurde. Ebenso wie dort gingen auch in Spanien Organisationsformen voraus, die zwischen physischer und digitaler Welt hin und her wechselten. Democracia Real organisierte sich in dezentralen Netzen mit autonomen Konten in unterschiedlichen Städten, wo sie sich regelmäßig trafen, die schon genannten, sehr unterschiedlichen Gruppen reale Beziehungen knüpften. Die Bewegung entwickelt sich also von starken persönlichen Beziehungen kleiner

Gruppen, dehnt sich aus über unverbindliche Verknüpfungen in sozialen Medien, bildet neue starke Beziehungen aus, indem neue Gruppen und Individuen zu den existierenden stoßen, die wiederum direkt und über das Web 2.0 die Informationen weiter streuen. Ein auf diese Art zustande kommender Aufruf zur Demonstration kann anders als früher rasch über die engere Gruppe oder Szene hinaus bekannt werden. »Soziale Medien erweitern den Effekt von relativ isolierten Gruppen exponentiell« (ebd.) – zumindest potenziell. Es braucht ein bestimmtes Momentum, damit die quantitative Zustimmung im Netz in tatsächliche Teilnahme und Präsenz auf der Straße umschlägt. Im Mai 2011 startete der Aufruf zur Demonstration unter dem Slogan »Wirkliche Demokratie jetzt! Auf die Straße! Wir sind keine Waren in der Hand von Politikern und Bänkern«, dem weit über hunderttausend Menschen in über 50 Städten des spanischen Staates folgen sollten. In Reaktion auf die zahlreichen Verhaftungen wird zur Besetzung der Plätze aufgerufen. Von der Straße und den Plätzen streute die Bewegung wieder ins Netz zurück und vervielfältigte die Knoten über Democracia Real hinaus mit #acampadasol, #spanishrevolution etc. Damit konnte auch die extrem selektive Berichterstattung bzw. Blockade der Medien umgangen werden. Tausende folgten den Aufrufen und bildeten die Acampadas (Zeltstädte).

### 3.2 Das Ereignis: Impuls für die gesellschaftliche Linke

Am 15. Mai 2011 erhebt sich in Spanien eine neue Bewegung: Dem Beispiel der Besetzungen des Platzes der Kasbah in Tunis und des Tahrir-Platzes in Kairo folgend, schlagen die Indignad@s – die Empörten – ihre Zelte auf der Puerta del Sol in Madrid auf. Diese »Acampadas« (Camps) werden in hunderten von Städten rund um den Globus kopiert. Ein kurzes Zitat aus dem Manifest der Democracia Real Ya!:

»Wir sind normale Leute. Wir sind wie Du: Leute, die jeden Morgen aufstehen, um zu studieren, zu arbeiten oder nach Arbeit zu suchen, Leute mit Familien und Freunden. Leute, die jeden Tag hart arbeiten, um zu leben und um eine bessere Zukunft zu erringen für jene, mit denen wir unser Leben teilen ... Doch in diesem Land hört der größte Teil der politischen Klasse uns nicht einmal zu. Ihre Aufgabe wäre es, unsere Stimmen in den Institutionen zu Gehör zu bringen, die politische Partizipa-

tion der Bürger\_innen zu erleichtern, den besten Lebensstandard für die breite Mehrheit der Bevölkerung anzustreben, statt nur sich selbst auf unsere Kosten zu bereichern, nur auf die Instruktionen der großen ökonomischen Mächte zu hören und die Zwei-Parteien-Diktatur abzusichern ... Wir sind Menschen, keine Ware. Ich bin nicht nur, was ich kaufe, weil ich es kaufe und für wen ich es kaufe. Aus all diesen Gründen empöre ich mich. Ich glaube daran, etwas ändern zu können. Ich glaube daran, etwas beitragen zu können. Ich weiß, gemeinsam können wir es. Komm mit uns. Es ist Dein Recht.«

Ihr Beweggrund ist die handfeste Verletzung breiter sozialer Interessen: Den Menschen wird ein würdevolles Leben, eine sinnvolle Arbeit, von der man nicht in Armut leben muss, eine bezahlbare Ausbildung, eine Perspektive verwehrt. Die Verteilung der Krisenkosten und der Lasten der Kürzungspolitik empfinden sie als ungerecht. »Als Krankenschwester arbeite ich bis zur Erschöpfung und es reicht doch nicht für die Familie. Für die Patienten ist kaum Zeit, die müssen immer schnell abgefertigt werden. Seit der Privatisierung geht es nur noch um das Zeitsparen und Profit. Oft arbeite ich länger, um mich mehr mit Patienten befassen zu können. Dann fehlt mir zu Hause oft die Zeit für die Kinder und ich habe ein schlechtes Gewissen. Und die Kinder stehen in der Schule enorm unter Druck. Wann gibt's für uns einen Rettungsschirm?«, fragt Sara aus Madrid.

Die durch die Kürzungspolitik der »sozialistischen«, dann der rechten Regierung verschärfte Wirtschaftskrise führt zu einer *Spirale des Elends*: Massenentlassungen bei über 25% offizieller Arbeitslosigkeit. 3,5 Mio. verlieren allein seit 2008 ihre Arbeit (FAZ, 16.2.2012). Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt über 60%, wer mit über 50 Jahren seinen festen Arbeitsplatz verliert, findet in 80% der Fälle auch keinen mehr.<sup>32</sup> Die im Zuge der Kürzungsprogramme vorgenommene Arbeitsmarktreform in Spanien erleichtert Entlassungen, worauf abermals 850.000 Menschen ihre Beschäftigung verlieren (FAZ, 16.2.2012). Hinzu kommen drastische Lohn- und Rentenkürzungen, längere Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst, Einschränkung von Arbeits-, Streik- und Sozialrechten. Es kommt zu einem teilweisen Zusammenbruch der öffentlichen Dienstleistungen insbesondere im Gesundheitssystem: Wichtige Medikamente und Impfstoffe fehlen, bestimmte Behandlungen werden nicht mehr durchgeführt, v.a. aber können sich viele Menschen

<sup>32</sup> Die Erwerbslosigkeit der über 50-Jährigen hat sich mehr als vervierfacht (Lacalle 2013).



diese nicht mehr leisten. Hinzu kommen hunderttausende Zwangsräumungen von Wohnungen, höhere Gebühren und (Mehrwert-)Steuern – die Belastung der Bevölkerung ist für viele unerträglich: Die Zahl der Depressionen explodiert, Selbstmorde sind an der Tagesordnung, fast eine Million Menschen verlassen das Land. Aber auch der Protest wächst.

Zwischen dem 15. Mai, dem Tag der ersten *acampada*, dem ersten Camp, und dem 12. Juni finden sich mehr und mehr Menschen ein. An den Wochenenden kommen bis zu 100.000 Menschen. Auf dem Höhepunkt kampieren über 30.000 auf der Puerta del Sol. Zwei Drittel der Bevölkerung im spanischen Staat sympathisieren Umfragen der Zeitung El País zufolge mit der Kritik und den Forderungen der Bewegung. Über 80% denken, dass sich die Menschen zu Recht empören. Weitere Camps werden auf zahlreichen zentralen Plätzen in Spanien begründet. Auch in Barcelona wird ein großes Camp auf der Plaça de Catalunya errichtet. Am 25. Mai und in den folgenden Tagen werden auch in zahlreichen Städten Griechenlands Demonstrationen der Empörten organisiert. Ab dem 27. Mai findet die erste Asamblea, die erste Versammlung für »Wirkliche Demokratie, jetzt«, auf dem Syntagma-Platz in Athen statt.

Auf die erfolgreiche Mobilisierung reagiert die Regierung mit Gewalt und Kriminalisierung der Protestierenden. Die Bewegung setzt auf explizit gewaltfreien zivilen Ungehorsam. Die Polizei scheitert an den Versuchen, Versammlungen oder das Camp auf der Puerta del Sol aufzulösen. Immer wieder kommt es am Rande zu gewaltsamen Übergriffen auf einzelne Protestierende. Am 27. Mai jedoch wird die Versammlung auf der Plaça de Catalunya in Barcelona gewaltsam geräumt. 121 Menschen werden zum Teil schwer verletzt. Zahlreiche Videos des brutalen Vorgehens gegen auf dem Boden sitzende Demonstranten verbreiten sich rasch über die sozialen Medien und Fernsehnachrichten. Dies führt zu einer Welle weiterer Empörung und Solidarisierung sowie zur Wiederbesetzung des Platzes durch mehr als 20.000 Menschen.

Am Wochenende des 29. Mai wird auf der Puerta del Sol in Madrid beraten, wie sich die Bewegung verbreitern und dezentraler werden könne. Auf einer Vollversammlung von mehreren tausend Menschen wird entschieden, Stadtteilversammlungen als neue Struktur der Bewegung zu organisieren, aber weiter zu kampieren, bis diese sich etabliert hätten. Mehr als 40 Stadtteilversammlungen werden abgehalten, während die Protestcamps weitergehen. Anfang Juni wird nach zahlreichen Übergriffen der Polizei beschlossen, das Camp am 12. Juni mit einer festlichen, großen Kund-

gebung aufzulösen. Nach der Räumung der Plätze streut die Bewegung in die Barrios (die Nachbarschaften) – *ohne sich zu zerstreuen*.

### 3.3 Resonanzkörper der Reorganisation

Allein in der Region Madrid etablieren sich mehr als 250 Stadtteilversammlungen. Diese bilden darüber hinaus spezialisierte Arbeitsgruppen aus. Eine »Interbarrios«-Kommission und eine entsprechende Website ([madrid.tomalosbarrios.net](http://madrid.tomalosbarrios.net)) werden eingerichtet, die die Koordination zwischen den Gruppen und Vierteln übernimmt. Gemeinsame Grundlagen für die Arbeit werden entwickelt. Stadtteilversammlungen schicken Vorschläge an die Kommission, auf den Generalversammlungen werden diese sortiert, debattiert, abgestimmt und an die Stadtteilversammlungen zurückgegeben. Diese treffen dann die Entscheidungen. Eine Mehrheit von vier Fünfteln der Stadtteilversammlungen muss zustimmen, damit eine Entscheidung als gemeinsame angenommen wird. Aber auch dann gelten diese nur als Orientierung. In jedem Fall kann jede Stadtteilversammlung autonom entscheiden, sofern sie dies nicht im Namen der gesamten Bewegung tut. Ziel soll sein, dass eine »Föderation« von Stadtteilversammlungen transparente Strukturen und eine maximale Partizipation aller ermöglicht. Regelmäßige, offene Generalversammlungen sorgen für die inter-regionale Koordination.

Auch nach der Räumung der Camps finden bis Weihnachten des Jahres 2011 nahezu täglich eine Vielfalt symbolischer und konkreter Aktionen von Platz- oder Bankenbesetzungen bis zur Verhinderung von Zwangsräumungen, regelmäßige Versammlungen von den Einzelgruppen über Nachbarschaften bis hin zu den monatlichen großen Asambleas sowie eine Vielzahl lokaler Streiks und Demonstrationen statt. Nur einige wenige Beispiele:

Schon am 15. Juni stoßen Arbeiter\_innen des Gesundheitssektors Demonstrationen vor dem katalanischen Parlament an, wo an diesem Tag ein neuer Haushalt beschlossen werden soll. Dieser sieht drastische Kürzungen öffentlicher Basisleistungen vor. Trotz weiträumiger Absperrung des Parlamentes dringen über 3000 Demonstranten vor das Gebäude vor. Der Beginn der Parlamentssitzung muss verschoben werden, da zahlreiche Abgeordnete nicht in das Gebäude gelangen. Der Präsident der Generalitat und Regierungschef, Artur Mas, und einige andere Regierungsmitglieder werden mit einem Hubschrauber ins Parlament gebracht. Andere

werden in geschlossenen Polizeitransportern über den an den Zoo angrenzenden Hintereingang ins Gebäude gefahren. Einige wenige Abgeordnete wagen es, unter Pfiffen und Buhrufen, sich einen Weg durch die empörten Demonstranten zu bahnen. Es kommt zu gewaltsamen Ausschreitungen mit der Polizei. Am nächsten Tag belegen Videoaufnahmen, dass die Gewalt von *agent provocateurs* ausging, was zu einer großen Solidarisierung auch in der Presse führt.

Mit der bereits erwähnten Plattform der von Hypotheken Betroffenen, der PAH, beginnt nach den symbolisch und organisatorisch wichtigen Platzbesetzungen die Reorientierung auf konkrete Aktionen: Am 15. Juni wird wieder mit den Versuchen zur Verhinderung von Zwangsräumungen begonnen, dieses Mal zusammen mit dem 15M und Democracia Real Ya sowie dem Konsumentenverband OCU und der Vereinigung der Bankkunden AD-ICAE. Dank der Mobilisierung durch den 15M finden sich über 1000 Personen im Madrider Viertel Tetúan ein, um die Räumung der Bulgarin Tatyana Roevero zu verhindern. Sie sollte später eine der bekanntesten Aktivistinnen der PAH werden.

Der Vorsitzende der Izquierda Unida, Cayo Lara, ist ebenfalls vor Ort, wird aber von einigen der Protestierenden mit Wasser beworfen. Dies wird zu einem entscheidenden Punkt der Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung mit Blick auf ihre Positionierung gegenüber der »politischen Klasse« – und führt zu einer differenzierteren Beurteilung einzelner Parteien. Nach dem Erfolg der Aktion wird die Verhinderung von Zwangsräumungen zu einem der zentralen Kristallisationspunkte des 15M und die PAH zu einem strategischen Orientierungspunkt mit Blick auf Organisationsformen und weitergehende Perspektiven.

Nur wenige Tage darauf, am 19. Juni, ruft die (gewerkschaftlich geprägte) Coordinadora de Barrios y Pueblos en Lucha (Koordination der kämpfenden Stadtviertel und Dörfer), welche die Arbeit zwischen den Stadtvierteln koordiniert, zur Demonstration auf. Die Juventud Sin Futuro, Democracia Real Ya und 15M schließen sich an. Mit über 600.000 Teilnehmer\_innen ist dies die erste Großdemonstration nach der Räumung der Plätze.

Schon am 24. Juni starten die »popularen Märsche der Empörten« aus zahlreichen Städten im ganzen Land in Richtung Madrid. Die Märsche machen in über 300 Dörfern Station. In Versammlungen mit den Bewohner\_innen werden die spezifischen Probleme der ländlichen Bevölkerung erörtert. Die Ergebnisse werden in einem Dokument festgehalten, das später dem Parlament übergeben wird. Einen Monat später erreichen die Mär-

sche Madrid und nehmen die Puerta del Sol ein. Zehntausende empfangen sie vor Ort. Auf einer Generalversammlung werden die Erfahrungen ausgetauscht. Am 27. Juli brechen Aktivisten des 15M durch die Absperrungen und dringen bis ins Parlament vor, um das Dokument und die Schilderung der Probleme der Menschen den Abgeordneten zur Kenntnis zu bringen. 250.000 Demonstranten kehren zurück auf die Puerta del Sol. Mit dem Marsch wird die Aufmerksamkeit von den zentralen Plätzen und Aktionen in Madrid, Barcelona oder Valencia wirkungsvoll auf die vielen kleinen Orte und die Mobilisierung im ganzen Land gelenkt. Denn die Empörung über die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Arroganz der ökonomischen und politischen Mächte ist keineswegs nur ein urbanes Phänomen. Und natürlich bezieht sich die Empörung auch auf die transnationalen Mächte in Europa. Einen Tag zuvor startet eine Gruppe von der Puerta del Sol zu Fuß ihren Marsch in Richtung Brüssel, um sich dort am 15. Oktober mit Delegationen aus zahlreichen Ländern zu treffen. Forderungen sollen zusammengebracht und im Europäischen Parlament eingebracht werden.

2. August: Um sechs Uhr morgens räumt die Polizei die letzten auf der Puerta del Sol verbliebenen Zelte und zerstört das Informationszentrum. Spontan wird eine Demonstration rund um die Puerta del Sol organisiert – ohne den Platz selbst zu betreten. Über die sozialen Netze verbreitet sich die Kunde von der Zerstörung des Symbols der Bewegung und die Demonstration schwillt an, bis schließlich der Verkehr in der gesamten Innenstadt zum Erliegen kommt. 3. August: Nach über 24 Stunden des Vor- und Zurück zwischen Protestierenden und Polizei wird schließlich der Verkehr wieder freigegeben. Doch schon am Abend blockiert eine weitere Demonstration rund um die Puerta del Sol wieder den Verkehr in der Stadt. 4. August: Die Polizei antwortet mit Brutalität. 5. August: Die Protestierenden kehren zurück auf die Puerta del Sol. Tausende halten dort eine *Asamblea* ab. Solidaritätskundgebungen finden in vielen Städten des Landes statt. 6. August: Die letzten verhafteten Demonstranten werden auf freien Fuß gesetzt. 7. August: Generalversammlung auf der Puerta del Sol. Proteste gegen den Besuch von Papst Benedikt, der sich für die Weltjugendtage in Madrid angekündigt hat, formieren sich. 8. August: Die Stadtverwaltung versucht den Zugang zu mit der 15M-Bewegung verbundenen Internetseiten zu sperren. 17. August: Unter dem Motto »De mis impuestos, al Papa cero. Por un Estado laico« (Von meinen Steuern nichts für den Papst. Für einen laizistischen Staat) findet vor dem Hintergrund einer durch die Finanzkrise verursachten Krise der öffentlichen Haushalte ein laizistischer

Marsch statt. Er erreicht die Puerta del Sol nicht, aufgrund von Polizeiketten und der zahlreichen Pilger, die dort auf den Papst warten. Ende August verankert die sozialistische Regierung gemeinsam mit der rechten Opposition auf Druck der deutschen Regierung eine gesetzliche Schuldenbremse in der Verfassung. Wieder kommt es zu Protesten vor dem Parlament, gefordert wird ein Referendum.

Mitte September wird ein gemeinsames Kommuniqué Sol-Syntagma (der Empörten der Puerta del Sol und des Syntagma-Platzes in Athen) gegen die Austeritätspolitik in Europa veröffentlicht. In Barcelona findet das erste internationale Treffen der Aktivistennetzwerke statt. Ziel ist es, international gemeinsame Proteste am 15. Oktober zu organisieren. An diesem internationalen Aktionstag finden Demonstrationen in 951 Städten in 82 Ländern statt. Allein in Madrid und Barcelona protestieren über 900.000 Menschen. In Madrid wird das leerstehende Hotel Madrid besetzt. Es soll als Versammlungsort über den Winter dienen und Zwangsgeräumten Wohnraum bieten. Weitere Häuser werden besetzt. Am 22. November wird das Hotel von der Polizei geräumt. Doch überall im Lande werden mehr und mehr Häuser besetzt.

Nach Weihnachten beginnen zahlreiche Treffen und Vorbereitungen mit Blick auf den Jahrestag der Besetzung der Puerta del Sol im Mai. Versammlungen auf anderen Plätzen werden abgehalten, eine Reihe von Workshops zur Reflexion des weiteren Vorgehens organisiert. Mehrere Solidaritätsaktionen und Demonstrationen für Griechenland finden statt. Auch wenn die sichtbare Mobilisierung über den Winter zurückgeht und organisatorische Vorbereitungen Zeit beanspruchen, kommt es immer wieder zu spektakulären Ereignissen.

Im Februar wird bekannt, dass die konservative Regierung der autonomen Region Valencia mehr als 20 Milliarden Euro Schulden und ein Haushaltsdefizit von 3,5 Milliarden Euro angehäuft hat und damit im Verhältnis zu ihrer Größe die mit Abstand höchste Verschuldungsquote verzeichnet. Überteuerte Großprojekte, Fehlspekulationen und enorme Verschwendung prägten die Jahre des Booms. Gegen 250 Politiker der Region sind Untersuchungen wegen Korruption eröffnet worden. Zugleich werden überall die kommunalen Leistungen gekürzt, am stärksten im Bildungssektor. Am 15. des Monats schlägt die Empörung um in den »Valencianischen Frühling«: Zehn Tage lang erobern Cacerolazos (Demonstrationen, auf denen mit Kochlöffeln laut auf Töpfe eingeschlagen wird) und Studierendenproteste die Straße.

Im März folgt ein großer Generalstreik (vgl. Kapitel 3.4). Im April findet die Generalversammlung von Democracia Real Ya in Madrid statt, bevor vom 12. Mai an aus Anlass des Jahrestages der Besetzung der Puerta del Sol und damit der Geburt der 15-Bewegung eine Woche internationaler Aktionstage die Aufmerksamkeit auf sich lenken. In Madrid erinnert ein Sternmarsch durch die Stadt an den 15. Mai 2011: 130.000 finden sich wieder auf der Puerta del Sol ein. Parallel finden Demonstrationen im ganzen Land und in europäischen Städten wie Berlin, Paris, Athen oder Rom statt. Kurz darauf folgen die Blockupy-Aktionen in Frankfurt.

Ende Mai 2012 treten die Bergleute in Asturias, Castilla y León, Aragón und Castilla La Mancha gegen den Abbau der Kohlesubventionen in einen unbefristeten wilden Streik mit spektakulärem Verlauf. Trotz gegenteiliger früherer Versprechen beschloss Ministerpräsident Mariano Rajoy, 64% der öffentlichen Gelder für den Bergbau zu streichen. 8000 Arbeitsplätze sind dadurch gefährdet, in einem Land, dessen Arbeitslosenquote bei knapp 25% liegt. Die Bergleute, ihre Familien und andere Einwohner\_innen der strukturschwachen Region machen seit Mai mit täglich stattfindenden Demonstrationen auf ihre prekäre soziale Lage aufmerksam. Sie blockieren Autobahnen und Zuglinien. Als ihre Barrikaden von der Bereitschaftspolizei und der paramilitärischen Guardia Civil attackiert werden, verteidigen sich die Bergleute mit selbstgebastelten Raketenwerfern und Pflastersteinen. Am 22. Juni starten die Streikenden einen Marsch nach Madrid und werden bei ihrer Ankunft drei Wochen später von hundertausenden Demonstranten begeistert empfangen. Bei den dort folgenden Auseinandersetzungen mit der Polizei werden dutzende Menschen verletzt und festgenommen (vgl. labournet.de). Die Indignad@as haben von Beginn an auch eine starke Kritik der Zerstörung natürlicher Umwelten durch das kapitalistische Wachstumsprinzip und Ressourcenausbeutung (Extractivismus) entwickelt. Dennoch wird der Kampf der Bergleute, die primär gegen die Streichung von Subventionen für fossilistische Kohleförderung kämpfen, unterstützt. Denn sonst gibt es in den betreffenden Regionen kaum Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu sichern. Die Kürzungspolitiken verhindern jeden Ansatz eines sozial-ökologischen Strukturwandels, der die sozialen Bedürfnisse und einen gerechten Übergang für die bedrohten Bergarbeiter\_innen und ihre Familien sichern könnte. Die gemeinsame Orientierung von ökologisch bewussten Empörten und Bergleuten richtet sich daher gegen ein Ende der Kürzungspolitiken, um einer sozial-ökologischen Transformation den Weg zu bereiten.

Im Sommer 2012 schieben Aktivist\_innen der Andalusischen Arbeitergewerkschaft (Sindicato Andaluz de Trabajadores, SAT) und des 15M in Sevilla und Cádiz ohne zu bezahlen Einkaufswagen, gefüllt mit Grundnahrungsmitteln, aus zwei großen Supermärkten hinaus, um sie an bedürftige Familien zu verteilen. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Aktion durch die langjährige, emblematische Leitfigur der SAT, Sánchez Gordillo, zugleich Bürgermeister des bekannten linken, genossenschaftlich organisierten Dorfes Marinaleda. Diese symbolische Aktion der SAT alarmierte das spanische Innenministerium, wie auch konservative Medien.<sup>33</sup>

Es vergeht keine Woche ohne Aktionen, Demonstrationen, Organisation. »Wenn ihr unsere Träume steht, werden wir euch nicht schlafen lassen«, war das Motto. Die Interbarrios-Kommissionen und andere – auch internet-gestützte – Vermittlungsglieder organisieren die Koordination zwischen den lokalen 15M-Gruppen, mit den unterschiedlichen themenspezifischen Gruppen und anderen Initiativen. Aus den ständigen Versammlungen haben sich ständige Vertretungen entwickelt, die für die Verteilung der Arbeit von den übergreifenden Komitees auf die Stadtteil-Komitees sorgen. »Das ist ein enormer Fortschritt, auch wenn einige Genoss\_innen aufschreien: Das ist Hierarchie! Die ständigen Vertretungen bewirken aber eine Kontinuität in der Arbeit und sorgen für Struktur«, erläutert Chema Ruiz (2013b). Einige stadtteilübergreifende Komitees wie das zum Thema Wohnraum sind stark, andere befinden sich im Prozess der Auflösung. Die Komitees wiederum nehmen bereits an Versammlungen auf regionaler und nationaler Ebene teil. In den meisten Fällen gibt es zudem eine regelmäßige Zusammenarbeit mit den Institutionen. In Fuenlabrada sitzt z.B. ein Genosse von IU im Stadtrat. Die Stadt stellt den Komitees Räume zur Verfügung. Es hat sich eine Koordinationsgruppe gegründet: Während die Stadtteilversammlung eher die praktische Arbeit auf der Straße macht, Widerstand und zivilen Ungehorsam organisiert, übernimmt den juristischen Teil der Arbeit ein Büro der IU. In vielen Kommunen, in denen die IU mitregiert, versucht die Partei ihre Versammlungen für soziale Bewegungen zu öffnen, gemeinsame Aktionen, Arbeitsteilungen und Ziele zu definieren, und Infrastrukturen zu stellen. »Weder was die Partei, noch was die Bewegung allein tut«, hat sonst langfristig »irgendeine Relevanz«. »Diese

---

<sup>33</sup> Die SAT ist eine der kleinen Gewerkschaften, die eine wichtige Rolle in der gesellschaftlichen Mobilisierung in Spanien spielen. Und sie ist eine der wenigen, die auch auf dem Land sichtbar aktiv ist (ausführlich vgl. Sanz Alcántara 2013).

Art zu arbeiten verbreitet sich immer mehr ... Dort wird der Grundstein für eine gemeinsame Arbeit gelegt.« (ebd.)

Dies war möglich, weil neben vielen jungen Menschen als Trägern der Bewegung zahlreiche lokale Initiativen, linke Gruppen, gewerkschaftliche Basisorganisationen von Beginn an Teil der Bewegung waren. Die organischen Kooperationen lassen eine Trennung der unterschiedlichen Gruppierungen kaum noch sinnvoll erscheinen: Linkspartei und Gewerkschaften sind die Basis der Kampagnen gegen Zwangsräumungen, Bewegungsaktivisten organisieren Streiks mit und treten bei Kommunalwahlen für die IU an, alle gemeinsam sind sie auf der Straße. Die spektakulärsten Aktionen sind Stürmung und Besetzung öffentlicher Einrichtungen oder Banken, nicht zuletzt durch die *Iaioflautas*,<sup>34</sup> die 80-jährigen »Kinder des 15M«, die gegen die Franco-Diktatur gekämpft haben und nun wieder für ihre Enkel auf die Straße gehen, ihren Erfahrungsschatz einbringen.

»Überfallartig tauchen sie auf, wie an einem regnerischen Frühlingstag auf der zentralen Plaça de Catalunya. Noch macht der Busfahrer nur ein erstauntes Gesicht, als Rosario, Celestino und weitere 70 Mitstreiter\_innen den Bus der Linie 47 entern. Brav stempeln sie ihre Tickets. Auf dem Internet-Kurznachrichtendienst Twitter läuft parallel längst der Countdown: ›Tick, tack‹, heißt es dort. ›Lasst die Motoren warmlaufen. Sogleich folgt der nächste Streich ...‹ Gefolgt von einem praktischen Tipp für die Alten: ›Heute wird ein langer Tag. Vergesst belegte Brote und eure Medikamente nicht!‹«

»Kaum hat sich der Bus in Bewegung gesetzt, verwandeln ihn die *Iaioflautas* zu einer fahrenden Litfaßsäule. Selbstgemalte Plakate in Neonfarben werden an die Scheiben geheftet, an jeder Haltestelle eilen ein paar Alte nach draußen, um Flugblätter zu verteilen. Der Busfahrer telefoniert mittlerweile hektisch. Verdutzt mischen sich neue Fahrgäste in die lebendige Menge. Doch mit ihren Gesängen gewinnen die Senior\_innen im Handstreich die Sympathien der anderen Passagiere. Populär sind auch ihre Proteste gegen eine Fahrpreiserhöhung von bis zu einem

<sup>34</sup> Als *Perroflautas*, Taugenichtse mit Hund und Flöte, die auf den Plätzen herumlungerten, beschimpfte Esperanza Aguirre, die Präsidentin der Regionalregierung von Madrid, die *Indignad@s*. Die empörten Alten nahmen sich diesen Begriff – und wandelten ihn zu *Iaioflautas*, übersetzt in etwa: die Omas und Opas mit der Flöte (Grassberger 2012).



Drittel. ›Öffentliche Dienstleistungen, bezahlbar für alle, haben wir auf der Straße erkämpft. Jetzt ist die Zeit gekommen, sie auf der Straße zu verteidigen‹, wettet Adrián Rísquez, der sich neben dem Chauffeur platziert hat. Jahrzehntelang saß der 77-Jährige selbst auf dem Fahrersitz eines solchen Busses. Die ›Entführung‹ war seine Idee – sie erinnert an eine Aktion vor 34 Jahren. Damals hatte der Gewerkschafter Manuel Vital den 47er schon einmal entführt. Er zwang den Chauffeur, die steile Straße in ein abgelegenes Arbeiterquartier hinaufzufahren. Die Verkehrsbetriebe hatten bis dahin immer behauptet, der Bus schaffe die Steigung nicht. Seit jenem Coup Vitals fährt der Bus auch in dieses Viertel.

Mit Aktionen wie der Busbesetzung geben die *laioflautas* der jungen Protestbewegung eine Geschichte – und knüpfen an soziale Errungenschaften der Gewerkschaften an: Der *laioflauta* Rísquez hat die katalanische Transportgewerkschaft mitgegründet, Sánchez ist bis heute im Gewerkschaftsverband CCOO aktiv. Als altgediente Gewerkschafter bringen sie ihre Fähigkeiten zur Organisation und Mobilisierung in die Indignado-Bewegung ein. Und Durchhaltevermögen: ›Wir sind viele, wir haben Zeit – und wir vergessen nicht‹, zitiert Sánchez ein Motto der *laioflautas*.« (Lucas Grassberger 2012)

Später besetzen sie Filialen der in die Krise geratenen Großbank Bankia oder auch die Eingangslobby des Innenministeriums. Celestino Sánchez, Mitbegründer der Senioren-Gang in Barcelona, erklärt, warum sich die Polizei ihnen gegenüber zurückhält: »Die Politik kann keine Fernsehbilder von Polizisten gebrauchen, die Omas und Opas mit Schlagstöcken vertreiben.« Auf junge Indignad@s, die sich friedlich auf der zentralen Plaça de Catalunya versammelten, hatten Polizisten dagegen wahllos eingepregelt. Die *laioflautas* schaffen es mit ihren Aktionen in alle Abendnachrichten und auf die Titelseiten der großen Zeitungen, sind auf Twitter und Facebook präsent. »Wir lernen von den Jungen, und die Jungen von uns«, meint Sánchez. In der Internet-Welt bewegen sie sich noch etwas unsicher, »die altbewährten konspirativen Techniken« beherrschen sie dafür umso besser: »Der Ort einer Aktion bleibt bis zuletzt geheim, Mitstreiter\_innen und Medien werden erst kurz vorher zusammengetrommelt. Ein Katz-und-Maus-Spiel, das bei einigen *laioflautas* sichtlich die Lebensgeister vergangener Zeiten wieder erweckt.« (ebd.) – Die »Generation Tahrir« trifft auf die »Generation Seattle« (Atentas/Vivas 2011, 19) sowie auf die Generation der Anti-Franzisten, die Mobilisierung geht quer durch die Generationen.

Von grundlegender Bedeutung ist es, eine Bewegung zu aktivieren, die die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten erreicht. Sie, die am stärksten Betroffenen, sind jenseits von Gewerkschaften und 15M bisher noch kaum organisiert. Initiativen wie das Red de Solidariad Popular (Netz der Volxsolidarität) knüpfen wechselseitige solidarische Hilfsstrukturen, ähnlich wie in Griechenland. Es gibt z.B. zahlreiche Food Banks, um die herum sich Menschen gruppieren, die nicht genug zu essen haben, Lebensmittel besorgen und verteilen und – ähnlich wie die PAH – politisch organisieren. Als Folge zunehmender Prekarisierung erhalten die Praxen von Genossenschaften, Urban Gardening, Tauschringen und wechselseitigen Solidaritätsnetzen größere Bedeutung, in denen sich solidarischer Gemeinnsinn mit kapitalistischer Konsumkritik und bedürfnisorientierten politischen Perspektiven einer anderen (Reproduktions-)Ökonomie verbinden.

Im Moment der Krise entsteht daraus eine prekäre Basis für eine alternative solidarische Ökonomie, die bspw. in Barcelona Tausende von Menschen umfasst. Angesichts der vielen spontanen Geldspenden gründet die 15M-Bewegung in Barcelona die Cooperativa de Autofinanciación Social en Red (CASX, Genossenschaft für eine Selbstfinanzierung der sozialen Netze). Diese solidarischen Strukturen sind allerdings erst im Entstehungsprozess. Schon jetzt wird aber deutlich, dass das »soziale Gewebe« in zahlreichen Nachbarschaften neu geknüpft und belebt wird (Guerra 2012, 12). Damit einher geht eine Rückeroberung der öffentlichen Räume und der Aufbau sozialer Zentren.

Die 15M-Bewegung wirkte als »riesiger Resonanzkörper« (Waibel 2012, 109). Zunächst nur ein leerer Signifikant, ein Schrei der Empörung und die Forderung nach »wirklicher Demokratie«, bestimmt, und doch unbestimmt genug, damit sich die unterschiedlichen, zersplitterten Initiativen und Richtungen reartikulieren und neu verbinden konnten. Die Platzbesetzungen waren der Raum, an dem die isolierten Gruppen aus ihren jeweiligen sozialen Kontexten, Nischen, Szenen heraustreten und sich begegnen konnten. Sie lösten eine gesellschaftliche Mobilisierung und Reorganisation aus. Diese an unzähligen Orten zugleich stattfindende molekulare Organisation hat kein Zentrum, sie baut auf Kooperation, Koordination und vermittelnde Strukturen.

### 3.4 Organische Kooperation und molekulare Organisation

Der Impuls für eine umfassende gesellschaftliche Mobilisierung wird getragen von organischen Kooperationen (vgl. Kapitel 2.8). Bea, eine Gewerkschafterin aus Barcelona, erzählt: »In unserem Call Center hat die Angst um den Job uns alle passiv und unterwürfig werden lassen. Aber nach der Besetzung der Plätze durch die Empörten brachen die Kolleg\_innen ihr Schweigen gegen die Ungerechtigkeiten. Wir gingen in den Streik. Das Beispiel der gemeinsamen Aktionen auf den Plätzen hat uns neue Zuversicht und Selbstvertrauen verliehen.« Für Millionen wird die Möglichkeit des Widerstands sichtbar. Millionen, die bisher nicht politisiert waren bzw. von politischer Arbeit nichts mehr erwarteten, engagieren sich, protestieren. Dies hat eine Dynamik ausgelöst, die zur Neubelebung und Organisation von Bewegungen, zur Neubegründung der Vereinigten Linken (Izquierda Unida, IU) und zur strategischen Neuorientierung der Gewerkschaften führt.

»Im Gesundheitssektor protestieren Gewerkschaften seit Jahren gegen Privatisierungen, aber kaum jemand hat sich dafür interessiert. Seit 15M hat sich das geändert: die Leute in den Betrieben und den Stadtteilen sind viel motivierter, beteiligen sich. Das hat uns enormen Aufwind verschafft«, verlangt aber auch eine »neue Beweglichkeit«, so Paula Guisande (2013), Generalsekretärin des unabhängigen Sindicato Joven in den CCOO und Aktivistin bei 15M. Dies gilt in beide Richtungen: »Oft gibt es von außen eine etwas irrümliche Wahrnehmung von den Gewerkschaften. Die Leute denken, dass hier die Entscheidungen von oben getroffen werden und alle sich denen dann unterordnen. Es mag schon mal vorkommen, dass wir anderer Meinung sind als die eine oder andere Bewegung. Aber Partizipationsmöglichkeiten gibt es bei uns: Das gilt nicht nur für die besondere Situation des Sindicato Joven, sondern ganz generell für alle Gewerkschaften. Viele Entscheidungen werden z.B. bei Versammlungen in großen Betrieben getroffen – aber die Leute gehen oft nicht hin. So haben in den letzten Jahren nicht nur die Gewerkschaftsstrukturen die Frage der Partizipation verdrängt – die Leute selbst haben vergessen, dass sie sich beteiligen könnten. Viele haben nicht gemerkt, dass sie das Terrain für Mitbestimmung preisgegeben haben.« (ebd.)

Der 15M bringt eine Mobilisierung auf die Straße, die gewerkschaftliche Proteste zuvor auf diesem Niveau nicht erreichen konnten. »Ohne eine Organisation hätten wir eine so breite Mobilisierung aber auch nicht

so lange aufrechterhalten können. Das eine ergänzt das andere. Man sollte das nicht gegeneinander stellen. Unsere allgemeinen Versammlungen gab es vor 15M nicht, aber es gab bereits vielfältige Auseinandersetzungen. Der Kampf für die öffentliche Schule ist nicht neu. Seit vielen Jahren arbeiten die Plattformen für die öffentliche Schule oder die Plattform für die Kindergärten, die viel geleistet haben. Es gab viel Bewegung. Die Schwierigkeit bestand darin, dass die Dinge nicht zusammenkamen. Nun wird in derselben Richtung gehandelt und zusammengearbeitet«, erläutert Ruiz Herranz vom Bildungsverband der CCOO. Auch er wirft die Frage des Verhältnisses von neuer Bewegung und klassisch gewerkschaftlicher Organisation auf: »Meiner Ansicht nach ist es eine Organisation, die den Mobilisierungen Zusammenhalt gibt. Ohne Organisation wäre alles der spontanen Teilnahme überlassen, wäre es schwierig, Entscheidungen zu treffen, kontinuierliche Arbeit zu leisten. Beim gegenwärtigen Rhythmus der Mobilisierung und der Angriffe gegen uns ist das angesichts mäßiger Erfolge unsererseits von erheblicher Bedeutung.« (ebd.) 15M organisiert sich in neuer Form. Doch sie muss erst zeigen, ob sie auch längerfristig überdauern kann. Zugleich stärkt sie verschüttete partizipative und spontane Formen in den alten Organisationen. So können sich beide befruchten.

Gewerkschaften und die Marea Ciudadana (zivilgesellschaftliche Protestwelle) als Zusammenfassung und Teil des 15M koordinieren die unterschiedlichen Protestwellen, organisieren gemeinsame (Groß-)Demonstrationen und Versammlungen. Nicht zuletzt koordinieren sie die Teilaktivitäten mit den großen Generalstreiks. Auch letztere erhalten erst durch den 15M-Impuls eine neue Dynamik. Der Generalstreik im Jahr 2009 wurde von CCOO, UGT und CGT ausgerufen, gegen die von der sozialistischen Regierung betriebene Arbeitsmarktreform, die Kürzung der Löhne im öffentlichen Dienst und das Einfrieren der Renten. Die Mehrheitsgewerkschaften zielten noch auf eine Rückkehr zur jahrelangen Praxis der korporatistischen Sozialpakete. Im Januar 2011 rufen die kleinen, meist anarchistischen Basisgewerkschaften ELA, LAB, CIG, CGT und CNT zum Generalstreik gegen die Rentenreform der Sozialisten auf. Am 29. März 2012, zehn Monate nach der Besetzung der Puerta del Sol, kommt es zu einem gemeinsamen Aufruf der beiden Mehrheitsgewerkschaften CCOO und UGT sowie der kleineren Basisgewerkschaften (ELA, LAB, USO, CIG, CUT, CSI, CGT und CNT) – und der 15M-Bewegung. Bei den Demonstrationen gegen die Arbeitsmarktreform und die drastischen Kürzungsmaßnahmen der neuen rechten Regierung sind in Barcelona rund 800.000, in Madrid 700.000 und in Valencia

400.000 Menschen auf der Straße. Laut Angaben der CCOO nehmen 82% der Beschäftigten teil. Etwa 10 Millionen Menschen sind an den diversen Aktionen beteiligt – ein Viertel der gesamten Bevölkerung. Die beeindruckende Stärke führt erneut zu harter Gewalt und Repression: 176 Gewerkschafter\_innen und Protestierende werden festgenommen, organisierte Aktivist\_innen bleiben in Haft und werden angeklagt.

Nuria Montoya, Generalsekretärin der CCOO in Barcelona, schildert die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Bewegung wie folgt:

»Im Rahmen des Generalstreiks haben wir sehr eng mit den Empörten in den Stadtteilen zusammengearbeitet und die Stadtteilkomitees mit einer Infrastruktur versorgt. Es ist eine Tradition, dass bei einem Generalstreik Nachbarschaftskomitees gegründet werden, die der Weitergabe von Informationen über den Generalstreik und über die Auswirkungen der Maßnahmen der Regierung dienen. Außerdem sollen sie dazu beitragen, die Stadtteile am Streiktag lahmzulegen – also sicherstellen, dass kleine Läden schließen und der öffentliche Nahverkehr nicht fährt usw. Die Zusammenarbeit war hier sehr eng; die Empörten hatten seit Monaten nach einem Generalstreik verlangt. Sie hatten aber keine Möglichkeiten, mit den Arbeiter\_innen an den Arbeitsplätzen Kontakt aufzunehmen. Wir brauchen uns gegenseitig: Wir brauchen ihre Kraft, wir brauchen ihre Ideen bezüglich Mobilisierungen und Aktionen – und sie brauchen unsere Kontakte zu den Arbeiter\_innen.« (2012, 160)

Ein Generalstreik beschränkt sich keineswegs auf eine große Demonstration. In einigen Branchen beginnt der Streik schon am Vorabend, insbesondere bei Presse und Medien, aber auch Reinigungsbetrieben oder Betrieben mit Nachtschichten. Früh am Morgen erfolgt der Ausstand auf den zentralen Großmärkten und den Transportbetrieben. Es folgen Fabriken, Banken und Behörden sowie die Nachbarschaften. Unangekündigte Straßenblockaden werden errichtet. »Diese Barrikade versperrt die Straße, aber sie öffnet neue Wege«, lautet ein Slogan der Proteste. Am Nachmittag folgt die Großdemonstration. Drei Stunden zuvor werden auch die Busse und Bahnen wieder in Betrieb genommen, um – entgeltfrei – möglichst vielen die Beteiligung am Streik zu ermöglichen. In der logistischen Planung der Streikaktivitäten übernehmen nicht zuletzt die organisierten Arbeitslosen »eine führende Rolle«, so Montoya. Gewerkschaftliche und autonome Arbeitsloseninitiativen gibt es in Spanien in fast jedem Dorf, ebenso wie Initiativen der von Zwangsräumung Betroffenen (die selbst häufig ar-

beitslos sind). Sie sind auch ein entscheidendes Bindeglied zu den Nachbarschaftskomitees.

Letztere arbeiten traditionell autonom und organisieren öffentliche Versammlungen, auf denen gemeinsame Aktivitäten diskutiert und entschieden werden. Hier sind v.a. zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine, Basisgruppen linker Parteien und Gewerkschaften aktiv. Angesichts der Nähe der Organisationsform ein perfekter Ort für die Beteiligung des 15M. Über die Plattform *Toma la Huelga* («Übernehmt den Streik») erhält sich auch die 15M-Bewegung ihre Autonomie, organisiert eigenständige Aktionen und koordiniert die Beteiligung an gemeinsamen Aktionen mit den Gewerkschaften. Die Empörung breiter Teile der Bevölkerung, die durch die 15M-Bewegung ihren Ausdruck finden konnte und an der von Beginn an tausende Gewerkschafter aus Betrieben und lokalen Gruppen teilhaben, trägt maßgeblich zur strategischen Neuausrichtung der Mehrheitsgewerkschaften bei: Die Bewegung hat »geholfen zu realisieren, dass die Jahre der Sozialpartnerschaft vorbei sind«, erklärt Montoya.

Die Generalstreiks sind erfolgreich, die Regierung verändert ihre Position jedoch keineswegs – im Gegenteil. »Wir haben nicht die Kraft, dauerhaft Generalstreiks durchzuführen wie in Griechenland.« Und auch dort ist die Strategie der Generalstreiks leergelaufen. Andere Formen der Mobilisierung sind weiter zu entwickeln: »Streiks und Demonstrationen an jedem Tag, mal in dem einem Unternehmen, mal in der anderen Branche, verbunden mit konkreten (Tarif-)Verhandlungen, sodass eine produktive Desorganisation der Produktion erzeugt wird, nicht nur am Tag des Generalstreiks, sondern nahezu ständig.« (Montoya 2012, 160) Eine produktive Desorganisation der Produktion, die sich potenziell mit der produktiven Desorganisation der herrschenden Politik durch den 15M und die sozialen Mobilisierungen verbindet.

Dieser Strategiewechsel verstärkt noch einmal die diversen *mareas*, die bunten Protestwellen in den unterschiedlichen Bereichen. Wie erwähnt findet am 31. August 2012 die erste Asamblea im Bildungssektor statt, welche die vorangegangenen Mobilisierungen auf ein neues Niveau bringt. Ende September wird der Bildungstreik in den Mittel- und Oberschulen ausgerufen. Laut Angaben von Lara Hernández von der IU/15M beteiligen sich daran 60% der Lehrkräfte und zehntausende Schüler\_innen. Anfang Oktober gesellen sich Grundschulen und Kindergärten dazu. Dann folgen die Studentenstreiks. Im Dezember läuft alles auf einer großen Bildungsdemonstration zusammen. Anschließend werden monatlich dezentral Pro-

teste, Demonstrationen, Versammlungen organisiert. Im Mai 2013 wird erneut ein stufenweise ansteigender Streik zur Verteidigung der öffentlichen Bildung für alle von den fünf Bildungsgewerkschaften CCOO, ANPE, CSIF, STES und UGT ausgerufen. Zum ersten Mal in der Geschichte werden alle Teile des Bildungssektors zugleich bestreikt.

Am 1. November 2012 startet die *marea blanca*, die Protestwelle im Gesundheitssektor. Die Regierung ließ Gesundheitszentren schließen, Öffnungszeiten einschränken, Krankenhäuser privatisieren, Leistungen streichen, Zuzahlungen massiv erhöhen. Die medizinische Versorgung ist für viele nicht mehr gewährleistet. Krankenhäuser können Rechnungen nicht bezahlen und Medikamente fehlen. Daraufhin wird ein unbefristeter Streik ausgerufen. Er dauert fünf Wochen. Krankenschwestern, Pflegepersonal, technisches Personal, Patienten, Ärzte, Forschungseinrichtungen, Gesundheitsverbände versammeln sich auf Plätzen und besetzen Gesundheitseinrichtungen. Rund die Hälfte der 800 Leiter\_innen von Gesundheits- und Suchthilfezentren kündigen an kollektiv zurückzutreten, auch Ärzte wollen kollektiv ihre Posten in Klinikleitungen niederlegen. Ziel der Ärztevereinigung AFEM ist es, Druck gegen die Privatisierungen aufzubauen. Schließlich nimmt die Regierung der autonomen Region Madrid die geplante Privatisierung von sechs Krankenhäusern und 27 Gesundheitszentren zurück. Nach diesem Etappensieg werden einmal im Monat Demonstrationen und Proteste organisiert, gemeinsam mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, sozialen Organisationen und Nachbarschaftsvereinen, die die Infrastruktur bieten – oft mit spektakulären Aktionen, bspw. Besetzungen. AMYTS, die größte Ärztevereinigung, und SATSE, die größte Gewerkschaft für Krankenpflege, vereinbaren regelmäßig neue Streikmaßnahmen – bis heute.

Weitere *mareas* organisieren in dieser Zeit Streiks und Proteste, auch bei Medien und Presse. Die Coordinadora de trabajador@s del sector pública (die Koordination der Arbeiter\_innen des öffentlichen Sektors) versucht die Kämpfe gegen Privatisierungen im Bildungs-, Gesundheits- und Transportsektor sowie jene der sozialen Dienste zusammenzubringen. Die *mareas* verbreitern das Spektrum der Aktivist\_innen hinein in die Arbeiterklasse und ins bürgerliche Spektrum derjenigen, die an konkreten Fragen an ihrem Arbeitsplatz oder Wohnort interessiert sind. So stehen bspw. viele Lehrer\_innen oder Ärzt\_innen und Krankenschwestern den Protesten des 15M positiv gegenüber und nehmen auch an Demonstrationen teil, nicht jedoch an Platzbesetzungen oder Arbeitsgruppen des 15M. Die *mareas* sind ihrer eigenen Problemwahrnehmung näher. Hier können sie selbst Erfahrung

und Wissen einbringen. Zusammen mit den Aktionen der Empörten, den landesweiten Protestmärschen, den spektakulären Kämpfen der Bergarbeiter und Feuerwehrleute, der Plattform gegen Zwangsräumung oder der IU, gelingt es ein Klima permanenter Unruhe zu erzeugen, die Straßen zu erobern und durchaus die kulturelle Hegemonie in der Zivilgesellschaft zu erringen. Doch es ist schwierig, die gleiche Intensität der Mobilisierungen aufrechtzuerhalten. »Wir müssen den Leuten auch mal eine Pause gönnen«, um dann wieder die Intensität zu steigern.

Letzteres erfolgt bereits kurz nach dem Start der Protestwelle im Gesundheitssektor: Am 14. November 2012 kommt es zu einem in der Geschichte des Europäischen Gewerkschaftsbunds einmaligen historischen Schritt: zu einem gemeinsamen Generalstreik in mehreren europäischen Ländern beziehungsweise zu gemeinsamen Solidaritätsaktionen. Generalstreiks gibt es v.a. in Spanien, Portugal, Belgien, Griechenland, Italien, Zypern und Malta, breite Solidaritätsaktionen insbesondere in Großbritannien und Frankreich. In Spanien rufen alle Gewerkschaften gemeinsam zum Streik auf, von den großen CCOO und UGT bis zu den vielen kleinen wie USO, CIG, CGT, CNT, CUT, Intersindical-CSC, Intersindical Valenciana y COS u.a. Es soll deutlich werden: »Dies ist ein Klassenkampf« gegen die Versuche des Kapitals und der Troika, Arbeiter\_innen unterschiedlicher Länder gegeneinander aufzuwiegeln, verdeutlicht der Koordinator der IU, Cayo Lara.

### 3.5 Spaltungen und Widersprüche

Spaltungen zwischen den neuen Demokratiebewegungen, klassischen neuen sozialen Bewegungen, traditionellen Gewerkschaften und Linksparteien gibt es aber immer noch zahlreich. Zunächst einmal besteht nach wie vor ein großes Misstrauen gegen die Apparate: Durch das spezielle Wahlsystem in Spanien gibt es ein vermachtetes Wechselspiel zwischen PSOE und Partido Popular an der Regierung. Die IU wird mit einer parlamentarischen Politik insgesamt identifiziert, die sich von der Bevölkerung abgewandt hat und ohnehin nichts gegen die konzentrierte Macht des (Finanz-)Kapitals ausrichten kann. Zu sehr hat sich die Partei als institutionelle Linke betrachtet, als parlamentarische Vertretung, zu sehr konzentriert auf Mandate. Und sie hat bis 2008 die sozialistische Regierung unter Zapatero im Parlament toleriert. Ihre traditionell starke Verankerung in Nachbarschaften und Betrieben erodierte hingegen. Rathäuser, die von der IU



regiert wurden, waren auch nicht frei von Korruption. Und sie hatte kein alternatives politisches Projekt mehr. »Aber genau deswegen gingen die Leute auf die Straße«, für ein anderes politisches und ökonomisches System, meint Chema Ruiz, der bei der PAH und Democracia Real Ya aktiv ist, viele Jahre im politischen Rat der IU aktiv war und nun bei der IU die Zuständigkeit für soziale Bewegungen übernommen hat (2013a, 126). »Zwar standen die Forderungen der Bewegung« mehr oder weniger schon 1995 im Parteiprogramm der IU. »Sie hat es jedoch versäumt, diese in den politische Alltag zu tragen« und dafür auf die Straße zu gehen (ebd.).

Nach Jahren der Frustrationen innerhalb der bunten Parteienkoalition der Vereinigten Linken wurde der Impuls des 15M genutzt, um die Struktur neu zu begründen, über die Stärkung der Organisation von unten und neue Formen der Partizipation. Zwar gewinnt die IU bei jeder Wahl deutlich hinzu. Doch die linken Parteien müssen »ihre innere Struktur verändern und verstehen, dass sie ihre Existenzberechtigung verspielen, wenn sie keine Vehikel politischer Teilhabe und Veränderung mehr sind.« (Ruiz 2013b) Dies ist in zahlreichen Kommunen und Ortsgruppen auch immer mehr der Fall – die Partei bewegt sich. Doch bleibt eine Spannung mit Teilen der 15M-Bewegung, die sich als parteilich ungebunden betrachten, solche »ideologischen« Positionen ablehnen und eher zum Wahlboykott aufrufen, meint Raul aus Barcelona. Die Initiative #nolesvotes im Rahmen der 15M-Bewegung, die zur Abgabe weißer oder ungültiger Wahlzettel bei den Kommunalwahlen 2011 aufrief, steht exemplarisch dafür (<http://wiki.nolesvotes.org/wiki/Portada>).<sup>35</sup> Tatsächlich steigt die Zahl der Nichtwähler rasanter an (plus 37% bei den Kommunalwahlen, plus 48% bei den allgemeinen Parlamentswahlen) als die Zahl der Wähler von IU oder anderen linken Parteien (jenseits der PSOE). Im Ergebnis bleibt die relative Mehrheit der rechten PP unangetastet – nicht zuletzt aufgrund der tiefen Enttäuschung der PSOE-Anhänger über »ihre« Partei.<sup>36</sup>

<sup>35</sup> Die Initiative wird später ihre Position verändern: Sie ruft nun explizit nicht mehr zur Abgabe weißer Wahlzettel oder zum Nichtwählen auf, sondern dazu, sich zu »informieren«, nicht die rechte PP, die vermeintlich sozialistische PSOE oder die konservativ katalanische CiU zu wählen, denn »es gibt Alternativen« zu diesen Parteien (ebd.). Das ist ein Beispiel für Lernprozesse der Bewegung jenseits einer einfachen Negation »der Politik«.

<sup>36</sup> Tatsächlich ist der Sieg der rechten PP bei den Parlamentswahlen v.a. auf den dramatischen Verlust von 4,3 Mio. Wählerstimmen zurückzuführen. Die PP ihrerseits gewinnt nur 560.000 Stimmen gegenüber ihrem historisch schlechten Ergebnis

An der »naiven« Form der Anti-Politik von Teilen des 15M reiben sich auch viele aus den eher globalisierungskritischen, linksradikalen und anarchistischen Spektren, so Ana Clara aus Madrid. Die postpolitischen Tendenzen, Konfliktscheue und Konsenszwang werden als »buenismo« (Gutmenschentum) kritisiert (vgl. Castells 2012, 129). Das reine Konsensprinzip erlaubt es minoritären Gruppen, Entscheidungen zu blockieren, Debatten bis zur Entscheidung per Erschöpfung unendlich auszudehnen. Der Widerspruch zwischen deliberativer Einbeziehung möglichst vieler und einer effizienten Organisation wird bearbeitet, indem strittige Punkte oder komplizierte Sachverhalte in kleinere Kommissionen und Arbeitsgruppen verwiesen werden, die die allgemeinen Orientierungen aus den Versammlungen ausarbeiten sollen. Die Kommissionen sind autonom, suchen ebenfalls konsensorientiert nach der Vermittlung unterschiedlicher Vorschläge. Ihre Ergebnisse werden dann erneut diskutiert und mit einfacher Mehrheit beschlossen. Jeder kann die Einsetzung einer Kommission vorschlagen.

Dennoch, Differenzen über die notwendige Radikalität von Aktionen oder die Reaktion auf brutale Gewalt der Sicherheitskräfte machen eine Verständigung zwischen den radikaleren und den eher postpolitischen Gruppen oft schwierig. Dabei sind die Bewegungen oft »gar nicht so verschieden von Parteien. In der Democracia Real Ya gibt es inzwischen ähnliche Spaltungen und Machtkämpfe« (Ruiz 2013a, 125). Drei Linien lassen sich grob unterscheiden: Einer »libertären Fraktion« mit eher anarchistischem Hintergrund geht es um andere – horizontale – Formen des Kampfes, der Politik, des Lebens. Das Neue soll aus vielerlei Initiativen von unten wachsen. Organisationsstrukturen oder Institutionen stehen nicht im Vordergrund, entsprechenden Kooperationen stehen sie skeptisch gegenüber. Eine zweite Linie sieht die Notwendigkeit zu stärkerer Strukturierung und Organisation, um ein neues politisches Subjekt zu formen. Teile dieser Linie denken darüber nach, eine eigene Partei zu gründen. Im Herbst 2013 wurde eine (den Piraten ähnliche) Partei X gegründet. Eine dritte Linie fürchtet mit einem solchen Schritt einer weiteren Fragmentierung zuzuarbeiten. »Am Ende passt jede Gruppe in einen Seat 600«, jede hat ihre Struktur oder Partei, und »wir haben keine Kraft mehr, um politisch Druck

---

bei den letzten Wahlen 2008 hinzu. 2004 und 2008 wurde sie noch mit einem ähnlichen Ergebnis vernichtend geschlagen. Die IU kann hingegen die Zahl ihrer Sitze verdreifachen, was aufgrund des komplizierten Wahlrechts aber nur zu elf von 350 Parlamentssitzen führt.

zu machen« (ebd., 126). Sie wollen ein neues politisches Subjekt formen, »zu diesem Zweck aber bestehende Strukturen als Unterstützung nutzen« (ebd.), etwa die IU und die Gewerkschaften.

Offener Streit zwischen radikaleren Teilen der Bewegung und der IU wiederum besteht in der Frage der Regierungsbeteiligung wie in Andalusien – immer wieder provoziert dies Spaltungstendenzen gerade auch innerhalb der IU (Nichols 2013, Sanz Alcántara 2012).

Die Gewerkschaften waren zu lange in korporatistische Sozialpakte integriert und strebten noch sozialpartnerschaftliche Bündnisse an, als die verschiedenen Regierungen im Zuge von Kürzungspolitik bereits Sozial- und Arbeitsrechte angriffen. Die Wucht des 15M trifft auf eine große Unzufriedenheit mit der Politik der Sozialpakte innerhalb der Gewerkschaften, was letztlich zur Neuorientierung auch der Spitze des Apparates führt, so Montoya von der CCOO. Die Gewerkschaften hatten sich »arrangiert«, ein »Projekt gesellschaftlicher Veränderung« längst »verworfen«, den »Klassenkampf hinter sich« gelassen. »Es ist der Verdienst der 15M, dass sie inzwischen diesen Irrtum erkannt haben«, erklärt Chema Ruiz (2013a, 127). Die CCOO allein hat eineinhalb Millionen Mitglieder – »wir müssen sie einbeziehen, wenn wir eine wirkliche gesellschaftliche Veränderung wollen. Dasselbe gilt für die IU; sie hat ihre Schwächen und Stärken; wir müssen ihre Schwächen angehen, sie aber auch in Prozesse einbinden.« (ebd., 125) Auch dürfe der traditionelle Kampf in den Fabriken nicht vergessen werden, ein Thema, das beim 15M viel zu wenig Beachtung finde, stimmen Montoya und Ruiz überein. Es bleiben wechselseitige Verständnisschwierigkeiten, denn die großen Gewerkschaften ihrerseits erklären das vermeintliche Desinteresse der Empörten an Fragen der Arbeit damit, dass »die meisten von ihnen Arbeitslose sind, niemals einen festen Job hatten« (Montoya 2012, 159). Damit verfehlen sie die dramatische Ausbreitung der prekären und informellen Arbeit, die von den großen Gewerkschaften kaum zu organisieren ist und damit keine ausreichende Repräsentation findet. Diese Art von Spannungen werden verkompliziert durch die Konkurrenz zwischen den Mehrheitsgewerkschaften und kleineren anarchistischen Basisgewerkschaften wie CNT oder SOC. Dabei gibt es Lernprozesse. Das Misstrauen gegenüber den Mehrheitsgewerkschaften ist »geringer als zuvor«, dank der Kooperationserfahrungen, doch es »bleibt«, hartnäckig (ebd.).

Sprengkraft entfalten die in der Krise an Stärke gewinnenden regionalistischen und separatistischen Parteien und Bewegungen in Spanien. Bewegungen wie 15M, PAH oder auch die IU bemühen sich, Kooperationen zu

knüpfen, die Frage der Autonomie in einem neuen verfassungsgebenden Prozess zentral zu berücksichtigen und zugleich die übergreifenden Interessen, gewissermaßen eine Klassenperspektive, zu betonen – gegen die neolibérale Politik insgesamt. Die Auseinandersetzungen werden »vor allem als Klassenauseinandersetzungen betrachtet«, denkt Ana Clara. Doch erscheint der Kampf gegen die vertikalen Mächte weit schwieriger, wenn Fliehkräfte horizontale Bruchlinien befördern. Gegen einen konservativen katalanischen Chauvinismus der Reichen etwa, der sich an der Regierung in Madrid abarbeitet, verblasst manch differenziertes linkes Argument mit Blick auf transnationale Kapitale und verbindende solidarische Verknüpfungen von unten. Erfolgreich sind hingegen Formationen wie der Bloque Nacionalista Galego (die Links-galizische Parteienkoalition, einschließlich IU – die »galizische Syriza«, Nichols 2013), die ICV-EUiA (das katalanische Pendant zur IU) oder die Esquerra Republicana (die Partei der katalanischen republikanischen Linken) oder die baskische Ezker Anitza (die Plurale Linke). Sie versuchen die traditionell spaltende Frage der »Nationalismen« in Spanien neu von links zu besetzen. Die Allianz zwischen linken Föderalisten und linken Nationalisten in Galizien z.B. ist mehr als eine Wahloption, vielmehr Ergebnis eines langen Prozesses. Diese Allianzen könnten ein wichtiges Vermittlungsglied zwischen autonomistischen und anderen linken Bewegungen werden. Die IU bekräftigte auf dem Parteitag im Januar 2013 entsprechend die Forderung nach einem echten föderalen Staat mit weitestgehender nationaler Selbstbestimmung. Die Esquerra Republicana allerdings treibt die national-konservative katalanische Regierung in Richtung eines Referendums über einen eigenen Staat. Die Vermittlung wird schwieriger.

### **3.6 Verdichtungsprozesse: Die konstituierte Macht in den Blick nehmen**

»Ich bin überzeugt, dass eine Revolution Organisationsstrukturen braucht; sonst besteht die Gefahr des Zerfalls der Bewegung. Dies geschieht gerade auch mit der 15M-Bewegung. Das Niveau des Aktivismus nimmt täglich ab, weil es an Organisationsstrukturen mangelt – abgesehen von punktuellen Straßenaktionen. Wir haben etwas verwechselt: Um Entscheidungen zu treffen, sind horizontale Strukturen wichtig. Um diese aber umzusetzen, brauchen wir eine minimale Organisationsstruktur. Außerdem ist es not-

wendig, mit den existierenden Organisationen zu arbeiten, wenn wir einen Block der Gegenmacht aufbauen wollen«, erklärt Chema Ruiz (2013a, 125), Aktivist bei 15M und einer Initiative gegen Zwangsräumungen.

Die geschilderten Gegensätze spielen in der alltäglichen Mobilisierung inzwischen keine so große Rolle mehr. »Bei einer Demonstration der PAH in Madrid z.B. waren etwa zehn der 14 Leute in der Vorbereitungsgruppe Mitglieder der IU oder der PCE: Viele Bewegungsaktivisten haben diesen politischen Hintergrund. Von Anfang an waren aber auch Genossen der *Izquierda Anticapitalista* dabei. Die PAH ist eine autonome Organisation; sicherlich hat aber das Engagement der politischen Organisationen eine große Rolle gespielt.« (Ruiz 2013a, 124)

Viele Aktivist\_innen sind bei mehreren Organisationen und Gruppen engagiert, häufig quer zu den Trennungen zwischen Bewegungslinken, institutionellen Linken und Gewerkschaftslinken. Die IU öffnet ihre Strukturen, lädt soziale Initiativen und Interessierte zu den strategischen und programmatischen Versammlungen der Partei ein, um mitzudiskutieren und Vorschläge einzubringen. Der katalanische Teil der IU, die EUiA, nutzt webbasierte Inputs und Diskussionen mit Sympathisanten, z.B. der PAH, für ihre alltägliche Arbeit. Alberto Garzón, Aktivist des 15M und jüngster Abgeordneter im Parlament (für die IU), plädiert für die Auswahl von Kandidat\_innen durch die Parteimitglieder und sympathisierende Organisationen.

In Valladolid hat die IU eine offene Versammlung zur gemeinsamen Formulierung eines Wahlprogramms abgehalten, was zur Verdopplung der Stimmen für die Partei und einer 25-prozentigen Zunahme von Mitgliedern führt. Solche offenen Versammlungen sollen nun Standard in der Partei werden: Maria Sánchez, neue Bürgermeisterin von Valladolid, meint auf dem Parteitag im Januar 2013, dies wäre eine gute Möglichkeit, um den Verdacht zu überwinden, »que no nos representan« (dass sie uns nicht repräsentieren). Die IU, Gewerkschaften und 15M stehen in einem oft produktiven Spannungsverhältnis und kooperieren, immer mehr Menschen nehmen an Protesten teil und die IU liegt in Umfragen bei über 15%. Die Aktionen der unterschiedlichen Protestwellen im Gesundheits-, Bildungs- oder Medienbereich – jede mit einem andersfarbigen T-Shirt deutlich erkennbar, oder die Initiativen gegen Zwangsräumungen sind untereinander und mit den Massendemonstrationen und Generalstreiks koordiniert.

Die allgemeine Erfahrung ist, dass die Regierung nicht zuhört, egal ob zunächst die sozialistisch geführte oder die noch härtere rechte Regie-

rung der PP. Sie denunzieren die Proteste, ignorieren Petitionen, Forderungen und Vorschläge und verschärfen Schritt für Schritt die autoritäre Kürzungspolitik. Es macht also keinen Sinn mehr, Forderungen an sie zu stellen. In unterschiedlichen Gruppen wird eine Änderung der Strategie diskutiert. Schließlich startet eine »relativ eng-gestrickte« kleine Gruppe (alter linker Aktivisten, manche sagen »linksradikale« oder »kommunistische Kader«) eine Initiative zur Besetzung des Parlaments. In den Gruppen des 15M wurde viel darüber diskutiert: Angesichts der Kräfteverhältnisse und um möglichst vielen die Teilnahme zu ermöglichen und eine Spaltung zu vermeiden, entscheidet man sich gemeinsam, am 25. September, und dann regelmäßig das Parlament zu umzingeln – und somit ein Zentrum der Macht in den Fokus zu nehmen. Die Bewegungen lernen und konzentrieren sich. Das Parlament wiederum schirmt sich durch polizeiliche Maßnahmen weiter von der Bevölkerung ab.

### **Die Coordinadora 25S: »Umzingelt den Kongress«**

von Lara Hernández

Am 25. September 2012 versammelten sich Tausende von Menschen unter dem Motto »Umzingelt den Kongress!« um das spanische Abgeordnetenhaus in Madrid. Sie forderten den Rücktritt der Regierung und den Beginn eines verfassungsgebenden Prozesses. Dieses Datum wird aus zwei Gründen in Erinnerung bleiben: aufgrund der Zuspitzung der Forderung und der harten Repression der Sicherheitskräfte. Die Coordinadora 25S (Koordinationsstelle 25. September) schaffte den Raum für diese Aktion. Sie schuf auch die Bedingungen, um einen verfassungsgebenden Prozess von unten zu diskutieren.

#### **Von August bis zum 25. September 2012**

Während der Sommermonate im Jahr 2012 wurde die Initiative »Besetzt den Kongress« von der *Plataforma en Pie* (Forum der Aufrechten) angeregt. Anlass war die Kritik an der Kürzungspolitik der rechten Regierung der *Partido Popular* (Volkspartei) unter Mariano Rajoy. Dringliche Forderung war der Rücktritt dieser Regierung. Der Charakter der »relativ eng gestrickten« kleinen Gruppe (Porcaro, *Luxemburg* 1/2013) alter linker Aktivisten der *Plataforma en Pie* stieß auf Kritik: wegen ihrer intransparenten Art der Entscheidungsfindung, wegen der mangeln-

den Klarheit ihrer Zielsetzungen – Was kommt nach dem Sturz der Regierung? Insbesondere aber empfanden Teile der 15M-Bewegung eine Besetzung des Parlaments als zu konfrontativ, das Risiko gewaltsamer Auseinandersetzungen als zu hoch. Einige linke Kollektive und Organisationen stellten den Aufruf selbst infrage. Ende August 2012 entstand als Ergebnis eines internen Umstrukturierungsprozesses in den Bewegungen die *Coordinadora 25S*. Dieser politische Raum wurde mit dem Ziel geschaffen, alle Personen und Kollektive einzubeziehen, die sich den Aufruf »Besetzt den Kongress« zu eigen gemacht hatten, aber die politische Linie der *Plataforma en Pie* kritisierten. Im Rahmen der *Coordinadora 25S* wurde nach intensiven Debatten die Aktion modifiziert – der Aufruf lautete nun: »Umzingelt den Kongress!« Viele Versammlungen wurden abgehalten, um zu koordinieren, wie die Aktion ablaufen sollte, und möglichst viele zu mobilisieren. Die Mobilisierung sollte entlang zweier diskursiver Achsen verlaufen, die in einem Manifest zusammengefasst wurden. Sie wurden im Prinzip von der *Plataforma en Pie* übernommen, aber weiterentwickelt:

1. Der *proceso destituyente* – der Prozess des Abbaus politischer Macht, konkret des Rücktritts von Exekutive und Legislative.
2. Der *proceso constituyente* – eine demokratische Transformation des politischen Systems und seiner gesellschaftlichen (auch ökonomischen) Grundlagen und das Einbringen dieses Prozesses in eine neue Verfassung.

### **Der 25. September: »Umzingelt den Kongress!«**

Bei der Aktion in Madrid kamen mehr als 13.000 Polizeibeamte aus ganz Spanien zum Einsatz – aus 30 aller 52 Einheiten der nationalen Eingreiftruppen der Polizei (*Unidades de Intervencion Policial* – UIP). Die Regierung erklärte, das Aufgebot sei nötig, weil schwer abzuschätzen sei, wie viele Menschen dem Aufruf Folge leisten würden. Ausnahmsweise hatte sie damit Recht. Der Zulauf übertraf die Erwartungen der Organisatoren. Tausende von Menschen aus ganz Spanien kamen im Zentrum der Hauptstadt zusammen, um den Rücktritt der Regierung und den Beginn eines neuen verfassungsgebenden Prozesses zu fordern.

Ursächlich war, dass die Einschnitte und Anpassungsmaßnahmen in der öffentlichen Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrspolitik ständig

weitergeführt wurden und die Bevölkerung immer schwerer belasteten. Darüber hinaus erreichten die Nachrichten über langjährige und massive Korruption in der Regierungspartei die Titelseiten aller spanienweit erscheinenden Zeitungen und Medien gerade einen vorläufigen Höhepunkt. Wichtigster Moment des Tages war die nachmittägliche Versammlung auf dem Platz vor dem Parlament. Die Demonstrierenden hielten dort stand, bis die sie umringenden Polizeieinheiten begannen einzugreifen. Das brutale Vorgehen wurde von den alternativen wie etablierten Medien ausführlich dokumentiert. Am Ende des Tages wurden 64 Verletzte und 37 Verhaftungen registriert. Die Sitzung im Abgeordnetenhaus musste mehrmals unterbrochen und wieder neu begonnen werden, und viele der anwesenden Abgeordneten konnten den Sitzungssaal erst spät in der Nacht verlassen.

### **Nach dem 25. September: Was tun?**

Der Mobilisierungserfolg und die Medienaufmerksamkeit für die brutale Repression veranlassten die *Coordinadora*, sich auf eine schnelle Mobilisierung zu neuen Aktionen zu konzentrieren und sich weniger damit zu beschäftigen, ihre politische Linie klarer zu definieren. Diese Ausrichtung wurde besonders von jenen bestärkt, die die Aufgabe der *Coordinadora* vor allem darin sahen, den *proceso destituyente* zu fördern, also die Forderungen nach Rücktritt bzw. nach Rückgabe der politischen Macht zu artikulieren. Entsprechend wurde zu Kundgebungen und Demonstrationen rund um den 23. Oktober aufgerufen – dem Datum, an dem das Abgeordnetenhaus dem Staatshaushalt für 2013 zustimmen sollte, bevor der Haushaltsentwurf wieder an den Senat zurückgehen würde. Im Rahmen dieser Aufrufe gestaltete es sich kompliziert, Konsens darüber herzustellen, wie die Frage des Staatshaushaltes mit der Frage eines verfassungsgebenden Prozesses in Verbindung gebracht werden könnte. Zudem gab es Tendenzen innerhalb der *Coordinadora*, die sich dafür aussprachen, diese zweite Achse der Forderungen als nachrangig zu behandeln. Trotzdem gelang es, an dieser Achse festzuhalten, und nur so war es möglich, den Zusammenhalt der *Coordinadora* zu sichern und gleichzeitig die konkreten Forderungen im Kampf gegen den »Haushalt der Schande« zu integrieren. Der Bezug auf den verfassungsgebenden Prozess spornte an aufzuzeigen, dass



alle Teilbereichsbewegungen (zu Gesundheits-, Bildungs- oder Wohnungspolitik, die sich im Kampf gegen die Haushaltspolitik organisierten) auf eine Veränderung des politischen Systems und auf einen verfassungsgebenden Prozess angewiesen sind.

### **Vom 23. Oktober bis zum europäischen Generalstreik am 14. November**

Nach den relativ erfolgreichen Mobilisierungen gegen den Haushalt explodierten die internen Spannungen im Herzen der *Coordinadora*, als es Zeit wurde, ihre politische Linie zu definieren.

Auch wenn eine interne Reorganisation offensichtlich notwendig war, schon allein, um die Kommunikationsarbeit zu organisieren, gelang es nicht, die Funktionsweise und interne politische Zusammensetzung der *Coordinadora* abschließend zu diskutieren. Diese Frage blieb offen und ist immer noch nicht klar adressiert worden.

Anlässlich des Generalstreiks vom 14. November schloss sich die *Coordinadora* einem Demonstrationsaufruf der alternativen Gewerkschaften an. Sie grenzte sich damit von der offiziellen Linie der Mehrheitsgewerkschaften ab und nahm an der Versammlung »Übernimmt den Streik« teil. Diese *asamblea* (Versammlung) war einmal für den Streik am 29. März 2012 gegründet worden, um die Beteiligung der Madrider 15M-Bewegung am Streik, bei Beibehaltung ihrer Autonomie gegenüber den Mehrheitsgewerkschaften, zu organisieren.

### **Die Phase nach dem 14. November und die Diskussionstage für einen verfassungsgebenden Prozess**

Nach dem 14. November standen keine großen Mobilisierungsaktionen mehr bevor. Die interne Stimmung in der *Coordinadora* wurde ruhiger. Eine Mehrheit der Teilnehmenden befürwortete nun, die Forderung nach einer neuen Verfassung wieder aufzunehmen. Die *Coordinadora* konnte sich so auf eine nächste gemeinsam beschlossene Aktivität konzentrieren: Sie nutzte den Tag der spanischen Verfassung, einen gesetzlichen Feiertag, um möglichst viele Einzelpersonen und Kollektive zusammenzurufen und über die politische Linie der *Coordinadora* in diesem Prozess zu beraten. Ergebnis waren zwei Dokumente, die einen Minimalkonsens beinhalten: Eine politische Dekla-

ration, die die aktuelle Realität des spanischen Staates analysiert und der *Coordinadora* einige Linien für den verfassungsgebenden Prozess vorschlägt, um diese Realität zu verändern; und ein »Kursblatt« mit strategischen Vorgaben, in welchen Schritten dieser Prozess vorangetrieben werden soll.

### **Die Coordinadora 25S**

*Die Zusammensetzung:* Der aktive und organisierte Kern der *Coordinadora* setzt sich aus einem breiten politischen Spektrum zusammen, wie es für eine Massenbewegung im Stil des 15M folgerichtig ist. Es gibt eine große Gruppe unabhängiger Personen, die den politischen Praktiken und Diskursen der autonomen und anarchistischen Szenen oftmals nahestehen, die aber bereit zum Konsens sind und sich auf gemeinsame Punkte einigen können. Einige Teilnehmer\_innen kommen aus dem liberalen Spektrum, andere sind unabhängige Einzelpersonen oder Mitglieder politischer Organisationen oder Kollektive. Viele Genoss\_innen aus linken politischen Organisationen sind vertreten und auch viele, die eng mit den Strukturen der 15M-Bewegung verbunden sind. Nur wenige der aktiven Personen in der *Coordinadora* haben keine politischen Erfahrungen in sozialen Bewegungen oder politischen Organisationen. Durchschnittlich sind sie um die 40 Jahre alt; es mangelt an jüngeren Teilnehmenden. Außerdem sind Männer klar in der Mehrheit.

*Die politische Linie:* Die politische Linie der *Coordinadora* basiert auf den bereits genannten Dokumenten, die auf den Diskussionstagen zum verfassungsgebenden Prozess ausgearbeitet wurden. Die große Mehrheit der *Coordinadora* hat sich diese Dokumente zu eigen gemacht. Schließlich haben sie diese gemeinsam mit Aktivist\_innen und Kollektiven aus ganz Spanien ausgearbeitet und wollen diese Linie daher auch in der zukünftigen Arbeit der *Coordinadora* weiterentwickelt sehen. Daran ändert auch nichts, dass einige »systemoppositionelle« linksradikale Aktivist\_innen den Wert und den mehr oder weniger bindenden Charakter der Diskussionstage infrage stellen. Sie sehen die Hauptaufgabe weiterhin darin, eine von der *Coordinadora* unabhängig organisierte, permanente Präsenz auf der Straße zu garantieren. Für sie ist dies Priorität gegenüber der eigentlich beschlossenen Stra-

ategie, die Kräfte zu sammeln und eine doppelte Aufgabe in Angriff zu nehmen, nämlich einerseits die Organisierung auszuweiten und andererseits eine genauere Strategie für den verfassungsgebenden Prozess auszuarbeiten.

*Das Organisationsmodell:* Die *Coordinadora* funktioniert als *Asamblea*, also als Plenum ganz im Stil des 15M. Die *Asamblea*, die Vollversammlung, trifft sich jeden Sonntag und ist das Organ der Entscheidungsfindung. Die Arbeitsgruppen (derzeit die Gruppen für Kommunikation, für Inhalte und für Aktion) setzen auf regelmäßigen Treffen die Entscheidungen der *Asamblea* um. Diese Arbeitsgruppen – aber nicht nur sie – bringen zudem Vorschläge in die *Asamblea* ein. Gelegentlich beauftragt die *Asamblea* Arbeitsgruppen, dringende und nicht sehr umstrittene Fragen selbst zu regeln.

Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Dabei kann die *Coordinadora* aber auf gewisse Mechanismen der Flexibilität zurückgreifen – sowohl auf die genannte Delegation von Themen an die Arbeitsgruppen, als auch auf »unterstützende Umfragen«, wenn es kontroverse Meinungen und Vorschläge gibt und es nötig wird, sich für die eine oder andere Option zu entscheiden. Die *Coordinadora* hat als *Asamblea* mit allen Fallstricken dieses Organisationsmodells zu kämpfen: Spannungen wegen der Langsamkeit von Entscheidungsprozessen, Neuzugänge, Manipulationsversuche, Entscheidungen, die aus Erschöpfung, aufgrund der Trägheit der Struktur oder aus Gewohnheit getroffen werden usw.

Die Teilnehmenden sind sich dieser Probleme bewusst, weshalb eine tiefgehende Debatte dieses Organisationsmodells angestrebt wird. Dies ist umso dringlicher, als die Bewegung in ganz Spanien vernetzt werden muss, um die strategischen Ziele zu erreichen, die im »Kursblatt« festgelegt wurden. Insgesamt ist die Stimmung aber geprägt von einem respektvollen Umgang miteinander und von der Lust zusammenzuarbeiten und die gemeinsam beschlossenen Aktivitäten auch voranzubringen.

Die 15M-Bewegung und andere Teile der breiten gesellschaftlichen Mobilisierung haben die Debatte um die Organisierung eines verfassungsgebenden Prozesses aufgenommen. Auch in anderen Ländern Südeuropas gibt es derzeit Forderungen nach Prozessen der Verfassungsgebung. Das, was der revolutionäre linke Diskurs immer am Ho-

rizont anvisiert hat, nimmt in den zivilgesellschaftlichen Forderungen auf gewisse Weise Gestalt an. Die Erfahrung des 25. Septembers und der Aktion »Umzingelt den Kongress!« auf den Straßen von Madrid war dafür nur ein Meilenstein. Aber diese Erfahrung hat die Grundlage für Organisationsstrukturen geschaffen, die nun eine öffentliche Debatte initiieren, von der viele hoffen, dass sie darüber hinausweisen wird (vgl. Candeias 2013a).

Die sozialen Institutionen in Spanien sind brüchig geworden. Sie werden durch wechselseitige Hilfsinitiativen ersetzt bzw. gestützt. Massenproteste sind an der Tagesordnung. An den Generalstreiks und zentralen Demonstrationen nehmen Millionen teil. Die Zeitungen sind gefüllt mit der Kritik an der imperialen Unterwerfung unter die Troika und an der Unfähigkeit der eigenen Regierungen, an der himmelstürzenden Korruption, in die sich die regierende Partido Popular (Volkspartei) verstrickt hat. Während sich die sozialistische PSOE nach der Niederlage der letzten Wahlen kaum erholen konnte, liegt nun auch die PP in Umfragen nur noch bei 25%. Die Erosion der bisherigen Staatsparteien, die auch in Griechenland beobachtet werden kann, ist ein untrügliches Zeichen für eine Staatskrise: »An einem bestimmten Punkt [...] lösen sich die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien«, da sie diese nicht mehr als »Ausdruck ihrer Klasse oder Klassenfraktion« anerkennen.« (Gef. 7, 1577f.). Das führt dazu, dass breite Bevölkerungsschichten »urplötzlich von der politischen Passivität zu einer gewissen Aktivität« übergehen (ebd.). Doch die Regierung setzt ungerührt ihre Politik der perspektivlosen Kürzungen fort. Die »Ströme« zivilgesellschaftlicher Organisation erreichen die »soliden Institutionen« der Herrschaft nicht, so Mimmo Porcaro (2013a, 137).

### 3.7 Erste Siege gegen die Zwangsräumungen

Ein besonders krasses Beispiel ist die Fortführung der Zwangsräumungen. In Spanien existiert nur ein sehr kleiner Mietwohnungsmarkt, über 80% der Bevölkerung sind darauf angewiesen, Eigentum zu erwerben. In Zeiten billiger Zinsen und einer grassierenden Immobilienspekulation wurden ihnen Kredite geradezu aufgedrängt – ohne Informationen über Risiken, wie

z.B. steigende Zinsen oder Gefahren bei Verlust des Arbeitsplatzes etc. Verbraucherschutz? Fehlanzeige. Tausende Familien werden aus ihren Wohnungen vertrieben; manche übernachten mit ihren Kindern im Auto oder sind vorübergehend bei Verwandten untergebracht. 1,5 Millionen Fälle von Zwangsräumungen sind derzeit bei Gerichten anhängig. Zu den tatsächlich durchgeführten Räumungen gibt es keine offizielle Statistik. Die Plataforma de los Afectados por la Hipoteca (PAH, Forum der von Hypotheken Betroffenen) hat Angaben der Justiz ausgewertet und einen ersten Bericht erstellt: Zwischen 2008 und 2012 wurden ungefähr 362.780 Zwangsräumungen durchgeführt, ca. 112.500 allein in Katalonien, wo die PAH gegründet wurde. Zwischen dem 1. April und dem 30. Juni 2012 wurden in Spanien 526 Räumungen *pro Tag* durchgeführt.<sup>37</sup> Unter den Betroffenen sind zahlreiche Migrant\_innen z.B. aus Bolivien und Ecuador. Die familialen Sozialnetze werden überdehnt: Familien mit Kindern ziehen »zurück« zu den Großeltern, weil sie sich die Wohnung nicht mehr leisten können. Ohne Jobs können sie sich auch die migrantische Haushaltshilfe nicht mehr leisten, die es den Eltern ermöglichte, ihre Arbeitskraft vollständig zu Markte zu tragen. Sorgketten brechen zusammen. Migrant\_innen gehen wieder nach Lateinamerika zurück, weil die Aussichten in Zeiten des extraktivistischen Booms dort besser sind. Doch wenn sie ihre Kreditschulden nicht bezahlen können, geht auch das nicht. »Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern verlierst du in Spanien nicht nur dein Haus oder deine Wohnung, wenn sie dich brutal räumen«, du musst auch weiterhin die Schulden abtragen: »eine lebenslange Schuldknechtschaft«, erläutert Chema Ruiz von der PAH (2013a, 122).

Die PAH hat bereits 2010 eine Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen die Zwangsräumungen gestartet. Mit hunderten von Aktivist\_innen versuchen sie vor Ort Zwangsräumungen zu blockieren, bieten Vollstreckern und Polizei die Stirn. Das Rückgrat der Organisation sind direkt Betroffene. Darum herum hat sich eine »ganze Reihe von Leuten gruppiert, die ein Mindestmaß an sozialem Bewusstsein haben – die meistens auch schon politische oder gewerkschaftliche Erfahrungen« mitbringen (ebd.), von Beginn an tragen zahlreiche Aktivist\_innen der IU zur Organisation maßgeblich bei. Oft sind bekannte Persönlichkeiten oder Politiker der Vereinigten Linken dabei. Die Gewerkschaft CCOO stellt Geld und lokale Infra-

<sup>37</sup> <http://afectadosporlahipoteca.com/wp-content/uploads/2013/02/retrospectiva-sobre-desahucios-y-ejecuciones-hipotecarias-en-espana-colaualemany1.pdf>

strukturen bereit. In einigen hundert Fällen (ca. 825 in drei Jahren) konnten sie so Räumungen verhindern und Neuverhandlungen mit den Banken durchsetzen. 712 Personen werden in dieser Zeit in einer neuen Wohnung untergebracht. Im Einzelfall ein Triumph – insgesamt ein Tropfen auf den heißen Stein.

Aber die PAH hat mit ihren spektakulären Aktionen (ähnlich wie die Bewegungen in den USA) eine große Medienöffentlichkeit für das Thema sensibilisiert. Mit der 15M-Bewegung, an der die PAH von Beginn an tragend beteiligt ist, gewann die Initiative tausendfachen Zulauf. Der Häuserkampf war angesichts der hohen Zahl von Räumungen kaum zu gewinnen. Die PAH startet daher ein Volksbegehren für eine Gesetzesinitiative zum sofortigen Stopp der Zwangsräumungen.

Spaniens Parlament nimmt im März 2013 das Volksbegehren an. Denjenigen, die ihre Wohnung bereits verloren haben, sollen die Schulden erlassen werden. Die rechte Regierungsmehrheit schwenkt erst nach mehreren Selbstmorden von bedrohten Wohnungseigentümern, meist älteren Menschen, am Tag vor der Entscheidung um. Für den Gesetzentwurf hatten die PAH, Gewerkschaften und die IU mehr als 1,4 Millionen Unterschriften gesammelt. Die wirkliche Umsetzung muss weiter erkämpft werden.

Denn die Regierung verschleppt die Umsetzung des Gesetzes. Und das, obwohl der Europäische Gerichtshof in Luxemburg die spanischen Hypothekengesetze für nicht mit EU-Recht konform erklärt. Auf die schleppende Umsetzung reagiert die andalusische Linksregierung aus Sozialisten und IU mit einem eigenen Gesetz.<sup>38</sup> Um den Leerstand von bis zu einer Million Wohnungen in Zeiten der Wohnungsnot zu begrenzen, sollen nun Banken und Immobilienfirmen mit bis zu 9000 Euro bestraft werden, wenn sie zwangsgeräumte Wohnungen nicht vermieten. Das Gesetz ermöglicht es, den Eigentümern für maximal drei Jahre das Gebrauchsrecht für ihre Wohnungen zu entziehen, wenn Zwangsräumungen anstehen und die Bewohner in der Gefahr sind, ins soziale Abseits zu geraten. Die Regionalregierung kann dann deren Verwaltung übernehmen, wenn Familien nach der Kreditvergabe unverschuldet verarmt sind (etwa durch Arbeitslosigkeit).

---

<sup>38</sup> Die andalusische Regierung sieht sich in ihrem Vorgehen auch vom Europäischen Gerichtshof bestärkt. Dessen Richter hatten Mitte März die Räumungspraxis in Spanien in einem Urteil als illegal eingestuft. Mehr als 100 Jahre alte Hypothekengesetze hebelt EU-Verbraucherrechte aus. Es sei für Betroffene »praktisch unmöglich«, eine Räumung auf dem Rechtsweg zu stoppen, auch wenn ihre Kreditverträge offensichtlich missbräuchliche Klauseln enthielten (ND, 13.4.2013).

keit) und deren Gesamteinkommen 1596 Euro nicht übersteigt. Betroffene müssen dann 25% des verfügbaren Einkommens als »Sozialmiete« bezahlen. Voraussetzung ist ferner, dass die Räumung unmittelbar bevorsteht. Ein weiteres Kriterium sind »physische und psychische Gesundheitsgefahren«, womit auf dramatische Szenen bei Räumungen und die hohe Zahl von Selbstmorden angespielt wird. Das Gesetz wird sofort angewendet. »Wir verteidigen in Andalusien das Menschenrecht auf Wohnraum«, sagt Wohnungsbauministerin Elena Cortés von der Linken. Die nach Autonomie strebende konservative Regierung der kanarischen Inseln kopierte das andalusische Gesetz.

Währenddessen intensiviert die PAH den Druck und besetzt in Sabadell (Barcelona) 40 Wohnungen. Vier Jahre hatte der Wohnblock seit seiner Fertigstellung leer gestanden. Der Eigentümer, die Banco Mare Nostrum, war mit mehr als einer Milliarde Steuergeldern »gerettet« worden. 72 Stunden will die PAH die Wohnungen besetzt halten, um sie danach an zwangsgeräumte Familien zu übergeben. Die PAH bringt diese in der Zwischenzeit immer wieder bei Mitgliedern der Organisation unter. Es ist die dritte Besetzungsaktion dieser lokalen Gruppe innerhalb von zwölf Monaten, »... und ganz sicher nicht die Letzte!« »Wir werden die Zahl der Wiederaaneignung erhöhen [...] und weiter Banken besetzen«, kündigt José Coy, Aktivist der PAH und Gewerkschafter, an. Und tatsächlich werden ganze Wohnblöcke besetzt, die leerstehen. Ihre Zahl wächst stetig. Immerhin stehen über 4 Mio. Wohnungen im Lande leer. Seit Herbst 2013 rückt besonders der soziale Wohnungsbau in den Mittelpunkt der Aktivitäten. Auch dort sind Mieten nicht mehr geschützt, und Menschen werden aus ihren Wohnungen vertrieben.

Weiterhin stehen auch Banken im Fokus: Auf rechtlichem Weg und mit Demonstrationen wird gegen die vom spanischen Staat gegründete Bad Bank Sareb gekämpft. Der Bestand »fauler« Kredite mit hohem Ausfallrisiko erreicht immer neue Rekordsummen, fast 13% der Darlehen, knapp 190 Milliarden Euro im September des Jahres 2013 (FAZ, 19.11.2013). Um die Bilanzen der Banken zu stabilisieren, übernimmt die Bad Bank nach und nach diese faulen Kredite und verkauft sie mit großen Abschlägen an Investoren. Die Mehrheit dieser Kredite steht für hypotheckenbelastete Immobilien. Das heißt, die Bad Bank verramscht Wohnraum zu Schleuderpreisen an Kapitalfonds mit hohem Risiko. Die Bank denkt auch über den Abriss neuer, unverkäuflicher Wohnblöcke nach, um die Grundstücke verwerten zu können. Dies macht aus Sicht der PAH angesichts der hohen, unverschuldeten

Wohnungsnot Besetzungen umso legitimer. Auch über einen Zahlungsstreik von Hypotheken wird nachgedacht, um eine Neubewertung der Immobilien zu erzwingen: Viele Familien mit geringerem Einkommen müssen den Rest ihres Lebens Hypotheken in Höhe von 300 oder 400.000 Euro begleichen für Wohnungen, die nur noch 70 oder 80.000 Euro wert sind.

Eine weitere Form, den Druck zu erhöhen, sind so genannte *Escraches*. Dabei handelt es sich um eine Protestform gegen Personen, die für politische Verhältnisse, Korruption oder Rechtsbrüche verantwortlich gemacht werden. Beim *Escrache* wird durch Sprechchöre, Flashmobs oder andere kreative Aktionen die Arbeits- und Lebensführung der betreffenden Personen gestört.

Dass die PAH *Escraches* gegen Abgeordnete einsetzt, die sich öffentlich gegen den Gesetzesvorschlag stemmen und die Interessen der Banken verteidigen, hat die PP dazu veranlasst, die *Escraches* als kriminelle Handlungen zu bezeichnen. Sie will sie künftig mit Strafen bis zu 600.000 Euro ahnden lassen. Die Plattform solle ihren antidemokratischen Protest einstellen und sich besser als Partei gründen. In einem Radiointerview beantwortete Ada Colau, eine Sprecherin der PAH, dies damit, dass die Bewegung sich nicht als Partei konstituieren werde, da das »Zweiparteiensystem und das Parteiensystem nicht funktionieren und man die Demokratie neu begründen muss«<sup>39</sup> – auch über zivilen Ungehorsam.

Anders als in den USA gelingt es, die direkten Aktionen zivilen Ungehorsams vor Ort mit einer übergreifenden zivilgesellschaftlichen Organisation zurückzubinden und mit institutionellen Initiativen zu verbinden. Die PAH ist im Prozess der breiten gesellschaftlichen Mobilisierung in Spanien zu einem wichtigen Kristallisationspunkt der Organisation geworden. – »Bis hierher haben wir einfache Dinge getan – auf die Straße gehen, protestieren, die Zwangsräumungen stoppen. Jetzt kommt die schwierigere Aufgabe, Alternativen zu entwickeln und Strategien, sie zu erreichen«, so Ruiz (127).

---

<sup>39</sup> [www.cadenaser.com/espana/articulo/ada-colau-movimiento-ciudadano-tiene-convertirse-partido-politico/csrrsrrpor/20130515csrrsrrnac\\_5/Tes](http://www.cadenaser.com/espana/articulo/ada-colau-movimiento-ciudadano-tiene-convertirse-partido-politico/csrrsrrpor/20130515csrrsrrnac_5/Tes) (26.11.2013).



### 3.8 Strategische Unterbrechung und Transformationslinke

»Nach zwei Jahren 15M gibt es Annäherungen«, meint Ruiz: »Viele halten nun auch die Eroberung der institutionellen Macht wieder für wichtig. Zugleich will ein großer Teil der Bewegung weiter nichts damit zu tun haben. Damit die Annäherung vertieft werden kann, muss die IU Selbstkritik üben, die Unstimmigkeiten ihrer Politik angehen und sich trauen, einen Schritt vorwärtszugehen. In einer Versammlung haben wir erreicht, dass nun von der Forderung nach einem verfassungsgebenden Prozess gesprochen wird. Die Partei muss sich öffnen und zeigen, dass sie dem entstehenden neuen politischen Subjekt Strukturen anbieten kann. Sie muss es zulassen, dass soziale Kollektive innerhalb der IU Entscheidungen treffen, ohne die traditionellen Entscheidungswege in der Partei einzuhalten. Sie muss die alltägliche Arbeit in den sozialen Bewegungen machen und zeigen, dass die IU ein nützliches Instrument einer demokratischen Transformation sein kann.« (2013, 125)

Die IU gewinnt an Zuspruch, doch noch »mangelt es an ausreichend Aktivist\*innen«, um wirklich (mit-)organisierender Teil der Bewegung zu sein, kritisiert der galizische IU-Delegierte Carlos Portomeñe beim Parteitag im Januar 2013. Noch mangelt es manchmal auch am politischen Willen, auf einen wirklichen »klaren Bruch« hinzuarbeiten, so José Coy, ebenfalls von der PAH. Dies gelte auch für die großen Mehrheitsgewerkschaften. Daher ist eine ergänzende Struktur, ein »neues politisches Subjekt« nötig (ebd.), eine neue Transformationslinke, die die traditionelle Linke, aber auch Indignad@s aus dem eher bürgerlich-liberalen Spektrum zu konsequenten Schritten treibt.

In Spanien wird dabei nicht so sehr auf die (Re-)Organisation einer Partei neuen Typs gesetzt, als auf eine Frente Cívico (eine »zivilgesellschaftliche Bürgervereinigung«), die keine Regierung anzielt. Die Idee der Frente geht zurück auf eine Initiative von Freunden Julio Anguitas, des einstigen Koordinators der IU in den Jahren 1989 bis 1999. »Angesichts des politischen Vakuums in dieser geschichtlichen Situation der Krise hielten wir es für notwendig, eine politische Alternative der Bürgerinnen und Bürger zu gründen«, erzählt Manuel Monereo, Mitorganisator der Frente (2013, 48). Die IU wird »immer offener für die Forderungen und Methoden der Straße. Dennoch wird es immer Personen geben, die aus Prinzip nicht in einer Partei mitwirken wollen«. Die Frente kann erreichen, was die Parteien nicht können: Gräben überbrücken. »Sie kann diese Vorbehalte aushebeln. Das

war auch der große Erfolg der 15M-Bewegung. Die Frente Cívico greift das auf und addiert etwas Organisationsstruktur« (Ruiz 2013b).<sup>40</sup> Sie bietet potenziell eine gemeinsame Basis für gesellschaftliche, parteipolitische und gewerkschaftliche Kräfte, die über Kooperation hinausgeht.

Sie soll eine übergreifende politische Organisation ermöglichen, aber explizit nicht bei Wahlen antreten. Dennoch geht es um die Formulierung einer Alternative, eines politischen Programms, das sich »direkt aus den Forderungen der Bevölkerung speist« (Monereo 2013, 48). Die Parteien genießen nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung oder verfügen nicht über genügend politischen Einfluss, um die Wünsche und Forderungen der gesellschaftlichen Mobilisierung in die Realität umzusetzen. »Wir wissen alle, dass wir ein Problem mit der Schwäche unserer Organisation haben.« Die Struktur der IU »orientiert sich an öffentlichen Ämtern in Städten, Gemeinden, im Abgeordnetenhaus. Die Basis hingegen hat nicht den Einfluss, den sie haben sollte.« Viele, die z.B. bei der PAH aktiv sind, sind Mitglieder von IU oder der Kommunistischen Partei. »Wir spüren alle, dass unsere Organisationsform nicht ausreicht, um uns zu Massenorganisationen werden zu lassen.«

Aus gesellschaftlicher Sicht ist die Frente Cívico deswegen eine unabhängige (bewegungsförmige) Komplementärstruktur der (partEIFörmigen) Linken. »Nicht dass wir uns als Frente Cívico verkleiden, das nicht. Aber es gibt viele, die in beiden – oder mehreren – Organisationen aktiv sind. IU braucht eine starke Frente Cívico, wenn sie vorankommen will. Und umgekehrt: Wenn die Frente stärker wird, braucht sie eine wählbare Partei im Parlament. Ideal wäre, wenn alles zu einer gemeinsamen Plattform wird, die ein neues politisches System in Spanien hervorbringen kann. Eine Republik.« (51)

An manchen Orten wird bereits viel innerhalb der Frente Cívico gemeinsam betrieben; an anderen Orten arbeitet man nicht in, aber mit der Frente. Und es gibt Stadtviertel in Madrid, Städte in Spanien, wo PAH, Stadtteilini-

---

<sup>40</sup> »Offene Versammlungen sind ihr Organisationsprinzip. Darüber hinaus gibt es Koordinationsstellen, die von Personen betreut werden, die durch die Versammlungen gewählt und abgewählt werden können. Die Koordinationsstellen kümmern sich um die Kommunikation in der Zeit zwischen den Versammlungen. Außerdem gibt es kleine Verwaltungseinheiten, die das tägliche Leben der Organisation ermöglichen. Sie sind nach Provinzen organisiert. Auch wenn die Statute sich noch im Entstehungsprozess befinden, war die erste Hauptversammlung der Frente Cívico der Keim einer neuartigen politischen Gruppierung.« (Monereo 2013, 49)

tiativen, Gewerkschaften und politische Organisationen zusammenarbeiten. »Das funktioniert in der Regel gut, weil sich alle beteiligten Gruppen – sowohl die politischen Organisationen als auch die sozialen Bewegungen – in diesen Raum der Teilhabe verwandeln, und zwar mit dem klaren Ziel, die institutionelle und die gesellschaftliche Macht zu übernehmen. Nicht überall und an jedem Ort natürlich, es gibt noch viele Vorbehalte. Der Fortschritt ist aber im Ganzen betrachtet enorm. Vor anderthalb Jahren standen vielen aus den sozialen Bewegungen noch die Haare zu Berge bei der bloßen Erwähnung der Möglichkeit, mit einer Partei zusammenzuarbeiten. Das hat sich geändert. Ein wichtiger Impuls in diesem Prozess war das Bündnis 25S für die Umzingelung des Kongresses in Madrid. Durch die Zusammenarbeit sind wir uns näher gekommen.« (Ruiz 2013b)

Der Ort für die Formulierung eines alternativen politischen Programms und für eine Rekonstruktion der Demokratie könnte ein verfassungsgebender Prozess werden, aus der Zivilgesellschaft heraus. Bis vor kurzem »reagierten die meisten auf den Vorschlag einer verfassungsgebenden Versammlung mit verständnislosem Kopfschütteln ... Nach und nach wird aber verstanden, dass wir uns bereits in einem verfassungsgebenden Prozess befinden – einem der Zerstörung der Demokratie. Wir befinden uns nicht in einer Konjunkturkrise, sondern mitten im Prozess der Befestigung eines neuen Modells, mit weiter sinkenden Löhnen, zunehmender Prekarisierung, der Annullierung sozialer Rechte wie der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Arbeitslosenversicherung etc.« (ebd.) – einem autoritären, neoliberalen Konstitutionalismus.

Es werden Gespräche geführt, um die Beziehungen zwischen den einzelnen Bewegungen zu verbessern und diesen gemeinsamen Raum zu gestalten. Der sieht für alle unterschiedlich aus. Deshalb muss man kleinteilig arbeiten, damit sich darin letztlich jeder und jede wiedererkennen kann. Es gibt Treffen mit der Parteispitze der IU und verschiedenen politischen Gruppierungen, mit Gewerkschaften und mit sozialen Bewegungen. Es werden Versammlungen mit einer breiten Basis abgehalten, wo verschiedene Standpunkte und Erfahrungen zusammenkommen. Die Frente Cívico ist dabei ein wichtiger Raum.

Auch die 15M-Bewegung plädiert in ihrem jüngsten Manifest<sup>41</sup> für einen verfassungsgebenden Prozess. Die Forderung nach einem Schuldenau-

---

<sup>41</sup> [www.cronicapopular.es/2013/02/manifiesto-15m-la-via-para-el-cambio-social/](http://www.cronicapopular.es/2013/02/manifiesto-15m-la-via-para-el-cambio-social/)

dit spielt dabei ebenfalls eine wichtige Rolle. Der doppelte Prozess einer verfassungsgebenden Versammlung und eines Schuldenaudits ermöglicht eine maximale zivilgesellschaftliche Partizipation. Und er verbindet dies mit den neuen politischen Formen, die den Bewegungen für reale Demokratie entsprechen, das heißt der horizontalen und diagonalen Beratung und Organisierung von den Vierteln und Regionen über die nationale bis hin zur europäischen Ebene.

Das Projekt eines *Schuldenaudits* zielt auf die Illegitimität des Schuldenregimes. Muss der Schuldendienst an jene, eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen geleistet werden? Sind diese Schulden nicht zu großen Teilen illegitim, also unrechtmäßig? Darüber wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten, ein Schuldentribunal, ähnlich wie in Ecuador 2007 (vgl. Candeias 2011e).

Vor allem aber ein partizipativer, diagonal verknüpfter *verfassungsgewebender Prozess* von unten (wie aktuell in Chile, nicht ganz vergleichbar mit in Ecuador, Bolivien und Venezuela) zielt auf die existierende Konstitution der Herrschaft in Europa, auf die »Hauptquartiere«. An dieser Frage kommt niemand vorbei: Das gesamte Gebilde der EU muss umgestaltet werden, darin sind sich viele einig. »Der erste Schritt dorthin wäre, die Schulden nicht zu zahlen.« (Ruiz 2013b)

Um solch einen doppelten Prozess zu beginnen, braucht es kein Mandat der gegebenen Institutionen. Und er entfaltet anders als gute, aber nicht durchsetzbare Maßnahmen eine stärkere Wirkung, weil es ums Ganze geht und alle Menschen sich beteiligen können, in Räte-artigen Strukturen in den Barrios über die Interbarrio-Kommissionen bis hin zur Coordinadora Nacional und wieder zurück. Beide, miteinander verknüpften Prozesse könnten Verdichtungspunkte sein, die die Mobilisierung gegen die Hauptquartiere mit ihrer grundsätzlichen Umgestaltung verbinden. Zugleich sind sie – mit Walter Benjamin gesprochen – eine Art Notbremse, eine *Unterbrechung* der Kürzungsmaschine als fortlaufende Katastrophe. Das schließt explizit den Sturz der gegenwärtigen Regierung mit ein, im Sinne der »legitimen Verteidigung« (Monereo 2013, 52) gegen postdemokratische Zustände.<sup>42</sup> Die Verteidigung der Demokratie ist »zur revolutionärsten Tat in dieser geschichtlichen Situation« geworden, so der Koordinator der IU, Cayo Lara

---

<sup>42</sup> »Wir werden diese Regierung absetzen, sobald die Menschen verstehen. Sie spüren, dass man sie belügt. Aber von diesem Gefühl zu einer Neugründung unter der Mitwirkung von Vielen ist es noch ein langer Weg.« (Ruiz 2013b)

auf dem Parteitag im Januar 2013. »Entschuldigen Sie die Unannehmlichkeiten, wir verändern gerade die Welt«, lautet ein Slogan des 15M.

Doch »der Neoliberalismus endet erst, wenn es eine Macht gibt, die ihn beseitigt« (Monereo 2013, 51). »Wir befinden uns in einer geschichtlichen Situation, in der es uns gelingen muss, diese breite gemeinsame Front zu bilden, um Macht zu erlangen, oder besser gesagt: um an *die* Macht der Herrschenden zu gelangen« (ebd., vgl. »Occupy Lenin«-Debatte in: *Luxemburg* 1/2013). Selbst wenn die IU die Wahlen gewinnen sollte, wird uns der verfassungsgebende Prozess nur glücken, wenn wirklich viele Menschen hinter uns stehen«, schätzt Chema Ruiz (2103b). Es genügt nicht, »wenn die IU und die Parteien der pluralen Linken fünf oder zehn Prozent mehr Stimmen erhalten«. Es genügt nicht, »wenn wir sieben Mio. Menschen auf die Straße bringen, wenn am Ende die PPSOE (Einheitspartei aus PP und PSOE) ihre Macht behält«, meint Pedro Barragán von der 15M-Bewegung, der für eine Frente Amplio (eine breite Front nach dem Beispiel Uruguays) eintritt. Die Frente Cívico möchte die dafür nötige gesellschaftliche Zustimmung und zwar mit anderen politischen Kräften zusammen organisieren. »Es kann und es muss eine ›politische Hegemonie‹ auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen«, schrieb Antonio Gramsci. Diese Hegemonie gilt es zu organisieren. Sie wäre die Macht einer vielfältigen, aber organisierten Zivilgesellschaft. Sie nimmt die vom »Volk« als Souverän an die Repräsentanten verliehene Macht zurück, zur Rekonstruktion und Verwirklichung »echter Demokratie« eben. Diese konstituierende Macht kann dann wieder eine neue konstituierte Macht hervorbringen, die den Staat und seine Institutionen formeller Demokratie perspektivisch in die Zivilgesellschaft absorbiert.

Ein gutes Beispiel ist die Taktik von Syriza: Indem sich die Linke in dieser Partei vereinigt hat, ist sie zur zweitstärksten Partei geworden und hat die alte sozialistische PASOK weit hinter sich gelassen. »Aber das erreicht man nicht durch Wahlen, sondern durch gesellschaftliche, politische und organisatorische Arbeit zuvor, durch organische Verbindungen zu breiten sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftliche Verankerung.« (Monereo 2013, 52) Die Formulierung eines entsprechenden Programms kann selbst bereits Teil eines konstituierenden Prozesses sein.

Die soziale Lage erzwingt Veränderung. Es gibt immer wieder Fortschritte an verschiedenen Punkten. Die Bewegung ist diskontinuierlich. »Im Moment sind wir in einer Schwächeperiode. In einigen Monaten wer-

den wir die Mobilisierung wieder steigern können. Es hat sich so viel getan! Vor zehn Jahren war eine solche gesellschaftliche Mobilisierung undenkbar, auch dass sich diese Bewegung halten würde.« (Ruiz 2013b) Der konstitutive Prozess hat damit begonnen. Und er wird die Gesellschaft verändern.

»Am Anfang war es die Rolle des 15M, die Glocken zu läuten und ein möglichst breites Spektrum von Leuten mit ganz einfachen, zusammenhanglosen Forderungen anzusprechen und auf die Straße zu holen. Danach wurde am 25. September 2012 der Kongress umzingelt, die Coordinadora 25S wurde aufgebaut. Hier ging es schon darum, eine andere Art der Politik und ein anderes ökonomisches Modell und dementsprechend einen verfassungsgebenden Prozess zu fordern, der wirklich vom Volk ausgeht. Inzwischen sind wir schon in einer dritten, der schwierigsten Phase angekommen: genauer auszuarbeiten, wie dieses ökonomische, soziale und politische Modell aussehen soll.« (Ruiz 2013a, 127)



## 4. Syntagma & Syriza: Emergenz des Mosaiks jenseits von Vereinheitlichung und Differenz

Griechenland ist in der Krise zu einem Laboratorium geworden. Diese vielbemühte Feststellung bewahrheitet sich in dem südeuropäischen Land in zweifacher Hinsicht. Die Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) sorgt im Zusammenspiel mit den jeweiligen griechischen Regierungen seit 2010 dafür, dass ein großer Teil der Bevölkerung in wenigen Jahren einen rasanten sozialen Abstieg erleiden muss. In einer Geschwindigkeit, die in Europa bislang unvorstellbar war, und unter Missachtung demokratischer Prozedere, nationalstaatlicher Souveränitäts- und Verfassungsrechte sowie europäischer Grund- und Menschenrechte (ausführlich Kassimatis 2011; Fischer-Lescano 2013), werden Renten, Löhne und Arbeitslosengelder gekürzt, Arbeitsrechte beschnitten, Entlassungen verfügt, Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Ruin getrieben und Staatseigentum privatisiert.

Griechenland ist aber auch zu einem fruchtbaren Laboratorium für den Widerstand gegen das Austeritätsdiktat geworden. Auf unterschiedlichen Ebenen treiben diverse Akteure – vormals politisch unorganisierte Menschen, soziale Initiativen, linke Gruppen und Parteien sowie Gewerkschaften – die Gegenwehr gegen den sozialen und demokratischen Ausnahmezustand voran. Sie zeigen dabei auch, wie eine »bewegungsorientierte Politik mit disziplinierten Interventionen in das politische System vereint werden kann« (Wainwright 2012a, 124).

Ein Ergebnis ist, dass Griechenland derzeit das einzige Land in Europa ist, in dem eine linke Partei, die klar in Konfrontation zum Kürzungsdiktat steht, bei Neuwahlen realistische Chancen hätte, diese zu gewinnen. Syriza, ursprünglich ein Bündnis verschiedener linker Parteien, errang vor der Krise bei Parlamentswahlen zwischen drei und fünf Prozent der Stimmen. Doch bei den Wahlen im Juni 2012 erhielt die Partei 26,9% und lag damit nur knapp hinter der regierenden konservativen Nea Dimokratia (ND) mit 29,7%. Seither lieferten sich die ND und Syriza in Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen.



Diese Entwicklungen werfen viele Fragen auf. Welche Etappen hat der Widerstand in Griechenland durchlaufen und welche Formen hat er angenommen? Wie funktioniert das Zusammenspiel zwischen den Protestbewegungen und Syriza? Warum konnte Syriza die Meinungsführerschaft zuerst im Spektrum der linken Parteien übernehmen und darüber hinaus auch für einen großen Teil der »normalen« Bevölkerung wählbar werden, während die alten Parteien und das System politischer Repräsentation insgesamt in einer tiefen Legitimationskrise stecken? Welche Perspektive hat ein linkes Projekt in Griechenland?

Die Beschäftigung mit solchen Fragen ist nicht nur für eine Debatte über Strategien von linken Parteien und Bewegungen interessant. Griechenland stellt für alle Gegner\_innen der gegenwärtigen Neuformierung Europas auch eine praktische Herausforderung dar. Zwar finden die nächsten Parlamentswahlen in Griechenland offiziell erst 2016 statt. Aber die Krise sorgt immer wieder für unvorhersehbare Momente der Verdichtung und Beschleunigung sozialer Proteste und damit für Momente politischer Instabilität, die vorgezogene Neuwahlen zumindest möglich erscheinen lassen. Sollte Syriza tatsächlich an die Regierung kommen, öffne sich damit nicht nur für das südeuropäische Land, sondern auch für den Rest Europas ein window of opportunity, die Memoranden- und Austeritätspolitik herauszufordern – so hofft ein Teil der Linken in Griechenland. Dafür aber müssten die Bewegungen im Rest Europas eine griechische Herausforderung der Troika-Diktatur auch in den eigenen Ländern unterstützen.

Der Widerstand in Griechenland ist auch im fünften Jahr der Krise nicht nur groß. Er hat auch verschiedene Momente durchlaufen und seine Akteure haben wichtige strategische Neubestimmungen vorgenommen. Um zu verstehen, wie der griechische Raum der Möglichkeiten entstehen konnte, ist zuerst ein kurzer Blick in die jüngere Vergangenheit des Landes hilfreich.

#### **4.1 Risse im Modell: Neoliberale Modernisierung und die Revolte von 2008**

Nach der Militärdiktatur der Obristen (1967-74) bildete sich in Griechenland für über 30 Jahre ein stabiles Parteiensystem heraus, in dem sich die konservative Nea Dimokratia (ND) und die sozialdemokratische PASOK an der Regierung abwechselten (ausführlich Laskos/Tsakalotos 2013, 16ff.).

Als 1981 mit Premierminister Andreas Papandreou die in ihrer Selbstbezeichnung bis heute sozialistische PASOK zum ersten Mal an die Regierung kam, trat sie mit einem Programm wohlfahrtsstaatlicher Versprechen an. Der Partei gelang es in den ersten Jahren mit einer Mischung aus »populistischem Radikalismus und keynesianischem Reformismus« (Spourdalakis 2012, 101), große Teile der Bevölkerung einzubinden. Links von der PASOK bündelte die bis heute »moskautreue« Kommunistische Partei Griechenlands, die KKE, lange Zeit einen beachtlichen Teil der Wählerstimmen.<sup>43</sup>

Doch die Möglichkeiten für eine keynesianisch orientierte Politik schwan- den ab Anfang der 1990er Jahre. Da Griechenland zwar 1981 in die Europä- ische Gemeinschaft aufgenommen wurde, aber bis 1993 nicht dem Europä- ischen Währungssystem (EWS) beigetreten war, hatte das Land zuerst noch einige Jahre relativ große Spielräume, das binneneuropäische Entwick- lungsgefälle durch regelmäßig vorgenommene Abwertungen der landes- eigenen Währung Drachme auszugleichen, was die eigenen Exporte verbil- ligte und Importe verteuerte (Roth 2012, 6f.). Ab 1992 änderten sich diese Bedingungen. Mit dem europäischen Maastricht-Vertrag, der die Einfüh- rung der gemeinsamen Währung Euro vorbereitete, wurden Konvergenz- Kriterien, also Referenzdaten für das Preisniveau, Zinsen, Wechselkurse und die Verschuldung der Staatshaushalte, festgelegt. Die Haushaltsdis- ziplin (eine jährliche Neuverschuldung, die drei Prozent des Bruttoinlands- produkts [BIP] nicht überschreiten durfte, sowie eine allgemeine Schul- denstandsquote, die unterhalb von 60% des BIP liegen musste) wurde zum Kernkriterium europäischer Einigungspolitik.

Für die PASOK, mit Andreas Papandreou 1993 erneut an die Regierung gewählt, verengten sich dadurch die Spielräume. Die Partei schlug als Ant- wort einen Pfad neoliberaler Reformpolitik ein. Die ersten Versuche, sozial- staatliche Errungenschaften zu demontieren und die Haushaltseinkommen zu drücken, waren Anfang der 1990er Jahre, noch zu Zeiten der Regierung der ND, am Widerstand der Gewerkschaften, der KKE sowie unabhängiger linker Gruppen weitgehend gescheitert (Kritidis 2000; Roth 2012, 7). Nach dem Tod von Andreas Papandreou (1996) setzten sich in der PASOK je- doch die »Modernisierer« um Kostas Simitis durch. Wie in so vielen Län-

---

<sup>43</sup> Bei den letzten Parlamentswahlen vor der Krise erhielt die KKE 2009 7,5 Prozent der Wählerstimmen. Die Partei hält bis heute am wissenschaftlichen Marxismus-Leni- nismus fest und kämpft für die Errichtung eines Arbeiter- und Bauernstaates. Sie be- sitzt einen streikerfahrenen und straff organisierten Gewerkschaftsflügel, die PAME, mit rund 460.000 Mitgliedern (Marioulas 2008).

dern wurde die Sozialdemokratie zum Motor für eine neoliberale Umgestaltung von Staat und Wirtschaft (Laskos/Tsakalotos 2013, 20-32; Kritidis 2000). Die ab diesem Zeitpunkt verstärkte Annäherung der PASOK an die Unternehmersdynastien des Landes sowie die von ihr betriebene Politik, darunter die Senkung der Unternehmenssteuern von 35 auf 25%, die Privatisierung staatlicher Unternehmen und Arbeitsmarkt- und Ausbildungsreformen, leiteten einen Kurs der verschärften Umverteilung von unten nach oben ein (Kritidis 2012b, 111; Karamessini 2012, 166f.). Dieser Kurs entfremdete einen Teil der Wähler\_innen von der PASOK und führte immer wieder zu Streiks und politischen Konfrontationen. Nicht zuletzt an den Schulen und Hochschulen kam es dabei regelmäßig zu Protesten und Besetzungen gegen das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem, die schlechte Qualität der Ausbildung, die Einschränkung von Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die Reform der Universitäten im Zuge des Bologna-Prozesses (ausführlich Sotiris 2013b; Kritidis 2000; 2008). Massive Schülerproteste führten dabei 1998/99 fast zum Sturz der Regierung Simitis. Auf die Proteste reagierten sowohl die PASOK als auch die ND mit zum Teil brutalen Polizeieinsätzen.<sup>44</sup>

In den 2000er Jahren setzten beide Parteien den eingeschlagenen Weg fort. Im generalstreikerfahrenen Griechenland<sup>45</sup> kam es deshalb wie schon in den 1990er Jahren immer wieder zu massiven Sozialprotesten und landesweiten Arbeitsniederlegungen, beispielsweise gegen die Lockerung des Kündigungsschutzes, Reformen im Gesundheitssektor, neue Arbeitszeitregimes, die Heraufsetzung des Rentenalters oder die Privatisierungen von Staatsbetrieben. 2006 und 2007 waren dann die Universitäten erneut Schauplatz von Besetzungen und großen Demonstrationen. Diesmal richteten sich die Proteste gegen Pläne, zugunsten eines Systems von Spon-

---

<sup>44</sup> Die Brutalität der Sicherheitsorgane gegenüber linken oder sozialen Bewegungen hat eine lange Tradition. Paramilitärische faschistische oder rechte Gruppen kooperierten immer wieder mit dem Sicherheitsapparat, so im Zweiten Weltkrieg, im griechischen Bürgerkrieg (1946-1949) oder in der Militärdiktatur (1967-1974). Das erklärt zu einem Teil auch die hohen Zustimmungsraten, die die neofaschistische Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) aktuell in bestimmten Sondereinheiten der Polizei erreicht.

<sup>45</sup> In Griechenland fanden zwischen 1980 und 2008 europaweit die meisten Generalstreiks statt, nämlich 38 (Gallas/Nowak 2012, 40). Mit solchen Streiks versuchen Gewerkschaften und Beschäftigte vor allem in Südeuropa, die dort auf betrieblicher Ebene gering entwickelte Verhandlungspraxis zu kompensieren (Lehndorff 2013, 184f.).

soren die staatlichen Zuschüsse an die Universitäten zu drosseln, Studiengebühren einzuführen und privaten Akteuren den Betrieb von Hochschulen zu erlauben (Sotiris 2013b). Da Reformen zudem die Beschneidung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst vorsahen, blieb die Protestbewegung nicht auf Student\_innen und das Lehrpersonal beschränkt. Die Regierung musste ihr Vorhaben schließlich zurückziehen.

Die politische Klasse geriet aber nicht nur wegen ihrer Reformpolitik in eine wachsende Konfrontation mit einem Teil der Bevölkerung. Auch zahlreiche spektakuläre Skandale brachten sie in Verruf. Bereits in den 1990er Jahren hatte sich Siemens mit Schmiergeldzahlungen den Auftrag für die Digitalisierung des Telefonnetzes sichern wollen. In den 2000er Jahren schufen dann vor allem der Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone (2001) sowie die Ausrichtung der olympischen Sommerspiele (2004) einen nahrhaften Boden für Korruption. Beide Ereignisse sorgten für einen beachtlichen Kapitalzufluss und Wirtschaftsboom. Er speiste sich vor allem aus Investitionen in große Bau- und Infrastrukturprojekte, von denen in beträchtlichem Maße in- und ausländische Großkonzerne, Banken sowie die Regierungsparteien profitierten (ausführlich Kritidis 2012b, 111ff.; Karamessini 2012, 165-174). Um an lukrative Aufträge heranzukommen und sich die Entscheidungsträger gewogen zu halten, schmierten unter anderem Siemens oder Ferrostaal-MAN die politische Klasse mit mehrstelligen Millionenbeträgen. Doch auch die Skandale mit rein inländischen Akteur\_innen waren zahlreich und erzählen von einem ungewöhnlichen Ausmaß an Korruption und Bereicherungssucht in Politik, Wirtschaft und der Kirche. Der Staat, so resümiert Kritidis, wurde ab Mitte der 1990er Jahre zu einem »Selbstbedienungsladen« – und zwar für weite Teile der Bevölkerung. In »kaum einem anderen Land haben sich die Mittel- und Oberschichten so ungeniert aus dem Staatsbudget bedient wie in Griechenland« (Kritidis 2012b, 110). Steuererleichterungen für Unternehmen und der Steuerbetrag der Oberschichten wurden erkaufte durch die Tolerierung der Steuerhinterziehungspraxis eines großen Teils der Mittelschichten (Karamessini 2012, 173f.; Müller/Schmidt 2010, 284f.).

Die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Reformen und das ungezügelter »Enriches-vous der herrschenden Klassen« (Roth 2012, 12) produzierten aber auch Legitimationsdefizite des neoliberalen Modells und eine wachsende Anzahl an Verlierer\_innen. Von einer zunehmenden Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse waren dabei vor allem Beschäftigte in den gewerkschaftlich wenig organisierten Bereichen der privaten

Wirtschaft, Migrant\_innen sowie Jugendliche betroffen, für die sich das Versprechen eines problemlosen Eintritts in den Arbeitsmarkt oder gar eines beruflichen Aufstiegs immer seltener erfüllte (Kritidis 2010, 140; Kritidis 2008).

Vor diesem Setting ereignete sich Ende 2008, als die ersten Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Griechenland bereits erreichten, eine schockartige Zäsur. Am 6. Dezember erschoss im zentralen Athener Stadtviertel Exarchia der Polizist Epaminondas Korkoneas den 15-jährigen Schüler Alexandros Grigoropoulos vor den Augen seiner Freunde. In den Tagen darauf erlebte Griechenland eine nie da gewesene Revolte seiner Jugend (ausführlich Sotiris 2012a; Kritidis 2008; Laskos/Tsakalotos 2013, 115ff.). Sie speiste sich u.a. aus dem lange gewachsenen Unmut über die eigenen Prekarisierungserfahrungen einer »Generation 700 Euro«, Erlebnissen mit der Brutalität der Sicherheitsorgane und wurde zusätzlich durch Verleumdungen seitens des Todesschützen sowie durch zweifelhafte Erklärungen aus der Politik befeuert. Athen erlebte Tages des Zorns: Noch in der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember 2008 kam es in der Hauptstadt zu einer ersten Demonstration. Die Revolte breitete sich, zum ersten Mal auch durch die intensive Nutzung sozialer Medien, schnell im ganzen Land und bis in Kleinstädte hinein aus und war tagelang für Polizei und Politik unkontrollierbar. Die Bewegung, die bis in den Januar 2009 hinein andauerte, besetzte nicht nur Schulen und Universitätsgebäude, Rathäuser oder die Zentrale des Gewerkschaftsdachverbandes GSEE, sondern auch Radiostationen und Verlagshäuser – aus Protest gegen die in den Händen reicher Unternehmerfamilien konzentrierte Presselandschaft und ihre Berichterstattung (zur Presselandschaft Grey/Kyriakidou 2012). Der Protest zeigte dabei eine Spaltung innerhalb der in Griechenland lebendigen Linken auf: Während sich den Schüler\_innen schon bald das starke und heterogene anarchistische Spektrum sowie diverse Gruppen (neo-)marxistischen, trotzkistischen oder maoistischen Hintergrunds angeschlossen hatten, distanzierte sich die KKE scharf von den Protesten und den Anarchist\_innen (Laskos/Tsakalotos 2013, 119f.; Kritidis 2010, 143).

Der Aufstand steht in mehrerer Hinsicht für einen Einschnitt in der Geschichte Griechenlands sowie der Linken. Er markierte einerseits »den politisch-moralischen Zusammenbruch der Metapolitevsi – der nach dem Sturz der Diktatur 1974 etablierten sozialen und politischen Ordnung – und die Stunde der Wahrheit für die hochfliegenden Wunschträume der neoliberalen »Modernisierer« (Kritidis 2012b, 101). Er bildete zudem den Auftakt

für die Gründung zahlreicher neuer Nachbarschaftskomitees oder Initiativen, in denen sich mehr und mehr Menschen organisierten, die zuvor politisch nicht aktiv gewesen waren. Sie übersetzten den kurzfristigen Impuls der Revolte in dauerhafte Aktivitäten und engagierten sich unter anderem in Kämpfen um den öffentlichen Raum (Baltas 2012, 121f.).

Der dritte, aus heutiger Sicht wichtige Punkt bestand in der Haltung Syrizas zur Revolte. Syriza war damals hinter der KKE die zweitstärkste Kraft der radikalen Linken im Parlament. Während die KKE die Tragweite der Proteste nicht verstand und deren Träger\_innen zum Teil direkt angriff, stellte sich Syriza, wie auch schon bei den Besetzungen der Universitäten 2006 und 2007, auf der Straße und im Parlament sichtbar auf die Seite der Bewegung. Viele Mitglieder der Partei nahmen an den Demonstrationen teil. »Es gab in diesen Tagen nur die Möglichkeit, dafür oder dagegen zu sein. Wir haben uns von den Protesten nicht distanziert, obwohl wir in Demonstrationen mitliefen, in denen wir nur dachten, Augen zu und durch, weil auf den Straßen Athens Krieg herrschte. Langfristig hat sich diese Haltung für uns ausgezahlt«, beschreibt es Tasos Koronakis, langjähriger Bewegungsaktivist, inzwischen Mitglied im politischen Sekretariat Syrizas und dort zuständig für Organisationsfragen. Diese Haltung war innerhalb der Partei zwischen der »parlamentsorientierten Modernisiererfraktion und der bewegungsorientierten Linken« (Baltas 2012, 104) heftig umstritten. Der Druck der Medien und der anderen Parteien auf Syriza, sich von der Bewegung zu distanzieren, war immens. Umso bemerkenswerter war es, dass die Partei zu ihrer Position stand: Es ging nicht darum, die Form der Proteste zu verteidigen, wohl aber darum, die tiefer liegenden Gründe der Revolte zu benennen und in das Parlament zu tragen. Langfristig konnte sich Syriza durch diese Haltung das Vertrauen eines weiten Spektrums der außerparlamentarischen Linken und der sozialen Bewegungen erstreiten. Das sollte sich später in der Krise auszahlen.

### **4.2 Wirtschaftskrise und erste Antworten: Streiks und Demonstrationen**

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erreichten Griechenland bereits im Jahr 2008 und kündigten sich mit drastischen Einbußen in den beiden wichtigsten Wirtschaftssektoren des Landes, der maritimen Transportlogistik und im Tourismus, an. Die Arbeitslosenzahlen begannen in die

Höhe zu klettern, und der angeschlagene Bankensektor musste im Frühjahr 2009 durch Staatsgarantien gestützt werden. Mitte 2009 begann auf den Finanzmärkten die Spekulation gegen griechische Staatsanleihen, die die Zinsen für das Land in die Höhe trieb. Um das Haushaltsdefizit zu senken, das sich erst durch die globale Finanzkrise in eine nicht länger finanzier- und kontrollierbare Staatsverschuldung auswuchs, verabschiedete die Regierung bis März 2010 vier so genannte Maßnahmenpakete, die deutliche Ausgabenkürzungen vorsahen (ausführlich Karamessini 2012; Laskos/Tsakalotos 2013, 33-90; Milios 2013a).

Mit Beginn der Krise war es schon bald zu ersten, sektoralen Streiks gegen Betriebsschließungen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gekommen, zu denen zuerst die PAME, der Gewerkschaftsflügel der Kommunistischen Partei, mobilisierte. Ab dem Frühjahr 2009 kam es auch zu ersten Generalstreiks. Doch die zwei Gewerkschaftsdachverbände Griechenlands, ADEDY und GSEE,<sup>46</sup> hielten sich zu Beginn der Krise mit Protesten gegen die Maßnahmen der PASOK-Regierung noch zurück.

Das erklärt sich aus der engen Verbindung, die in Griechenland traditionell zwischen den Gewerkschaften und der Politik existiert. So haben etliche Parteien eigene Gewerkschaftsflügel und eine Mitgliedschaft in einer der großen Parteien oder ihrer Arbeitnehmervertretung war vor der Krise oft ein Garant für eine Stelle in einem der staatlichen Unternehmen. Vor allem die PASOK sicherte sich so über die eigene Gewerkschaft, die PASKE, die Loyalität der Lohnabhängigen (Kritidis 2010, 139ff.). Bereits vor der Krise war diese Beziehung wegen der neoliberalen Reformpolitik der PASOK zwar ins Wanken geraten. Ein grundsätzlicher Bruch zwischen Partei und Gewerkschaft war jedoch nicht erfolgt. Bis heute ist die PASKE, aber auch die der ND nahestehende Gewerkschaft DAKE, mit einer großen Anzahl von Vertreter\_innen in den Exekutivausschüssen der Gewerkschafts-

---

<sup>46</sup> GSEE organisiert Arbeiter\_innen im Privatsektor sowie Beschäftigte in den zum Teil staatlich kontrollierten Sektoren Banken, Verkehrswesen, Strom- und Wasserversorgung. ADEDY ist für die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst zuständig. Die Gewerkschaftsstrukturen Griechenlands sind stark zersplittert. Auf der untersten Ebene existieren zwischen 3.400 und 4.000 Betriebsgewerkschaften, die sich auf einer zweiten Ebene zu Regional- oder Branchenorganisationen zusammenschließen. Die dritte Ebene bilden die beiden Dachverbände. Angaben zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad schwanken zwischen 25 und 30% (Stand 2011; Fulton 2013).

dachverbände bzw. in Führungspositionen innerhalb von GSEE und ADEDY vertreten.<sup>47</sup>

Doch die Entwicklungen im Land brachten bald auch die Dachverbände in scharfe Opposition zur Regierung. Im Frühjahr 2010 forderte die PASOK Kredite von der Eurozone an, da die Spekulation auf den Finanzmärkten und damit die Zinsaufschläge für Griechenland nicht nachließen. Am 2. Mai vereinbarten die griechische Regierung, die Europäische Kommission, die EZB und der IWF im Gegenzug für ein »Rettungspaket« mit Kreditzusagen in Höhe von 110 Milliarden Euro das erste Memorandum of Understanding, mit dem sich die griechische Regierung unter anderem zu Steuerreformen, Kürzungen von Renten und Löhnen von Staatsangestellten sowie umfangreichen Reformen und Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt verpflichtete, darunter die Beschneidung des Rechts auf Flächentarifverhandlungen (Europäische Kommission 2010; Karamessini 2012, 178ff.).

Bereits im März 2010 hatte ein großer Generalstreik stattgefunden, zu dem auch die Dachverbände GSEE und ADEDY aufgerufen hatten. Am 5. Mai 2010 folgte ein weiterer Generalstreik. Fahren, Flughäfen, der Zugverkehr, aber auch Schulen und Krankenhäuser wurden bestreikt. In Athen und Thessaloniki strömten mehrere hunderttausend Menschen zu einer Demonstration zusammen, die in Griechenland traditionell einen Generalstreik begleitet. In der Hauptstadt versuchten die Demonstrant\_innen, das Parlament zu stürmen, in dem die im Memorandum festgelegten Kürzungsmaßnahmen verabschiedet wurden. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Als ein Molotowcocktail im Zentrum Athens eine Bankfiliale in Brand setzte und infolge des Brandes drei Bankangestellte starben, darunter eine Schwangere, führte diese Tragödie dazu, dass die Protestbewegung vorübergehend abflaute. Insbesondere die anarchistische Szene diskutierte danach über den legitimen Einsatz von Gewalt (Kritidis 2012b, 106).

Die Streiks und die damit verbundenen Demonstrationen oder Blockaden von Ministerien waren zu Beginn der Krise weitgehend auf das organisierte Spektrum der Linken und die Gewerkschaften beschränkt (ebd., 107)

---

<sup>47</sup> Die PASKE hat im GSEE-Exekutivausschuss nach den letzten Wahlen 2013 aktuell 16 Sitze, die DAKE elf, die PAME zehn, Syriza fünf und eine weitere Gewerkschaftsliste vor allem ehemaliger PASOK'ler drei Sitze. Syriza ist in der Gewerkschaftslandschaft eher schwach vertreten, da viele traditionelle Anhänger\_innen der Partei als Freiberufler tätig sind. Eine Ausnahme bildet das Lehrpersonal an Schul- und Hochschulen, unter dem Syriza stark präsent ist.



geblieben, wobei die KKE ihre Anhänger\_innen oft zu eigenen Demonstrationen mobilisierte, um die Kontrolle über die Aktionen zu behalten. Doch im Verlauf des Jahres 2010 wuchs der Unmut mit dem Kurs der Regierung und damit auch das Spektrum der Streik- und Demonstrationsteilnehmer\_innen. Das wiederum setzte die Dachverbände bzw. die PASKE unter Druck, die bei vielen Demonstrant\_innen wegen ihrer engen Verbindung zur PASOK in der Kritik standen. »Repräsentanten der oberen Gewerkschaftshierarchie wurden auf Demonstrationen wegen ihrer engen Verbindung zur PASOK immer wieder massiv angefeindet, sie konnten sich teilweise bei Kundgebungen gar nicht blicken lassen«, erzählt Tasos Koronakis.

Der GSEE versuchte sich im Spagat: Unter dem Druck der Straße rief der Dachverband zu Generalstreiks auf, die ihn in Konfrontation zur PASOK brachten, »aber er versagte darin, für die Streiks die nötige Organisationskraft bereitzustellen sowie das nötige Maß an Koordination für andere Aktionsformen«, urteilen Christos Laskos, Mitglied im politischen Sekretariat von Syriza, und Euclid Tsakalotos, Syriza-Parlamentsabgeordneter (Laskos/Tsakalotos 2013, 121). Gleichzeitig wuchs die Präsenz und Anhängerschaft der sich parteiunabhängig koordinierenden Basisgewerkschaftsverbände auf der Straße, die Aktivist\_innen der außerparlamentarischen Linken lange vor der Krise ins Leben gerufen hatten: »Die Demonstrationsblocks der Basiskoordination übertrafen die Dachverbände ab Ende 2010 um ein Vielfaches.« (Kritidis 2012b, 107).

Doch nicht nur die Zahl der Teilnehmer\_innen und unabhängigen Gewerkschafter\_innen auf den Demonstrationen wuchs, sondern auch die der Streiks. Im Jahr 2011 fanden im Schnitt alle fünf bis sechs Wochen Generalstreiks statt, zu denen meist dann aufgerufen wurde, wenn im Parlament neue Kürzungsmaßnahmen oder Reformen beschlossen wurden. Ein Ziel war es, das Parlament oder Ministerien zu blockieren, um so die Abstimmungen zu verhindern. Neben den Generalstreiks kam es allein 2011 zu rund 500 sektoralen Streiks, im Jahr 2012 stieg die Zahl der Arbeitsniederlegungen bereits auf 700 (Laskos/Tsakalotos 2013, 120). Die Streiks richteten sich gegen Entlassungen, Versetzungen, Lohnkürzungen, Kürzungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor – an den Krankenhäusern, Schulen und Hochschulen sowie im öffentlichen Nahverkehr –, aber auch gegen die Einschränkung von Gewerkschafts- und Tarifrechten. Viele dieser Streiks, so unter anderem die der Fährarbeiter, erzielten eine große Blockadewirkung. Als klar wurde, dass die Krise und die Einschnitte nicht vor dem Privatsektor haltmachten, weitete sich das Streikgeschehen mehr und

mehr aus, beispielsweise auf die meist selbständig arbeitenden und mit staatlichen Lizenzen ausgestatteten Taxifahrer, die dagegen protestierten, dass die Regierung durch eine Öffnung des Marktes für Taxi-Lizenzen diese Lizenzen entwerten wollte (Kritidis 2012b, 107; kritisch zum Taxistreik Kadritzke 2011). Das Kalkül der Regierung, die Beschäftigten des Privatsektors gegen die Staatsangestellten auszuspielen, indem man letztere als verwöhnte Nutznießer eines übermäßig gemästeten Apparats hinstellte, ging nicht auf.

Im Verlauf der Krise kam es auch zu einigen wenigen, aber spektakulären unbefristeten Arbeitsniederlegungen, wie dem im November 2011 begonnenen, über 270 Tage währenden Streik der Arbeiter des Stahlwerks von Helliniki Halyvourgia in Aspropyrgos, einem Vorort von Athen (u.a. Diakoptes 2012). Die in der PAME organisierte, rund 300-köpfige Belegschaft protestierte gegen Lohnkürzungen von rund 40% und die Einführung eines Fünf-Stunden-Tags. Der Streik, der von den großen Medien mehrheitlich totgeschwiegen wurde, führte in der Bevölkerung zu einer großen Welle praktischer und politischer Solidarität. Doch wie schwierig es war, in der zersplitterten Gewerkschaftslandschaft bisweilen selbst unter dem eigenen Firmendach Solidarität herzustellen, zeigte sich daran, dass die PASOK-dominierte Betriebsgewerkschaft des Schwesterwerks in Volos eine Teilnahme am Streik ablehnte und die Kürzungen und Vorgaben der Werksleitung akzeptierte. Die Stahlarbeiter beendeten den Streik schließlich Mitte 2012 ohne nennenswerte materielle Erfolge.

Doch während die Zahl der Generalstreiks wuchs und sich viele Belegschaften und Teile der vom Abstieg bedrohten Mittelschicht radikalisierten, blieben die Erfolge aus. Hatten in Europa vor der Krise noch 40% aller Generalstreiks zu Zugeständnissen geführt (Wilde 2012, 10), gelang es nun nicht, die Regierung zu einer Abkehr von der Austeritätspolitik zu zwingen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen gelang es nicht, das Streikgeschehen, das von unterschiedlichen Gewerkschaftsströmungen getragen wurde, in ausreichendem Maße zu koordinieren und gemeinsam zu kreativeren und langfristigeren Streik- und Aktionsformen zu finden. Vor allem aber ist eine Abschottung des politischen Apparats gegenüber den Mobilisierungen und Forderungen der Straße zu beobachten, der sich auch aus dem Druck und der Abhängigkeit der griechischen Regierung von ihren Gläubigern und der Troika ableitet. Statt einer Politik, die versucht, über materielle Zugeständnisse und flankierende diskursive Elemente einen Konsens der Subalternen herzustellen, setzt sich in allen eu-

ropäischen Krisenländern eine Politik des Zwangs durch (vgl. Oberndorfer 2012). Dies drückt sich nicht nur in der Beschneidung von Arbeits- und Tarifrechten und der gezielten Schwächung der Gewerkschaften aus, sondern auch als direktes repressives Vorgehen und als Kriminalisierungsversuch gegenüber streikenden Belegschaften. So wurden u.a. Arbeitsniederlegungen der Athener Metroarbeiter\_innen, der Seeleute oder von Lehrer\_innen 2013 durch Dienstverpflichtungen beendet oder im Vorfeld präventiv verhindert. Dienstverpflichtungen sind eine Notstandsmaßnahme, mit der die Regierung Streiks für illegal erklären kann, wenn sie »nationale Interessen« berühren. Die Streikenden wurden unter der Androhung von Gefängnisstrafen und Entlassungen und zum Teil mithilfe von Polizeieinheiten wieder an die Arbeit gezwungen. Daneben nimmt aber auch die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland den Streiks die Kraft. So lag die offizielle Arbeitslosenquote im Oktober 2013 bei 27,8% (ELSTAT 2013a). Diejenigen, die noch eine Stelle haben, können es sich angesichts massiv geschrumpfter Haushaltseinkommen von bis zu 40% immer seltener erlauben, zu streiken. Gleichwohl gehören sektorale Arbeitsniederlegungen und Generalstreiks nicht der Vergangenheit an. So sorgte zuletzt der Streik der Angestellten der Hochschulen, begonnen im September 2013, für eine breite Solidarisierungswelle (Sotiris 2013a). Die Angestellten vor allem der beiden großen Universitäten Athens streikten gegen die Überführung mehrerer hundert Angestellter in eine »Mobilitätsreserve« im Zuge der Troika-Vorgaben und gegen die damit zwangsläufig verbundenen Entlassungen der Betroffenen zu einem späteren Zeitpunkt. Durch die Maßnahme würden ganze Fakultäten faktisch arbeitsunfähig. Student\_innen schlossen sich dem Streik durch die Besetzung von Hochschulgebäuden an, Eltern solidarisierten sich, ein Teil der Rektor\_innen hielt ihre Hand über die Arbeitsniederlegungen und Besetzungen. Die Protestbewegung rückte von Anfang an auch die langfristigen Folgen der Kürzungsmaßnahmen in den Fokus: Nach und nach wird der öffentliche Bildungssektor so heruntergewirtschaftet, dass private Bildungsdienstleister als vermeintliche Retter in der Not immer mehr Aufgaben übernehmen können. Die Streiks konnten der Regierung schließlich das Zugeständnis abtrotzen, dass die Angestellten, die mit gekürztem Lohn in die Mobilitätsreserve überführt werden, zu einem späteren Zeitpunkt wiederbeschäftigt werden.

### 4.3 Den Unmut im Alltag organisieren: Boykott-Bewegungen und Widerstand gegen die Privatisierungspolitik

Die Gegenwehr gegen die Krisenpolitik beschränkte sich schon bald nicht mehr auf die traditionellen Mittel von Streiks, Demonstrationen, Parlamentsblockaden oder die Besetzung von Ministerien. Im Verlauf des Jahres 2010 organisierte sich auch eine beachtliche »Ich zahle nicht«-Boykott- bzw. Umsonst-Bewegung, deren Name eine Anspielung auf das Theaterstück »Bezahlt wird nicht« des italienischen Autors Dario Fo ist. Die Boykottbewegung, die ihren Ausdruck unter anderem in Slogans fand wie »Wir schulden nichts, wir verkaufen nichts, wir zahlen nichts«, nahm ihren ersten Anlauf an den Mautstationen des Landes. Kurz nach der Verabschiedung des ersten Memorandums im Mai 2010 hatten die privaten Betreiber der Mautstationen ihre Preise kräftig erhöht. Bereits vor der Krise hatten sich einige wenige lokale Komitees gegen die Maut organisiert. Doch jetzt, unter den Zumutungen der Kürzungspolitik, erwachte die Bewegung im ganzen Land und weitete sich in vormalig nicht organisierte Teile der Bevölkerung aus (Committee for a Workers' International/Balzedrova 2011).

Hintergrund waren nicht nur die Preiserhöhungen, sondern der generelle Unmut über die Mautpolitik. So ist es in Griechenland übliche Praxis, dass der Bau von Straßen, den der Staat an private Firmen vergeben hat, durch Mautgebühren finanziert wird. Die Baukonzerne haben dabei nicht nur das Recht, Maut einzutreiben, um bereits existierende Strecken instand zu halten, sondern die Einnahmen auch für den Bau von neuen Straßen zu verwenden, sodass sie für Investitionen von der Kreditaufnahme entlastet werden. In der Folge wurden im ganzen Land nicht nur eine Fülle von Mautstationen errichtet, die Betreiber kassieren die Gebühr oft auch als Pauschale und ohne Rücksicht auf die tatsächlich gefahrenen Kilometer (Laskos/Tsakalotos 2013, 122f.). »Als in der Krise erneut die Preise angehoben wurden, brachte das für viele das Fass zum Überlaufen, denn die Mautgebühren in Griechenland sind sehr hoch und für viele Familien mit geringem Einkommen schwer zu bezahlen, erst recht nicht in der Krise. Die Bewegung weitete sich schnell aus, es war ein Phänomen allgemeinen zivilen Ungehorsams. Nicht nur lokale Anti-Maut-Komitees riefen an bestimmten Tagen an Mautstationen dazu auf, die Schranke hochzudrücken und durchzufahren oder den Autofahrern die Schranken hochzuhalten, was oftmals mit einem großen Hupkonzert begrüßt wurde. Viele Menschen, ob jung oder alt, politisch organisiert oder nicht, haben selbst die Schran-

ken hochgedrückt und sind einfach durchgefahren«, sagt Giorgos Chondros, Bürgermeister in einem kleinen Dorf Nordgriechenlands und bei Syriza Koordinator der Arbeitsgruppe für Umwelt- und Ökologiefragen (vgl. auch Karamanolis 2011). Die Bewegung hielt ein paar Monate an und vertiefte sich, als auch viele Lastwagenfahrer die Maut nicht bezahlten. Allein über Weihnachten 2010 sollen rund eine Million Fahrzeuge, 15-20% aller Autos, die Schranken passiert haben, ohne Maut zu entrichten (Committee for a Workers' International/Balzedrova 2011, 37). Parteien und Organisationen wie Syriza oder Antarsya,<sup>48</sup> aber auch die KKE unterstützten die Bewegung, an der sich auch einige Bürgermeister und Kommunalpolitiker von Gemeinden beteiligten, die – gemessen an den Kilometern, die es braucht, damit Anwohner\_innen zu ihrem Arbeitsplatz pendeln können – von besonders hohen Gebühren betroffen waren. Gemeindevertreter\_innen und Anwohner\_innen forderten die Mautfirmen auf, ihnen Gebühren zu erlassen. Die Regierung machte schließlich die Preiserhöhungen rückgängig, gab aber nicht bei der Forderung nach, die Mautverträge neu zu verhandeln. Stattdessen kommandierte sie Polizeikräfte an die Stationen ab, um die Zahlungsunwilligen zu identifizieren, und erließ ein neues Gesetz, das Strafen bis zu 200 Euro vorsieht, wenn Schranken umfahren werden. Die Bewegung an den Mautstationen ließ nach ein paar Monaten merklich nach, wenngleich noch immer etliche Autofahrer\_innen die Maut umgehen, indem sie sich dicht hinter ein Auto klemmen, um gratis mit durch die Schranke zu schlüpfen.

Die Maut-Boycottbewegung strahlte auf weitere Felder ab. Auch im öffentlichen Nahverkehr kam es zu einer Umsonstbewegung: Fahrkartenautomaten wurden zugeklebt, die Berufspendler bei regelmäßig veranstalteten Aktionen in der U-Bahn in Athen dazu aufgerufen, kollektiv schwarzzufahren (ebd., 38f.). In einigen Krankenhäusern erklärten Ärztegewerkschaften angesichts der wachsenden Anzahl von Patient\_innen ohne Krankenversicherung einen Tag in der Woche als Tag des kostenlosen Zugangs zur Gesundheitsversorgung. Angestellte der Krankenhäuser weigerten sich zudem, von Tagespatient\_innen die in der Krise eingeführte pau-

---

<sup>48</sup> Antarsya ist ein antikapitalistisches, 2009 gegründetes Bündnis aus Gruppen v.a. neomarxistischer, aber auch trotzkistischer sowie maoistischer Prägung. Antarsya beteiligt sich am Widerstand gegen die Austeritätspolitik auf der Straße, tritt jedoch auch zu Wahlen an und erzielte im Mai 2012 mit 1,19 Prozent das bisher beste Ergebnis bei Parlamentswahlen.

schale Behandlungsgebühr von fünf Euro zu kassieren (Laskos/Tsakalotos 2013, 123f.).

Die einzelnen Initiativen ebten nach einiger Zeit wieder ab. Sie hatten jedoch einiges erreicht: Sie schufen neue Räume der politischen Organisation, in denen sich Aktivist\_innen, Beschäftigte oder auch Anwohner\_innen zum Teil zum ersten Mal begegneten. Es war ihnen zudem gelungen, Formen zivilen Ungehorsams bis weit in politisch nicht organisierte Teile der Bevölkerung und in den Alltag hinein auszuweiten. Die Bewegungen knüpften dafür an konkrete Situationen der Not an und kombinierten die Empörung über schrumpfende Haushaltseinkommen im Fall der Maut mit einer Kritik daran, wie Aufträge an die Privatwirtschaft vergeben werden. So konnte die Anti-Mautbewegung erreichen, dass zum ersten Mal in einer größeren Öffentlichkeit über den Inhalt der Mautverträge und die Folgen von Privatisierungen debattiert wurde (Laskos/Tsakalotos 2013, 123; zur Privatisierungspolitik in Griechenland u.a. Kadritzke 2013d; Frangakis 2012). Ein Erfolg, der sich auf dem Feld der Proteste gegen die geplanten Privatisierungen der kommunalen Wasserversorgung in Thessaloniki und Athen wiederholte.

Vor allem in Thessaloniki hat sich ein breites Bündnis aus Aktivist\_innen, Anwohner\_innen und (gewerkschaftlich organisierten) Beschäftigten der Wasserversorgungs- und Kanalisationsgesellschaft EYATH etabliert, das den Widerstand gegen den geplanten Verkauf der Wassergesellschaft an private Konzerne erfolgreich in die Stadtteilversammlungen und in die Kommunalpolitik getragen hat. Die Initiative wird auch von etlichen Bürgermeisterinnen und Gemeinderäten der Stadtteile Thessalonikis unterstützt. Die Ansätze, gegen die Privatisierung Widerstand zu leisten, sind dabei vielfältig. So versucht die Bewegung 136 nicht nur mittels der Forderung nach einem verbindlichen Referendum die Privatisierungspolitik zu delegitimieren und auszubremsen. Sie rief auch dazu auf, dass Bürger\_innen jeweils 136 Euro aufbringen sollen, um den Teil der EYATH per Bieterverfahren zu erwerben, der privatisiert werden soll (Wainwright 2013a; Avramidis/Galanopoulos 2013; Marioglou 2013 und [www.136.gr](http://www.136.gr)). Das Ziel ist ein gemeinnützig organisiertes, öffentliches Wassermanagement unter demokratischer Kontrolle der Bürger\_innen. Die Zahl von 136 Euro errechnet sich, wenn man den geschätzten Wert der EYATH durch die Anzahl der Nutzer\_innen teilt. Der Ansatz ist nicht unumstritten, denn letztlich ruft man Bürger\_innen dazu auf, für etwas zu bezahlen, was ihnen als öffentliches Eigentum bereits gehört. Trotzdem stützen viele linke Gruppen und

auch Syriza diese Bewegung, »denn es geht vor allem darum, öffentliches Bewusstsein für das Problem und Möglichkeiten zur politischen Intervention und eine Idee von einer Wasserversorgung in Bürgerhand zu schaffen«, sagt Giorgos Chondros, Mitglied im Zentralkomitee von Syriza und Aktivist. Oder wie es George Archontopoulos, Vorsitzender der parteiunabhängigen Basis-Gewerkschaft der Beschäftigten von EYATH, ausdrückt: »Das Ziel ist das gleiche. Auch wenn wir aus verschiedenen Richtungen darauf schießen. Lasst uns das Ziel einkreisen.« (Wainwright 2013a)

Die Bewegung 136 entstand im Sommer 2011 als Ergebnis der Diskussionen der Platzbesetzer\_innen und Empörten von Thessaloniki. Auch in Athen hat sich aus den Reihen der Syntagmabesetzer\_innen mit Save Greek Water ([www.savegreekwater.org](http://www.savegreekwater.org)) eine weitere Plattform gegründet, die den Kampf gegen die Privatisierung des dortigen kommunalen Wasserversorgers EYDAP vorantreibt und die sich auch mit dem europaweiten Bürgerbegehren gegen Wasserprivatisierung ([www.right2water.eu](http://www.right2water.eu)) vernetzte. Der Erfolg der Bewegungen fußte auf einer wichtigen Voraussetzung: So sind in beiden Städten gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte der Wasserwerke im Widerstand mit engagiert (in Thessaloniki bereits seit 2007, als die Privatisierungsidee schon einmal durchgesetzt werden sollte). Dass diese Beschäftigten ihr Anliegen in der Öffentlichkeit und auf Stadtteilversammlungen erfolgreich vermitteln konnten, liegt daran, dass sie sich von Anfang an offen gegen die Korruption in ihrem eigenen Unternehmen positioniert und deutlich gemacht haben, dass es ihnen nicht nur um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze geht. Damit gelang es ihnen, die weit verbreiteten (und oft auch zutreffenden) negativen Urteile über Misswirtschaft und Ineffizienz in öffentlichen Unternehmen oder über Egoismen und Parteihörigkeit einzelner Betriebsgewerkschaften oder Gewerkschaftsfunktionäre zu entkräften (Wainwright 2013a; siehe auch Kadritzke 2010). In Athen gingen die Beschäftigten dabei noch einen Schritt weiter und gründeten eine parteiunabhängige Betriebsgewerkschaft, die die Abhängigkeit von traditionellen Hierarchien und Parteiloyalitäten aufbricht.

Die Bewegung gegen die Wasserprivatisierung hat diese zwar bisher nicht stoppen können. Doch die Initiativen können Teilerfolge vorweisen. So ist es ihnen gelungen, die öffentliche Meinung so zu beeinflussen, dass die Unterstützung für Privatisierungen abgenommen hat (Wainwright 2013a). Das Engagement gegen die Wasserprivatisierung und die Diskussionen um Konzepte einer öffentlichen Wasserversorgung unter demokratischer Kontrolle haben darüber hinaus zu Selbstorganierungs- und An-

eignungsprozessen der Bürger\_innen geführt. Sie begreifen öffentliche Einrichtungen und Güter nun als die ihren und mischen sich kreativ und in selbstorganisierten Strukturen in die Frage ein, wie der öffentliche Sektor arbeiten soll. Darin liegt auch ein produktives Potenzial für die Frage der Demokratisierung des Staates, die viele Bewegungen beschäftigt und die Syriza bei einem Wahlsieg auf die Tagesordnung setzen will.

Doch zurück zu den Umsonst-Bewegungen. Sie gaben nicht nur Impulse für den Widerstand gegen die Privatisierungen, sondern waren auch Vorläufer für eine weitere Boykottinitiative, die sich ab Herbst 2011, also ebenfalls nach den Besetzungen der Plätze durch die Empörten, gegen eine neue Wohnungssteuer formierte. Da die Staatseinnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise immer weiter sanken, führte die griechische Regierung im Herbst 2011 eine neue Sondersteuer auf den ersten Wohnsitz ein, die über die Stromrechnung eingezogen wird. In der Bevölkerung verbreitete sich für diese Abgabe rasch die Bezeichnung »Haratsi«, ein Begriff, der auf die Kopfsteuer im Osmanischen Reich zurückgeht. Gegen die Steuer, die viele Haushalte nicht mehr bezahlen können, bildeten sich »in Hunderten von Gemeinden und zahlreichen Städten« (Martalis 2012, 52) lokale Komitees. Der Widerstand auf den Plätzen diffundierte so in die Stadtviertel, in denen die Gegenwehr gegen die Haratsi über Monate eine große Rolle spielte: Aktivist\_innen und Rechtsanwälte berieten einkommensschwache Familie darüber, was sie erwarten, wenn sie die Steuer nicht entrichteten. Die Gewerkschaft der Elektrizitätswerke DEI, die GENOP, weigerte sich, in Haushalten, die die Steuer nicht bezahlen konnten oder wollten, den Strom abzuklemmen (Laskos/Tsakalotos 2013, 123; Kritidis 2012b, 128f.). Schließlich übertrug die Regierung diese Aufgabe einem privaten Unternehmen. Aktivist\_innen kümmern sich bis heute darum, Haushalte, die im Dunkeln sitzen, wieder an die Stromversorgung anzuschließen, oder Nachbar\_innen und Freundeskreise organisieren dies in Eigenregie. Die Bürgerbewegung gegen Stromsperrungen, eine der Gruppen, die sich gegründet haben, spricht davon, sie habe in den zurückliegenden anderthalb Jahren über 4.000 Wiederanschlüsse vorgenommen (Karatzou 2013). Wie oft es insgesamt passiert, ist schwer zu ermitteln. Laut einem Pressebericht vom Dezember 2013 geht die Stromverteilergesellschaft HEDNO davon aus, dass einer von zehn Haushalten im Jahr 2013 illegal wieder an das Stromnetz angeschlossen wurde (Staley 2013). Längst geht es nicht mehr nur darum, dass die Wohnungssteuer nicht bezahlt werden kann. Allein für die Stromrechnung oder andere lebensnotwendige Dinge reicht das Geld in vielen



Familien nicht mehr aus. 2012 belief sich die Zahl der verhängten Stromsperren laut der staatlichen Stromgesellschaft DEI auf rund 315.000, von Januar bis Oktober 2013 waren es rund 238.000 (Karatziou 2013).

#### 4.4 Multiple Krisen: Kämpfe auf benachbarten Feldern

Nicht alle Auseinandersetzungen der Jahre 2010 oder 2011 standen in direktem Zusammenhang mit der Kürzungspolitik der Regierung bzw. den Vorgaben der Troika, wie der Aufstand der Bevölkerung von Keratea oder der Hungerstreik von 300 Flüchtlingen zeigte. Gleichwohl boten diese Auseinandersetzungen für den Widerstand gegen die Austeritätsdiktate Inspiration und wichtige Anknüpfungspunkte. So kam es im Winter 2010/2011 zu einem regelrechten Aufstand der Bevölkerung in Keratea, einer Kleinstadt rund 40 km entfernt von Athen. Die Bewohner\_innen widersetzten sich über 120 Tage mit Demonstrationen, Blockaden, aber auch Sabotagen an Baumaschinen und in zum Teil äußerst gewaltsamen Konfrontationen mit der Polizei der Erweiterung einer örtlichen Mülldeponie und wurden dabei von linken Gruppen und Syriza unterstützt (ausführlich Aswestopoulos 2011; Laskos/Tsakalotos 2013, 117f.). Gemeindevertreter\_innen, Schulkinder, Eltern, Anwohner\_innen, sogar orthodoxe Priester wehrten sich gegen das Projekt. Sie befürchteten massive Umweltzerstörungen und Gesundheitsbelastungen, wehrten sich aber auch, weil sie als Nutznießer hinter dem Vorhaben griechische Tycoone aus der Bauwirtschaft vermuteten. Der Bau der Deponie wurde zwar nicht verhindert, die Bewohner\_innen konnten jedoch Verbesserungen durchsetzen. Bereits mitten in der Krise und noch bevor sich die Boykottbewegungen ausweiteten oder die Empörten die Plätze besetzten, wurde Keratea so zu einem Symbol »für die Fähigkeit von Gemeinschaften, ... mit kollektiven Aktionen auf einen zunehmend repressiveren neoliberalen Staat zu reagieren« (Laskos/Tsakalotos 2013, 118).

Von politischer Bedeutung war zudem der Hungerstreik von rund 300, zumeist aus Nordafrika stammenden Flüchtlingen Anfang 2011 in Thessaloniki und vor allem Athen (Laskos/Tsakalotos 2013, 118f.; <http://w2eu.net/tag/300/>). Dieser Streik für Aufenthaltspapiere und eine bessere medizinische Versorgung fand bereits in einem zunehmend rassistischen Klima statt, das sich u.a. in Wahlerfolgen der neofaschistischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) ausdrückt (dazu Psarras 2013). Um die Flücht-

linge herum organisierte sich innerhalb kurzer Zeit eine breite Unterstützerbewegung, deren Kern aus Gruppen wie dem Netzwerk für Politische und Soziale Rechte,<sup>49</sup> Antarsya, Flüchtlingsinitiativen, aber auch Aktivist\_innen von Syriza bestand. Auch die Gewerkschaften zeigten sich nach einiger Zeit solidarisch. Die Bewegung bediente sich einer breiten Palette von Aktionen: Solidaritätskonzerte wurden abgehalten, das Arbeitsministerium besetzt und eine international koordinierte Onlineattacke auf staatliche griechische Webseiten durchgeführt. Krankenhausärzte und Pflegepersonal zeigten sich solidarisch, indem sie die Flüchtlinge immer wieder kostenlos versorgten und sich weigerten, die Namen der Hungernden preiszugeben. »Die Flüchtlinge mussten ab einem gewissen Zeitpunkt jede Nacht in unterschiedliche Krankenhäuser und zurück zum Ort der Besetzung, einem alten, herrschaftlichen Haus im Zentrum Athens, begleitet werden. Das alles geschah in einer völlig abgeriegelten Innenstadt und unter massivem Druck der Polizei und der Politik, die uns zwangen, immer wieder andere Krankenhäuser aufzusuchen«, erzählt Tasos Koronakis. Nach rund sechs Wochen konnte der Hungerstreik weitgehend erfolgreich beendet werden. Die Flüchtlinge, die zum Teil schon seit Jahren in Griechenland lebten und arbeiteten, bekamen befristete Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen. Zudem wurden nicht nur für sie, sondern auch für einheimische Arbeitskräfte die Hürden gesenkt, die es zu überwinden gilt, um in Griechenland als Beitragszahler in das Sozialversicherungssystem aufgenommen zu werden und einen Anspruch auf medizinische Versorgung zu erhalten. Es war ein wichtiger, aber vorübergehender Sieg: Etliche der Maßnahmen wurden in der Krise wieder kassiert (Laskos/Tsakalotos 2013, 118f.). Doch der Streik transportierte Botschaften, die darüber hinaus Bestand hatten: Sogar in der Krise und unter großem Druck war es möglich, der Politik Zugeständnisse abzutrotzen. Und das für eine Gruppe, die weitaus weniger Lobby- und Durchsetzungsmacht besaß als andere Teile der Bevölkerung. Der Streik brachte »die Frage der Würde« in den Fokus, die in den folgenden Monaten mit den sich vertiefenden Protesten gegen die Austeritätspolitik immer wieder eine Rolle spielen sollte (ebd., 119). Er setzte zudem mitten in der Krise ein Zeichen, dass selbst unter widrigsten Umständen rassistische Spaltungen überwunden und Solidarität organisiert werden kann. Und er

---

<sup>49</sup> Das Netzwerk engagiert sich nicht nur in Flüchtlings- und Arbeitskämpfen, sondern auch für politische Gefangene und aktuell im Widerstand gegen die Austeritätspolitik.

führte erneut in einer konkreten Auseinandersetzung auf der Straße unterschiedliche politische Akteur\_innen zusammen, die bewiesen, dass sie über alle politischen Differenzen hinweg und unter großer Anspannung gut zusammenarbeiten können.

#### **4.5 Die Empörten sind da: Platzbesetzungen und das Parlament der Ausgeschlossenen**

Die soziale Situation in Griechenland hatte sich durch die Kürzungsvorgaben der Troika und die Maßnahmen der griechischen Regierung im Laufe des Jahres 2010 weiter verschärft. Ende 2010 war die Arbeitslosenquote bereits auf über 12% angestiegen. Dessen ungeachtet ging die Politik der Einschnitte weiter. Im November 2010 stellte die Regierung ihren zusammengestutzten Haushalt für 2011 vor, im April 2011 kündigte Ministerpräsident Giorgos Papandreou von der PASOK das nächste Kürzungspaket an. Die Rezession ließ derweil alle bisherigen Haushaltsziele Makulatur werden. Griechenland war nicht mehr in der Lage, seine Schulden zu bedienen, und auf den Finanzmärkten begannen Spekulationen gegen italienische und spanische Staatspapiere. Im Juli 2011 beschloss ein Sondergipfel der Euro-Staaten ein zweites »Rettungspaket« in Höhe von 109 Milliarden Euro für Griechenland. Es wurde an weitere Ausgabenkürzungen, Einstellungsstopps im öffentlichen Sektor und die Einrichtung von Auffanggesellschaften für Staatsbedienstete (»Mobilitätsreserve«) gekoppelt. Zudem wurde eine Task Force der Europäischen Union nach Griechenland entsandt, die weitere Austeritätsmaßnahmen erarbeiten sollte. Bereits Ende Juni hatte das griechische Parlament als Bedingung für die Auszahlung weiterer Tranchen aus dem ersten »Rettungspaket« ein Kürzungsprogramm in Höhe von rund 78 Milliarden Euro verabschiedet und sich zu einer forcierten Privatisierung von Staatseigentum verpflichtet.

Die Gewerkschaften hatten bereits für den 23. Februar 2011 zu einem ersten Generalstreik im neuen Jahr aufgerufen. Am 11. Mai folgten weitere landesweite Streiks und Demonstrationen, gegen die die Polizei mit äußerster Härte vorging und die vor allem in Athen zu den üblichen Bildern von brennenden Barrikaden und einer Stadt in Schwaden von Tränengas führten.

Doch es dauerte nur noch wenige Tage, bis am 25. Mai der Widerstand in eine neue Phase trat. Über Facebook wurde für diesen Tag in Athen, aber

auch in Städten wie Thessaloniki, Larissa, Patros, Volos oder Kalamata zu einer Zusammenkunft der Empörten nach dem Vorbild der spanischen Indignad@s der 15M-Bewegung aufgerufen, die wenige Tage zuvor die Plätze in Spanien besetzt hatte. Eine Facebook-Seite der »Empörten vom Syntagma-Platz« erhielt in wenigen Stunden hunderttausende von Visits und Likes (Koronakis 2011, 37). Für Thessaloniki, die zweitgrößte Stadt Griechenlands, mobilisierte eine ähnliche Seite zum Wahrzeichen der Stadt, dem weißen Turm. Zum ersten Mal organisierte sich damit in der Krise eine spontane Bewegung, unabhängig von Parteien, Gewerkschaften oder linken Gruppen, die explizit ein friedliches Vorgehen als Wunsch und Losung ausgab. Und die damit die Teilnahme auch derjenigen ermöglichte, die von den regelmäßigen gewaltvollen Auseinandersetzungen abgeschreckt wurden. Parteien und ihre Symbole, aber auch die Gewerkschaften waren zu Beginn bei den Protesten ausdrücklich nicht erwünscht (Laskos/Tsakalotos 2013, 124f.; Kritidis 2012b, 117f.). Es war Ausdruck der tiefen Legitimationskrise, in der sich das alte System der Institutionen und ihrer Repräsentant\_innen befand.

Am ersten Abend kamen in den griechischen Städten nach kürzester Zeit mehrere zehntausend Menschen zusammen. In der Hauptstadt versammelte sich die Menge vor dem Parlament auf dem Syntagmaplatz, dem Platz der Verfassung. In Anspielung auf einen Slogan der spanischen Indignad@s – »Be quiet, the Greeks are sleeping« – wurde mit einem großen Transparent in den Farben der spanischen Flagge geantwortet: »Wir sind aufgewacht. Wie viel Uhr ist es? Zeit, dass sie alle abhauen.« Trotz der zum Teil heftigen Regenfälle wurde bald klar: Die Menge war gekommen, um zu bleiben. Aus den allabendlichen Zusammenkünften entwickelten sich die Platzbesetzungen: Zelte und Anlaufstellen wurden aufgebaut und die nötige Infrastruktur wie Computer und Internetverbindungen installiert. Gruppen für die Öffentlichkeits- und Medienarbeit gründeten sich ebenso wie solche für die Verwaltung der zahlreichen Essensspenden, die Athener\_innen in den nächsten Tagen und Wochen vorbeibringen sollten.

Der 25. Mai war der Beginn einer Bewegung, die für die nächsten rund zwei Monate die Straßen und Plätze dominierte und immer wieder zu großen Protestdemonstrationen und Belagerungen des Parlaments mobilisierte. Innerhalb kurzer Zeit legte die Bewegung ihre politische Unbestimmtheit ab. Die Empörten – auf Griechisch *aganaktismenoi* – wandten sich nicht nur mit klaren Forderungen gegen das Kürzungsdiktat der eigenen Regierung sowie die Vorgaben der Troika. Sie reklamierte auch die Rückker-

oberung und Neuerfindung der Demokratie. Dies wurde auch deutlich im Namen der Gruppe »Wirkliche Demokratie jetzt«, die sich zu Beginn der Syntagmabesetzung zusammengefunden hatte und einen spanischen Slogan aufgriff, aber auch in Parolen wie »Brot, Bildung, Freiheit, die Zeit der Junta war 1973 noch nicht vorbei«, die auf die griechische Diktatur verwiesen (Laskos/Tsakalotos 2013, 124; Kritidis 2012b, 119ff.).

Der kollektive politische Ausdruck der Plätze kristallisierte sich auf einer modernen Agora heraus, auf der die Empörten, am Anfang viele junge Menschen, aber nach und nach solche aus allen Altersklassen und unterschiedlichster politischer Präferenzen, zusammenkamen und sprachen. »Die Bewegung auf den Plätzen verallgemeinerte in einem Selbstvergewisserungsprozess die Krisenerfahrungen der Individuen, indem die Menschen stundenlang über ihre alltäglichen Probleme, ihre Ohnmacht und Wut, aber auch ihre Ideen redeten. Das Narrativ war in der Krise zusammengebrochen.

Sowohl das kleine Narrativ, dass sich die individuellen Probleme irgendwie immer über die herkömmlichen klientelistischen Strukturen und Beziehungen lösen lassen, als auch das große Narrativ vom wirtschaftlichen Erfolgsmodell Griechenland. Durch den Austausch über Ideen und Alternativen formte sich in all seiner Diversität ein neues politisches Subjekt heraus, eine Bewegung, die Kraft entwickelte«, beschreibt es der Aktivist Christos Giovanopoulos. Die Vorschläge, wie der Krise zu begegnen sei, waren dabei anfangs sehr unterschiedlich oder widersprüchlich: »Alles, was man sich vorstellen kann, wird vorgeschlagen: ›Wir müssen das Geld abschaffen‹, ›wir müssen das Geld an die Bevölkerung umverteilen‹, ›wir fordern folgende Maßnahmen von der Regierung‹, ›wir fordern die Abschaffung der Regierung.« (Koronakis 2011, 37).

Doch schon bald kristallisierten sich eindeutige Ziele heraus, die auf einer Vollversammlung diskutiert und abgestimmt worden waren. »Die Einrichtung dieser Vollversammlung war entscheidend für den Erfolg der Bewegung vom Syntagma«, sagt Tasos Koronakis. Die Versammlung trat jeden Abend zusammen. Auf ihr diskutierten teilweise bis zu 5.000 Personen über Vorschläge für konkrete Aktionen und Forderungen aus den thematischen Arbeitsgruppen, die sich gegründet hatten, oder ganz allgemein über die Ursachen der Krise und ökologische oder demokratietheoretische Fragen (Kritidis 2012b, 120). In den Vollversammlungen hatte jede Person drei Minuten Rederecht. Meldeten sich zu viele, die sprechen wollten, wurde das Rederecht verlost. Denn bis kurz vor Mitternacht musste abgestimmt und

mussten verbindliche Entscheidungen gefällt werden, damit diejenigen, die nachts nach Hause mussten, noch die letzte U-Bahn bekamen.

Schon bald, nach hitzigen Debatten, legte die Bewegung ihre Zurückhaltung gegenüber den Gewerkschaften ab. Sie wurden aufgefordert, ihre Demonstrationen künftig am Syntagmaplatz enden zu lassen. Der offene Bezug zu Parteien oder die Dominanz durch linke Gruppen war auf den Plätzen jedoch nach wie vor nicht erwünscht. Trotzdem spielte die politische Identität von linken Aktivist\_innen eine Rolle. »Die organisierte Linke beäugte das, was auf dem Syntagma geschah, zuerst mit Neugier, aber manche Gruppen auch mit offener Skepsis. Doch schon bald stießen Mitglieder unterschiedlicher Organisationen zum Platz, von Antarsya über das Netzwerk für Politische und Soziale Rechte hin zu trotzkistischen Gruppen oder Leuten von Syriza. Wir von Syriza, aber auch viele andere Linke, haben uns auf den Prozess eingelassen. Jeder hat für sich, als Individuum, an der Bewegung teilgenommen, ohne Lösungen vorzugeben. Aber wir haben auch immer unsere Vorstellungen, Positionen und Erfahrungen in den politischen Organisationsprozess eingebracht. Und abgesehen davon konnten wir auf einer praktischen Ebene oft ganz schnell etwas organisieren, was auf dem Platz fehlte«, sagt Tasos Koronakis (vgl. auch Koronakis 2011). Auch die organisierte Linke sammelte auf den Plätzen neue Erkenntnisse. »Die Krise hat dazu geführt, dass sich linke Ideen verallgemeinerten. Aber zum Teil ganz anders, als wir uns das vorgestellt haben. Wir wurden von der Bewegung der Plätze in gewisser Weise überholt«, schildert der Aktivist Christos Giovanopoulos seine Erfahrungen von den Tagen der Platzbesetzung.

Doch diese Offenheit gegenüber den Besetzungen war nicht im gesamten linken Spektrum vorhanden. Ein Teil der anarchistischen Bewegung sowie die KKE beobachteten die Ereignisse skeptisch und hielten sich weitgehend fern. Sie konnten entweder mit dem explizit friedlichen Charakter oder mit dem politischen Ausdruck der Bewegung nichts anfangen (Laskos/Tsakalotos 2013, 126). Der Konsens zur Gewaltfreiheit führte jedoch dazu, dass die übliche Taktik der Polizei, mit gezielten Provokationen Gegenreaktionen hervorzurufen, um daraufhin den Platz stürmen zu können, ins Leere lief. Bis Mitte Juni, also fast drei Wochen, blieb es friedlich auf dem Syntagmaplatz. »Ohne Zweifel wäre ohne die Beispiele des Tahrir-Platzes und der Puerta del Sol dieses Wunder von Athen nicht möglich gewesen.« (Kritidis 2012b, 121)

Dass die Kräfteverhältnisse auf dem Syntagma eindeutig nach links auslugen, verdankte sich nicht nur der starken Präsenz linker Gruppen,

sondern auch sehr konkreten politischen Interventionen. So hatte sich zu Beginn der Proteste direkt vor dem Parlament der eher patriotische oder nationalistisch gestimmte Teil der Empörten versammelt, vom Abstieg bedrohte Teile der Bevölkerung, die ein Meer von blau-weißen Griechenland-Flaggen schwenkten. »Diese patriotische Stimmung, dieses ›Wir-Griechen‹-Gefühl haben wir ausgebremst, indem viele Leute losgegangen sind, um Flaggen der europäischen Länder oder zum Beispiel die tunesische Flagge zu kaufen, als Referenz an den Arabischen Frühling. Einzelne Mitglieder der Goldenen Morgenröte wurden zudem vom Platz vertrieben. Das hat funktioniert. In den Medien war plötzlich vom europäischen, internationalistischen Charakter der Proteste die Rede«, erzählt Syrizamitglied und Aktivist Tasos Koronakis. Zugleich stellten Linke auf den Vollversammlungen erfolgreich den Antrag, ein bereits länger geplantes, antirassistisches Festival auf den Syntagma zu verlegen. Unter anderem wurde ein Cricket-Spiel pakistanischer Migrant\_innen organisiert. Und zwar genau dort, wo sich sonst die extreme Rechte auf dem Syntagma versammelte. Als deren Mitglieder zu ihrem »angestammten« Bereich auf dem Platz zurückkehren wollte, stießen sie direkt vor dem griechischen Parlament auf viele Cricket-spielende Pakistani. »Das waren sie nicht gewohnt. Das ist nur eines von vielen Beispielen, wie wir die Plätze in unsere Strategie eingebunden haben. Deshalb ist es so wichtig, vor Ort und Teil der Bewegung zu sein – es ist viel einfacher von außen zu beklagen, dass sich nationalistische Kräfte in die Bewegung einschleichen. Viel schwieriger ist es, von innen die Versammlung auf die progressive Seite zu ziehen.« (Koronakis 2011, 39)

Die Bewegung der Plätze entwickelte sich in den folgenden Tagen und Wochen zum Ausgangspunkt für riesige Demonstrationen. Ziel war es unter anderem, die mittelfristige Haushaltsplanung und damit die Umsetzung der von der Troika vorgegebenen Kürzungspolitik, die im Parlament für den 15. Juni 2011 zur Abstimmung angesetzt war, zu verhindern. Die Syntagma-besetzer\_innen und die Gewerkschaften riefen zur Umzingelung des Parlaments sowie zu Generalstreiks auf. Um Zeit zu gewinnen, verschob die PASOK die Abstimmung auf den 28. Juni. Am 15. Juni 2011 kamen im Zentrum Athens über eine Million Menschen zusammen, um gegen die Kürzungspolitik zu demonstrieren. Die Polizei beantwortete den Protest mit einer beispiellosen Attacke, in der sie auch faschistische Schlägerbanden gewähren ließ (Kritidis 2012b, 123), und räumte zeitweise den Syntagmaplatz. Doch in einer Taktik aus Rückzug und Vorstoß gelang es, den Platz nach stundenlangen Straßenkämpfen erneut zu besetzen. Die Besetzer\_

innen reinigten den Platz von den Hinterlassenschaften des Tränengases und bauten ihre Infrastruktur wieder auf.

Die Demonstrationen am 28. und 29. Juni 2011 wurden verknüpft mit einem weiteren, 48-stündigen Generalstreik. Sie sollten noch mehr Zulauf erhalten. Aufgrund der Auseinandersetzungen mit der Polizei hatten die Platzbesetzer Erste-Hilfe-Gruppen und Einheiten zur Selbstverteidigung eingeteilt. Sie sollten hunderte von Tränengaskartuschen, die die Sicherheitskräfte schließlich über Stunden zusammen mit Blendgranaten auf dem Syntagmaplatz verschossen, in Behältern mit Wasser unschädlich machen oder die Kartuschen zurückwerfen. Der Kampf vor dem Parlament tobte über Stunden. Die Bilanz der Verabschiedung des mittelfristigen Haushaltsplanes: über 500 zum Teil schwer verletzte Demonstrant\_innen, stundenlange Prügelorgien der Sicherheitskräfte und der Einsatz von international geächteten chemischen Kampfmitteln (Kritidis 2012b, 124f.). Der Syntagmaplatz konnte jedoch nicht dauerhaft geräumt werden.

Die Welle der Proteste im Frühjahr und Sommer 2011 führte dazu, dass die Regierung zum ersten Mal ernsthaft in Bedrängnis geriet. Bereits die Großdemonstration vom 15. Juni hatte dazu geführt, dass Premierminister Giorgos Papandreou von der PASOK der ND ein Bündnis vorschlug. Die ND lehnte ab. Papandreou bildete daraufhin sein Kabinett um. Doch der Druck auf der Straße ließ nicht nach. Im Spätsommer und Herbst begann eine neue Welle von Protesten, (sektoralen) Streiks und Demonstrationen, nachdem die Regierung u.a. im September Massenentlassungen von Staatsbediensteten und ein neues Kürzungspaket angekündigt hatte und das Parlament die umstrittene, zuvor beschriebene Immobiliensteuer beschloss. Im August und September fanden der bereits erwähnte Streik der Taxifahrer sowie Streiks von Beschäftigten im Tourismussektor, von Lehrern, Ärzten, Zoll- und Finanzbeamten sowie eine militante, wochenlang andauernde Arbeitsniederlegung der Müllfahrer statt. Im Hochschulsektor wurde gegen die Öffnung der Universitäten für den privaten Markt protestiert. Am 5. Oktober und am 19. und 20. Oktober riefen die Gewerkschaften erneut zu Generalstreiks auf, die unter anderem den Flug- und Fährverkehr lahmlegten und von einer weiteren Großdemonstration auf dem Syntagmaplatz und der Besetzung mehrerer Ministerien begleitet wurden.<sup>50</sup> Am

---

<sup>50</sup> Dabei kam es zu einer äußerst gewaltsamen Konfrontation zwischen der KKE und ihrer Gewerkschaft PAME und einem Teil der Demonstrant\_innen. Auslöser war, dass die KKE den Zugang zum Platz direkt vor dem Platz kontrollierte, um, so der Vor-



28. Oktober 2011 kam es schließlich am griechischen Nationalfeiertag, an dem an das »Nein« der griechischen Regierung gegenüber dem Ultimatum des faschistischen Italien 1940 gedacht wird, zu massiven Protesten. In Athen, aber auch in zahlreichen Kleinstädten, wurden Repräsentant\_innen des Staates angegriffen und beschimpft, in Thessaloniki zum ersten Mal seit 1941 die Militärparade verhindert. Stattdessen marschierten Schüler\_innen, Bürger\_innen und Reservist\_innen durch die Straßen und sangen Widerstandslieder aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der Militärdiktatur. Die Menge skandierte Parolen, die das historische »Nein« von 1940 mit der aktuellen Situation in Verbindung brachten, und beschimpfte die Politiker\_innen als Kollaborateure. Es war ein Brückenschlag, der stattfand: Die Gegenwart wurde verknüpft mit kollektiven, populären Erinnerungen aus der Vergangenheit (Kouvelakis 2011, 18f.). »All den Bemühungen der Medien zum Trotz, die Protestbewegung als unpatriotisch zu porträtieren, war es erstaunlich, wie viele Menschen davon überzeugt waren, dass es die Demonstrant\_innen waren, und nicht die Politiker\_innen, ... die eine Kontinuität der besten Momente griechischer Unabhängigkeit und des Antifaschismus repräsentierten.« (Laskos/Tsakalotos 2013, 125f.) Papandreou, dessen Fraktion im Parlament durch Austritte geschrumpft war, brachte angesichts der Wucht der Proteste am Nationalfeiertag ein Referendum über die Kürzungspläne als Befreiungsschlag in die Debatte. Dies wurde von der EU und besonders vehement von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy abgelehnt. Der griechische Ministerpräsident trat schließlich zurück. Im November 2011 wurde eine Technokratenregierung mit dem ehemaligen Vizepräsidenten der EZB an der Spitze, Loukas Papademos, und unter Beteiligung von PASOK, ND und der faschistischen LAOS-Partei des »bekennenden Rassisten und Antisemiten Giorgos Karatsaferis« (Kritidis 2012b, 127) gebildet. Dies zeigte, wie sehr die alten Regierungsparteien und das System bürgerlicher Herrschaft in Bedrängnis geraten waren.

Die eigentlichen Platzbesetzungen endeten am 7. August 2011, als die letzten Empörten den Platz in Thessaloniki verlassen hatten. Doch die Proteste einer neu zusammengesetzten Bewegung waren nicht nur im Herbst 2011 wieder aufgelebt. Sie setzten sich auch 2012 fort. Für den 7. Februar 2012 riefen die Gewerkschaften zum ersten Generalstreik des neuen Jah-

---

wurf des anarchistischen Spektrums, dessen Erstürmung zu verhindern (ausführlich Schrader/Rollhäuser 2011).

res auf. Am 12. Februar demonstrierten rund eine halbe Million Menschen in Athen gegen neue Kürzungsmaßnahmen, die das Parlament im Gegenzug für weitere Kredite beschloss. Das Sparpaket sah unter anderem eine drastische Reduzierung des Mindestlohns, weitere Lohn- und Rentenkürzungen, die Entlassung von 150.000 Beschäftigten des öffentlichen Sektors bis 2015 sowie weitere Mittelkürzungen für Krankenhäuser, Städte und Gemeindebudgets vor (Roth 2012, 24ff.; Karamessini 2012, 174ff.). Die Demonstration am 12. Februar 2012 zeigte, wie sehr sich die »normale« Bevölkerung radikalisiert hatte. »Die Wut und Verzweiflung der Leute war so groß, dass ganz normale, unbescholtene Bürger, die vor der Krise jegliche Militanz abgelehnt hatten, begeistert Beifall klatschten, wenn Demonstranten versuchten, durch die Polizeiketten zum Parlament zu gelangen. Die ungeheure Brutalität, mit der die Polizei auf der Straße agierte, sowie das autoritäre Durchregieren der Parteien haben viele Griech\_innen die Dinge in ihrem Land mit völlig neuen Augen sehen lassen«, erzählt Tasos Koronakis.

Der Widerstand sandte erneut Wellen der Erschütterungen bis in das Parlament. Die LAOS-Partei verließ im Februar 2012 die Regierung, nachdem die meisten Abgeordneten zur Abstimmung über das Sparpaket nicht erschienen waren. Auch aus der ND und der PASOK votierten jeweils rund 20 Abgeordnete gegen das Kürzungspaket. Die Polarisierung hatte nun auch die beiden Regierungsparteien erfasst. Die Neuwahlen am 6. Mai 2012, der Termin war im Zuge der Berufung der Regierung Papademos festgesetzt worden, leiteten eine neue Etappe ein: Sie lenkten den Fokus von der außerparlamentarischen hin zur parlamentarischen Arena – und damit auch zu Syriza.

Im ersten Halbjahr 2012 fanden in Griechenland weiterhin große Demonstrationen und Proteste statt. Doch die Bewegung der Platzbesetzer\_innen war in ihrer bisherigen Form verebbt. Dem Parlament der Ausgeschlossenen war es jedoch gelungen, seine Stimme gebündelt in die Arena der politischen Auseinandersetzung zu tragen und nach monatelangen, beharrlichen Protesten eine Umstrukturierung politischer Herrschaft zu erzwingen. Die Austeritätspolitik hatte die Bewegung jedoch nicht stoppen können. Doch der Widerstand war in eine neue Phase getreten. Auf den Plätzen hatte sich ein neues politisches Subjekt konstituiert. Neue Formen politischer Organisierung waren praktiziert und gesellschaftliche Gegenentwürfe und Strategien diskutiert worden. Dabei verständigten sich Akteur\_innen miteinander, die sich zum Teil noch nie begegnet waren, ge-

schweige denn miteinander Politik gemacht hatten: bis dato politisch nicht aktive Empörte, Gewerkschafter\_innen, Mitglieder aus organisierten linken Zusammenhängen oder aus Parteien. Ihr tägliches Miteinander schuf neue Vertrauensverhältnisse und Allianzen. Als Lehre aus den sich erschöpfenden Protesten der Plätze diffundierte die Bewegung in die Stadtviertel, um dort stabile politische Zusammenhänge zu schaffen. In den nächsten Monaten wurden mit großer Energie unter anderem selbstverwaltete Solidaritätsstrukturen aufgebaut, von denen noch die Rede sein wird. Aus den Platzbesetzungen entstanden zudem die bereits erwähnte Boykottbewegung gegen die Wohnungssteuer oder die Initiativen gegen die Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung. Gleichzeitig war die Überzeugung gewachsen, dass es auch möglich sein konnte und notwendig war, das Parlament auf herkömmliche Art und Weise zu erobern. Durch die bedingungslose Opposition gegen das Kürzungspaket im Parlament und auf den Plätzen und durch die Präsenz ihrer Mitglieder in den politischen Mobilisierungen hatte sich Syriza als Partner für solch eine Strategie in Position gebracht. Die Zustimmung zur Partei war in der Krise stetig gestiegen. Diese Entwicklung schlug sich schließlich auch in den Wahlergebnissen im Mai und vor allem im Juni 2012 nieder.

#### **4.6 Von den Plätzen zum Parlament: Syriza stellt die Regierungsfrage**

Dass Syriza in der Krise die Hegemonie in der Linken erringen konnte und darüber hinaus für neue Wählerschichten attraktiv wurde, hat nicht nur mit ihrer konsequenten Opposition gegen die Kürzungspolitik und der engen Verzahnung mit den Bewegungen zu tun. Es ist auch ein Ergebnis des Versagens der Kommunistischen Partei, den Unmut der Bevölkerung produktiv aufzugreifen. Zwar war die KKE für traditionelle PASOK-Wähler\_innen und auch viele Linke ohnehin nie wählbar gewesen. Doch in der Krise manövrierte sich die Partei mit ihrem Unverständnis gegenüber den neuen Bewegungen und ihrem Alleinvertretungsanspruch ins Abseits. Stattdessen kristallisierte sich in der Krise eine politische Alternative zur KKE und zur diskreditierten Sozialdemokratie heraus. Der undogmatische und plurale Charakter von Syriza sowie ihre Glaubwürdigkeit in der Opposition machten es für viele zum ersten Mal denkbar, diese Partei der radikalen Linken zu wählen. Ein nicht geringer Teil der Griech\_innen dürfte die Dinge

zudem pragmatisch betrachten: Weil die alten Regierungsparteien für die beständige Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage verantwortlich gemacht werden, kann man sich vorstellen, einer Partei eine Chance zu geben, die sich noch nie an der Regierung versuchen durfte. Die aber behauptet, dafür das bessere Konzept zu haben. Doch woher kommt Syriza?

### **Ein neuer Typus linker Partei**

Syrizas offizielle Geburtsstunde datiert auf das Jahr 2004. Damals gründete sich aus verschiedenen linken Parteien und Organisationen aus dem marxistischen, (euro-)kommunistischen, trotzkistischen und maoistischen, aber auch grünen und feministischen Spektrum das Wahlbündnis Koalition der radikalen Linken (Syriza). Das Bündnis trat im gleichen Jahr zu den Parlamentswahlen an, holte 3,6% und errang damit sechs Mandate. Syrizas Kraftzentrum war und ist bis heute der Synaspismos, in dem eurokommunistische Strömungen dominieren. Der Synaspismos wiederum, die Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie, entstand Ende der 1980er Jahre als Versuch, mit mehreren Gruppierungen die Dominanz der PASOK zu brechen. Der Synaspismos durchlebte in seiner jungen Geschichte bereits einige Höhen, Tiefen und Abspaltungen. So wirkte in der Koalition beispielsweise für kurze Zeit auch die KKE mit. Bei ihrem Austritt verblieb ein Teil der KKE-Mitglieder im Synaspismos (ausführlich Spourdalakis 2012, 101f.; Laskos/Tsakalotos 2013, 128; Varoufakis 2013; Marioulas 2008).

Syriza wird aus Mitgliedern sehr unterschiedlicher linker Traditionen und Generationen geformt. Sie sind bis heute trotz ihrer zum Teil politischen Differenzen eine fruchtbare Zusammenarbeit miteinander eingegangen. Das ist unter anderem auch ein Ergebnis der Erfahrungen, die viele Linke in den globalisierungskritischen Protesten und in den Anti-Kriegs-Protesten (2001 gegen den G8-Gipfel in Genua, 2003 gegen den Irakkrieg) sowie auf den europäischen Sozialforen (v.a. 2002 in Florenz und 2006 in Athen) gesammelt haben. Es war eine neue Generation, zum Teil erst um das Jahr 1989 herum geboren, die in den 2000er Jahren und noch unter dem Dach des Synaspismos dessen aktive Teilnahme an den europäisch vernetzten, globalisierungskritischen Protesten und Diskussionen vorantrieb. Diese junge Generation stieß »zur Linken unabhängig von einer ›real existierenden‹ Alternative. Bei ihrem Engagement in Bewegungen und Kämpfen ging es ihnen darum, neue Alternativen zu entwickeln, statt eine bereits definierte Alternative zu bewerben. Sie wussten, dass eine Regierung von oben nicht

funktionierte – aber nicht, was funktionieren würde« (Wainwright 2012b, 120). Das Engagement in der globalisierungskritischen Bewegung hatte wichtige Folgen für Syriza: »Die Erfahrungen aus den Sozialforen, insbesondere dem griechischen, haben entscheidend zu einem Wandel der griechischen neuen Linken beigetragen – weg von der Loyalität zu einer bestimmten Ideologie, hin zu Pluralismus, demokratischer Zusammenarbeit, Offenheit und ihrem Glauben an die Wichtigkeit von Alternativen.« (ebd.) Im Synaspismos bzw. in Syriza nahm eine Generation älterer linker Kader, viele von ihnen mit »leninistischem Hintergrund« (Spourdalakis 2012, 108) und einer langen Geschichte des Engagements in militanten Kämpfen, die Impulse der globalisierungskritischen Aktivist\_innen bzw. jüngeren Linken auf und ließ sich in die Aktivitäten einbinden.

Die Partei ist als ein Ergebnis dieser Entwicklungen von einem beachtlichen Pluralismus geprägt, ohne dabei beliebig zu werden. Trotz ihrer unterschiedlichen Strömungen eint die traditionellen Mitglieder Syrizas eine gesellschaftliche Transformationsperspektive und eine sozialistische Orientierung sowie das Selbstverständnis von notwendigerweise basisdemokratisch organisierten Umbruchprozessen. Laut Michalis Spourdalakis, Professor für Politikwissenschaften an der Universität von Athen, drückt sich in der Zusammensetzung von Syriza dabei implizit aus, dass sich die Partei auf das gesamte Erbe der Linken bezieht, »während man gleichzeitig den Reformismus einer bankrotten Sozialdemokratie und den Avantgardeanspruch von Revolutionären hinter sich lässt, die immer noch davon träumen, den Winterpalast zu stürmen« (Spourdalakis 2012, 108). Spourdalakis beschreibt die Beziehung der Partei zu den alten linken Strömungen und Traditionen als eine Strategie der »Bewegung des Dagegen-und-Darüber-Hinaus-Gehens«: Syriza wolle die Kluft zwischen Reform und Revolution überwinden, indem die Partei die radikale Transformation kapitalistischer Gesellschaften als Prozess struktureller Reformen verstehe, die direkt mit Alltagskämpfen verknüpft werden müssten (ebd.). Solch eine Herangehensweise »ist nicht nur wesentlich für eine kreative, effiziente und historisch verortete sozialistische Strategie, sondern auch ... der Schlüssel dafür, eine Kultur der Toleranz zwischen vormals konkurrierenden linken Strömungen zu entwickeln« (ebd.).

Die Erfahrungen, die der Synaspismos in und mit der globalisierungskritischen Protestbewegung sammelte, prägten nicht nur die politische Kultur der Partei, sondern auch die Suche nach einer neuen Positionierung in der griechischen Linken. Bereits Anfang der 2000er Jahre hatte der Synaspis-

mos versucht, das in den 1990er Jahren gescheiterte Linksbündnis wiederzubeleben. 2004 wurde mit der Gründung von Syriza ein erster Schritt in diese Richtung getan. Alekos Alavanos, der damalige Vorsitzende des Synaspismos, trieb diesen Ansatz mit voran. Alavanos wollte Syriza zu einer unabhängigen linken Kraft formen, die nicht mehr zwischen der KKE und der PASOK eingeklemmt sein würde. Die politische Mobilisierungsstrategie setzte auf ein »empowering of the powerless« (Spourdalakis 2012, 102) und darauf, ein möglichst weites Spektrum der Linken zu einigen und sich stärker auf die sozialen, außerparlamentarischen Bewegungen zu konzentrieren. »Die ›Linkswende‹ im Synaspismos Anfang der 2000er Jahre war Ergebnis der Debatten, die mit dem reformorientierten Flügel der Partei über eine einseitige Ausrichtung auf eine Regierungsbeteiligung geführt wurden. Der linke Flügel kritisierte, zu viel Zeit und Anstrengungen darauf zu verwenden, ein Programm zu erarbeiten, um so, egal ob mit oder ohne Einbindung in eine Koalition progressiver Kräfte, die Regierung zu gewinnen. Das ging zulasten einer Unterstützung sozialer Bewegungen, die erst dazu beitragen, die Machtbalance nach links zu verschieben. Und es schränkte die Möglichkeiten ein, alternative Politikformen zu erlernen.« (Laskos/Tsakalotos 2013, 142).<sup>51</sup>

Nach der offiziellen Gründung bemühte sich Syriza nicht nur darum, neue Allianzen mit sozialen Bewegungen und Akteur\_innen zu schmieden, indem sich die Partei unter anderem in Stadtteilinitiativen, Kämpfen um den öffentlichen Raum oder in den Hochschulstreiks von 2006/2007 engagierte. Sie öffnete auch Räume und Posten für junge Mitglieder aus der Bewegung, die heute das Gesicht der Partei prägen, darunter Alexis Tsipras, der aktuelle Vorsitzende. 2006 stellte Syriza den damals 32 Jahre alten Tsipras, der von 1999 bis 2003 politischer Sekretär der Jugendorganisation des Synaspismos war, als Kandidat bei den Athener Kommunalwahlen auf. Tsipras holte aus dem Stegreif 10,5% und zog in den Stadtrat ein.<sup>52</sup>

---

<sup>51</sup> 2010 bekräftigte Syriza diesen bewegungsaffinen Kurs erneut, als sich der linke Flügel im Streit gegen eine gemäßigttere Strömung um Fotis Kouvelis durchsetzte. Kouvelis wollte sich mehr auf die parlamentarische Option konzentrieren und befürwortete eine Öffnung zur PASOK. Er und ein Teil seiner Anhänger\_innen spalteten sich schließlich ab und gründeten die Dimar (Demokratische Linke), die sich ab Mitte 2012 an der Regierung und damit der Durchsetzung der Austeritätspolitik beteiligte.

<sup>52</sup> Auch bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 wird in Athen mit dem 33-jährigen Ökonomen Gabriel Sakellaris erneut ein junger, bewegungserfahrener Syriza-Politiker als Spitzenkandidat ins Rennen gehen.

2009 veröffentlichte die Partei ein über 300 Seiten starkes Programm, das aus einer Zusammenarbeit unterschiedlicher Strömungen und Personen innerhalb und außerhalb Syrizas entstanden war (Spourdalakis 2012, 104). Das Verständnis vom Charakter gesellschaftlicher Umbrüche, das Syriza darin formulierte, beschreibt der Philosoph und Syriza-Berater Aristides Baltas so: »Wir formulierten keine Theorie, in der wir die Machtübernahme über einen Aufstand vorwegnahmen ... Wir wollten vielmehr der sozialen Bewegung und ihrer Entwicklung folgen. Deswegen bemühten wir uns, Teil der Bewegung zu sein, in ihr unsere Sichtweisen zu verdeutlichen und die Bewegung zu lenken, während wir gleichzeitig von der Bewegung lernen und ihrem objektivem Rhythmus folgen wollten« (Baltas 2012, 121). Dieser Bezug und die Offenheit gegenüber den sozialen Bewegungen ist zugleich Bedingung für »das Überleben und die Weiterentwicklung« der Partei (Spourdalakis 2012, 103).

Syrizas Verhältnis zu den sozialen Bewegungen ist dabei davon geprägt, dass die Partei selbst von diesen Bewegungen durchdrungen ist. Etliche ihrer einfachen Mitglieder, aber auch Funktionäre der Partei, einige Parlamentsabgeordnete oder Mitarbeiter der Abgeordneten sind nicht nur in Syriza, sondern seit Jahren selbst in außerparlamentarischen Initiativen und Kämpfen aktiv. Das hat bisher einen großen Schutzwall dagegen gebildet, gegenüber den Bewegungen auf der Straße ein instrumentelles Verhältnis oder Dominanzansprüche zu entwickeln. »Die Partei hat eine sehr intelligente Beziehung zu den Bewegungen. Teile von Syriza sind in den Bewegungen präsent, aber sie versuchen nicht, sie zu kontrollieren... Es ist eine Politik von gleichzeitiger Distanz und Präsenz«, sagt der Parteienforscher und Politikwissenschaftler Gerassimos Moschos.

Syriza steht damit für einen neuen Typus von Partei, der am ehesten durch Porcaros Begriff einer »mass connective party« (verbindende Partei) charakterisiert werden kann. Es ist eine Partei, die angesichts einer fragmentierten sozialen und politischen Situation nicht mehr als klassische Massenpartei mit Avantgardeanspruch, aber auch nicht einfach als Koalition unterschiedlicher Parteien funktionieren kann, sondern als »Koalition unterschiedlicher Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlicher Organisationen etc. ... Die unterschiedlichen Partner der verbindenden Partei erfüllen verschiedene Rollen und Funktionen und jeder Partner kann zum Anführer der gesamten Front werden« (Porcaro 2013c, vgl. auch 2012). Eine verbindende Partei macht dabei die »sozialen und kulturellen Spaltungen zwischen und innerhalb der subalternen Klassen sowie ihre Überwindung

zum expliziten Gegenstand der politischen Analyse und Strategiebildung« (Rehmann 2013, 139f.).

Am Beispiel Syrizas ist dabei nicht nur zu beobachten, dass die Partei die Überwindung der Spaltungen und die Ausweitung der Kampfzone in den Mittelpunkt der Strategiebestimmungen stellt. Sondern auch, dass sich Syriza als Teil einer notwendig pluralen Föderation linker Kräfte versteht, die eine hinreichende Stabilität ausgebildet hat und gemeinsam in der innen- und außerparlamentarischen Arena agiert. Syriza nutzt dabei die spezifischen Möglichkeiten einer Partei und verschafft den außerparlamentarischen Bewegungen einen Resonanzraum im Parlament. Dabei muss immer wieder aufs Neue austariert werden, welcher Arena man den Vorzug gibt und welcher Partner die Führung übernimmt. So entschied sich Syriza beispielsweise im Juni 2013 explizit dagegen, im Konflikt um den staatlichen Fernseh- und Rundfunksender ERT, den die Regierung handstreichartig schließen ließ, im Parlament einen Misstrauensantrag zu stellen (zu ERT siehe weiter unten). »Wir wollten verhindern, dass die Sache zu sehr parlamentarisiert wird. Die Bewegung auf der Straße sollte weiterhin den Vorrang haben«, begründet Giorgos Chondros, Mitglied im Zentralkomitee von Syriza, dieses Vorgehen.<sup>53</sup>

### Die Lehren vom Syntagma

Syriza zog im Wahlkampf des Frühjahrs 2012 mehrere Schlussfolgerungen aus der politischen Situation. Alexis Tsipras kündigte öffentlich an, Syriza sei bereit, eine Regierung der Linken zu führen. Dieses selbstbewusste Statement sorgte für große Aufmerksamkeit und Diskussionen. Syriza setzte mit dieser Äußerung nicht nur die KKE und Antarsya unter Druck, sich für die Wahlen zu einer Linksallianz zusammenzuschließen. Die Partei sandte

---

<sup>53</sup> Auch beim Parteiaufbau versucht Syriza einer zu großen »Verparlamentarisierung« bzw. einer zu großen Entfernung zwischen Partei- und Fraktions Spitze und der Basis entgegenzuwirken. So wird ein Teil der Fraktionsmitarbeiter\_innen unter Mitsprache der Partei ausgewählt und für Aufgaben an der Schnittstelle zu den sozialen Bewegungen eingesetzt. Parlamentsabgeordnete dürfen ihr Amt nur zehn Jahre lang ausüben. In der Partei wird zudem aktuell über ein verbindliches System zur Umverteilung der Löhne debattiert, mit dem die große Kluft zwischen Gehältern für Abgeordnete und sonstige Syrizamitarbeiter verringert werden soll. Höhere öffentliche Posten, beispielsweise der eines Krankenhausdirektors, dürfen Syrizamitglieder ab einer bestimmten Position nur nach Rücksprache und Diskussion in der Partei annehmen. Und die Meinungen und Einwände der Ortsvereine müssen regelmäßig im Zentralkomitee präsent sein.



auch das klare Signal an die Bevölkerung, dass eine Kraft erwachsen war, die die Regierungsfrage stellte – und die sich nicht mit der bloßen Rolle der Opposition und mit Fundamentalkritik zufriedengab. Es war ein Zeichen der Hoffnung, auf das viele, die auf der Straße gekämpft hatten, reagierten. Die Partei zog zudem eine Lehre aus den Platzbesetzungen und dem Widerstand auf der Straße. Statt allein auf einen klassischen Wahlkampf mit Großversammlungen und Präsenz in den Massenmedien zu setzen, gingen Vertreter\_innen der Partei in die Viertel und auf Vollversammlungen, um über politische Alternativen und das Programm zu diskutieren (Laskos/Tsakalotos 2013, 129).

Bei den Wahlen im Mai 2012 steigerte Syriza den Stimmenanteil von 4,6% (Parlamentswahl 2009) auf 16,8%. Da aus den Wahlen keine regierungsfähige Mehrheit hervorging, wurden für den 17. Juni Neuwahlen angesetzt. In den griechischen Medien und im Ausland begann daraufhin ein beispielloser Versuch der Einflussnahme. Europäische und bundesdeutsche Politiker drohten unverhohlen, bei einem Wahlsieg Syrizas und der Nichterfüllung der Kürzungsabkommen drohe Griechenlands Rauswurf aus der Eurozone. Dies konnte jedoch nicht verhindern, dass Syriza erneut an Zulauf gewann. Knapp 27% der Wähler\_innen stimmten schließlich für die Koalition der radikalen Linken. Syriza verpasste damit hinter der ND mit 29,6% knapp den Sieg. Die KKE, die mit dem Slogan »Trau Syriza nicht« angetreten war, stürzte von 8,4 auf 4,5% ab. Auch Antarsya, die sich ebenso wie die KKE einem Wahlbündnis mit Syriza verweigert hatte und nach heftigen internen Diskussionen im Juni erneut zu den Parlamentswahlen antrat, musste Verluste von knapp 1,2 auf 0,3% hinnehmen.

Die Juniwahlen 2012 manifestierten endgültig die tiefe Spaltung der griechischen Gesellschaft und eine Auflösung alter Wählermuster und Parteiloyalitäten. Die Zahl der Nichtwähler\_innen stieg auf 37,5% an. Die sozialdemokratische PASOK erhielt nur noch etwas über 12% der Stimmen. Neben Syriza gewannen die rechten Kräfte hinzu. Die ND steigerte ihren Stimmenanteil im Vergleich zum Mai um fast elf Prozentpunkte und stellte fortan mit Antonis Samaras den Ministerpräsidenten in einer Koalition aus ND, PASOK und Dimar. Auf dem Flügel ganz Rechtsaußen hatte sich die neofaschistische Goldene Morgenröte mit rund sieben Prozent der Stimmen sowie die rechtspopulistische Partei Unabhängige Griechen (ANEL) festgesetzt. »Syriza erhielt seine Wählerstimmen vor allem aus den urbanen Großräumen und aus den unteren Schichten. Ein großer Teil der Mittel- und Oberschicht wählte hingegen die ND. Damit zeigten die Wahlen

eine tiefe soziale Polarisierung, wie Griechenland sie zuletzt 1974, nach dem Sturz der Diktatur, erlebt hat«, resümiert der Parteienforscher und Politikwissenschaftler Gerassimos Moschonas.

Syriza zog mit 71 von 300 Abgeordneten in das Parlament ein. Die Partei konnte den Widerstand auf der Straße, der ab dem Herbst 2012 mit neuen (General-)Streiks und Demonstrationen auflebte (unter anderem gegen den Besuch von Bundeskanzlerin Merkel im Oktober 2012 und gegen die Verabschiedung neuer Kürzungsmaßnahmen im November), nun mit größerem Nachdruck in die parlamentarische Arena tragen. Die Partei intensivierte zudem ihre konkrete Vorbereitung auf eine Regierungsübernahme. Dafür gründete sie Komitees, die die Arbeit der Ministerien kontrollieren und alternative Gesetzesentwürfe erarbeiten. Die Komitees setzen sich aus Abgeordneten, Experten, Beamten, aber auch aus Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen, um so eine enge Verbindung zu den sozialen Bewegungen zu wahren (Wainwright 2012a, 122). Gleichzeitig bemühte sich Syriza verstärkt darum, Bündnisse mit politischen Kräften in anderen europäischen Ländern zu knüpfen. Im Inland wurden zudem die Bemühungen für eine Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung sowie die Unterstützung für die selbstorganisierten Solidaritätsstrukturen wichtiger.

#### **4.7 Räume sozialer Transformation: Selbstverwaltete Solidaritätsstrukturen**

In der Krise und vor allem nach den Platzbesetzungen 2011 sind überall in Griechenland selbstverwaltete Solidaritätsstrukturen entstanden. Nachbar\_innen, politische Aktivist\_innen unterschiedlicher Strömungen oder Arbeitslose organisieren Märkte ohne Mittelsmänner, betreiben Kliniken oder Arztpraxen, in denen Einwohner\_innen aus allen Bevölkerungs- und Altersgruppen kostenlos behandelt werden, helfen mit Lebensmitteln aus, bieten Unterricht für Kinder von Migrant\_innen, kulturelle Aktivitäten oder auch Rechtsberatungen an und haben in einzelnen Ortsteilen oder Gemeinden Anlaufstellen geschaffen. Die Initiativen verstehen sich nicht als Ersatz für die wegbrechenden wohlfahrtsstaatlichen Strukturen oder als Almosenverteiler. Sie eint ein explizit politischer Anspruch. »Das ist keine Philanthropie, die wir hier machen. Es sind Orte, an denen wir zusammenkommen, um uns zu organisieren und gemeinsam zu kämpfen. Die Initiativen und ihre Aktivist\_innen, beispielsweise die der solidarischen Kliniken, un-

terstützen die Streiks im Gesundheitswesen. Wir reden mit den Patient\_innen über Politik und fordern sie auf, mit uns auf die Straße zu gehen. Einige tun das dann auch, und sie tun es zum ersten Mal in ihrem Leben«, sagt Eleni Chatzimichali, die sich im Athener Büro der Initiative Solidarity4all (siehe dazu weiter unten) um die solidarischen Kliniken kümmert. Die meisten selbstverwalteten Solidaritätsstrukturen prägt eine große Offenheit und ein basisdemokratisches Selbstverständnis: Sie richten sich ausdrücklich nicht an einen geschlossenen Zirkel politisch Gleichgesinnter und fällen wichtige Entscheidungen auf Vollversammlungen. Sie alle eint die Ablehnung der Austeritätspolitik und eine Kritik an der herkömmlichen Funktionsweise der Ökonomie und des Staates in Griechenland. Als unabhängige Graswurzelinitiativen lehnen sie Finanzierungen über Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen, NGOs, kommunale, staatliche oder europäische Institutionen ab. Die KKE lehnt die Initiativen gleichwohl ab, weil sie den Sozialstaat entlasten würden (Rakowitz 2013).

Ausgangspunkt für die Welle an Solidaritätsinitiativen war unter anderem die »Kartoffelbewegung«, die im Februar 2012 in Katerini begann, einer kleinen Stadt in Nordgriechenland. In der Krise waren zwar die Haushaltseinkommen gesunken, die Lebensmittelpreise jedoch gestiegen. Unter anderem, weil etliche Händler\_innen Nahrungsmittel wie Kartoffeln horteten. »Das war der Moment, in dem Aktivist\_innen in Katerini direkt mit den Produzenten, den Bauern, in Kontakt getreten sind und sie überzeugt haben, die Kartoffeln ohne Zwischenhändler an die Menschen zu verkaufen. Es wurden Märkte organisiert, zum Teil auf den Marktplätzen der Kleinstädte oder Dörfer, und die Bauern haben ihre Erzeugnisse direkt vom Lastwagen herunter verkauft. Die ganz normalen Bürger haben das Angebot überwältigend schnell angenommen«, erzählt Kostas Veniotis, der im Athener Büro von Solidarity4all die Märkte ohne Mittelsmänner vernetzt. Das Beispiel machte schnell Schule, da sowohl die Bauern als auch die Konsument\_innen davon profitierten: Letztere konnten billiger Kartoffeln einkaufen, die Bauern hingegen erzielten durch die Ausschaltung der Mittelsmänner immer noch einen höheren Gewinn als zuvor und entkamen dem Abhängigkeitsverhältnis mit den Händler\_innen. »Die Märkte funktionieren auch so gut, weil es in Griechenland eine kleinbäuerliche Landwirtschaftsstruktur gibt und immer noch einen Bezug zu regionalen Produkten, auch, wenn dieser Bezug durch immer mehr Lebensmittelimporte nachgelassen hat. Es ist also auch eine Rückbesinnung auf das, was wir hier in Griechenland gut produzieren können, statt es teuer und von weiter her einzufüh-

ren«, sagt Veniotis. Mittlerweile gibt es in ganz Griechenland über 50 solidarische Märkte ohne Mittelsmänner und längst werden dort nicht nur Kartoffeln, sondern auch viele andere Obst- und Gemüsesorten oder Olivenöl verkauft. Insgesamt beteiligten sich Mitte 2013 laut Kostas Veniotis rund 3.500 Produzent\_innen an den Märkten, darunter einige lokale Kooperativen und viele kleine Erzeuger.

Die Initiativen arbeiten dabei auf zwei Ebenen, wie es ein älterer Grieche auf dem Alternativengipfel Alter Summit ausdrückte, auf dem im Juni 2013 in Athen Aktivist\_innen aus verschiedenen europäischen Ländern zusammentrafen. »Es gibt die ganz konkrete Situation der Not, es fehlt an Essen, an medizinischer Versorgung. Aber darüber hinaus sind die Initiativen Orte, an denen Menschen, Nachbarn, zusammenkommen. Wir reden über Politik, wir veranstalten kulturelle Aktivitäten, wir entdecken, zu was wir fähig sind, bilden stabile Netzwerke und die Vision einer anderen Ökonomie.« Nicht zuletzt seien die Orte ein Bollwerk gegen den in Griechenland erstarkenden Neofaschismus: »Die Goldene Morgenröte schafft es bisher nur, immer wieder punktuelle Aktionen wie Lebensmittelverteilungen medienwirksam zu inszenieren, eine wirkliche Solidaritätsstruktur von unten bekommen sie nicht aufgebaut. Wir schon. Es ist das Feld, auf dem wir expandieren müssen, um diese Räume zu besetzen, um Alternativen anzubieten, um die Menschen in den Stadtvierteln zu erreichen, die in der Krise verzweifelt sind und zum Teil sehr einfache Antworten darauf haben, wer die Schuldigen sind«, so eine junge Aktivistin im Solidarity Village des Alter Summit. Der Slogan der Bewegung bringt das Selbstverständnis auf den Punkt: »Niemand wird in der Krise allein gelassen.« (Solidarity4all 2013)

Die gegenseitige Hilfe kann dabei an eine in Griechenland immer noch verbreitete Tradition familiärer oder nachbarschaftlicher Hilfe anknüpfen. Viele Griech\_innen spenden in der Krise für die Projekte. Sie überlassen ihre Bestände an Medikamenten den solidarischen Kliniken und Arztpraxen oder sie kaufen im Supermarkt etwas mehr ein und geben einen Teil davon an die Aktivist\_innen der Solidaritätsstrukturen weiter, die regelmäßig vor den Supermärkten stehen und Spenden einsammeln.

Die Solidaritätsstrukturen mobilisieren ein eindrucksvolles Netz an Unterstützung und politischen Knotenpunkten. Allein das Zentrum Mirmigi, was übersetzt »Ameise« heißt, verteilt im Athener Stadtteil Kipselis pro Woche Lebensmittel an rund 300 Familien. Darunter sind viele Familien mit Migrationshintergrund, die unter der Krise oft am meisten leiden. Diese

Verknüpfung zur Lebenssituation von Migrant\_innen bzw. neu im Land gestrandeten Flüchtlingen ist in vielen Projekten präsent. So gründete sich eine der ersten solidarischen Kliniken in Thessaloniki ursprünglich zur Unterstützung von Flüchtlingen während eines Hungerstreiks (Rakowitz 2013). Doch in der Krise öffneten sich die neu entstandenen Kliniken für alle Bürger\_innen. Denn bereits drei Millionen Menschen, so schätzte die Organisation Ärzte der Welt im Dezember 2013, haben keine Krankenversicherung mehr. Und selbst diejenigen, die noch abgesichert sind, werden nicht mehr ausreichend versorgt. Denn durch die Kürzungen ist das öffentliche Gesundheitssystem heruntergewirtschaftet worden. Es fehlt an allem: an Medikamenten, Verbandsmaterial, Ärzten, Pflegern und Zeit für Behandlungen (ebd.; Kentikelenis et al. 2011; Martalis 2012, 50).

Immer mehr Menschen suchen deswegen eine der 40 solidarischen Kliniken im Land auf. Die Belegschaft der Kliniken setzt sich ausschließlich aus unbezahlten Aktivist\_innen zusammen. Freiwillige aus nicht-medizinischen Berufen organisieren Arztschichten, versuchen, neue Mediziner\_innen für die Klinik zu gewinnen, sammeln Medikamentenspenden aus der Bevölkerung ein oder finden Wege, Patient\_innen in offiziellen Kliniken unterzubringen. »Wir können ja nur eine Basisversorgung bieten. Wichtige Geräte oder auch die Möglichkeit für Laboruntersuchungen fehlen uns«, sagt Alexandra Pavlou, eine arbeitslose Übersetzerin, die in einer der solidarischen Kliniken im Zentrum von Athen arbeitet. Immer wieder gelingt es in Einzelfällen über Kontakte und eine direkte Ansprache, Ärzt\_innen oder Angestellte in offiziellen Krankenhäusern dazu zu überreden, einzelne Patient\_innen unter der Hand für eine Behandlung oder Untersuchung »einzuschmuggeln«. »Es gibt unter den griechischen Ärzt\_innen eine linke Tradition. Dazu kommt, dass viele Ärzte es mit ihrem Berufsverständnis nicht vereinbaren können, Menschen, die krank sind, abzuweisen«, sagt Pavlou. Die Ärzt\_innen der solidarischen Kliniken wiederum sind entweder selbst arbeitslos oder verrichten ihre Dienste in den solidarischen Kliniken nach ihren normalen Schichten in den offiziellen Krankenhäusern. Die Krise hat viele Mediziner\_innen (re-)politisiert. Auch Dimitris Parthenis, der als Student in der Linken aktiv war, bis er sich frustriert von der Politik abwandte: »Ich habe gesehen, was in der Krise passiert, und mir war klar, ich kann nicht mehr sagen, ich bin links, wenn ich mich jetzt nicht einmische. So geht es vielen Ärzten.« Um eine Klinik am Laufen zu halten, sind Dutzende von Menschen im Einsatz. Allein in der kleinen solidarischen Klinik in der Kanningosstraße im Zentrum von Athen, wo Parthenis arbeitet, sind rund 100

Freiwillige aktiv, in der größten Klinik Athens, im Stadtteil Elliniko, sind es rund 200. Die Klinik von Elliniko hat allein im Jahr 2013 über 17.500 Konsultationen realisiert (Metropolitan Community Clinic at Elliniki, 2013; Kremer/Badawi 2013).

### **Ein Knotenpunkt im Netzwerk – Solidarity4all**

Um die zahlreichen selbstverwalteten Solidaritätsinitiativen zu vernetzen und einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen, gründete sich Ende 2012 Solidarity4all. Der Zusammenschluss, der ein Büro im Zentrum Athens unterhält, versteht sich explizit nicht als Koordination aller Solidaritätsstrukturen. »Wir bieten da, wo wir können, Hilfestellung. Aber alle Initiativen haben ihre eigene Logik und Autonomie«, sagt Christos Giovanopoulos, der bei Solidarity4all aktiv ist. Solidarity4all versteht sich als ein Angebot an die existierenden Initiativen, denen man auf unterschiedliche Art und Weise Unterstützung bietet, und als ein »Vernetzungsknotenpunkt«, wie Eleni Chatzimichali erzählt. Im Athener Büro finden regelmäßig Treffen von Aktivist\_innen aus verschiedenen Projekten statt.

Solidarity4all hat den Anspruch, jede selbstverwaltete Solidaritätsinitiative, die sich in der Krise organisiert, sichtbar zu machen. Die Gruppe führt deswegen alle Initiativen – mittlerweile rund 270 an der Zahl – auf einer eigenen Internetseite auf. Dabei spielt es keine Rolle, aus welchem (linken) Spektrum die Gruppen kommen. Dieser Ansatz ist von Bedeutung, weil Solidarity4all auch mit Syriza verknüpft ist. Die Partei unterhält einen Solidaritätsfonds, der sich vor allem aus den 20-prozentigen Abgaben auf die Gehälter der derzeit 71 Parlamentsabgeordneten speist (mindestens weitere 20% führen die Abgeordneten darüber hinaus an Syriza ab). Auf Gelder dieses Fonds, mit denen Solidaritäts- und andere politische Initiativen unterstützt werden, hat Solidarity4all Zugriff. Abgeordnete von Syriza sitzen im Vorstand des Fonds, in dem auch Vertreter\_innen von Solidarity4all eine beratende Funktion einnehmen. »Wir kommunizieren offen, dass Solidarity4all diesen Bezug zu Syriza hat. Aber die Initiativen arbeiten unabhängig von uns, sie gehören uns nicht, sie treffen ihre eigenen Entscheidungen. Auch wenn natürlich einzelne Syrizamitglieder unter vielen anderen Menschen dort aktiv sind. Wenn die Gruppen bei irgendetwas Hilfe brauchen, können sie bei uns anfragen«, erklärt Christos Giovanopoulos. Ein Grundsatz von Solidarity4all ist es, kein Geld zu geben, um Lebensmittel oder Medikamente zu kaufen, sondern einmalige Hilfen zu bieten, damit Gruppen ihre Arbeit beginnen oder ausbauen können. »Vorher klären

wir ab, ob die Initiativen diese Dinge nicht auch über die Mobilisierung anderer Zusammenhänge erhalten können. Und wenn es sinnvoll ist, müssen sich die Initiativen dazu verpflichten, ihre Anschaffung mit anderen Projekten in der Nachbarschaft zu teilen«, sagt Giovanopoulos.

Geld sei dabei nicht das Wichtigste, betont Kostas Venitios von Solidarity4all. Mit den Geldern der Parlamentsabgeordneten, rund 800.000 Euro im Jahr, könnten ein Jahr lang 250-300 Menschen mit Lebensmitteln versorgt werden, hat er überschlagen. »Aber allein ein einzelnes Zentrum oder ein Markt versorgen oft mehrere hundert Personen in der Woche. Die Solidarität wird nicht in erster Linie über Geld aktiviert.«

Das Verhältnis von Solidarity4all bzw. der Solidaritätsbewegung zu Syriza ist nicht immer konfliktfrei. »Natürlich gibt es einzelne Abgeordnete, die hätten es lieber, dass die Solidaritätsinitiativen als Vorfeldorganisation der Partei funktionieren würden. In vielen Initiativen sind ja auch Parteimitglieder engagiert oder Gruppen treffen sich in Räumen, die der Partei gehören, weil es keine anderen Räume gibt. Aber weder sind die Gruppen so etwas wie Vorfeldorganisationen, noch ist das unser politischer Anspruch. Und das hat die Partei bisher auch verstanden«, betont Christos Giovanopoulos. Solidarity4all bzw. die Solidaritätsstrukturen seien ein »dynamischer Hybrid«, führt er weiter aus, »es sind Initiativen zwischen einer sozialen und politischen Organisation, ein Ort der Selbstorganisation, der sich immer wieder verändert und an dem Leute aller möglichen politischen Richtungen andocken oder auch Menschen, die keinem politischen Label zuzuordnen sind«. Vorwürfen oder Ängsten, Syriza werde nach einem möglichen Wahlsieg die solidarischen Initiativen instrumentalisieren oder die Unterstützung reduzieren, begegnet Solidarity4all mit einer offenen Aussage: »Es gibt diese Gefahr der Vereinnahmung, die gibt es immer. Wir sind uns dessen bewusst und stellen uns dieser Herausforderung schon jetzt in der täglichen Arbeit. Aber im Vergleich zu allem, was Griechenland bisher an Beziehungen zwischen einer Bewegung auf der Straße und einer Partei gesehen hat, erleben wir einen riesigen Fortschritt, ein Experiment der Nicht-Dominanz, der gegenseitigen Lernprozesse und Unterstützung zwischen Partei und Bewegung«, sagt Christos Giovanopoulos.

Lernprozesse bedeuten dabei auch, dass Solidarity4all Erfahrungen aus der Arbeit in Syriza einspeist, beispielsweise, wie künftig eine andere Gesundheitsversorgung strukturiert sein könnte und welche Anforderungen und Alternativen in der Landwirtschaftspolitik existieren. Im Gegenzug bietet die Partei eine Art erweiterten Schutzraum für die Initiativen. So ma-

chen sich Abgeordnete für Projekte stark, die von staatlichen oder kommunalen Stellen bedrängt werden. Denn die wachsende Zahl und Bekanntheit von Solidaritätsinitiativen ruft bei den Behörden Widerstände hervor. Immer wieder versuchen kommunale Stellen, Märkte ohne Mittelsmänner zu verhindern. Im Oktober 2013 wurde zudem in Thessaloniki ein Markt ohne Mittelsmänner und in Athen die solidarische Klinik in Elliniko sowie ein Büro der Hilfsorganisation Ärzte der Welt durchsucht. Die Vorwürfe lauteten unter anderem auf Steuerhinterziehung und erwiesen sich als haltlos. Bisher konnten sich die Initiativen erfolgreich gegen die Repression wehren: Sie nutzen juristische Schlupflöcher – so dürfen die Bauern zwar keine eigenen Marktstände aufbauen, ihre Ware aber vom Lastwagen herunter verkaufen – oder können allein durch den Zulauf aus der Bevölkerung Verbote politisch verhindern. »Das ist ein Kräftemessen auf einem Feld, das ständig in Bewegung ist. Der Regierung und manchen Kommunen sind die Solidaritätsinitiativen ein Dorn im Auge, weil sie zu groß geworden sind und von ihnen politische Organisierungen und Proteste ausgehen. Wir beobachten auch verstärkte Bemühungen, dass ›offizielle‹ Institutionen, zum Teil von der EU gesponsert, in Griechenland mit humanitärer Arbeit Fuß fassen wollen. Aber bisher war die Bewegung stark genug, um sich zu behaupten«, sagt Christos Giovanopoulos.

Um die Bewegung zu stärken, hat Solidarity4all auch einen Aufruf zu einer internationalen Solidaritätskampagne gestartet (Solidarity4all 2013). Die Solidaritätskampagne wurde u.a. auf dem Alternativengipfel Alter Summit im Juni 2013 in Athen breiter diskutiert. Dort knüpften die Aktivist\_innen griechischer Solidaritätsstrukturen Kontakte mit Aktivist\_innen von Genossenschaften, sozialen Zentren oder selbstverwalteten Projekten aus dem europäischen Ausland. Mit dem Aufruf aus Griechenland will man im Ausland nicht nur Geld oder Sachspenden mobilisieren. Es ist auch eine Aufforderung, sich mit den Solidaritätsstrukturen in Griechenland zu vernetzen, die Auswirkungen der Krise und die politischen Organisationsansätze in Griechenland in anderen Ländern bekannt zu machen und gemeinsam Erfahrungen und Strategien zu diskutieren. Solche Vernetzungen seien unerlässlich, um über europäische Grenzen hinweg politische Handlungsmacht aufzubauen und eine solidarische Unterstützung für die Kämpfe der griechischen Bevölkerung zu schaffen, ist ein Kalkül hinter der Initiative. Sei es für den Fall, dass einzelne Projekte in Griechenland von Repression betroffen sind – oder wenn Syriza eines Tages tatsächlich an die Regierung kommen sollte.



Die selbstverwalteten Solidaritätsstrukturen sind dabei mehr als nur Orte zur Linderung der alltäglichen Not oder der Organisierung von Widerstand gegen die Austeritätspolitik. Sie sind zugleich auf verschiedenen Ebenen Räume der sozialen Transformation. Sie erproben Konzepte der Produktion, des Austausches und der Daseinsvorsorge, die den Rahmen der existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse überschreiten. Damit bieten sie ein wichtiges Feld der Erfahrung und des Experimentierens, auf dem sich politische und soziale Alternativen in reale Praxis übersetzen. Die Initiativen zeigen zudem einem nicht geringen Teil der Bevölkerung, dass Solidarität keine leere Worthülse ist, sondern von sozialen Bewegungen und der Linken in Griechenland im Alltag organisiert wird. Und noch etwas ist wichtig: In den Initiativen werden Formen direkter Demokratie gelebt. Dies sei auch für eine mögliche Regierungsübernahme der Linken und die angestrebte Transformation des Staates und seiner Institutionen bedeutsam, betonen Christos Laskos, Mitglied im politischen Sekretariat von Syriza, und Euclid Tsakalotos, Syriza-Parlamentsabgeordneter: »Das Ziel ist es, dass solch ein Konzept [alternativer Praxen, d. Autorin] nicht nur das Denken über kooperative und selbstverwaltete Strukturen im Herzen der Produktion beeinflusst, sondern auch über den Staat an sich ... In Griechenland existiert selbst unter progressiven Teilen der Bevölkerung eine weitverbreitete Skepsis darüber, ob der existierende Staat zum Motor für Veränderungen werden kann, die in die gewünschte Richtung gehen. Darin spiegeln sich nicht nur die Erfahrungen so vieler Jahre neoliberaler Hegemonie wider. Die Bevölkerung hat auch einen hierarchischen, ineffizienten, klientelistischen und autoritären Staat erlebt ... Wie man solch einen Staat herausfordert, wie man ihn demokratisiert, wie man ihn sensibel macht gegenüber sozialen Bedürfnissen und mit Formen direkter Demokratie verknüpft, ist eine der wichtigsten Fragen für die griechische Linke.« (Laskos/Tsakalotos 2013, 144; zum klientelistisch deformierten griechischen Staat Müller/Schmidt 2010, 279-286).

#### **4.8 Betriebsbesetzungen: Neue (Re-)Produktionsformen und Momente der Verdichtung des Widerstands**

Die Erzählung über die Widerstandsformen in Griechenland bliebe unvollständig, nähme sie nicht auch die Besetzung von Betrieben durch Belegschaften in den Blick. Doch deren Anzahl ist in Griechenland bisher über-

schaubar geblieben – ganz anders als beispielsweise in Argentinien, wo mit der Wirtschaftskrise ab 2001 die Anzahl der selbstverwalteten Betriebe zeitweise auf 180 anwuchs. In Argentinien existierte jedoch bereits vor der Krise eine Geschichte und Praxis solcher Aneignungen. In Griechenland hingegen fehlen diese Erfahrungen weitgehend. Dazu kommt, dass viele in der Krise geschlossene Betriebe wegen des brachliegenden Binnenmarktes auf eine Möglichkeit zum Export angewiesen wären. Dafür aber verweigert die Regierung die nötigen Papiere. Gleichwohl ist es zu einzelnen Besetzungen gekommen, die landesweit und international große Beachtung fanden. Der Fall der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt Elleniki Radiofonia kai Tileorasi (ERT) führte dabei zu einer breiten politischen Mobilisierung im Land und einem außergewöhnlichen Moment der Verdichtung des Widerstands.

Über die Grenzen Griechenlands hinaus bekannt geworden ist die bereits seit Mitte 2011 besetzte Baustofffabrik Viomichaniki Metalleftiki (VIO. ME) in Thessaloniki, in der seither rund 40 Arbeiter\_innen Reinigungsmittel auf ökologischer Basis produzieren (ausführlich Dohm/Malamatinas 2013; Anagnostou 2013; Diakoptes 2013). Nachdem die Besitzer im Mai 2011 Konkurs anmeldeten und die Fabrik dichtmachten, entschloss sich die Belegschaft, den Betrieb zu übernehmen und als Kooperative unter Arbeiter\_innenkontrolle weiterzuführen. In den ersten Monaten schützten sie den Maschinenpark vor Demontage und bekamen durch einen Gerichtsbeschluss zumindest einen Teil der alten Lagerbestände als Ersatz für ausstehende Löhne zugesprochen. Die Belegschaft trug ihren Kampf bald über die Fabrikgrenzen hinaus: »Eine städtische Versammlung zur Unterstützung von VIO.ME wurde zum entscheidenden Raum künftiger Strategiebestimmung und Verwaltung. Die Produktion von VIO.ME war damit zur öffentlichen Angelegenheit geworden.« (Dohm/Malamatinas 2013, 55) Durch Sach- und Geldspenden konnten sich die Arbeiter\_innen nach dem Auslaufen des in Griechenland befristeten Arbeitslosengeldes in der ersten Zeit über Wasser halten. Im Februar 2013, und auch mit der Unterstützung externer Ökonomen, nahm VIO.ME die Produktion von Reinigungsmitteln auf, da der Binnenmarkt für Baustoffprodukte in Griechenland brachliegt und für einen Export solcher Produkte die legalen Genehmigungen fehlen. Um die besetzte Fabrik hat sich mittlerweile eine griechenlandweite und darüber hinaus in ersten Ansätzen europaweite Unterstützerbewegung organisiert. Sogar Delegationen der besetzten argentinischen Fliesenfabrik Zanón fanden ihren Weg zu VIO.ME, ebenso wie Unterstützer\_innen aus

den USA. Derzeit vertreibt die Belegschaft einen großen Teil ihrer Produkte über die Netzwerke der selbstverwalteten Solidaritätsstrukturen, beispielsweise die Märkte ohne Mittelsmänner, denn ein Vertrieb über die Supermärkte ist bisher nicht möglich. Gleichzeitig ist der Verkauf über die Solidaritätsstrukturen auch das Ergebnis einer Suchbewegung, wie »Produkte einer solidarischen (Re-)Produktionsökonomie unter direktdemokratischen Bedingungen vertrieben werden können... Das Produkt wirkt auch als Ideenträger, der wandert, und dies hoffentlich bald über die griechischen Grenzen hinaus: Direkt-demokratische Prozesse wie Vollversammlungen, Selbstbestimmung und Selbstkontrolle im Bereich sozialer Reproduktion bilden die Grundlage einer potenziellen Gegenbewegung gegen die Austeritätspolitik und Krisenverarbeitung von oben« (ebd., 56). Die Belegschaft von VIO.ME setzt aber auch ganz konkret darauf, dass Kooperativen, solidarische und politische Zusammenschlüsse und soziale Zentren in anderen europäischen Ländern VIO.ME-Produkte verkaufen, um die Belegschaft in Griechenland finanziell zu unterstützen. Dies ist umso dringlicher, als die Beschäftigten von VIO.ME regelmäßig von Räumung bedroht sind und immer noch dafür kämpfen, ohne Altschulden als Eigentümer der Fabrik anerkannt zu werden.

Im Februar 2012 weitete sich das Experiment Selbstverwaltung auch auf die Medienlandschaft aus. Nachdem die traditionsreiche, linksliberale Tageszeitung *Eleftherotypia* Insolvenz beantragt hatte, brachte ein Teil der Redakteure die Zeitung schließlich in Eigenregie unter dem Namen »Zeitschrift der Redakteure« (*Efimerida ton Syntakton*) heraus. Die 1975 gegründete *Eleftherotypia*, die als eine der wenigen Medien in Griechenland von einem Verlag herausgegeben wird, der nicht von den großen Unternehmersdynastien abhängig ist, war im Dezember 2011 zum letzten Mal erschienen. Bereits seit Juli 2011 hatten die Redakteur\_innen keine Gehälter mehr bekommen und daraufhin die Zeitung teilweise bestreikt. Ein Teil von ihnen gründete schließlich eine Genossenschaft, verzichtete vorübergehend auf Löhne und brachte ab Februar 2012 die »Zeitung der Redakteure« heraus. Seit Januar 2013 erscheint auch die ursprüngliche *Eleftherotypia* wieder mit abgespeckter Mannschaft. Die »Zeitung der Redakteure« versucht derweil, durch ihre Genossenschaft und Einlagen ihrer Leser- und Unterstützer\_innen die Existenz der Zeitung unter schwierigen Bedingungen auf Dauer zu stellen (ausführlicher Wilkens 2013; Tsomou 2012).

Für einen großen Moment der Verdichtung des Widerstands in Griechenland sorgte Mitte 2013 die Schließung und anschließende Besetzung

der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt ERT. Am 11. Juni 2013 verkündete die Regierung überraschend, sie werde wenige Stunden später die Signale der 1938 gegründeten Rundfunkanstalt kappen. ERT sei, so die Begründung, ein Hort der Verschwendung und Korruption, und man plane, einen neuen, abgespeckten Sender zu eröffnen.<sup>54</sup> 2.700 fest angestellte Mitarbeiter\_innen sowie hunderte Selbstständige wurden von einem auf den anderen Moment arbeitslos oder standen ohne Aufträge da. Die Maßnahme, in die Ministerpräsident Antonis Samaras von der ND seine Koalitionspartner PASOK und Dimar nicht eingeweiht hatte, wurde per Notverordnung am Parlament vorbei verfügt. Die Antwort ließ jedoch nicht lange auf sich warten. Innerhalb weniger Stunden folgten tausende Athener\_innen dem Hilferuf der Belegschaft und fanden sich auf dem großen Gelände der kurzerhand besetzten Sendezentrale im Norden der Hauptstadt sowie beim Sender in Thessaloniki ein (vgl. Avgeropoulos 2013a; Wainwright 2013b; Völpel 2013c). »Es geht nicht um ERT, es geht um die Demokratie« war der Slogan, der die Proteste motivierte. Die Schließung von ERT brachte die Bewegung im Juni 2013 wieder in ihrer ganzen Bandbreite auf die Straße. Tausende harrten in den folgenden Tagen und Nächten auf dem Sendegelände aus, das weite Spektrum der linken außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen, die Syntagmabesetzer\_innen sowie die Oppositionsparteien, Syriza, aber auch die KKE, sowie die Gewerkschaften fanden dort zusammen. In kürzester Zeit begann eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Rundfunkbediensteten und den Aktivist\_innen der unterschiedlichen politischen Organisationen. Auf dem Sendegelände wurden Bühnen und Übertragungswagen installiert, im Sender alternative Programmschienen entwickelt, Vollversammlungen und Koordinationsrunden zwischen der Mediengewerkschaft, der Belegschaft sowie Vertreter\_innen aus den linken Parteien und Bewegungen installiert. Mit dem Wissen der Syntagmabesetzer\_innen brachten die ERT-Beschäftigten Livestreams ans Laufen, um das Programm auch nach dem Kappen der regulären Sendefrequenzen per Internet verbreiten zu können. An den Wochenenden organisierten Besetzer\_innen Kulturprogramme und politische Diskussionsrunden, zu denen die Athener\_innen zu Tausenden mit

---

<sup>54</sup> Die Begründung erwies sich rasch als unhaltbar. ERT hatte seit 2010 bereits die Entlassung von rund 1.500 Beschäftigten erlebt und erwirtschaftete Überschüsse, die in den Staatshaushalt flossen (zu den Hintergründen der Schließung Kadritzke 2013a, 2013b, 2013c; Batzoglou 2013).

ihren Familien erschienen. Die Gewerkschaften riefen zu einem 24-stündigen Generalstreik und einer Demonstration auf, an der sich mehrere zehntausend Menschen beteiligten, Beschäftigte privater Medien zeigten sich solidarisch, indem sie sich einem mehrtägigen Streik der Medienarbeiter\_innen anschlossen.

Die mit den Koalitionspartnern nicht abgesprochene Schließung des Rundfunksenders und die Breite des Widerstandes im In- und Ausland, wo es zu etlichen Protestkundgebungen kam, brachte die Regierung kurz vor den Kollaps. Die Möglichkeit von Neuwahlen wurde selbst in der konservativen Presse breit diskutiert. Der kleinste Koalitionspartner, die Dimar, erklärte schließlich ihren Austritt aus der Regierung. Da die PASOK jedoch zur Regierung stand, konnten Samaras und die ND Neuwahlen abwenden. Ihre Mehrheit im Parlament schmolz jedoch bis auf wenige Stimmen dahin. Die Besetzung des Senders ging noch fünf Monate weiter, bis die Regierung im November 2013 den Befehl gab, ERT zu räumen. Bis dahin hatte die Belegschaft rund um die Uhr ein alternatives Programm auf die Beine gestellt und monatelang selbstorganisiert und basisdemokratisch einen neuen Rundfunk erprobt. Die ERT-Medienarbeiter\_innen knüpften Bündnisse und kamen in Kontakt zu einer für viele neuen Realität politischer Organisation von unten. Die Sendeschienen öffneten sich für Stimmen aus der Bevölkerung, darunter für die Arbeiter\_innen der besetzten Fabrik VIO.ME oder für Anwohner\_innen, die sich gegen den Goldabbau auf der Halbinsel Chalkidiki<sup>55</sup> wehren. Die Kritik der ERT-Belegschaft an der Regierung und am Kürzungskurs radikalisierte sich. Bis zur Räumung des Senders hörten im Schnitt eine Million Griech\_innen im In- und Ausland das Programm des Piratensenders ERT, das schon bald nach der Besetzung von der Europäischen Rundfunkunion live ins Internet übertragen worden war.

Doch so sehr die unterschiedlichen Gruppen und Aktivist\_innen innerhalb kürzester Zeit ihren Widerstand koordiniert hatten und Syriza den Konflikt in das Parlament trug, gelang es nicht, vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen. Ein Grund dafür lag auch darin, dass die PASOK mit dem Rücken zur Wand steht: Die einst mächtige sozialdemokratische Partei läuft bei

---

<sup>55</sup> Der breite Widerstand gegen die Ausweitung des Goldabbaus auf der Halbinsel bzw. in den Wäldern von Skouries ist griechenlandweit zu einem Symbol und viel diskutierten Beispiel für den Kampf gegen umweltzerstörenden Rohstoffextraktivismus sowie die ungleiche Verteilung des Nutzens und der Lasten aus solchen Projekten geworden (ausführlich Stefanidis/Batzoglou 2013; Avgeropoulos 2013b; <http://soshalkidiki.wordpress.com>; <http://antigoldgr.wordpress.com>).

Neuwahlen Gefahr, auf eine mickrige einstellige Prozentzahl zusammenzuschrumpfen oder gar völlig in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Sie klammert sich darum mit aller Verzweiflung an die Regierung.

#### **4.9 Die Perspektive: den Bruch mit der Austeritätspolitik und die Transformation im und über den Staat hinaus organisieren**

Die Ereignisse um die Besetzung und Verteidigung des Fernseh- und Rundfunksenders ERT zeigten, dass ein großer Teil der Linken und der Bewegungen im Widerstand gegen die Austeritätspolitik unter anderem ein Ziel eint: der Sturz der Regierung, um den Weg frei zu machen für eine politische Alternative. Wie diese Alternative genau aussehen soll und ob Syriza die hochgesteckten Erwartungen erfüllen könnte, ist in der Linken umstritten. »Aber das hält viele nicht davon ab, für eine linke Regierung zu kämpfen oder dieses Ziel im Hinterkopf zu haben. Was danach kommt, müssen wir dann sehen. Aber uns mit der Opposition begnügen, diesen Luxus können wir uns nicht leisten. Es geht für viele nicht mehr um die Frage, ob Syriza reif wäre, die Regierung zu stellen, sondern darum, wann Syriza es tun kann. Je länger es dauert, desto mehr verschärft sich die soziale Situation, umso verzweifelter wird die Lage, desto mehr Fakten werden beim Umbau des Landes geschaffen«, sagt die Aktivistin Alexandra Pavlou. Auch Pavlou weiß, dass die Gefahr des Scheiterns einer linken Regierung groß ist: »Syriza oder allgemein gesprochen eine linke Regierung wird eine einzige Chance haben. Und wenn sie die nicht nutzen kann, wird es für die Linke eine zerstörerische Niederlage sein. Aber was ist die Alternative?«

Doch wie will Syriza unter der Annahme, die Partei käme tatsächlich an die Regierung, ein Bruch mit dem Alten gegen alle erwartbaren Widerstände organisieren? Wer sollen die Protagonist\_innen solch eines Bruchs sein? Welche Strategien hat man konkret für eine Konfrontation mit den Gläubigern und der Troika, welche Kontroversen gibt es darüber?

Fest steht: Die Partei hat ein Programm für einen radikalen ökonomischen, sozialen und politischen Wandel erarbeitet (Syriza 2012, 2013). »Der Ausdruck ›Syrizas Programm‹ kann dabei leicht in die Irre führen. Es ist kein Parteiprogramm, das auf herkömmliche Weise in irgendwelchen Hinterzimmern beraten und beschlossen wurde. Wir haben Kanäle zwischen der Partei und der Bewegung geöffnet, um gemeinsam innerhalb und außerhalb der Partei zu erarbeiten, was unsere Agenda für den Wan-

del ist. Dieser Diskussionsprozess hatte schon vor der Krise begonnen, er hat sich in der Krise intensiviert, und er ist nicht abgeschlossen«, sagt Tasos Koronakis, im politischen Sekretariat Syrizas für Organisationsfragen zuständig.

Syriza streitet nicht nur für ein Ende der Austeritäts- und Privatisierungspolitik, eine schnelle Linderung der größten sozialen Not im Land und eine Neuverhandlung und Minderung der Schuldenlast, sondern auch für einen radikalen wirtschafts- und verteilungspolitischen Kurswechsel, ein neues Entwicklungsmodell und einen weitreichenden Prozess gesellschaftlicher und institutioneller Demokratisierung (ebd.). Eine linke Regierung soll dabei im Zusammenspiel mit den Bewegungen Veränderungen erkämpfen, die mehr sind als »Keynes plus mehr staatliche Regulierung« (Laskos/Tsakalotos 2013, 136).

Das Erringen von Regierungsmacht wird dabei nur als ein unerlässlicher Zwischenschritt verstanden: »Die radikale Transformation von Machtverhältnissen zugunsten der Subalternen kann nicht funktionieren, indem man sich zuerst in der Zivilgesellschaft engagiert und dann, als letzten Schritt, wenn die Ideen und Ziele der Linken Hegemonie erlangt haben, die staatliche Macht erringt... Soziale Kämpfe in der Zivilgesellschaft und soziale Kämpfe im Staatsapparat selbst müssen sich gegenseitig stärken... Wenn man die Regierung gewonnen hat, hat man noch nicht die staatliche Macht errungen, geschweige denn die ökonomische oder soziale Macht. Aber eine Regierungsübernahme kann dabei helfen, die Machtverhältnisse zu verändern.« (Milios/Triandafilidou 2013) Strategische Überlegungen, wie politische Macht errungen, wie staatliche Strukturen verändert und wie das Zusammenspiel zwischen zivilgesellschaftlichen Kämpfen und Kämpfen im Staatsapparat organisiert werden kann, stehen im Zentrum vieler Debatten in Syriza. Und das nicht erst seit der Krise. Bereits in ihrem über 300 Seiten starken Programm von 2009 widmete sich die Partei ausführlich der Frage, wie man den Staat restrukturieren kann. Die Unterstützung für Kämpfe auf der Straße sowie das eigene Engagement in solchen Kämpfen oder die Bemühungen, neue Bewegungen mit aufzubauen, skizzieren den Weg, auf dem Syriza Möglichkeiten zur Veränderung denkt: als einen Prozess, in dem basisdemokratisch organisierte Bewegungen, die sich unabhängig von staatlicher Einflussnahme organisieren und Räume erstreiten, durch diese Kämpfe die Strukturen staatlicher Macht infrage stellen und diese in einem Prozess permanenter Konfrontation und Einflussnahme verändern. »Achtzig Prozent der gesellschaftlichen Veränderungen können

nicht durch Regierungen erwirkt werden«, fasst es Andreas Karitzis, Mitglied im Zentralkomitee von Syriza, zusammen (Wainwright 2012a, 120). Diese Überzeugung zieht sich wie ein roter Faden durch die praktische politische Arbeit, aber auch das Programm von Syriza, das als Anrufung an die Bürger\_innen zu lesen ist, zu einem aktiven Mitglied des ›demos‹ zu werden und sich den Staat wieder anzueignen (Syriza 2012, 2013). Syriza wiederum sähe als Regierungspartei eine Aufgabe darin, die nötigen Gesetzesreformen in die Wege zu leiten, um solche Aneignungsprozesse von unten zu unterstützen bzw. diese auch innerhalb staatlicher Institutionen zu ermöglichen. Das schlägt sich nicht zuletzt darin nieder, wie die Partei den Kampf gegen einen zutiefst undemokratischen und korrupten Staat, zu dem sie sich verpflichtet hat, vorantreiben will.

Die öffentliche Verwaltung soll zu mehr Transparenz und Rechenschaft verpflichtet werden und die Justiz entschieden gegen Korruption, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit vorgehen. Zudem verpflichtet sich Syriza dazu, die direkte Einflussnahme der Regierungsparteien auf den Staatsapparat drastisch zu beschneiden (ebd.). Um den Staat zu demokratisieren und klientelistische Strukturen zu bekämpfen, sollen unter anderem in Ministerien und Behörden bis auf die Ebene der Kommunalverwaltungen Elemente direktdemokratischer Mitbestimmung und Kontrolle eingeführt werden, beispielsweise Generalversammlungen der Beschäftigten. Das allgemeine Ziel ist es, einen möglichst großen Teil der Bevölkerung in einen Prozess der Re-Demokratisierung und Re-Organisation der Gesellschaft und der Wirtschaft einzubinden.

»Wir wollen den alten Staat nicht mehr, wir wollen eine neue Republik. Und an der müssen die Menschen mitarbeiten«, bringt es Theodoros Paraskevopoulos, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Fraktion von Syriza, auf den Punkt. Er ist vorsichtig optimistisch, dass solch ein Aufbruch gelingen kann. So sei beispielsweise in einem Teil der Beamenschaft die Bereitschaft groß, sich einzubringen: »Viele Staatsangestellte fühlen sich durch ihre pauschale Verurteilung, die in der Krise eingesetzt hat, erniedrigt und demotiviert. Aber sie wollen ihre Aufgabe erfüllen, sie wollen etwas leisten. Es gibt viele Finanzbeamte, die wollen eine gerechtere Steuerpolitik, die sind scharf darauf, endlich gegen Vermögende vorzugehen. Aber man muss Wege finden, um einen Teil der Angestellten wieder zu motivieren.« Auch der Philosophieprofessor und Syriza-Berater Aristides Baltas hält es für möglich, dass in Griechenland im Falle eines Wahlsiegs Syrizas aus der Bevölkerung eine große Kraft für gesellschaftliche Veränderung erwächst:



»Die griechische Gesellschaft ist ein Kochtopf, in dem es gärt, und wenn wir den Deckel abnehmen, gibt es hoffentlich eine Explosion der Kreativität, und zwar in der Art und Weise, dass die Menschen denken, wir können jetzt Häuser besetzen, Fabriken übernehmen, unsere Nachbarschaft neu gestalten. Das sollte Syriza unterstützen, das ist die Hoffnung. Denn wenn wir die Regierung übernehmen, werden wir aus dem In- und Ausland enorme Opposition gegen uns erleben. Ich glaube nicht, dass sie es schaffen, uns sofort in die Ecke zu drängen. Aber dafür müssen die Leute aktiv werden, sie müssen Dinge tun, die wir uns jetzt alle noch gar nicht vorstellen können. Es gibt viel Wut und auch Kreativität, vielleicht nicht immer politisch so klar geformte Ideen, aber Ideen, die geformt werden können. Und da spreche ich über viel mehr Menschen als nur diejenigen, die in der organisierten Linken aktiv sind.« Eine Schlüsselrolle für die Zeit nach einer möglichen Regierungsübernahme kommt dabei den bereits existierenden Strukturen von unten zu, vor allem den selbstverwalteten Solidaritätsinitiativen. Sie sollen weiterhin dabei helfen, die ärgste Not im Land zu lindern. Zugleich sollen die Projekte, von Syriza unterstützt, expandieren und neue Formen der (Re-)Produktion, des Austauschs und der Re-Demokratisierung, Mitbestimmung und Mitgestaltung erproben und aufbauen. Die sozialen Kliniken und die mit ihnen verknüpften Kämpfe im öffentlichen Gesundheitssektor geben eine Vorstellung davon, wie sich Erfahrungen aus den alternativen Strukturen in Impulse zur Transformation des öffentlichen Sektors der Daseinsvorsorge übersetzen könnten. Alternative Praktiken könnten dabei keine demokratische Planung oder gar Industriepolitik ersetzen, betonen Laskos und Tsakalotos. Aber diese Praktiken mit »radikalem Potenzial« seien eine »unerlässliche Ergänzung« (Laskos/Tsakalotos 2013, 142, 144).

Doch wenngleich viele Aktivist\_innen darin übereinstimmen, dass eine Regierungsübernahme der Linken nur eine notwendige, aber nicht ausreichende Bedingung für einen Umbruchsprozess wäre, so sehr scheiden sich die Geister an der Frage, wie die ersten Schritte eines solchen Bruchs aussehen müssten. Gruppen wie Antarsya, Aktivist\_innen aus dem trotzkistischen oder anarchistischen Spektrum, aber auch rund ein Drittel der Mitglieder Syrizas, die sich zu einem großen Teil in der Strömung »Linke Plattform« organisieren, sind der Meinung, dass ein Neubeginn in Griechenland nur durch ein Ausscheiden aus dem Euro möglich ist. Ihre Hauptargumente lauten, grob zusammengefasst: Die EU sei ein undemokratisches und imperialistisches Gebilde und aufgrund der neoliberalen Architektur der

Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) und der Gemeinschaftswährung Euro sei es nicht möglich, innerhalb des Euroraums eine progressive linke Politik durchzusetzen. Griechenland könne nur durch einen Ausstieg aus dem Euro seine »monetäre Souveränität« wiedergewinnen und durch die dann mögliche Abwertung einer landeseigenen Währung seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern.<sup>56</sup> Ein Austritt aus dem Euro sei die Voraussetzung für alle weitergehenden Reformprozesse. Eine Exit-Strategie Griechenlands könne dabei für andere verschuldete Länder Vorbild und Impuls zugleich sein, auf diesem Weg ebenfalls die neoliberale Hegemonie infrage zu stellen. Ein weiteres Argument lautet, dass Griechenland eine Konfrontation mit der Troika bzw. den europäischen Institutionen, Regierungen und Gläubigern nicht durchhalten könne, wie auch die erfolgreiche Erpressung Zyperns gezeigt habe (Sotiris 2013c, 2012b; 2012c; Lapavitsas 2012; Kouvelakis 2011).

Die »Linke Plattform« Syriza stellte auf dem letzten Parteitag im Juli 2013 bei den 3.500 Delegierten Anträge, Griechenland solle auf der vollständigen Streichung der Schulden bestehen und einen Ausstieg aus der Eurozone sowie eine Rückkehr zur Drachme als Option offenlassen und sich auf solch ein Szenario vorbereiten (Kouvelakis 2013; für Berichte zum Parteitag siehe auch Bournous 2013; Soares 2013). Die Anträge wurden abgewiesen, erhielten aber zwischen 30 und 40% der Stimmen. Die Mehrheit der Delegierten und der Führung von Syriza ist aus politischen Gründen und ökonomischen Erwägungen für einen Verbleib im Euro. Sie argumentieren, ebenso grob zusammengefasst: Der Ausstieg aus der Eurozone hätte un kalkulierbare und weitreichende negative ökonomische Folgen für das Land und einen großen Teil seiner Bevölkerung. Griechenland würde sich mit einer Rückkehr zur Drachme mitnichten die nötigen wirtschaftlichen und politischen Spielräume, geschweige denn mehr Souveränität erkämpfen. Unter anderem, weil sich das Land zwar gegebenenfalls durch eine wieder eingeführte und abgewertete Drachme mehr Exportspielräume erringen könne. Gleichzeitig würden sich aber auch die Importe extrem verteuern und Kapital für Investitionen ausbleiben. Eine Exit-Strategie, der auch andere Länder folgen würden, mache zudem keinen Weg für eine progressive linke Politik frei, sondern eröffne zwischen den Südländern eine wei-

---

<sup>56</sup> Die KKE ist in der langfristigen Perspektive zwar auch für einen Austritt aus dem Euro, positioniert sich jedoch gegen eine kurzfristige Exit-Option, die zulasten der Lohnabhängigen gehe (Triandafilidou 2011; Laskos/Milios/Tsakalotos 2012).

tere Konkurrenz- und Abwärtsspirale bei den Löhnen. Die Exit-Strategie der Linken akzeptiere zudem die Erpressung, die die Vertreter\_innen der Austeritätsdiktate oktroyierten, und die laute: Entweder Griechenland unterwirft sich den Austeritätsdiktaten oder es fliegt aus dem Euro. Doch die Wirtschafts- und Schuldenkrise betreffe weite Teile Europas und habe Ursachen, die den nationalstaatlichen Rahmen weit überschreiten – sie könne deswegen auch nur in ihrem europäischen Kontext verstanden und beantwortet werden. Die Gegner\_innen eines Euro-Ausstiegs bringen zudem ein weiteres, nicht unwichtiges Argument vor: Etwa Dreiviertel aller Griech\_innen sind laut Umfragen für einen Verbleib im Euro (Kadritzke 2014c). Würde Syriza das Banner des Euroausstiegs hochhalten, würde sich die Partei damit unweigerlich für einen großen Teil der Bevölkerung unwählbar machen (Laskos/Tsakalotos 2013, 132-136; Laskos/Milios/Tsakalotos 2012; Varoufakis 2013; Triandafilidou 2011; vgl. auch Candeias 2013d).

Syriza versucht in der Eurofrage notgedrungen einen diffizilen Spagat: Während man grundsätzlich für einen Verbleib im Euroraum ist, versucht man gleichzeitig eine rote Linie zu markieren, die deutlich macht, dass dieser Verbleib kein Ziel ist, das alle anderen Erwägungen in den Hintergrund drängt. Diese Haltung spiegelt sich auch in der Parteitagresolution vom Juli 2013 wider: »Wir werden verhindern, dass unser Land in eine Schuldkolonie verwandelt wird. Wir werden die Kreditabkommen neu verhandeln und ihre drückenden Bedingungen aufkündigen ... Wie es unser alter Slogan »Keine Opfer für den Euro« ausdrückt, ist die erste Priorität, ein humanitäres Desaster zu verhindern und soziale Bedürfnisse zu befriedigen und nicht, sich Auflagen zu unterwerfen, die andere bestimmt haben und die dazu führen, das Land zu verpfänden. Wir verpflichten uns dazu, auf alle Drohungen und Erpressungen der Kreditgeber mit all den Möglichkeiten zu reagieren, die wir mobilisieren können. Wir sind darauf vorbereitet, auf Entwicklungen jeglicher Art zu reagieren, und wir sind überzeugt davon, dass uns die griechische Bevölkerung dabei unterstützen wird.« (Syriza 2013)

Die Strategie, mit den europäischen Institutionen und Regierungen in eine Konfrontation zu treten, ruht dabei auf mehreren Pfeilern. Zum einen wirbt Syriza im In- und Ausland mit einem detaillierten Plan um Unterstützung. Dieser Plan sieht einen ökonomischen und sozialen Wiederaufbau des Landes sowie eine Steigerung der Staatseinnahmen und eine langfristige Reduzierung der Staatsschulden vor. »Wir haben, im Unterschied zur Troika, ein Programm, wie wir tatsächlich wieder Wachstum generieren

können«, sagt der Ökonom und Syriza-Abgeordnete John Miliotis. Die Voraussetzung dafür sei ein sofortiges Schuldenmoratorium, eine Neuverhandlung der Schuldenlast auf einer paneuropäischen Konferenz, die Kopplung des Schuldendienstes an eine Wachstumsklausel und ein Schuldenschnitt von 40-50%, wie Alexis Tsipras im September 2013 schätzte (Tsipras 2013a; vgl. Syriza 2012 u. 2013; Miliotis 2013a). Mit Geldern, die durch den ausgesetzten oder reduzierten Schuldendienst frei würden, sowie mit Mitteln aus europäischen Fördertöpfen soll ein Sofortplan für öffentliche Entwicklungsinvestitionen realisiert werden (Syriza 2012 u. 2013). Die Staatseinnahmen sollen zudem durch die Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen und allgemein durch das konsequente Vorgehen gegen Steuerschlupflöcher, Steuerhinterziehung und den Schwarzmarkt gesteigert werden. Das Ziel ist es unter anderem, die staatlichen Einnahmen aus direkten Steuern auf den durchschnittlichen Wert in Europa anzuheben (Syriza 2012). »Wir gehen davon aus, dass wir in einem Jahr einen Zuwachs der Staatseinnahmen um ein Prozent des Bruttonettoprodukts erwirtschaften können«, sagt John Miliotis. Dass solche Pläne zur Bearbeitung der Krise nicht allein deswegen Realität werden, weil Syriza vielleicht eines Tages an die Regierung kommt und die Partei die besseren Argumente auf ihrer Seite weiß, ist offensichtlich. Das drückt auch der Ökonom und Syriza-Abgeordnete Yiannis Dragasakis aus, der zugleich auf den notwendigerweise europäischen Rahmen einer Krisenlösung verweist: »Ein Schub für das Wirtschaftswachstum muss in ganz Europa sichergestellt werden und der Fokus muss dabei auf der Schaffung von Arbeitsplätzen, der sozialen Entwicklung und solidarischen Lösungen liegen. Dies alles muss mithilfe eines größeren EU-Haushalts und neuer, transparenter und demokratischer Institutionen realisiert werden. Es gibt Lösungen für einen sofortigen Ausweg aus der Krise, die auch ein Beitrag gegen das Lohn- und Steuerdumping und für mehr Solidarität wären. Der tiefere Grund dafür, dass solch ein Mix von politischen Maßnahmen nicht angewandt wird, liegt nicht an institutionellen oder technischen Hindernissen, sondern darin, dass dadurch die neoliberale Hegemonie und der Konsens über diese Hegemonie, der von den Konservativen in Europa und einem weiten Teil der Sozialdemokratie getragen wird, erschüttert würde. Dieser Konsens und diese Balance müssen gekippt werden, um den Weg für eine fortschrittliche Lösung freizumachen – und nicht nur für eine Lösung des Schuldenproblems.« (Dragasakis 2012, 221f.) Als einen Schritt, den Konsens infrage zu stellen, sieht die Partei ihren Plan, nach einem Wahlsieg die europäischen Institutionen

und Regierungen zu neuen Verhandlungen über die Schulden zu zwingen. Als Beispiel verweist Syriza immer wieder auf die Londoner Schuldenkonferenz von 1953, auf der Deutschland ein Teil seiner Kriegsschulden erlassen wurde. Die Neuverhandlungen über die Schulden soll im Rahmen einer paneuropäischen Konferenz geführt werden, an der auch die Regierungen der anderen Krisenländer teilnehmen. Denn die politische Wende in Griechenland soll und muss im Kalkül von Syriza »Teil eines umfassenderen historischen Einschnitts« (Tsipras 2013b) sein. Auch weil der Fall Zypern gezeigt habe, dass »viele Völker und viele Regierungen gemeinsam ›Nein‹ sagen müssen« (ebd.). Solch ein – zu erstreitender – Verhandlungsprozess müsse dabei ein Terrain eröffnen, auf dem der Kampf nicht nur durch die Präsentation der besseren Argumente stattfinden könne, sondern auch über die Ausübung von politischem Druck durch außerparlamentarische Bewegungen, linke Parteien, Abgeordnete und Gewerkschaften in allen anderen europäischen Ländern, so der Vorschlag und die Hoffnung Syrizas und vieler Griech\_innen. Aus diesem Grund arbeitet die Partei bereits seit einiger Zeit daran, Bündnisse in Süd- und Nordeuropa zu knüpfen.

Auch John Milios betont, wie sehr Syriza entschlossen sei, die Konfrontation mit den Kreditgebern zu suchen: »Wir werden nicht zurückweichen, egal, was passieren wird. Das wird ein psychologischer Krieg und es wird viele Erpressungen und Drohungen geben. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass es sich Europa aus ökonomischen Gründen nicht leisten kann, Griechenland aus dem Euro zu werfen. Wir haben auch früher schon gesagt, dass die Möglichkeit für einen ›GrExit‹ vor allem der Erpressung diene und nicht Ernst gemeint war. Es ist auch nicht so einfach, dass die EZB den griechischen Banken den Geldhahn zudreht, denn das wird das gesamte Bankensystem beeinträchtigen.« Zugleich bereitet sich die Partei jedoch mit einem Plan B auf den Ernstfall und die erwartbaren Erpressungsversuche vor. »Wir beschäftigen uns intensiv mit alternativen Finanzierungsinstrumenten und Möglichkeiten, beispielsweise aus der Roosevelt-Ära, mit denen wir reagieren könnten, wenn die EZB den griechischen Banken den Geldhahn zudreht... Da gibt es viele Möglichkeiten, die wir auch nicht alle öffentlich diskutieren können. Aber es geht in solch einem Fall natürlich auch um eine politische Antwort. Dann müssen die Leute überall in Europa auf der Straße stehen, um zu protestieren... Wir glauben, dass dieser Kampf gewonnen werden kann. Obwohl es nicht leicht ist«, meint Milios.

#### **4.10 Widersprüche und Herausforderungen: Griechenland zwischen Aufbruch und Niederlage**

Die Ausdauer und Stärke des in Griechenland praktizierten Widerstandes gegen den sozialen und politischen Ausnahmezustand ist auch im fünften Jahr der Krise bemerkenswert. Durch die jahrelangen Kämpfe und das kluge Zusammenspiel und Agieren der unterschiedlichen Akteure ist eine gesellschaftliche Situation entstanden, in der sich die Kräfteverhältnisse weit nach links verschoben haben. Die Bewegungen im Widerstand haben dabei die Kampfzone von der außerparlamentarischen auf die parlamentarische Arena ausgeweitet. Sie stehen damit auch vor der Situation, dass eine radikal linke Partei, die für eine strategische Orientierung auf eine sozialistische Perspektive eintritt, laut Umfragen realistische Chancen hätte, die Wahlen zu gewinnen. Doch bei allen Erfolgen in der politischen Organisation und Mobilisierung bleibt es Realität, dass die Austeritätsdiktate bisher nicht gestoppt werden konnten. Angesichts dessen stellt sich die Frage, wie sich die politische Situation in den nächsten Monaten in Griechenland entwickeln könnte.

Fest steht, dass die Unterstützung für die Regierung immer mehr schwindet – sowohl im Parlament unter den Abgeordneten der ND und der PASOK selbst als auch in der Bevölkerung. Das hat mehrere Gründe: Während die Regierung Samaras in völliger Abspaltung von der Realität Griechenlands »success story« beschwört, frisst sich die Krise in Griechenland immer weiter in die Mittelschicht und zehrt deren letzte Reserven auf. Statt Krisenlösungsstrategien hat die Regierung jedoch nur Durchhalteparolen und Maßnahmen zur weiteren Verschärfung der Situation anzubieten, beispielsweise, indem sie Ende Dezember 2013 erneut die Abgabenlast für die Eigenheimbesitzer\_innen – in Griechenland rund 77% der Bevölkerung – drastisch verschärfte. Gleichzeitig wurden neue große Korruptions- und Steuerhinterziehungsskandale bekannt, in die einmal mehr Repräsentant\_innen des alten politischen Systems involviert sind (zur aktuellen Situation Kadritzke 2014a; 2014b; 2014c). Die so offensichtliche Kluft zwischen einer rigide durchexerzierten Sparpolitik und einer Laisser-faire-Haltung, wenn es um die Verfolgung großer Steuersünder geht, führt dazu, dass die herkömmlichen Praktiken der Macht in Griechenland leergelaufen sind und die Legitimität der Regierung und der alten politischen Klasse unaufhörlich weiter erodiert. Das zeigt sich auch in aktuellen Umfragewerten: Seit Dezember 2013 liegt Syriza in der Wählergunst nun eindeutig in Führung,

im Januar 2014 konnte die Partei laut dem Meinungsforschungsinstitut Public Issue sogar die 30%-Marke knacken. Syriza hat seit den Juniwahlen 2012 für viele Griech\_innen aus der Mittelschicht und der politischen Mitte nach und nach den Schrecken verloren. Man hat keine Angst mehr vor einer Partei, die zwar dezidiert links ist, die aber eine andere Krisenlösungsstrategie verspricht und nicht in den traditionellen Filz des alten Staatsapparates verwickelt ist.

Damit ist allerdings noch nichts gewonnen. Zum einen zeigen Umfragen auch eine große Skepsis und Zurückhaltung, wenn es um die Frage von Neuwahlen oder darum geht, ob man Syriza die Lösung der Probleme im Land zutraut. Zum anderen ist völlig unklar, mit wem Syriza nach einem möglichen Wahlsieg koalieren könnte und sollte. Die Partei erneuert zwar regelmäßig ihr Angebot an die anderen linken Parteien, gemeinsam eine Koalitionsregierung zu bilden, und betont, jederzeit zu Gesprächen bereit zu sein. Doch die KKE steht diesem Ansinnen bisher ablehnend gegenüber und wäre zudem ein schwieriger Koalitionspartner. Innerhalb Syrizas und der Bewegungen gehen die Vorstellungen über eine mögliche Regierungsbildung deswegen auseinander: Die einen hoffen darauf, dass die KKE sich im Ernstfall eines Besseren besinnt, die anderen, dass es ausreichen könnte, wenn Syriza eine Regierung mit linken Splitterparteien bildet. Manche hoffen auch, die Partei könnte so viele Stimmen erhalten, dass sie keine Koalitionspartner brauchen wird.

Aber derzeit ist nicht einmal absehbar, ob es gelingen könnte, vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen (der reguläre Termin für die nächsten Parlamentswahlen ist im Frühjahr 2016). Die Frage danach wird jedoch im Mai 2014 erneut auf die Tagesordnung rücken, wenn in Griechenland nicht nur Europa-, sondern auch Kommunalwahlen stattfinden. Sollte Syriza bei diesen Wahlen deutlich stärker abschneiden als die ND, wofür einiges spricht, könnte die aktuelle Regierung ernsthaft in Bedrängnis geraten. Allerdings ist die politische Konjunktur nicht wie 2012, unterstreicht Aristides Baltas: »Es herrscht eine andere Atmosphäre als damals vor den Wahlen. 2012 gab es wirklich die Aussicht auf einen tiefen Wandel. Die Bewegungen waren auf der Straße und drängten vorwärts, es gab eine unglaubliche Dynamik. Jetzt ist die Situation sehr viel passiver.« Zwar wird in Griechenland nach wie vor gestreikt und es existieren dynamische Proteste und Aktivitäten, beispielsweise gegen den Goldabbau in Chalkidiki, gegen die Wasserprivatisierungen und im Alltag in den Initiativen der Städte und Stadtviertel, in denen auch die Arbeit gegen die neofaschistische Bewegung seit dem Mord

an dem Antifaschisten Pavlos Fyssas im September 2013 durch Anhänger der rechtsextremen Partei Chrysi Avgi neuen Auftrieb erhalten hat. Doch eine breite Welle der Mobilisierung ist derzeit nicht abzusehen. Die aber wäre notwendig, um die Auseinandersetzung auf der Straße und im Parlament erneut zuzuspitzen und möglicherweise Neuwahlen zu erzwingen.

Die Regierung Samaras ist angesichts dessen bemüht, jeden Funken zu vermeiden, der erneut zu einer Verdichtung des Widerstands führen könnte. Indem Samaras nach der Ermordung von Pavlos Fyssas plötzlich doch ein repressives Vorgehen gegen die Führungsriege der Neonazi-Partei Chrysi Avgi in die Wege geleitet hat, hat der Ministerpräsident wohl dazu beigetragen, eine Protestbewegung rechtzeitig auszubremsen, die nach Meinung vieler Beobachter\_innen leicht das Ausmaß der Revolte von 2008 hätte annehmen können und dann für die Regierung zu einer ernsthaften Bedrohung geworden wäre (Sotiris 2013d). Auf der anderen Seite hat sich die Regierung im Dezember 2013 auch dazu entschieden, das Ende 2013 ausgelaufene Moratorium für Zwangsräumungen des ersten Wohnsitzes zumindest teilweise und gegen den Willen der Troika zu verlängern. Die eigene Wohnung, die über Dreiviertel der Bevölkerung besitzen, ist für viele Griech\_innen aufgrund der nur lückenhaften Absicherung durch die sozialen Sicherungssysteme eine sakrosankte und dringend notwendige Altersvorsorge. Das Thema Zwangsräumungen birgt also große Sprengkraft und die Bewegungen in Griechenland haben sich bereits seit einiger Zeit auf die Möglichkeit von Räumungen vorbereitet, indem sie unter anderem Kontakte zur spanischen Bewegung gegen Zwangsräumungen geknüpft haben. Es bleibt abzuwarten, ob die neuen Maßnahmen der Regierung tatsächlich dazu führen, dass ein großer Teil der Eigenheimbesitzer\_innen mit Zahlungsverzug nicht von einer Räumung bedroht sein wird.

Die Bewegungen und Syriza stehen gleichfalls vor immensen Herausforderungen. Die lange Dauer des bisher erfolglosen Kampfes sowie die fortschreitende soziale Verelendung bergen die Gefahr, dass sich trotz aller schwindenden Unterstützung für die Regierung Resignation und Fatalismus ausbreiten. Die soziale Situation untergräbt zudem ganz konkret die Arbeit der Projekte. Immer weniger Menschen, so die Beobachtung der Aktivist\_innen, können den Solidaritätsinitiativen etwas spenden. Gleichzeitig müssen sich die Initiativen aber um immer mehr Personen kümmern, die auf Hilfe angewiesen sind, und sich auch noch gegen Versuche der Behörden wehren, die ihrer Arbeit Steine in den Weg legen. Seit dem Sommer 2013 hat sich das Wachstum der Projekte etwas verlangsamt, die Vernetzung



der Initiativen untereinander wird aber weiter vorangetrieben. Es wird sich zeigen, ob es ihnen gelingen kann, trotz aller widrigen Umstände weiter zu expandieren und größere Teile der Bevölkerung in die politische Organisation einzubinden. Die bisherigen Erfolge sind auf vielen Ebenen beachtlich, aber die Projekte zehren im Kern vor allem vom unermüdlichen Aktivismus solcher Menschen, die bereits viele Jahre politisch aktiv sind.

Syriza wiederum kämpft an vielen Fronten. Die Partei steht vor dem Dilemma, dass sie einerseits wachsen und neue Wähler\_innen an sich binden muss, aber andererseits ihre politische Linie auch nicht zu sehr aufweichen darf, um dadurch alte Anhänger\_innen zu verschrecken und den inneren Kompass zu verlieren. Chryssavgi Daskala, Aktivistin und Syriza-Mitglied der ersten Stunde, erzählt angesichts neuer Mitglieder, darunter auch etliche Abtrünnige der PASOK, von den Mühen der Ebenen: »Es ist schwierig, neue Leute von basisdemokratischen Prozessen oder einer radikaleren linken Agenda zu überzeugen. Manche kommen, weil sie hoffen, dass Syriza nach einer Regierungsübernahme schnell etwas zum Besseren verändert. Oder sie denken, Syriza könnte mit Posten und Gefälligkeiten aushelfen. Syriza bleibt sich bisher in meinen Augen in den entscheidenden Punkten treu. Aber die Situation ist nicht einfach.« Probleme gibt es auch bei der Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im Mai 2014, erzählt Giorgos Chondros: »Früher haben wir kaum unsere Wahllisten voll bekommen. Jetzt wollen alle kandidieren und wir müssen sehen, wie wir den Spagat hinbekommen, nur vernünftige Leute ins Rennen zu schicken, denen wir vertrauen können, vor allem in den größeren Städten. Andererseits aber wollen wir die Listen voll bekommen und müssen genügend Sitze holen, um die Regierung herauszufordern. Also muss man eben entscheiden, ob man in der Stadt A oder B den ehemaligen PASOK'ler für Syriza antreten lässt, der viele Wähler mitbringt, die ihn schon lange kennen.« Als Ausweg aus dem Dilemma hat die Partei sich dafür entschieden, dass in allen Dörfern und Städten die Syriza-Mitglieder in einer offenen Vollversammlung über ihren Spitzenkandidaten entscheiden. In Städten über 60.000 Einwohner kann das Zentralkomitee gegen die Entscheidung im Notfall ein Veto einlegen.

Je mehr sich die Partei auf eine Regierungsübernahme praktisch vorbereitet, desto zahlreicher werden auch die Stimmen, die ihr vorwerfen, sie »verwässere« ihre Linie und vernachlässige die Bewegungen auf der Straße (Kouvelakis 2013; Varoufakis 2013). Kyriaki Klokiti, aktiv im Netzwerk für Soziale und Politische Rechte, benennt weitere Kritikpunkte, die von Ak-

tivist\_innen in Griechenland häufig erwähnt werden: »Syriza bereitet die Leute zu wenig auf das vor, was kommen wird: eine weiterhin entbehrungsreiche Zeit, eine direkte Konfrontation mit den Gläubigern und der EU. Es ist zum Teil auch nicht klar genug kommuniziert, wie diese Konfrontation genau aussehen soll und wo genau die rote Linie für die Eurofrage verläuft.« Haris Konstantatos, Mitglied im Zentralkomitee Syrizas, kennt diese Vorwürfe und kann sie verstehen: »Die Programmdebatte läuft meiner Meinung nach gut, auch zwischen den Fraktionen, die innerhalb Syrizas politische Differenzen haben. Aber es ist insgesamt ein Problem, dass wir zu wenig Zeit und Möglichkeiten haben, den Leuten klar zu machen, was auf uns alle zukommen könnte. Und es ist auch ein Problem, dass wir manche Schritte, die wir für die Konfrontation mit den EU-Institutionen andenken, nicht öffentlich diskutieren können. Aber dieses Dilemma lässt sich nicht vollständig lösen.« Dabei hofft auch Kyriaki Klokiti trotz aller Kritik auf einen Wahlsieg Syrizas. Das allerdings gilt nicht für alle Menschen im Widerstand. Teile des linken Spektrums in Griechenland, darunter die KKE und ihre Anhänger\_innen sowie Strömungen der anarchistischen Bewegung, stehen einer möglichen Regierungsübernahme durch Syriza weiterhin kritisch bis ablehnend gegenüber. Das hinderte allerdings viele Anarchist\_innen nicht daran, im Juni 2012 für Syriza zu stimmen (Baltas 2012, 124).

Die Herausforderungen für die Linke in Griechenland und speziell für Syriza könnten also kaum größer sein. Trotzdem sind viele Menschen davon überzeugt, dass in den weiteren politischen Entwicklungen eine Chance liegt. Für einen gewissen Optimismus besteht tatsächlich Anlass: Die aktuelle Regierung und das alte politische System in Griechenland haben abgewirtschaftet und halten sich nur noch als moribundes Wesen am Leben. Die Linke Griechenlands hat in Teilen der Gesellschaft politische Hegemonie errungen. Die Kämpfe der Linken untereinander und auch der verschiedenen Strömungen innerhalb Syrizas halten sich bisher in Grenzen. Angesichts der Krise gelingt es weiterhin, grundsätzlichen politischen Differenzen in der alltäglichen Arbeit nicht zu viel Raum zu geben. Auch für die Befürchtung, dass Syriza zu einer neuen PASOK werden könnte, spricht derzeit nicht viel. Der innere Kompass der Partei ist gefestigt, der Kern der Partei besteht aus vielen altgedienten und integren Linken, und Syrizamitglieder sind in ganz Griechenland als organischer Teil des Ganzen in die Bewegungen verwoben. Syriza dürfte also den »wechselseitigen Macht-Kanal« (Wainwright 2012a, S. 121), den die Partei von den Plätzen und der Gesellschaft ins Parlament und zurück geöffnet hat, weiterhin offenhalten.

Die Ausgangsbedingungen in Griechenland sind zudem andere als noch in den 1980er Jahren, als die PASOK die Regierungsgeschäfte übernahm, den Staat besetzte und ein System an Gefälligkeiten und Korruption ausbaute. Heute gibt es in Griechenland nicht mehr viel zu verteilen. Zudem hat die Krise in einem großen Teil der Bevölkerung in vielerlei Hinsicht Spuren hinterlassen: auch das Verhältnis zum Staat und die eigene Verortung als Bürger dieses Staates unterliegen einem Wandel und die Kritik an klientelistischen Strukturen ist gewachsen. Trotzdem bleiben viele Entwicklungen notwendigerweise offen. Der Weg Syrizas wird in der Partei, aber auch zwischen Partei und Bewegungen immer wieder umkämpft sein. Je nach politischem Standpunkt wird mancher bereits heute die Entwicklung Syrizas pessimistischer beurteilen.

Viele drängende Fragen bleiben zudem zwangsläufig unbeantwortet: Kann Syriza im Falle eines Wahlsiegs die Konfrontation mit den EU-Institutionen, den europäischen Regierungen und den Gläubigern gelingen? Wie wird die Bevölkerung auf Erpressungsversuche und ökonomischen Druck reagieren? Wird es möglich sein, die erwartbare große Kapitalflucht rechtzeitig einzudämmen? Können Verteilungsspielräume erkämpft werden, um die soziale Not im Land zu mindern? Wird es gelingen, einen ausreichend großen Teil der Bevölkerung in einen demokratischen Neuaufbau Griechenlands einzubinden, um so auch die erwartbare Gegenwehr im In- und Ausland auszubremsen? Wie wird Syriza mit der großen Herausforderung umgehen, für mehr Steuergerechtigkeit und weniger Korruption auch gegen liebgewonnene Hinterziehungspraktiken eines großen Teils der Mittelschichten vorgehen zu müssen? Kann die große Hoffnung auf eine europäische Solidaritätsbewegung mit Griechenland aufgehen? Und wird eine Linke in Europa ein mögliches window of opportunity nutzen können, um in einer breiten, länderübergreifenden Bewegung die neoliberale und autoritäre Krisenbearbeitungsstrategie herauszufordern? Bisher stecken Ansätze für solch eine über Ländergrenzen hinweg koordinierte Bewegung allenfalls in den Kinderschuhen. Vor allem in Deutschland wäre es aber notwendig, den Kontakt und die Allianzen zwischen der griechischen Bewegung, Syriza und hiesigen Akteuren wie etwa den Gewerkschaften zu stärken.

Fest steht bisher nur eines: Eine Linke in anderen Ländern Europas kann im Angesicht der Krise aus Griechenland viel über erfolgreiche Formen politischer Zusammenarbeit und Organisation jenseits von »Leninismus und Parlamentarismus« (Wainwright 2012b, 138) sowie über neue Suchbewegungen für eine sozialistische Strategie lernen. Die Linke anderer Länder

Europas wird aber durch die Bewegungen in Griechenland auch dazu aufgefordert, konkret zu handeln. Es geht darum, Kontakte zu knüpfen, Strategien zu debattieren und gemeinsam auf lokaler und länderübergreifender Ebene den Widerstand gegen die austeritätspolitische und autoritäre Zurichtung Europas voranzutreiben (vgl. Roth/Papadimitrou 2013). Yanis Varoufakis bringt in der für viele Griech\_innen so typischen Mischung aus Optimismus und klarem Realitätssinn auf den Punkt, was auf dem Spiel steht: »Syriza könnte die Chance dazu haben, Griechenland und den Verlauf der europäischen Geschichte zu verändern. Aber es ist eine Aufgabe, gegen die die Reise des Odysseus als Spaziergang im Park erscheint.« (Varoufakis 2013)



# 5. Eine Situation schaffen, die noch nicht existiert

## 5.1 Von der Fragmentierung der Linken zum linken Mosaik

Kein Teil der pluralen Linken, keine Partei, keine Gewerkschaft, keine linke Avantgarde kann mehr eine Führungsrolle beanspruchen. Zugleich aber sollte vermieden werden, dass Pluralität in Spaltung umschlägt. Daher bedarf es der Entwicklung einer Mosaiklinken (vgl. Candeias 2010a; Urban 2009).

Der neue Bewegungszyklus tritt dabei nicht einfach das Erbe vorangegangener Bewegungen an. So wenig die 68er-Bewegung die Nachfolge der Arbeiterbewegung antrat, und so wenig auch die Frauen- und Ökobewegung einfach nachfolgten, so entstanden die neuen Bewegungen nicht aus den erfolgreichen Kämpfen der globalisierungskritischen Bewegung der Bewegungen. Jede der genannten Bewegungen tradiert Erfahrungen der vorangegangenen Bewegungen, zum Teil unbewusst, trägt teilweise politische Kämpfe weiter. Ihre Entstehung markiert fast immer aber auch einen Bruch mit den Vorgängerbewegungen, sowohl ihre Ziele betreffend, als auch ihre Kampfmittel und Organisationsprinzipien. Immer handelt es sich auch um eine andere gesellschaftliche Zusammensetzung der Bewegung, neue tragende Gruppen. So stellt jeder Zyklus immer auf neue und komplexere Weise die Frage der Vermittlung der Bewegungen und ihrer jeweils unabgeholtenen Ziele und Erfahrungen. So war jeder neue Zyklus immer auch mit neuen Fragmentierungen und Spaltungen innerhalb der Linken verbunden.

Eine Neubestimmung der jeweiligen Funktion innerhalb eines potenziellen linken Mosaiks ist also notwendig. Dies entspricht nicht einfach einer Akzeptanz der unterschiedlichen Positionen, meint nicht einfach ein neues Bündnisprojekt, sondern den produktiven Umgang mit Fragmentierungen und Differenzen, mit Machtungleichgewichten und unterschiedlichen Funktionslogiken zwischen parlamentarischer, betrieblicher und zivilgesellschaftlicher Politik, zwischen Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften, verschiedenen Bewegungen und kleinen Initiativen und Gruppen, zwischen (Selbst-)Organisation und Repräsentation.

Die Markierung von Differenzen und Machtrelationen, sowohl diskursiv als auch organisatorisch, ist Voraussetzung und steht am Beginn eines Prozesses der Verallgemeinerung von Sichtweisen, Interessen und Forderungen. Gegensätze müssen benannt, Unterrepräsentiertes hervorgekehrt werden, Verhältnisse, die Unterordnung herstellen und »Identitäten« immer wieder zuweisen, müssen erkennbar werden. Den Bewegungen der Empörten von Kairo über Madrid und New York bis Athen ist dies gelungen. Der Dissens war unüberhörbar geworden: zugespitzt in der Formel der 99%. Ein demokratischer Bruch mit den geltenden Spielregeln korporatistischer Aushandlungsprozesse und politischer Repräsentation ist nicht ersetzbar – dies haben die Platzbesetzungen bestätigt und vorgeführt.<sup>57</sup> Letztere haben erst die Sichtbarkeit erzeugt, die eine neue Dynamik ermöglichte. Dabei zielte die Markierung von Differenz eben nicht nur auf die herrschende »politische Klasse« oder das politische und ökonomische »System«, sondern auch auf die traditionellen Organisationen der institutionellen, wie der Bewegungslinken und der Gewerkschaften.

Die Formulierung partikularer Interessen sowie die Schaffung eigener Organisationen und Netze ist notwendig, um von dort aus überhaupt in eine Assoziation mit anderen Gruppen und Klassenfraktionen treten zu können und in der Auseinandersetzung das Gemeinsame nicht nur zu finden, sondern zu *produzieren*. Die »Multitude« kommt nicht von selbst zusammen, die Einzelteile der Mosaik-Linken sind nicht schon gegeben und müssen sich auch immer wieder neu, solidarisch zusammensetzen. Solidarisch meint, die Interessen der unterschiedlichen Beteiligten an einem gegenhegemonialen Projekt in die Formulierung der eigenen Interessen mit-einzubeziehen.<sup>58</sup> Die Produktion des Gemeinsamen beinhaltet neben der Reformulierung der eigenen und dem Entwickeln gemeinsamer Interessen

---

<sup>57</sup> Subalterne Aufstände und Mobilisierungen sind häufig »ein Bemühen, sich selbst in die Repräsentation einzubringen, und zwar nicht entlang der Linien, die von den offiziellen institutionellen Repräsentationsstrukturen vorgegeben werden«. Zumeist erreichen sie »nichts. Das ist das Moment, das ich »nicht sprechen« nenne« (Spivak 2008, 145). In bestimmten geschichtlichen Momenten organischer Krise jedoch sind die Bedingungen günstiger.

<sup>58</sup> Dies gilt nicht nur für Organisationen mit relativer Organisationsmacht, die die Interessen anderer berücksichtigen müssen, sondern auch für Positionen von kleineren Gruppen, deren Festhalten an wichtigen unmittelbaren, aber eng definierten Interessen im Sprechen die eigene Machtlosigkeit reproduziert, weil die Interessen der anderen nicht mitgedacht werden.

auch die Verallgemeinerung von Erfahrungen und Anerkennung – auch dafür wurde auf den Plätzen eindrucksvoll die Grundlage geschaffen.

Darüber hinaus bedarf es der Anerkennung (sowie Unterstützung) nicht gemeinsamer – für die jeweilige Gruppe aber unverzichtbarer – Forderungen. Letzteres beinhaltet ebenso die Anerkennung unterschiedlicher (politischer) Kulturen, Organisationsformen und Logiken. Ein neues politisches Subjekt muss in der Lage sein, neue Strukturen aufzubauen und bestehende als Unterstützung zu nutzen.

Die Eigenlogiken der unterschiedlichen feldspezifischen Praxen in Betrieb, Zivilgesellschaft, Staat bzw. Parlamenten zu verstehen, die eine auf allen Ebenen minoritäre Linke zusätzlich spaltet, ist dabei unerlässlich, auch um einen Umgang mit den enormen Machtasymmetrien zwischen den Ebenen zu finden. Es ist objektiv schwierig, z.B. Armutsbewegungen, Gewerkschaften und Partei(en) konkret zu verbinden (Fox Piven/Cloward 1977). Wichtig ist ein offener Prozess, der es erlaubt, Partikulares neu zu formulieren, Verhältnisse neu zu denken, Gemeinsames nach vorn zu stellen und die unterschiedlichen Funktionen – arbeitsteilig – neu zu verbinden. Das Unvereinbare lässt sich möglicherweise in einem zweiten Schritt in einer emanzipativen transformatorischen Perspektive und beim Aufbau neuer Institutionen (und Verfahren) aufheben. Es müssen Formen und Prozeduren gefunden werden, Machtasymmetrien zwischen unterschiedlichen Organisationen zur wechselseitigen Stärkung der gemeinsamen Organisationsmacht einzusetzen. Um im Bild zu bleiben, es genügt nicht, die Mosaikstücke nebeneinander zu legen, sie müssen konkret verbunden werden, sonst zerbricht das Bild bei der ersten Erschütterung. Dies ist auch die Idee hinter Mimmo Porcaros Begriff der »partito connettivo« (verbindende Partei): Sie »sollte die Vorstellung der klassischen Massenpartei überwinden« (2010, 72). Die verbindende Partei ist »die Vereinigung der unterschiedlichen (politischen) Subjekte in Formen, die die bestehenden Unterschiede nicht beseitigen wollen« (ebd., 73), sie vielmehr in einer *gesellschaftlichen* Partei (Gramsci) neuen Typs verbinden.

Denn es ist ein Fehlschluss schon der Bewegung der Bewegungen, sie seien »Ausdruck der Bevölkerung«, vielmehr repräsentieren sie »nur eine ›Elite‹«, die »Zeit und Ressourcen besitzt, ›uneigennützig‹ Organisationen zu gründen«, mahnt Porcaro (2010, 73). Partei und Gewerkschaften z.B. erreichen Gruppen, die die Bewegung oft nur schwer oder gar nicht erreicht, Hartz-IV-Bezieher\_innen und »abgehängtes Prekariat«, aber auch Migrant\_innen, klassische Beschäftigtengruppen wie Facharbeiter\_innen



oder neue prekäre Arbeiter\_innen in den diversen Dienstleistungsberufen vom Einzelhandel bis zu den Gesundheitsdiensten, sowie auch die nicht zu vernachlässigende Zahl der älteren Generationen von Aktivist\_innen mit Partei- und Gewerkschaftsorientierung. Die neuen Bewegungen wiederum bringen eine ganze Generation von Aktivist\_innen ein und (re)mobilisieren viele, die sich von der Politik aus gutem Grund abgewandt hatten.

Ohne den Impuls der Bewegungen ist kaum Veränderung zu denken. Doch zeigen sich auch die Probleme einer »präsentischen Demokratie« (Lorey 2013, 49), die nicht repräsentieren will, damit aber nur jene einschließt, die sich beteiligen (können). Eine Mosaiklinke kann sich nicht auf die Verbindung der aktiven Teile der Bevölkerung sowie auf allerlei linke Organisationen und Bewegungen beschränken.

Die Tendenz, sich zu sehr auf die »Selbstorganisation von Internet-Ge-meinden« oder einer – durchaus wachsenden – aktivistischen Szene zu konzentrieren, geht »dem Problem der öffentlichen Kontrolle des Kapitals und dem des Bündnisses mit den weniger Qualifizierten aus dem Weg; dies wiederum fördert Misstrauen der weniger Qualifizierten gegenüber den Träger\_innen spezialisierten Wissens« (Porcaro 2011, 31). Die Spaltung behindert die Handlungsfähigkeit der populären Klassen und lässt Teile »zum Subjekt der populistischen Revolte gegen alle gesellschaftlichen ›Vermittler‹ (politische Klasse, Experten, Intellektuelle jeglicher Art)« werden (ebd., 31f.) – und zwar anders als Porcaro meint, sowohl bei den *formal* Hoch- wie Niedrigqualifizierten.

Dies erfordert das Verhältnis von Selbstorganisation und Repräsentation neu zu denken. Das Mosaik müsste auch jene populären Klassen einbeziehen, die »aus isolierten Individuen« bestehen, »die sich nicht durch Selbstorganisation verbinden«, sondern oft auch »in Bezug auf ein politisches Ziel oder – schlimmer noch – in Bezug auf einen politischen Anführer« (Porcaro 2013b, 145). Es sind Fraktionen, die entweder nicht über die Ressourcen (Zeit, psycho-physische Konstitution, »kulturelles Kapital, räumliche Nähe etc.) verfügen, um sich selbst zu organisieren, und/oder »die traditionellen Parteien kritisieren, aber trotzdem von einer »effizienten« Partei träumen, ein »Volk«, das den Staat kritisiert, aber trotzdem einen einflussreichen Staat will, der in der Lage ist, sie vor den Auswirkungen der Krise zu schützen« (ebd.). Damit diese Gruppen nicht von neuen rechten oder (proto)faschistischen Parteien eingebunden werden oder sich diffusen neuen Formationen wie der Cinque Stelle von Beppe Grillo in Italien anschließen, müsste eine linke Partei als Teil bzw. spezi-

fische Funktion eines Mosaiks nicht nur stärker zur Bewegungspartei werden, sondern wahrscheinlich »auch einige Wesenszüge der alten Massenpartei übernehmen«. Sie müsste repräsentieren und vielleicht auch, »mit der gebotenen Vorsicht, einige Aspekte einer Politik nutzen, die sich auf persönliches Charisma stützt« (ebd.)<sup>59</sup> – ein postautoritäres Charisma einer Gruppe, das durch Überzeugung und Führung gekennzeichnet ist, mit der Durchsetzung sozialer Verbesserungen bzw. mit dem Abbau sozialer Zwänge und Nöte die Handlungsfähigkeit der Einzelnen stärkt und Möglichkeiten zur Selbstaktivierung und Selbstregierung entwickelt. Repräsentation kann so verbindend wirken – freilich – in Erinnerung an Gayatri Spivak – immer in der Gefahr, die Subalternen der eigenen Sprache zu berauben bzw. »für ihre Sprache taub zu sein« (Kaindl/Rilling 2011, 22).<sup>60</sup> Repräsentation bleibt immer prekär.<sup>61</sup>

Das Verbinden unterschiedlicher Teile der gesellschaftlichen Mobilisierung, ohne Differenzen unterzupflügen, ist in einem zweiten – eigentlich parallelen – Schritt gelungen: dem Knüpfen organischer Kooperationen. Es gelang ein populares Projekt einer Mosaiklinken zu formulieren, das Bewegungen – alte und neue –, Gewerkschaften und Parteien neu verbindet. Die Forderung nach direkteren Formen der Partizipation, eine Demokratisierung von Staat und Ökonomie, war und ist dabei essenziell.

Erforderlich ist dabei auch ein neuer Typ von Intellektuellen. Die im gramscianischen Sinne kollektiven organischen Intellektuellen, die aus der Bewegung selbst erwachsen, organisierend wirken, paradigmatisch ihren Ausdruck repräsentieren, sind in einer so vielfältigen und fragmentierten Linken nicht mehr ausreichend. Die Anforderungen in einer Mosaiklinken

---

<sup>59</sup> »Populismus ist nicht in jedem Fall ein Phänomen der Rechten.« (Porcaro 2013b, 145) Vgl. dazu die grundlegende Arbeit von Ernesto Laclau (1981). Eine populistische Anrufung muss allerdings mit einem Organisationsprozess verbunden sein, der sich aus einem populistischen – von wenigen getragenen – zu einem popularen Projekt entwickelt, das von den Vielen selbst getragen und immer wieder reartikuliert wird.

<sup>60</sup> Der Widerspruch reduziert sich nicht auf eine Gefahr der Ungerechtigkeit gegenüber den Repräsentierten. Ein »disparates und disloziertes Klassensubjekt« lässt sich nicht unhinterfragt zum politischen Subjekt aufwerten, sondern schließt im Anschluss an Marx »eine Kritik des Subjekts« und eine Kritik der Vorstellung einer »Subjektivität einer kollektiven Handlungsfähigkeit« ein (Spivak 1988, 31f.).

<sup>61</sup> »Das Auseinandertreten von Organisationen, repräsentierenden Intellektuellen und Repräsentierten macht das Feld frei für Politiken des *Trasformismo* [der Ko-optation]« (Kaindl/Rilling 2011, 23), stärkt Eigenlogiken der Organisation und Bürokratisierung.

sind z.T. andere als in einer einzelnen Bewegung oder Partei. Vielleicht bedarf es eines Typs der *Vermittlungsintellektuellen*, die die jeweiligen politischen Orientierungen, Funktionen und Kulturen innerhalb des Mosaiks vermitteln, ohne die jeweiligen Eigenheiten und Stärken, ohne Differenzen auszublenden, bis ein gemeinsames Bild entsteht. In den organischen Kooperationen ist die Vermittlungsfunktion bereits inhärent angelegt: Das Organische besteht ja gerade darin, dass wesentliche Teile der Aktivist\_innen zugleich in mehreren Organisationen tätig sind, multiple Identitäten repräsentieren, die alltäglich Vermittlungsarbeit leisten. Aufgabe wäre es, ihre Fähigkeiten weiterzugeben, an ihrer Verallgemeinerung zu arbeiten. Darüber hinaus macht Gramsci deutlich (Gef. 7, 1537), dass in komplexen Gesellschaften keine individuellen Personen, sondern nur kollektive Intellektuelle diese Funktion übernehmen können, also etwa vermittelnde Instanzen, wie die Interbarrio-Kommissionen, die Frente Cívico oder die enge Verbindung von Solidarity4all und Syriza. Das Mosaik einer gesellschaftlichen Partei »stützt sich auf die Initiative einer Vielzahl von unterschiedlichen und divergenten Gruppen, die nicht durch Zwang zu einer Einheit gebracht werden«, sondern auf der Grundlage der Reformulierung und des Kohärent-Arbeitens von Interessen und Leidenschaften, durch die Praxis der *gemeinsamen Bearbeitung ihrer Widersprüche* (Demirović 1997, 88).

## 5.2 Von der Mosaik- zur Transformationslinken

In den USA gelingt es nicht, das Mosaik zu einem beweglichen, aber klaren Bild zu fügen: Es mangelte an einer übergreifenden zivilgesellschaftlichen Organisierung und koordinierenden Struktur. Es blieb bei einer Ansammlung zahlloser, oft origineller und zukunftsweisender Initiativen, die sich jedoch nicht verbanden, keiner gemeinsamen strategischen Überlegung folgten. Es wurde zwar eine »verbindende Sprache«, aber »keine wahrhaft verbindende gesellschaftliche Partei geschaffen« (Porcaro 2011, 229). Die Mobilisierung zerstreute sich in zusammenhanglose Ein-Punkt-Initiativen, die für sich genommen unverzichtbar sind, wie Occupy Homes oder Occupy Sandy. Doch das Mosaik zerbrach. Im Lokalen tragen die organischen Kooperationen weiterhin. Der Versuch veränderte die Einzelnen, Erfahrungen und Unabgegoltene werden weitergetragen, Neues wird vorbereitet.

In Spanien und Griechenland ist – trotz bestehender Spannungen und Gegensätze – von einer momentan gelingenden Mosaiklinken auszugehen.

Teilweise erscheint es fraglich, ob der Begriff der Mosaiklinken hier zur Beschreibung noch ausreicht oder ob sich mit den organischen Kooperationen und der molekularen Organisierung nicht bereits eine plurale gesellschaftliche Transformationslinke herausgebildet hat. Denn in weiten – keineswegs allen – Teilen lassen sich die unterschiedlichen Strömungen der gesellschaftlichen Mobilisierung häufig nicht wirklich unterscheiden. In der Bewegung gegen Zwangsräumungen etwa arbeiten 15M, Izquierda Unida, Mehrheits- und Basisgewerkschaften aufs engste zusammen, nicht nur arbeitsteilig, sondern vielfach in Personalunion: Die 15M-Aktivist\_in ist eben zugleich als lokale Gewerkschafterin aktiv und nimmt Funktionen in der Partei ein. Solidarity4all und Teile von Syriza etwa sind organisch verwachsen, personell, infrastrukturell und finanziell. Die Apparate existieren fort, werden umgebaut, sichern eine Infrastruktur – Bewegungen erkennen ihren Nutzen. Zugleich gelang es jedoch auch, die linken Parteien und Gewerkschaften stärker als zivilgesellschaftlich verankerte Bewegungsakteure wieder zu beleben, bürokratischen Verkrustungen (auch aufgrund des Mangels an zivilgesellschaftlicher Bewegung) entgegenzuarbeiten. Auch wenn sich die Teile des Mosaiks manchmal personell kaum, organisatorisch schwierig auseinanderhalten lassen, so gilt dies jedoch nicht für die unterschiedlichen Funktionen von Mosaik- und Transformationslinken.

Die Stärke des Mosaiks ist es, gesellschaftliche Gruppen und Organisationen zusammenzubringen, die unterschiedliche Ziele mit unterschiedlicher Reichweite und Strategie verfolgen. Das Gemeinsame steht im Vordergrund. Natürlich müssen Gewerkschaften weiter ihre Mitglieder vertreten, ihnen Schutz bieten, betriebliche Auseinandersetzungen führen und konkrete Abschlüsse erzielen. Linke Parteien müssen weiterhin parlamentarische Arbeit leisten, von den Kommunen über Regionalparlamente bis hin zur nationalen und europäischen Ebene, um Wählerstimmen ringen, auch repräsentieren. Zum Teil übernehmen sie Regierungsfunktionen. Wie sie das alles tun, hat sich jedoch durchaus geändert. Die feldspezifischen Praxen konnten angenähert und produktiv verknüpft werden. Bürgerentscheide oder parlamentarische Initiativen haben mehr Aussicht auf Erfolg, wenn sie mit einer lebendigen Praxis von Kampagnen, Besetzungen, Massendemonstrationen, Blockaden, zivilem Ungehorsam verbunden sind, die den nötigen Druck entfalten. Bewegungspraxen können die so wichtigen kleinen Teilerfolge erzielen und weitere Mobilisierung besser sichern, wenn etwa der Schutz vor Zwangsräumungen durch kommunalpolitische Maßnahmen oder gesetzlich verbessert wird und so unmittelbar zur Verbesse-

rung von Lebensbedingungen beigetragen wird. Und doch können solche Teilerfolge nur Durchgangsstationen sein. Sonst sind sie ebenso schnell wieder gefährdet: mit dem nächsten Gesetz, dem nächsten Strukturanpassungsprogramm der Troika, der nächsten Privatisierung.

Teile der Mosaiklinken haben daher die Aufgabe, als Transformationslinke die anderen Teile des Mosaiks zu konsequenten Schritten der Veränderung und des Bruchs zu treiben, immer wieder deutlich zu machen, wo Forderungen oder Strategien zu scheitern drohen, weil sie noch im gegebenen, viel zu engen Rahmen versuchen, Verbesserungen durchzusetzen, entweder in Kompromissen mit den Herrschenden oder im Glauben an die Kraft des ganz Anderen, das von unten aus den Nischen wächst, ohne die Gegenkräfte zu berücksichtigen.

Hier wird der Sinn »revolutionärer Realpolitik« deutlich. Reform und Revolution, so Rosa Luxemburg, sind »nicht verschiedene Methoden«, sondern »verschiedene Momente in der Entwicklung«, die sich einander »bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie z.B. Süd- und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat« (GW 1/1, 428). Unter ungünstigen Verhältnissen dienten Reformen stets der Verbesserung der unmittelbaren Lage der Ausgebeuteten, Erniedrigten und Unterdrückten. Im günstigen Fall konnten sie für die Linke Terraingewinne ermöglichen und Handlungsspielräume erweitern und absichern. Wie jede Reform sind hart erkämpfte Errungenschaften wie Begrenzungen der Arbeitszeit, steigende Löhne, soziale Sicherungssysteme, ökologische Modernisierung und Demokratisierungsschritte fragile Kompromisse mit widersprüchlicher Form. Sie kamen im Zuge sozialer Kämpfe zustande und konnten in die kapitalistische Dynamik integriert werden. Diese Errungenschaften sind bedroht, wenn die Akkumulation stockt oder Kräfteverhältnisse sich verschieben. Weitergehende Maßnahmen scheitern, sofern sie die Profitrate drücken, das Kapital zu viel kosten, seine Macht bedrohen. Der Kampf um Reformen ist unverzichtbar, aber beschränkt auf ein vordefiniertes Terrain, im Rahmen der Vereinbarkeit mit kapitalistischer Verwertungslogik. Dies wird in Zeiten der Krise und autoritärer Politiken überdeutlich. »Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht«, beschränkt sich »auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst« (ebd., 428f.). Linke Politik muss ausloten, wie innerhalb dieser Begrenzungen Politik gemacht werden kann, wie die Begrenzungen zu überwinden sind und dabei die »innovativen« Momente

(von der autonomen Selbstorganisation bis zu neuen Formen der Kooperation in der Arbeit) aus der Kapitalform herausgelöst und neu organisiert werden können.

Insofern greift eine realistische Tagespolitik, »die sich nur erreichbare Ziele steckt und sie mit den wirksamsten Mitteln auf dem kürzesten Wege zu verfolgen weiß«, zu kurz. Was vom Standpunkt der Tagespolitik als unrealistisch erscheinen mag, erscheint vom »Standpunkt der geschichtlichen Entwicklungstendenz« eines krisenhaften Kapitalismus, der alle sozialen Errungenschaften stets wieder infrage stellt, als notwendig, so Luxemburg in ihrem Artikel über Karl Marx (GW 1/2, 373). Es bedarf also transformativischer Schritte, die sofort umsetzbar sind, unmittelbar die Bedingungen der Einzelnen verbessern können – in Kenntnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse agieren, aber in der Perspektive ihrer Verschiebung. Zugleich bezieht sich das Adjektiv »revolutionärer Realpolitik« auf den umwälzenden, an die Wurzel gehenden Charakter einer Politik, weniger auf den gewaltsamen Umschlagspunkt revolutionärer Machtergreifung, aber doch auf effektive Brüche. Eine Perspektive der Überwindung so zu entwickeln, dass sie »in allen ihren Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung, in der sie arbeitet«, hinausgeht – so beschreibt Rosa Luxemburg die Dialektik revolutionärer Realpolitik (ebd.). Diese Problematik wird sowohl in Spanien als auch in Griechenland besonders deutlich – wir kommen im letzten Abschnitt mit Blick auf Macht, Regierungsübernahme und Neubegründung von Institutionen darauf zurück. Denn die Aufgabe einer Transformationslinken bedeutet, den Rahmen selbst zu verändern, also nicht nur Reformen innerhalb der gegebenen Verhältnisse und Institutionen durchzuführen, sondern die Anordnung der Verhältnisse selbst zu verändern und neue Institutionen zu schaffen.

Eine Transformationslinke muss sich als gesellschaftliche Partei entwickeln. Dies meint sowohl den Aufbau staatsnaher Strukturen und Bastionen als auch fluider zivilgesellschaftlicher Strukturen und stabiler Institutionen mit größerer Bindekraft und längerfristiger Anlage. Ein loses Netzwerk der »Bewegung der Bewegungen« ist nicht ausreichend. »Die Bewegungen heute neigen leider dazu, sich sehr unbeständige und schwache Institutionen zu geben.« (Porcaro 2013b, 144) Angesichts der enormen Prekariät von Lebens- und Arbeitsverhältnissen müssen die neuen Institutionen stabil und dauerhaft sein. Dies meint keinesfalls, »diese schwachen Institutionen« durch »die Partei zu ersetzen, sondern durch »starke Institutionen« (ebd.).

Eine politische Organisation ist dabei nicht hinreichend. Zugleich müssen soziale und kulturelle Räume ausgebildet werden. Ganz entscheidend ist es etwa, »mit größerer Sorgfalt demokratische Verbände genossenschaftlicher Art auf den Weg zu bringen, die in der Lage sind, die unmittelbaren Bedürfnisse der Masse von Benachteiligten zu befriedigen« (Porcaro 2010, 74) – keine »rein altruistischen«, sondern »mutualistische, also auf gegenseitiger Hilfe basierende Vereinigungen« (2011, 33). Deren »Elementarteile sind lokale Einheiten, in denen Mitglieder nicht einfach nur über Politik diskutieren, sondern darüber hinaus gemeinsam einkaufen, kollektive Kinderbetreuung organisieren, über Zeitbanken geldlos Leistungen tauschen, Computerselbsthilfe anbieten usw.« (ebd.). Dies sind Aufgaben einer »sozialen Partei«, wie sie ansatzweise bei Syriza oder linken Parteien in Spanien entwickelt werden. Umgekehrt dürfen zivilgesellschaftliche Solidarnetzwerke sich nicht darauf beschränken, einfach Hilfe anzubieten, ob in der Gesundheitsversorgung, bei Lebensmitteln oder mit einem Obdach, sondern müssen selbst zu Orten politischer Aktion, Organisation und Schulung werden, wie Solidarity4all oder die PAH es versuchen.

Der Aufbau »autonomer Netzwerke populärer sozialer Organisationen« (ebd.) einer gesellschaftlichen Linken darf nicht mit »Vorfeldorganisationen« einer Partei verwechselt werden, sie müssen »autonom« agieren können (ebd., 75). »Solidaritätsinitiativen können wichtige Ausgangspunkte für Kämpfe um/für den Wohlfahrtsstaat sein.« In ihnen als organisatorischen Knoten kann »das Selbstbild der Menschen von dem, was sie erreichen können«, verändert, »mit ihnen zusammen das Verständnis ihrer eigenen Fähigkeit zur Macht« entfaltet werden (Wainwright 2012a, 122). Sie sind damit potenziell nicht nur ein »wirksames Gegenmittel gegen (rechten) Populismus« (Porcaro 2011, 33), sondern können auch Abhängigkeiten gegenüber einer (linken) Regierung mindern und Klientilismus vorbeugen. »Diese Vereinigungen unterscheiden sich von klassischen NGOs, weil sie die ökonomische Vereinigung gegenseitiger Hilfe darstellen«, die in der Lage sind, »so Voraussetzungen für einen möglichen gesellschaftlichen Konflikt« zu schaffen (Porcaro 2010, 75). Sie beschränken sich nicht auf ein »bürgerschaftliches Engagement«, das die Defizite des ausgedünnten Sozialstaates kompensiert, sondern zielen mit Aktionen des zivilen Ungehorsams und der direkten Aneignung auf seine Rekonstruktion und seinen demokratischen Umbau. Ausbau und Demokratisierung des Sozialstaates sollen aus dieser Perspektive Mittel und Entscheidungsmacht in die Zivilgesellschaft umleiten.

### 5.3 Von der verbindenden zur strategischen Partei

Aus Sicht jener in den neuen (Demokratie-)Bewegungen, die sich überwiegend auf Selbstorganisation von unten beschränken, muss »ein langer Marsch unternommen werden, von der Negation des Systems zur Rekonstruktion von Institutionen«, auf Basis »deliberativer« und partizipativer Prozesse (vgl. Castells 2012, 125). Doch die Vorstellung, »die gesellschaftliche Veränderung bestehe in fortschreitendem und linearem Anwachsen einer Bewegung, die nach und nach dem Staat (und dem Kapital) Ressourcen entzieht und sie der Gesellschaft zuführt« (Porcaro 2011, 73), hat sich als falsch erwiesen. »Die Herstellung einer gegenhegemonialen Bewegung kann nicht als additiver Prozess gelingen« (Kaindl/Rilling 2011, 26) oder durch Kooperation von in sich vermeintlich abgeschlossenen Organisationen von Fall zu Fall (Candeias 2012a). Es bedarf der Führung, um qualitative Sprünge und effektive Brüche zu erzeugen, andernfalls verpufft Initiative oder droht sektiererisch oder reaktionär abzudriften. Es gibt jedoch keinen privilegierten Ort der Führung mehr, geschweige denn einen »Führer«. Immer droht auch die autoritäre Verselbständigung von Führung.

Es geht um eine »verteilte Führung«, die »keinen zuvor etablierten Führungs- oder Avantgardestatus voraussetzt« (Nunes 2013, 64), sondern Einzelnen oder Gruppen ermöglicht, temporär eine Führungsfunktion zu übernehmen, um Dinge voranzubringen, Aktivitäten auf einen vorläufigen Fokus zu konzentrieren. Dies trifft etwa für jene zu, die in sozialen Netzwerken oder im »realen« Leben mit der Organisierung von Massen begannen, die zu den Versammlungen und Camps führten. Dies gilt für die Entwicklung von Slogans, die für ein gemeinsames Verständnis und gemeinsame Sprache so wichtig sind. Dies zeigt sich, wenn durch das Agieren Einzelner oder von Gruppen Blockaden im Prozess durch vermittelnde oder vorantreibende Interventionen gelöst werden oder wenn Impulse für neue Initiativen gestartet werden, die die gesamte Bewegung neu ausrichten, von den Plätzen in die Viertel, von den Besetzungen der Plätze zu den Besetzungen von Wohnungen und Krankenhäusern etc. Rodrigo Nunes betrachtet diese Form der verteilten Führung als eigentliches Organisationsprinzip der neuen Bewegungen. Dabei »reicht es nicht aus, einfach mal nur eine Idee in die Welt zu setzen. Soll sie bei anderen auf Resonanz stoßen und Zugkraft ausüben, bedarf es einer größeren Anstrengung. Der Erfolg einer Idee hängt in der Regel davon ab, dass es eine Gruppe von Men-



schen gibt, die diese aufgreift und mit eigenem praktischen Beispiel vorgeht« (ebd.). Dies erfordert die Mühe der Organisation.<sup>62</sup> Eine solche Führungsfunktion ist dabei immer nur vorübergehend und bedarf der immer wieder erneuten Legitimierung durch die Praxis. Die »Unterstellung« unter eine solche Führung ist dann kein Ergebnis zwangsförmiger hierarchischer Unterordnung, sondern freiwillig und revidierbar, selbstgewählte Disziplin aus Überzeugung, nicht abstrakt ideologischer, sondern konkreter praktischer Überzeugung.

Die verteilte Führung bezieht sich keineswegs nur auf eine Funktion innerhalb der Bewegungen, sondern auch innerhalb des Mosaiks, also zwischen unterschiedlichen Teilen von Bewegungen und unterschiedlichen Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen. Je nach politischer Konjunktur und strategischer Notwendigkeit geht die Führung des Gesamtsubjekts von einem Teil des Mosaiks auf einen anderen über (z.B. in Spanien von der 15M-Bewegung über S25 zur PAH und evtl. der Frente Cívico bzw. in Griechenland von den anarchistischen Bewegungen und Gewerkschaften zu den Empörten und dann zu Syriza in Verbindung mit Solidaritätsnetzen wie *solidarity4all*). Jeder Übergang der Führungsfunktion von einem Teil des Gesamtsubjekts auf einen anderen verdeutlicht einen neuen Verdichtungspunkt, einen Strategiewechsel und eine Neuausrichtung der Mobilisierung.

»Die Idee der verbindenden Partei basiert u.a. auf der stillschweigenden falschen Annahme, alle Fraktionen« der Subalternen und Prekären »bewegten sich aufeinander zu«, schreibt Mimmo Porcaro selbstkritisch mit Blick auf Italien (2011, 32). Dies gilt auch für die gesellschaftlichen Mobilisierungen infolge des Auftauchens der neuen (Demokratie)Bewegungen. »Die bloße Kommunikation zwischen den ›Vielen‹ kann jedoch keine Einheit« – besser: *Verallgemeinerung* herbeiführen (ebd.). Es bliebe bei einer schwachen Version des Mosaiks ohne verbindliche Praxis, Strategie und Taktik öffentlich und regelmäßig zu diskutieren – wie in den USA nach dem Gang in die Viertel. »Pluralismus allein reicht nicht aus«: Die Ergebnisse plu-

<sup>62</sup> »Es wäre naiv, davon auszugehen, dass die Kapazitäten und die Bereitschaft zur Führung, auch wenn diese dezentralisiert ist, gleichmäßig verteilt sind. Soziale Mediennezwerke wie Occupy oder 15M bestehen aus einer großen Zahl von wenig verbundenen Knoten(punkten) und einer kleinen Zahl von Zentren mit stärker verbundenen und weiter entfernten Knoten. Insofern widerspricht all das verfügbare Wissen über die Struktur dieser Art von Netzwerken jedem simplen Nivellierungskonzept, das Horizontalität mit absoluter Gleichheit gleichsetzt.« (Nunes 2013, 65)

realistischer Debatten müssen durch intellektuelle und politische Gruppen weiter verarbeitet werden (ebd., 34), die zu jedem Zeitpunkt an der Realität geprüft und aktiv verbunden und verallgemeinert werden, zu einer gemeinsamen, aber flexiblen *politischen Linie* verdichtet werden. Dies ist die Funktion der jeweils führenden Gruppe als kollektiver Vermittlungsintellektueller. In diesem Prozess der verteilten und wechselnden Führung muss sich die verbindende gesellschaftliche Partei auch zur strategischen Partei entwickeln und dabei unterschiedliche Zeitrhythmen integrieren. Die horizontale, basisdemokratische Arbeit in den Versammlungen, die Arbeit der Vermittlung und Verallgemeinerung – auch der Verallgemeinerung von Führungsfähigkeit – braucht Zeit. Zugleich bedarf es aber in kritischen Situationen schneller gemeinsamer Entscheidungen. Ein zentraler Aspekt der Führungsfunktion ist es, im richtigen Moment »die Stärke der Bewegungen auf entscheidende Punkte der politischen Konjunktur zu lenken – Punkte, die sich ja ständig verändern« (Porcaro 2013b, 143).

## 5.4 Occupy Lenin – Strategie und Staatsmacht

Erleben wir vorrevolutionäre Zeiten? Schwer zu sagen. Sicher aber erleben wir das »Interregnum«, eine Transformationsperiode, in welcher ein autoritär und postdemokratisch gewendeter neoliberaler Machtblock seine Herrschaftsinteressen sichert und andere, auch Kapital-immanente Krisenlösungen blockiert. Für ein eigenes hegemoniales Projekt ist der Autoritarismus sicher unzureichend, da seine Attraktivität und sein ökonomisches Potenzial begrenzt bleiben. Er vermag aber zu verhindern, »dass die Elemente der Lösung sich mit der nötigen Geschwindigkeit entwickeln; wer herrscht, kann die Krise nicht lösen, hat aber die Macht (zu verhindern), dass andere sie lösen, d.h. hat nur die Macht, die Krise selbst zu verlängern« (Gramsci, Gef., H. 14, §58).

Die herrschenden Klassen sind sich uneinig angesichts der Unwägbarkeiten der Krise und zersplittert mit Blick auf die notwendigen Maßnahmen zur Krisenüberwindung: Die Regulierung der Finanzmärkte stockt, der Schuldenabbau misslingt, die finanzielle Überakkumulation wächst (wenn auch etwas langsamer). Mit Blick auf die autoritäre Sicherung und Ausübung der Staatsmacht sind sie aber imstande, sich zu einigen, sich strategisch »auf den Staat als finalen Garanten ihres Überlebens zu fokussieren« (Porcaro 2013a, 135). Sie haben dabei nicht nur längst ihre Fähigkeit zur

Führung und Organisation eines aktiven Konsenses verloren – zumindest in Südeuropa, wird darauf verzichtet, tritt der Zwang offen zutage.

Viele soziale Institutionen in Griechenland und Spanien sind weitgehend zusammengebrochen. Sie werden durch wechselseitige Hilfsinitiativen ersetzt bzw. gestützt. Massenproteste sind an der Tagesordnung. Was noch funktioniert, sind die repressiven Apparate (vgl. Caceres/Oberndorfer 2014). Die zivilgesellschaftlichen »Schützengräben« sind bis hin zu den Zeitungen dominiert von der Kritik an der imperialen Unterwerfung unter die Troika und der Unfähigkeit der eigenen Regierungen. Doch obwohl das Leben in weiten Teilen auf Selbstorganisation zurückgeworfen ist und die Straße erobert, betreiben die herrschenden Gruppen ungerührt ihre Politik der perspektivlosen Kürzungen. Die Ströme zivilgesellschaftlicher Organisation erreichen die soliden Institutionen der Herrschaft nicht. Die Welt zu verändern, ohne die Macht zu ergreifen, scheitert an diesem Punkt.

Die strategische Frage ist nicht, ob »die Apparate der Zivilgesellschaft oder die Hauptquartiere« der Macht erobert werden sollen, wie Rehmann treffend kritisiert (2013, 142). Dies wäre ein falscher Gegensatz, der die Linke schon oft zerrissen hat. Der reine Bewegungstypus der Mobilisierung, das »stetige Wachsen der Selbstorganisation populärer Subjekte«, kritisiert Porcaro, genügt jedoch nicht mehr. Die Arbeit der Verdichtung steht an – dies ist der strategische »Lenin'sche Moment« (Porcaro 2013a, 138).

»Die verbindende Partei beschränkte sich darauf, verschiedene Subjekte in Beziehung zu setzen, in der Annahme, dass ihr ständiges Wachsen genüge«, räumt Porcaro mit Blick auf die Situation in Italien selbstkritisch ein (2010, 75). Doch immer noch werde »die richtige Idee der sozialen Selbstorganisation als Alibi« verwendet, »um sich nie der Frage der Staatsmacht und der Kontrolle der Produktionsmittel zu stellen« (2013b, 142).

Gegen eine »Zivilgesellschaftsromantik« (Ross 2010, 154) gilt es also das Verhältnis zum Staat neu anzugehen. Die Staatsfixierung der alten Linken beförderte eine Reorientierung auf Zivilgesellschaft und Selbstorganisation. Der Staat im engen Sinne erschien nicht mehr länger als gesellschaftliches Zentrum oder Hauptquartier der Macht. Die zutreffende linke Staatskritik geriet zugleich in eine gefährliche Nähe neoliberaler Vereinnahmung, wurde ideologisch ver-rückt zum Abbau des Sozialstaates und zur Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse genutzt. Der Staat wurde weitgehend den herrschenden Klassen überlassen.

Sie sollen alle gehen. Aber wer ist gemeint? Was grenzt eigentlich die herrschenden Klassen von der »Subalternen-Suppe« (Habermann) ab?

(Candeias 2012c) Marxistische Theorie betont zu Recht: Anders als in feudalen Produktionsverhältnissen beruht die kapitalistische Produktionsweise in erster Linie nicht länger auf personaler Herrschaft als vielmehr auf a-personalen Verhältnissen struktureller Abhängigkeit: Die Arbeiterin ist eben doppelt frei und auch noch (Staats-)Bürgerin mit formal gleichen Rechten wie der Kapitalist. Im strukturalen Marxismus von Althusser und anderen wird die strukturell-systemische Macht auf die Spitze getrieben: Die Anrufung des Subjekts erfolgt immer schon vor dem Hintergrund der freiwilligen Unterwerfung. Bei Antideutschen wird dann jeder Hinweis auf herrschende Klassen schnell mit dem Vorwurf eines strukturellen Antisemitismus beantwortet und stillgestellt. Dagegen hat Rainer Rilling bereits 1982 in dem Artikel »Das vergessene Bürgertum« bemängelt, dass kritische Theorie »ohne gesellschaftliches Subjekt auszukommen scheint« (34). In der Regulationstheorie wird dann zu Recht darauf hingewiesen, gesellschaftliche Regulation erfolge ohne zentral »steuerndes Subjekt« (Hirsch) – aber eben nicht subjektlos (vgl. Candeias 2004).

Es gibt also kein gesellschaftliches Zentrum. Insbesondere in der Folge von Foucault haben wir gelernt (was sich auch schon bei Gramsci findet), dass Machtverhältnisse in alle Poren der Gesellschaft diffundieren, mikrosoziologisch überall Machtverhältnisse zutage treten und jede Einzelne Macht ausübt, irgendwie. »Reine Subalternität« gibt es nicht (Spivak 2008, 121). Doch mit der Diffusion und Vervielfältigung von Machtverhältnissen darf nicht die Differenz von gesellschaftlichen Positionen im Sinne von Machtasymmetrien, von struktureller Herrschaft, aber auch von Hegemonie verschwinden. Es geht in der Verwobenheit von Machtverhältnissen um eine immer wieder neu vorzunehmende relationale Bestimmung zwischen Herrschenden und Subalternen, von struktureller Macht, v.a. der jeweiligen Form der Trennung von Ökonomie und Politik, ihrer Neuverknüpfung mit Patriarchat und Rassismen. Denn neben der Zerstreuung von Macht in vielfach verwobenen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, die zur Spaltung der Subalternen entlang ethno-nationaler, rassistischer, geschlechtlicher, religiöser und kultureller, bildungs- und generationaler etc. (Selbst-)Zuschreibungen führt, gibt es immer noch und mehr denn je Verdichtungen von Macht. Natürlich sind auch jeder Spitzenbanker und jede Bundeskanzlerin Getriebene globaler Konkurrenz und systemischer Zwänge. Aber doch mit ein paar mehr Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen als bspw. eine Hartz-IV-Empfängerin, die sich der zumindest sehr persönlich anfühlenden Despotie des (oft prekären) JobCenter-Fall-

bearbeiters ausgesetzt sieht. An diese manchmal theoretisch vergessene Banalität erinnert lautstark der Protest der 99% gegenüber dem 1%.

In diesem Sinne lässt sich eine theoretische Unterscheidung treffen zwischen a) einem Machtblock als »eine von inneren Widersprüchen gekennzeichnete Einheit von politisch herrschenden Klassen und Fraktionen« (Poulantzas 1973, 239), in dem oppositionelle Führungsgruppen als beherrschte in subalternen Positionen des herrschenden Machtblocks integriert, also Teil der Herrschaft sind (Gramscis *Trasformismo*), z.B. Gewerkschaftsspitzen, NGOs usw.; und b) einem geschichtlichen Block eines bestimmten hegemonialen Projekts, der Herrschende und Beherrschte mit einschließt. Der Machtblock repräsentiert damit eine Seite des Widerspruchs zwischen Regierenden und Regierten, während ein geschichtlicher Block die widersprüchliche Einheit von Regierenden und Regierten darstellt (Candeias 2004, 43-46). Deutlich wird dann, dass eine Art hollowaysche Distanzierung vom Staat nicht weiterhilft bzw. einem problematischen Mythos unterliegt (vgl. Ross 2010). Der Staat wird missverstanden als geschlossener Herrschaftsapparat und die Bewegung auf dem Feld der Zivilgesellschaft isoliert. Die Geschichte der Armenbewegungen (Fox Piven/Cloward 1977) verdeutlicht, dass der Staat im engeren Sinne selbst ein widersprüchliches Kampffeld darstellt und seine Form Ergebnis der Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist. Sinnvolle Reformen – insbesondere eines linken Staatsprojektes – sind nicht einfach abzulehnen oder irrelevant, nur weil sie auf einem vermachteten Terrain stattfinden.

Manuel Castells verfehlt dieses Problem, wenn er entsprechende Debatten zur Reorientierung in der gesellschaftlichen Mobilisierung als »produktivistische Vision des sozialen Wandels« denunziert (2012, 143): »Wenn nichts durchsetzbar ist, versagt die Bewegung. Sie argumentieren, dann reproduziere sich nur die kapitalistische Logik... Durch die Internalisierung dieses produktivistischen Imperativs wird eine Perspektive produziert, die die Bewegung in eine selbstgemachte Niederlage führt und sie von ihrem ursprünglichen Ziel einer tiefen gesellschaftlichen Transformation fortführt. Wenn ein klar definiertes Ziel erreicht werden muss, dann ist auch ein Programm, eine Strategie, eine Organisation, ein Aktionsplan nötig, um von A nach B zu kommen... Dies führt nur zu einer neuen Form der repräsentativen Demokratie.« (ebd.)<sup>63</sup>

<sup>63</sup> E.O. Wright unterscheidet sehr vereinfacht drei unterschiedliche Strategien der Transformation: 1. Strategien, die in den Nischen kapitalistischer Gesellschaften al-

Linke Bewegungspolitik kann institutioneller (linker) Politik nicht teilnahmslos gegenüberstehen, muss vielmehr Druck entfalten, sich einlassen, solche Politiken in einer Matrix der Interessenverallgemeinerung interpretieren und bearbeiten. Dies erfordert allerdings die Sicherung der Autonomie der Bewegungen, d.h. Schaffung eigener Institutionen und einer eigenständigen »moralischen Ökonomie« (Thompson) bzw. solidarischer Ökonomien.

Beispielhaft kann ein solches strategisches Verhältnis zum Staat in der Politik der brasilianischen Landlosenbewegung MST zu Beginn der PT-Regierung gezeigt werden. Diese gab sich nicht damit zufrieden, Forderungen an die Regierung zu stellen. Sie unterstützte die Politik des Präsidenten Lula kritisch – sofern diese aber erlahmte, erhöhte die MST die Zahl der Landbesetzungen, um auf diese Weise Tatsachen zu schaffen und weiteren Druck aufzubauen. Die MST rekurrierte auf staatliche Politik, aber nur insofern, als es um die Absicherung und Erweiterung von Handlungsspielräumen für die Bewegung und die Aneignung von Lebens- und Arbeitsbedingungen ging (etwa Landrechte). Landbesetzungen waren und sind der Motor der Organisierung, eine gemeinschaftliche Produktionsweise bildet die ökonomische Grundlage, eigene Schulen und Ausbildungsstätten sichern politische, organisatorische und produktive Entwicklung. Die MST versuchte eine weitestgehende Selbständigkeit zu gewinnen, ohne der Illusion einer Autonomie jenseits des Staates zu erliegen. – Solidarity4all und Syriza kommen einem solchen Verständnis ebenfalls nah. Dies setzt voraus, Bewegungselemente immer wieder zu reaktivieren, um die Bürokratisierung von Organisationen und die Passivierung ihrer Mitglieder aufzubrechen, die Organisationsmacht zu stärken.

---

ternative Lebensweisen und Organisationen entwickeln und versuchen, sukzessive diese Nischen (»Löcher«, Holloway) auszuweiten; 2. Reformistische Strategien, die innerhalb der gegebenen Institutionen quasi kumulativ durch kleine Schritte nach und nach große qualitative Veränderungen bewirken wollen; 3. Strategien, die auf den (revolutionären) Bruch zielen, um radikale Transformationen durchzusetzen (2010, 365; vgl. Brie 2011). Jede dieser Strategien bringt spezifische Probleme mit sich: 1. Die Nischenstrategie scheitert eben an den soliden Institutionen der Herrschaft und der Beweglichkeit des Kapitals, neue Impulse umzubauen und zu integrieren; 2. Reformistische Strategien stoßen an die Grenzen kapitalistischer Herrschaft in Betrieb, Staat und transnationalisierten Märkten; 3. (National-)revolutionäre Strategien scheitern an strukturellen und transnationalen Machtverhältnissen bzw. an der Zersplitterung der Subalternen. Als solche sind alle drei defizitär. Beweglich kombiniert können sie sich wechselseitig stärken.

Die Entwicklung eines kritischen strategischen Verhältnisses zwischen Bewegung und Staat ist anspruchsvoll und geht über das Problem der Formierung einer bündnisförmigen Mosaiklinken hinaus. Daher bedarf es außerdem neuer vermittelnder Institutionen, die nach und nach dazu in der Lage sind, den Staat in die Zivilgesellschaft zu absorbieren: *consultas populares*, partizipative Haushalte/Demokratie, *peoples planning processes*, Räte auf der betrieblichen, kommunalen und regionalen Ebene (und darüber hinaus). Die Praxis der massenhaften Verbreitung von Versammlungen in den neuen (Demokratie-)Bewegungen und die Ansätze ihrer diagonalen Vermittlung können Keimformen eines neuen Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft werden, das staatliche Funktionen der Willensbildung im legislativen Prozess in die Zivilgesellschaft zurückholt.

Solche partizipativen Institutionen zur Dezentralisierung und Demokratisierung von Macht sind allerdings nur effektiv, wenn wirklich etwas zu entscheiden ist, speziell in Bezug auf die Struktur des institutionellen Gewebes: Wie wollen wir leben und Gesellschaft gestalten? – und in Bezug auf den Einsatz der gesellschaftlichen Ressourcen: Wofür und wo wollen wir unsere Ressourcen einsetzen? Dies sollte keine reine Aufgabe des Staates sein, schon gar nicht privat-kapitalistischer Unternehmen. Dies sind Elemente eines linken Staatsprojekts neuen Typs.

»Ich glaube, wir brauchen staatliche politische Macht. Aber es ist entscheidend, was wir in der Gesellschaft und den Bewegungen machen, bevor wir die Macht erlangen. 80% der gesellschaftlichen Veränderungen können nicht durch die Regierung erwirkt werden«, so Andreas Karitzis aus der Führung von Syriza (zit.n. Wainwright 2012a, 120). Die gesellschaftliche Mobilisierung richtet sich in weiten Teilen nicht nur gegen die Troika und die jeweilige Regierung, sondern explizit gegen die überkommenen Institutionen der repräsentativen Demokratie und kapitalistischer Herrschaft. Als konstituierende Macht zielen sie auf eine andere, neue Form konstituierter Macht. Dieser Gedanke bleibt bislang noch zu sehr im »kumulativen« Wachsen des Anderen von unten stecken.

Eine schwache verbindende gesellschaftliche Partei reicht nicht aus. In Italien wurde vor dem Antritt der Linksregierung unter Prodi kaum an gemeinsamen Taktiken, Strategien und Perspektiven innerhalb des linken Mosaiks von Bewegungen, Gewerkschaften und *Rifondazione Comunista* gearbeitet: »Folglich handelte die *Rifondazione* dann innerhalb der Regierung nicht wirklich entsprechend der Forderungen der Bewegungen und umgekehrt unterstützten die Bewegungen die Positionen der PRC in der Regie-

rung nicht wirklich« (Porcaro 2011, 29), was dort letztlich zur Vernichtung der Linken jenseits kultureller und sozialer Nischen führte.

Es bedarf der Verdichtung mit Blick auf die Hauptquartiere der Herrschaft. Denn »auch wenn wir noch so viel Zündstoff auf die Straße bringen, die Probleme noch so sichtbar machen und noch so viel selbstorganisierte Strukturen aufbauen: Wenn wir nicht die institutionelle Macht erobern und die Demokratie über die Gewerkschaften in die Fabriken bringen, ist das nicht von Dauer. Wenn wir weder die Medien noch das Bildungssystem erobern, werden wir die Mobilisierung kaum so verstärken, dass wirklich etwas verändert werden kann«, resümiert Chema Ruiz von der PAH in Spanien (2013a, 125f.).

Es ist ein wahres Kunststück, die unterschiedlichen Anforderungen so zu verbinden, dass der Zusammenhang nicht zerreißt, das Mosaik zerbricht. Denn zivilgesellschaftliche und staatliche (Veränderungs-)Prozesse haben »verschiedene Zeitläufe und Bedingungen«: »Der erste verlangt längere Zeiträume« der Organisierung und Transformation, »einen höheren Grad an Dezentralisierung«, Vielfalt. »Der zweite ist schneller, konzentrierter« (Porcaro 2013b, 144), wenn nötig, von plötzlichen Wendungen der Herrschenden geprägt, erfordert eine konzentrierte, verdichtete Intervention.

Was bedeutet das in Zeiten des Übergangs vom Stellungs- zum Bewegungskrieg, der Mimmo Porcaros Ansicht nach ansteht? (2013a, 137) Die Übernahme der Regierungsmacht ist eine notwendige, aber keineswegs auch nur annähernd eine hinreichende Bedingung. In »Occupy Lenin« beschreibt Porcaro daher das »Lenin'sche Moment« nicht nur in der »Entwicklung des Potenzials einer gegebenen Situation« gesellschaftlicher Mobilisierung mit Blick auf die Regierungsübernahme, sondern in der »Schaffung einer Situation, die noch nicht existiert« (ebd., 138) – mit Porcaro und über ihn hinaus hieße dies: Infragestellung und Neuschaffung der Institutionen an sich (Candeias 2013a, 146).

Dies ist keine Aufgabe institutioneller Politik, einer politischen Partei im engen Sinne, sondern der gesellschaftlichen Partei. Sie erfordert integrale Strategien mit Blick auf Veränderungen des »integralen Staates« (Gramsci), des Zusammenhangs von Zivilgesellschaft und Staat. Dies kann auch keine Forderung nach diesem oder jenem sein, Ende der Zwangsräumungen, Kürzungen und Privatisierungen, Schuldenerlass etc. – auch wenn jede der erhobenen Forderungen unerlässlich ist. Weitere Forderungen richten sich immer an Institutionen und politisch Herrschende, die längst nicht mehr



zuhören. Selbst wenn sie es täten, wenn sie zuhörten, vertrauen wir ihnen nicht (mehr). Die strategische Partei »ist sich bewusst, dass die Regierungsübernahme qualitative Sprünge und Brüche in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen erfordert.« (Porcaro 2010, 75)

Ohne grundlegende Infragestellung und Schaffung neuer Institutionen bliebe auch eine linke Regierung in Spanien oder Griechenland chancenlos. Die Asymmetrien der Macht in Europa sind ungeheuer. Ohne Sturz der neoliberalen Regierungen wiederum droht das Potenzial eines verfassungsgebenden Prozesses oder von Schuldenaudits zu verpuffen. Ob die Machtergreifung durch eine Partei neuen Typs wie in Griechenland oder eine Frente Civico, die sich zunächst der Neukonstitution der Institutionen widmet wie in Spanien, sinnvoller wäre, bleibt dabei offen. Nötig ist: Das eine tun, das andere nicht lassen. Bruch und Neugründung sind nicht als Gegensätze zu betrachten, sie verweisen aufeinander.

Arabellion, 15M und Occupy waren erste Unterbrechungen. Sie sind weiterzutreiben, im Sinne der Verbindung von Widerstand mit einer Politik von unten, die Zeit einklagt und sich diese nimmt für eine wirkliche Neugründung Europas. »Wir sind langsam, weil wir weit gehen müssen«, war ein Slogan der Mobilisierung in Spanien.

## 6. »Wo bitte geht's zum Winterpalast?« Transnationale Resonanzen und blockierte Transformation

Ausgehend von den Impulsen der Arabellion (Luxemburg 1/2011) hat also seit 2011 auch in Europa und den USA, Chile, der Türkei oder Brasilien mit den »Empörten« und »Occupy Wall Street« ein transnationaler Bewegungszyklus eingesetzt, getragen von einem besser denn je ausgebildeten urbanen Prekariat. Immer wieder eröffnen sich Räume für Protest und Organisation. Immer wieder erzeugen Ereignisse an einem Ort Resonanzen an anderen Orten, werden transnational wechselseitige Bezüge hergestellt, wird Solidarität praktiziert, zuletzt fast zeitgleich in Athen (Völpel 2013a), in Istanbuls Gezi-Park (Tugal 2013; Hammond/Angell 2013; Trogisch 2013) und anderen Städten der Türkei sowie in São Paulo (Richmond 2013; Dilger 2013).

Aufbauend auf den organischen Kooperationen in der Zeit der Platzbesetzungen konnte nach ihrer Räumung ein Strategiewechsel vorgenommen werden, der (zunächst) das Überleben und die Entwicklung der Bewegung sicherte: Die Bewegung streute in die Viertel, ohne sich zu zerstreuen. Von dort aus konnte zunächst die Mobilisierung mit anderen Kräften verbunden und verbreitert werden, indem konkrete Probleme angegangen wurden, vom Kampf gegen Zwangsräumungen (Spanien/USA) über den Aufbau von lebendigen Solidarnetzen für Gesundheit und Ernährung (Griechenland) und Direkthilfe bei Katastrophen (Occupy Sandy in den USA) bis hin zu Arbeitskämpfen im öffentlichen Dienst (die so genannten Protestwellen in Spanien oder der Kampf um den staatlichen TV-Sender ERT in Griechenland).

Die erste Konjunktur des Protestzyklus hat Enormes geleistet – und sich doch erschöpft. Die mit ihr verbundene gesellschaftliche Mobilisierung verpufft bzw. steht überall vor einer blockierten Transformation. Die herrschenden Gruppen und Regierungen setzen ungerührt ihre Politik der perspektivlosen Kürzungen fort. Sie stützen sich auf ihre strukturelle, transnationale Macht. Die breiten und bunten Ströme zivilgesellschaftlicher Organisation erringen große Terraingewinne, erreichen die soliden Bastionen der Herrschaft aber nicht. Dies markiert die strukturelle Schwäche der

Bewegungen. Sie müssen sich strategisch reorientieren – mit Blick auf die »Hauptquartiere« der Macht. Doch wo steht der »Winterpalast« in Zeiten der Transnationalisierung überhaupt? Sind nationale Regierungen und nationale Kapitale überhaupt noch *die* Kristallisationspunkte der Macht? Sicher nicht. Doch sie sind wesentliche Verdichtungspunkte von Macht, während sich gegen die transnational verstreute, fluide Macht kaum direkt Widerstand organisieren lässt. Die transnationalen Mächte nutzen für ihre Herrschaft immer auch Verdichtungspunkte auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene – dies macht ihren *transnationalen* (eben nicht *internationalen*) Charakter aus (Candeias 2004, 309ff.).

An diesen Bastionen der (transnationalisierten) Macht zerschellt die Mobilisierung bislang. In der Folge zerstreuen sich Teile der Bewegung wieder. Übergreifende Zusammenhänge zerreißen, z.B. Occupy Wall Street in den USA. Andernorts erfolgt eine Reorganisation. Überall stellen sich neue strategische Aufgaben. Ohne den Sturz der neoliberalen Regierungen, ohne einen destitutiven Prozess – also eine Infragestellung des institutionellen Gefüges und des Verhältnisses von Politik und Ökonomie –, und ohne effektive Brüche geht es nicht. Über Spanien und Griechenland hinaus werfen wir hier sehr verkürzt einen exemplarischen Blick auch auf andere Orte des Bewegungszyklus.

### 6.1 Blockierte Arabellion

Der »Sturm auf das Winterpalais« war in Nordafrika möglich, da die Regime kaum über Einbindungspotenziale der breiten Massen verfügten, sich nicht auf eine entwickelte Zivilgesellschaft stützen konnten und mit dem relativen Desinteresse des sie lange stützenden transnationalen Blocks konfrontiert waren. Im Moment zivilgesellschaftlicher Erhebung blieb den Regimen nur der Repressionsapparat. Das Militär, in Ägypten und Tunesien mit den Machthabern verflochten, musste jedoch befürchten, mit ihnen in die Tiefe gerissen zu werden, sollten die Revolten Erfolg haben. Die Risse im Machtblock führten zum Bruch; das Militär sicherte seinen Einfluss, indem die alten Potentaten geopfert und der Machtblock neu zusammengesetzt wurde – damit die Revolution passiv bleibt und radikalere Veränderungen verhindert werden. Für die Entwicklungen in Ägypten und Tunesien begünstigend war, dass vonseiten des transnationalen neoliberalen Blocks eine Aussicht auf formale Demokratisierung befürwortet wird. Man konnte

mit den Diktatoren gut leben, mit »freien und demokratischen« Marktwirtschaften lassen sich bessere Geschäfte machen, so die Hoffnung.

Doch bekanntermaßen brachte die Revolution in Tunesien jene an die Macht, die nicht Teil der Revolution waren: die islamisch orientierten Kräfte. In Tunesien konnten bislang weder die Gewerkschaften, die alten linken oder liberalen Organisationen, noch die Vielzahl neuer Netze und Zirkel von Bewegung auf die Macht der Ennahda eine organisatorische Antwort formulieren. Wie ist jenseits bestimmter urbaner Gruppen die Mehrheit im ländlichen Raum zu erreichen und in ein alternatives Projekt einzubeziehen? Zudem verstellt die Polarisierung zwischen »Islamisten« und »Säkularisten« den Blick auf die sozialen Fragen der Armut und Perspektivlosigkeit, die doch den Auslöser der Revolution ausmachten. Oppositionelle wie der Linke Mohamed Brahmî fallen politischen Morden zum Opfer, während der Prozess stagniert. Der Oppositionszusammenschluss der Nationalen Heilsfront kritisiert Misswirtschaft und Stillstand und drängt die Regierung zum Rücktritt. Die einflussreichen Gewerkschaften der UGTT vermitteln. Inzwischen ist es gelungen, eine wegweisende Verfassung zu verabschieden – ein kaum zu unterschätzender Schritt für den gesamten Arabischen Raum. Freilich muss der Gehalt der Verfassung noch Realität werden, wie Parlamentspräsident Mustafa Ben Jaafar bei ihrer Unterzeichnung sagte. Neuwahlen sind vereinbart. Fraglich bleibt, ob die Opposition eine Mehrheit erringen kann.

Diese Probleme stellen sich auch in Ägypten. Hier trieb die Polarisierung angesichts des Autoritarismus der Regierung Mursi die Reorganisation der Revolutionsbewegung voran, *ohne* dass die ungelösten Fragen von Armut und Existenznöten untergepflügt wurden. Die Tamerod(Rebellions-)Bewegung hat die oppositionellen Kräfte angesichts der Selbstlähmung des Bündnisses von linken und liberalen Gruppen und Parteien neu mobilisiert. Sechs Monate mit beeindruckenden Aktivitäten und Organisationsprozessen gipfelten in einer Demonstration der Stärke am 30. Juni 2013, die »jede herrschende Klasse in Angst versetzen würde« (Savran 2013). Mit dem Putsch gegen den formal-demokratisch gewählten (was nach 30 Jahren Diktatur nicht wenig ist), religiös-orientierten Präsidenten Mursi hat die Armee unter Al-Sisi nicht nur einen möglichen Bürgerkrieg verhindert, sondern auch den drohenden Fortgang der 2011 begonnenen Revolution. Eine weitere Zuspitzung hätte nicht nur Neuwahlen und den Sieg der Opposition mit sich bringen können, sondern auch die Infragestellung der politischen und ökonomischen Macht des Militärs. Doch der »Bonapartisti-

sche Coup« (ebd.) wurde von großen Teilen der Bevölkerung begrüßt, weil der gemeinsame »islamistische« Gegner geschlagen wurde.

Erwarten sie, dass der Schlag gegen die reaktionären religiösen Kräfte, einen »Hauptfeind der Revolution« (Al-Chaissi 2013), die Revolution unterstützt? Das Militär konnte bereits während der kurzen Zeit der Mursi-Regierung sein Ansehen als Hüter der Nation verbessern und gewann mit dem Coup zunächst weiter an Glaubwürdigkeit – »Armee und Volk, Hand in Hand«, riefen viele wieder. Die brutale Härte und mehr als Tausend Tote zeigen jedoch auch den autoritären Charakter. Die Notstandsgesetze, gegen die die Revolution 2011 u.a. antrat, sind wieder in Kraft. Tatsächlich richtete sich der Coup eben auch gegen die Ziele der Revolution und orientiert auf eine restaurierte Position einer zivil-militärischen Herrschaft. Al-Sisi orientiert offenbar weniger auf eine vermittelnde oder hütende Rolle des Militärs im demokratischen Spiel als vielmehr auf die Übernahme der Macht durch einen reorganisierten zivilen Arm des Militärs mit ihm selbst an der Spitze. Ideologisch könnte diese Restauration auf einem Neo-Nasserismus aufbauen, der die Liberalen um El-Baradei wie die Linken um Hamdeen Sabahi integriert<sup>64</sup> – freilich ohne die panarabische und sozialistische Orientierung des alten Nasserismus. Damit sind die revolutionären Kräfte derzeit eingemauert zwischen den islamischen Massenbewegungen und einer erneuerten militärisch-basierten Herrschaft. Protest ist angesichts der staatlichen Repression und Ausgangssperren erschwert, die Gesellschaft tief gespalten. Aber auch das Lager der Revolutionäre ist gespalten: Während etwa die Bewegung des 6. April die Gewalt verurteilt und die Revolution als gefährdet betrachtet, stützen Teile der Tamerod-Bewegung Al-Sisi und verteidigen etwa die Verurteilung von Zivilisten durch Militärgerichte. Zu hoffen ist, dass Sungur Savran recht behält: Revolutionäre und große Teile der Bevölkerung seien »voller Selbstbewusstsein und Glauben an ihre Stärke« (2013). Sie stehen vor der dritten Etappe der Revolution, einer erneuten Reorganisation der Kräfte.

---

<sup>64</sup> Allerdings ist Khaled Daoud, der Sprecher der Nationalen Rettungsfront, einem Bündnis von mehr als 35 oppositionellen Parteien und Gruppen, nach dem Massaker an Hunderten von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi zurückgetreten und distanzierte sich von der Gewalt gegen seine politischen Gegner.

## 6.2 Nach Gezi: Schwierigkeiten der Neuformierung

Auch in Istanbul entzündete sich der Protest gegen die zunehmend autoritäre Herrschaft der AKP an einem vermeintlich unscheinbaren Gegenstand, dem Fällen von fünf Bäumen zum Zwecke der Bebauung des Gezi-Parks auf dem zentralen Taksim-Platz. Auch OccupyGezi war nur ein leerer Signifikant, in dem sich ein schleichendes Unbehagen und manifeste Unzufriedenheit ausdrücken konnten, inspiriert von den Platzbesetzungen in aller Welt. Auch hier waren es nicht die »üblichen Verdächtigen«, sondern eine neue Generation des urbanen Prekariats, die allerdings schnell Unterstützung aller Generationen erhielt – erstaunlich war die Präsenz Älterer bei den Demonstrationen, vor allem aber bei der Versorgung der Protestierenden. Auch hier entwickelten sich die Versammlungen auf dem Platz zu einer Begegnungsstätte zuvor isolierter Gruppen und krasser kultureller Differenzen: unorganisiertes subkulturelles »postpolitisches« Milieu und organisierte Splitter-Kadergruppen, LGBT-Aktivist\_innen und alte Linke, Anhänger der kemalistischen CHP und die »antikapitalistischen Muslime«, um nur einige zu nennen. Der Protest verbreitete sich auch dank der überharten Repression – nicht zuletzt mit Gas – in kürzester Zeit. In den zehn Tagen des Widerstands fanden in 77 Städten Demonstrationen und Platzbesetzungen statt, Millionen Menschen unterstützten sie (vgl. OccupyGezi, LuXemburg 2/2013). Die Ereignisse waren auch ein Weckruf für die oppositionellen Parteien, v.a. die kemalistische CHP und die links-kurdische BDP.

Die Plätze wurden – wie überall – geräumt, Demonstrationen unterdrückt. Wieder streute die Mobilisierung in die Viertel. Überall in Istanbul und anderen Städten finden öffentliche Foren in den Parks statt. Der Protest wird in den Alltag verlagert, z.B. mit oppositionellem Fastenbrechen auf der Straße, Cocktails gegen Erdogan (und das öffentliche Alkoholverbot), originellen Kundgebungen, einer Explosion der Street Art oder auch einer Hochzeit mit Gasmasken im Gezi-Park.

Die Foren in den Parks und den sozialen Netzwerken dienen zur Debatte über die Reorientierung und Organisation der Mobilisierung. Wie ist angesichts einer in großen Teilen der Bevölkerung (nicht zuletzt auf dem Land) fest verankerten Regierung das Bewegungsmoment aufrechtzuerhalten oder wie lässt es sich transformieren? Manche träumen von der Gründung einer neuen Partei – sicher ein übereilter Schritt angesichts der Heterogenität. Vielversprechender ist die Orientierung auf die anstehenden Kommunalwahlen. Hier versuchen unterschiedliche Kräfte zu sondieren,

ob ein gemeinsames Vorgehen denkbar ist. Viel wird davon abhängen, ob die Begegnungen auch neue Bündnisse ermöglichen: Entscheidend ist dabei das künftige Verhältnis der immer noch stramm nationalistischen Kemalisten und der kurdischen Bewegung als den beiden zahlenmäßig stärksten oppositionellen Kräften. Vielleicht gelingt es dank des Gezi-Moments, Absprachen für die Kandidatenaufstellung in den Vierteln zu treffen. Vielleicht hat der beliebte Linke, Sirri Süreyya Önder von der BDP, der bei den Protesten im Gezi-Park selbst verletzt wurde, so auch Chancen auf den Sieg der Bürgermeisterwahlen in Istanbul.

Abdullah Öcalan, immer noch ein zentraler Orientierungspunkt der kurdischen Bewegung, empfiehlt dieser, ihre Skepsis zu überwinden und sich der Protestbewegung gegenüber zu öffnen. Darüber hinaus empfiehlt er sogar, über die Auflösung der alten Parteistruktur nachzudenken, um sich stattdessen voll in der Neuformierung der Linken zu engagieren. Für diese steht der Versuch zur Bildung einer übergreifenden linken Plattform HDK, Halkların Demokratik Kongresi (»Demokratischer Kongress der Völker«), die neben der BDP 15 weitere Parteien und Organisationen umfasst. Dieser Versuch begann bereits vor zwei Jahren, die realen Bedingungen haben sich unter der Dynamik der Proteste möglicherweise verbessert. Die HDK müsste dafür nicht nur die Zersplitterung der politischen Linken überwinden, sondern die Interessen und Politikformen der Protestbewegung organisch integrieren, sich also nicht als Stellvertreter der Bewegung verstehen, sondern als ein Ort ihrer Organisation, ihr institutionelles Rückgrat, eng verknüpft mit den öffentlichen Foren. Für die Teilnahme an den Kommunalwahlen gründete die HDK eine Partei, die HDP. Dies ermöglicht der HDK, ihren Plattformcharakter zu erhalten, während die HDP im Westen des Landes und die BDP im Osten Kandidat\_innen für die Wahl aufstellen kann. Hier geht es weniger um die Hauptquartiere als überhaupt wieder darum, wirkungsvolle Organisationsformen und institutionelle Anker in den Kommunen zurückzugewinnen.

### 6.3 Die Empörung verpufft

Ob in Spanien, Portugal oder Griechenland, das Ergebnis erfolgreicher Mobilisierung war eben auch die Wahl rechter Regierungen, die mit noch härterer Macht Kürzungspolitik, Abbau von Arbeits- und Sozialrechten und Privatisierungen durchsetzen. Massenproteste sind an der Tagesordnung.

An den Generalstreiks und zentralen Demonstrationen nehmen Millionen teil – in Portugal mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung. Darüber hinaus genießen laut Umfragen die Proteste einen enormen Rückhalt und Zustimmung in der übrigen Bevölkerung – sie übernehmen eine (jenseits der Selbstwahrnehmung als »horizontale«, direkt-demokratische Zusammenkünfte) Repräsentationsfunktion, stärker als es die Parteien noch können. Insbesondere die in Spanien regierende Partido Popular (Volkspartei) hat sich durch und durch in eine unvergleichliche Spendenaffäre verstrickt. Der Rückhalt der Regierung sinkt auf ein negatives Rekordniveau. In Portugal werden Kürzungsmaßnahmen vom Verfassungsgericht zurückgenommen. Die regierende rechte Koalition wird ein ums andere Mal umgebildet und müht sich, ihren Zerfall zu verhindern. Selbst in Militär und Polizei mehren sich die Stimmen gegen die Regierung – Erinnerungen an die Revolution von 1974 werden wach, das alte Revolutionslied *Grândola* wird auf jeder Demonstration gesungen.

Doch falsche Hoffnungen verbieten sich. Die beiden Regierungen sind stark geschwächt, schwanken, aber sie fallen nicht. Die transnationale Macht hält sie aufrecht. Ein autoritärer neoliberaler Konstitutionalismus in Europa verzichtet auf Konsensproduktion oder demokratische Standards und regiert – angesichts der vernichtenden wirtschaftlichen Ergebnisse – mit Hilfe einer zur Kompradorenbourgeoisie zurückentwickelten Klasse, die das Land im wahrsten Sinne ausverkauft.

Die Bewegungen versuchen sich zu reorientieren. Es genügt nicht mehr, die Zivilgesellschaft zu erobern, Plätze zu besetzen, die Straße zu erobern, symbolische Aktionen durchzuführen, Zwangsräumungen zu verhindern, Bürgerbegehren zu gewinnen. Sie zielen auf einen »proceso destituyente« (dekonstitutiven Prozess), also den Sturz der Regierung und die Auflösung des Parlaments. »Viele halten nun auch die Eroberung der institutionellen Macht wieder für wichtig. Zugleich will ein großer Teil der Bewegung weiter nichts damit zu tun haben.« (Ruiz 2013a) Der Kampf um die »Hauptquartiere« der Macht wird entscheidend sein für die Zukunft der Bewegungen.

Dabei wird nicht so sehr auf die (Re-)Organisation einer Partei neuen Typs gesetzt, als auf eine *Frente Civico*, eine »zivilgesellschaftliche Bürgervereinigung«, die keine Regierung anzielt (vgl. Monereo 2013 u. Ruiz 2013b). Entscheidend wird sein, ob die unterschiedlichen Teile und Spektren der Bewegung, die Gewerkschaften, die *Izquierda Unida* und die links-nationalistischen Regionalparteien ausreichend Vermittlungen ausbilden, um ge-



meinsame strategische Ziele zu erreichen. Breit diskutiert wird, einen Prozess einer verfassungsgebenden Versammlung in Gang zu bringen. Statt die Regierungsmacht zu ergreifen, zielt die gesellschaftliche Mobilisierung – die konstituierende Macht – auf die Neugründung der gesellschaftlichen Institutionen – der konstituierten Macht.<sup>65</sup> Es gilt Terrainwechsel zu vollziehen, um sich nicht auf dem vermachteten Terrain der gegebenen Institutionen zu verkämpfen und demokratische Gegeninstitutionen aufzubauen. Ein partizipativer, lokal und überregional verknüpfter verfassungsgebender Prozess in Räte-Strukturen der Beratung und Organisation – von den Vierteln bis zur europäischen Ebene – hätte die enorme Aufgabe zu bewältigen, vielfältige Positionen der gesellschaftlichen Linken zu einer gemeinsamen Alternative zu verdichten. Doch bislang scheint dieser Prozess nicht vom Fleck zu kommen. – In Portugal stehen Kommunalwahlen und im Juni evtl. nationale Wahlen an. Doch ist bislang unklar, was nach einem Sturz der Regierung geschehen soll. Die Kommunistische Partei, der Linksblock und die Sozialistische Partei haben keine gemeinsame Regierungsperspektive. Die zivilgesellschaftlichen Alternativprozesse sind nicht entwickelt. Es mangelt an Organisationsstrukturen jenseits der beeindruckenden Proteste.

#### 6.4 Die Macht ergreifen, ohne die Welt zu verändern?

Auch die griechische Regierung ist geschwächt, die links-sozialdemokratische Dimar hat nach der unangekündigten Schließung des staatlichen Fernsehens und der folgenden Massenmobilisierung die Regierungskoalition verlassen. Die Regierung hält nur noch eine hauchdünne Mehrheit im Parlament.<sup>66</sup> Möglich ist, dass eine neue Konjunktur der Kämpfe und Streiks sowie der ausbleibende Wirtschaftsaufschwung die amtierende Regierung aus konservativer Nea Dimokratia (ND) und sozialdemokratischer PASOK ernsthaft in Bedrängnis bringt. Spekulationen über eine Koalition der ND mit einem abgespaltenen Teil der Faschisten von Chrysi Avgi ist mit dem harten Vorgehen gegen die Faschisten nach einem Mord an dem linken

<sup>65</sup> Zu den Begriffen von konstituierender und konstituierter Macht vgl. Lorey 2012, 21ff.

<sup>66</sup> Die Mehrheit wird nur noch durch die besondere Bevorzugung der größten Parlamentsfraktion durch das Wahlrecht gesichert – die Partei mit den meisten Stimmen bei der Wahl erhält zusätzlich zu den ihr prozentual zustehenden Sitzen weitere 50 Sitze extra.

Rapper Pavlos Fyssas die Grundlage entzogen. Die ND brachte die Gründung einer neuen Partei der Mitte ins Spiel – welche Kräfte sie umfassen soll und auf welche Wählerbasis sie zielte, ist offen.

Käme es über eine neue, derzeit aber schwer vorhersehbare Regierungskrise zu Neuwahlen, stünde die Frage im Raum, ob es zu einer Linksregierung unter Syriza-Führung kommen könnte. Zurzeit liefern sich Nea Dimokratia und Syriza in den Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Da die sozialdemokratische PASOK in den Umfragen derzeit nur noch bei rund sieben Prozent liegt, könnte der ND ihr Koalitionspartner abhanden kommen – andererseits wäre auch Syriza auf Koalitionspartner angewiesen.

Syriza symbolisiert einen Verdichtungspunkt, der die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Selbstorganisation und des Protests in die Perspektive der Machtergreifung übersetzt. Doch dürften die Handlungsspielräume innerhalb der gegebenen Institutionen mehr als gering sein: Weder der Griff der Troika, noch der internationalen Finanzmärkte dürfte nachlassen – im Gegenteil. Die Macht zu erobern, ohne die Welt zu verändern, muss scheitern, weiß Syriza sehr genau. Eine Linksregierung ist eingezwängt zwischen dem autoritären europäischen Konstitutionalismus und einem klientelistisch von PASOK und Nea Dimokratia besetzten bürokratischen Apparat und muss mit einer sich noch vertiefenden ökonomischen Krise durch Maßnahmen von kapitalistischer Seite rechnen. Zurückweisung und Neuverhandlung der Memoranden, Kapitalverkehrskontrollen oder die begonnene Entwicklung eines umfassenden Regierungsprogramms etc. werden nicht ausreichen. Ohne grundlegende Infragestellung und Schaffung neuer Institutionen bliebe auch eine Syriza-Regierung chancenlos.

Die Regierung müsste die Zumutung des Regierens auf der überkommenen Basis zurückweisen. Doch wie geht das? Ein soziales und ökonomisches Notprogramm müsste sofort begleitet werden von einem Bruch, der große Teile der Bevölkerung in einen Prozess der kollektiven Reorganisation und Neugründung der Demokratie einbindet. Die schließt die Umgehung und Reform der klientelistisch besetzten Apparate ein. Für eine solche Reorganisation sind durch die solidarischen Hilfsnetze und Organisationsprozesse zivilgesellschaftliche Knotenpunkte geschaffen (vgl. Wainwright 2012a, 119). Ob sie für die Stützung einer Linksregierung in einer krisenhaften Übergangszeit ausreichend sein können, ist offen. Zudem bräuchte es eine starke internationale Solidarisierung und ähnliche Prozesse in anderen Ländern. Sonst, so der Syriza-Abgeordnete Theano Fotiou, droht die Gefahr, »eine weitere PASOK zu werden« (123).

## 6.5 Effektiver Bruch – auf welcher Ebene?

In Europa sind die Kämpfe zurückgekehrt. Eine europäische Koordination fällt jedoch schwer. Zahlreiche Linksparteien haben ihre Solidarität mit Griechenland bekundet. Nicht zuletzt DIE LINKE hat sich erfolgreich darum bemüht und eine gemeinsame Erklärung mit Syriza verfasst. Eine gemeinsame Positionierung der Europäischen Linken steht allerdings noch aus. Zurzeit diskutieren die linken Parteien Südeuropas gemeinsame strategische Positionen und Perspektiven. Eine Vermittlung mit den nordeuropäischen Linken ist noch weiterzuentwickeln.

Besonders dramatisch erweist sich der Zustand der Solidarität unter europäischen Gewerkschaften: Der Europäische Gewerkschaftsbund ist für eine europäische Koordination ungeeignet, zu stark sind die Eigeninteressen der Mitgliedsverbände und Gewerkschaften, zu unterschiedlich die Bedingungen in den jeweiligen Ländern (vgl. Wahl 2012). Am 14. November 2012 kam es zu einem in der Geschichte des Europäischen Gewerkschaftsbunds einmaligen historischen Schritt: zu einem gemeinsamen Generalstreik in mehreren europäischen Ländern beziehungsweise zu gemeinsamen Solidaritätsaktionen. Insbesondere deutsche Gewerkschaften wie die IG Metall sind jedoch zerrissen zwischen ihrer Kritik an der neoliberalen Kürzungspolitik und den Vorteilen, die sie aufgrund ihrer Einbindung in das deutsche Krisenmanagement genießen, zulasten anderer Gruppen von Lohnabhängigen. Sie beteiligten sich praktisch kaum an den europäischen Krisenprotesten (vgl. Bierbaum 2013). Öffentlichkeitswirksam wurden Kritik an der Troika und Solidarität mit Griechenland erst relativ spät formuliert, insbesondere mit dem Aufruf »Europa neu begründen« und dem DGB-Vorschlag für einen »Marshallplan für Europa«. In der Praxis bleiben diese Erklärungen noch weitgehend folgenlos.

Doch auch die Bewegungen der Empörten und von Occupy mühen sich mit der europäischen Koordination ihrer Proteste. Ihr Kampf verbleibt meist auf nationalstaatlicher Ebene und wird nur langsam und punktuell grenzüberschreitend entwickelt. Die Bedingungen sind von Ungleichzeitigkeiten geprägt, die Dynamiken zu unterschiedlich, die Kräfte sind meist zu gering. Die Lernprozesse auf dem Weg zu einer praktischen Solidarität sind schwierig, aber nicht ohne Aussicht auf Erfolg, wie die europäisch abgestimmten Aktionstage zum Jahrestag der Besetzung der Puerta del Sol in Madrid und Blockupy Frankfurt im Mai 2012 gezeigt haben. Sie umfassen auch die Kooperation zwischen neuen (Demokratie-)Bewegungen, »neu-

alten« sozialen Bewegungen, Linksparteien und Gewerkschaften. Auf unzähligen kleinen und größeren Treffen wird sich über Widersprüche und Probleme, Thematisierungsweisen und Strategien ausgetauscht, ob beim Treffen Florenz 10+10, dem AlterSummit in Athen, den diversen Agora-Treffen oder anlässlich gemeinsamer Aktionstage, Konferenzen und Workshops. Auch wenn der Fokus der Organisation angesichts beschränkter Ressourcen lokal und national ausgerichtet bleibt und bereits größere Fortschritte der Organisation erzielt wurden als in den vergangenen 10-20 Jahren, wird immer wieder auch die Beschränktheit des »Lokalen« und »Nationalen« thematisiert. Die Durchsetzung von Forderungen scheidet noch an der transnationalisierten Macht. Daher bleiben die europäische Ebene und die transnationale Organisation ein wichtiger Horizont.

Was könnten Verdichtungspunkte einer transnationalen Organisation sein? Die Eröffnung des neuen EZB-Hochhauses im Jahr 2014 und die entsprechende Neuauflage der Blockupy-Proteste in Frankfurt können eine wichtige symbolische Bedeutung entfalten. Wichtiger noch als das Ereignis kann der Prozess ihrer Organisation zugleich als regelmäßiger transnationaler Austausch über gemeinsame Strategien und Aktionen dienen. Die Orientierung auf nationale und europäische Schuldenaudits und verfassungsgebende Prozesse von unten (Candeias 2013a, 146f.) steht weiter auf der Tagesordnung bei relevanten Teilen der Bewegung, konnte bislang jedoch nicht die gewünschte Dynamik entfalten. So wichtig diese Themen sind, so sehr drehen sich die Leidenschaften der Vielen eher um die alltagsnahen Kämpfe eines prekären Lebens, um die individuelle und soziale Reproduktion: Gesundheit, Ausbildung, Ernährung und Wohnen. Damit rückt die Wiederherstellung des Öffentlichen, einer öffentlichen Grundversorgung wie des Öffentlichen als Raum demokratischer Produktion des Gemeinsamen in den Blick.

Bei allen Mobilisierungen spielen insbesondere Kämpfe gegen Zwangsräumungen, Vertreibung und neoliberalen Stadtumbau eine entscheidende Rolle, ob in Istanbul oder Berlin, Detroit oder Madrid. In Spanien sind die entsprechenden Organisationen ein institutionelles und strategisches Rückgrat der gesamten Mobilisierung. Und sie haben als erste substantielle Erfolge vorzuweisen (Candeias 2013c). Auch bei uns gehören die Mobilisierungen gegen Zwangsräumungen oder Initiativen wie Kotti & Co (Kaltenborn/Endres 2012, 92ff.) zu den Hoffnungszeichen einer ansonsten wenig beweglichen bundesdeutschen Protestgesellschaft. Wie können die lokalen Kämpfe transnational verknüpft werden? Mit gemeinsamen Aktions-

tagen ist ein Anfang gemacht, jüngst mit dem Aktionstag für das Recht auf Wohnen am 19. Oktober 2013.

Eine europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen Zwangsräumung und Vertreibung wäre möglicherweise eine unterstützende Initiative. Die erste EBI gegen die Privatisierung der Wasserversorgung war erfolgreich und erzwang, dass sich die Kommission mit den Forderungen auseinandersetzen muss (Sanchez 2013): Sie klammerte daraufhin Wasser und sanitäre Grundversorgung von der geplanten europäischen Konzessionsrichtlinie aus. Der EBI voraus gingen z.B. das Volksbegehren gegen die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen in Italien (2007) und der Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Wasserbetriebe in Berlin (2011). So könnte auch eine EBI gegen Zwangsräumungen mit anderen Initiativen auf kommunaler und nationaler Ebene verknüpft werden.

Sofern eine solche Initiative nicht mit der Bewegung an sich verwechselt wird, sondern diese begleitet, mit ihr organisch verbunden ist, kann sie ein wichtiges mobilisierendes Moment entwickeln. Zurzeit planen die Gewerkschaften des DGB mit europäischen Schwesterorganisationen, eine EBI zur Realisierung des Marshallplans für Europa (LuXemburg 2/13) anzustoßen. Wäre dies begleitet von einem Prozess der Organisation einer Debatte innerhalb des EGB mit den jeweiligen Gewerkschaften bis hin zu den betreffenden Regionen in den Krisenländern, die den Plan mit konkreten Ideen für seine Umsetzung vor Ort ergänzen, kann dies eine sinnvolle Kampagne werden. Andernfalls bliebe es nur ein isolierter Versuch zur Durchsetzung einer spezifischen Einzelforderung.

Dies wäre ein entscheidender Unterschied z.B. gegenüber der Strategie der Bewegungen gegen Zwangsräumung wie der PAH in Spanien: Die PAH betreibt ihre Organisation gegen Zwangsräumung als Arbeit an der breiten Neuformierung der Linken für eine weitergehende gesamtgesellschaftliche Veränderung – transformative Organizing im eigentlichen Sinne. Jeder konkrete Einzelerfolg ist zwar individuell bedeutsam, verpufft jedoch, wenn er nicht zugleich die Handlungsfähigkeit der Vielen und die Organisationsmacht der Bewegung stärkt – um dann auch die Hauptquartiere der transnationalen Macht in Europa anzuvisieren.

Jeder Versuch einer linken Reform muss sich mit der strukturellen Selektivität der EU-Institutionen auseinandersetzen. Entsprechende Vertragsänderungen sind aber schwierig. Das in Artikel 48 des Lissabonner Vertrages hierfür festgeschriebene Prozedere ist äußerst kompliziert. Außerdem kennt es nur nationale Interessen und ihre Exekutiven, die miteinander

um Einfluss und Positionen konkurrieren. Französische Arbeiter\_innen sitzen so im selben Boot mit französischen Großbauern und Konzernen, anstatt nach gemeinsamen Interessen mit deutschen oder österreichischen Lohnabhängigen zu suchen. Dieser nationalstaatliche Flaschenhals führt zu einer Horizontalisierung der Konfliktachsen: »Die Deutschen/Österreicher/Belgier« müssen vermeintlich für »die Griechen/Portugiesen/Irländer« die Zeche zahlen. Klassenwidersprüche, Geschlechterhierarchien und andere Machtverhältnisse werden unsichtbar, die Verursacher der Krise bleiben ungenannt.

Zudem ist die komplexe Rechtslage ein Feld für ausgewiesene Expert\_innen mit Spezialkenntnissen: Nur wer sich im juristischen Dschungel der EU zu bewegen weiß, kann die komplizierten Kriterien für einen Antrag auf Vertragsänderung erfüllen. Das führt nicht nur zu einer Verrechtlichung und Bürokratisierung der Debatte. Es stärkt auch die Exekutiven und schließt die Bevölkerungen von realer Beteiligung aus. Darüber hinaus kann das Veto jedes Mitgliedslandes (bzw. seines Staats- und Regierungschefs) dafür sorgen, dass auch nur die kleinste Infragestellung der autoritär-neoliberalen Integration zunichte gemacht wird. Ohne den Konsens aller Mitgliedstaaten keine wesentliche Vertragsänderung. Auf diese Weise kann sich die Vetomacht einer einzigen Regierung gegen die große Mehrheit der Bevölkerung in Europa wenden. Auf dieser Grundlage lässt sich eine Neugründung Europas von unten nicht einmal in Ansätzen erringen (vgl. Candéas/Oberndorfer/Steckner 2014).

Lukas Oberndorfer schlägt daher die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung vor.<sup>67</sup> Dies könnte am Ende eines transnationalen, diagonal vermittelten, konstitutiven Prozesses von unten ein wichtiger Verdichtungspunkt sein. Zuvor bedarf es jedoch auch auf europäischer Ebene eines dekonstituierenden Prozesses, eines effektiven Bruchs. Dieser ist unmittelbar auf transnationaler Ebene nicht zu erwarten.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die transnationale Organisierung ist wünschenswert, möglicherweise wird sie aber erst durch ein Ereignis ermöglicht, gar hervorgebracht, das in nur einem Land einen effektiven Bruch erzeugt, etwa einer Linksregierung in Griechenland, die die Kürzungspolitiken der Troika zurückweist, Neuverhandlungen und einen Schuldenschnitt erzwingt, Kapitalverkehrskontrollen einführt etc. Das

---

<sup>67</sup> Vortrag auf der RLS-Konferenz »Left European Industrial and Economic Policies«, am 5.10.2013, Brüssel.

Opting-out gibt es bereits in zahlreichen Fragen, insbesondere Großbritannien macht davon extensiven Gebrauch. Weshalb sollten linke Kräfte nicht diese Möglichkeiten nutzen, etwa für ein Opting-out aus den so genannten vier Freiheiten, und die Kapitalverkehrsfreiheit beschränken? Das politische Risiko, gegen EU-Richtlinien zu verstoßen, ist einzugehen, angefangen bei der Schuldenproblematik; andere werden folgen, dann ist auf die Ausdehnung der in einem oder mehreren Ländern begonnenen Reformen innerhalb Europas hinzuwirken (Husson 2012). Es geht also darum, Möglichkeiten auf nationaler Ebene so einzusetzen, dass europäische Verhältnisse in Bewegung geraten. Die demokratische Neugründung Europas wäre das Ziel.

Ein solcher Bruch auf nationalem Terrain trägt möglicherweise mehr zur Demokratisierung der EU bei als eine vage Hoffnung auf Reform ihrer Institutionen. Doch stellt sich diese Perspektive bislang realistisch nur in Griechenland. Und die Herrschenden tun alles, um eine solche Position zu isolieren. Und doch ist die Unzufriedenheit mit der Politik und den Institutionen der EU so groß, dass Brüche mit den geltenden Regeln, quasi ein staatlicher ziviler Ungehorsam aus Notwehr, durchaus auf Zustimmung treffen können. Angesichts des möglichen Sturzes der Regierungen in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien gewinnt ein mögliches linkes Südbündnis realistische Konturen (vgl. Fernández-Steinko 2013). Solche Bündnisse würden sich nicht nur auf die linken Kräfte der Bewegungen und Parteien beziehen, sondern wären auch eine Chance für eine in Bedrängnis geratene Sozialdemokratie, sich zu erneuern. Diese Form national-transnationaler Machtveränderungen und der Infragestellung bestehender Institutionen kann verbunden mit einer breiten Mobilisierung und Organisation in Europa Horizonte öffnen – um letztlich die Hauptquartiere der transnationalisierten Macht ins Wanken zu bringen. Die molekularen transnationalen Organisationen von der lokalen bis zur europäischen Ebene haben dafür zumindest eine erste Grundlage geschaffen.

# Literatur

- Albo, Greg, 2012: Grün geht nicht lokal, in: *Luxemburg*, H. 3, 22-36
- Al-Chaissi, Chalid, 2013: Die Masken sind gefallen, in: *FAZ.net* v. 18. August 2013, [www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/aegyptens-muslimbrueder-die-masken-sind-gefallen-12536017.html](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/aegyptens-muslimbrueder-die-masken-sind-gefallen-12536017.html)
- Althusser, Louis, 1977: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg (Neuausgabe Hamburg 2010)
- Anagnostou, Makis, 2013: Uns blieb nichts anderes übrig, in: *Jungle World*, Nr. 20, Mai, <http://jungle-world.com/artikel/2013/20/47715.html>
- Antentas, Josep Maria, u. Esther Vivas, 2011: La rebelión de l@s indignad@s. Notas desde la Plaza Tahrir de Barcelona, in: C. Taibo u.a., *La rebelión de los indignados. Movimiento 15M: Democracia real, ya!*, Madrid, 13-20
- Aswestopoulos, Wassilis, 2011: Griechenland: Jagdszenen in Keratea-Attika, in: *Telepolis*, 4.4.2011, <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34482/1.html>
- Avgeropoulos, Yorgos, 2013a: *The lost signal of democracy*, <http://vimeo.com/68637086>
- ders., 2013b: *Golden times: Cassandra's treasure*, [www.smallplanet.gr/documentaries/chronologically/2012-2013/313-golden-times-cassandras-treasure](http://www.smallplanet.gr/documentaries/chronologically/2012-2013/313-golden-times-cassandras-treasure)
- Avramidis, Christos, u. Antonis Galanopoulos, 2013: *Privatizing Water in Greece*, <http://borderlinereports.net/2013/07/09/privatizing-water-in-greece/>
- Baltas, Aristides, 2012: The rise of Syriza: An Interview with Aristides Baltas, in: L. Panitch, G. Albo u. V. Chibber (Hrsg.): *The question of strategy, Socialist Register 2013*, 120-36
- Batzoglou, Ferry, 2013: ERT ist kein Sanierungsfall, Interview in *die tageszeitung*, [www.taz.de/Journalist-ueber-griechischen-Staatsrundfunk/!118205/](http://www.taz.de/Journalist-ueber-griechischen-Staatsrundfunk/!118205/)
- Bernardi, Claudia, Christos Giovanopoulos, Catarina Príncipe u. Sol Trumbo, 2013: Europa von unten. Aktivistinnen aus Griechenland, Portugal, Spanien und Italien über lokale Kämpfe und transnationale Perspektiven, in: *Luxemburg*, H. 3,4, 5. Jg., 22-32
- Bierbaum, Heinz 2013: Eingebunden. Jenseits des Krisenkorporatismus, in: *Luxemburg*, H.1, 6-13
- Birke, Peter, 2010: *Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt*, Berlin
- Bologna, Sergio, 2006: *Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur neuen Selbständigkeit*, Graz
- Bonß, Wolfgang, 2000: Was wird aus der Erwerbsgesellschaft?, in: U. Beck (Hrsg.), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt a.M., 327-415



- Bourdieu, Pierre, 2001: *Das Elend der Welt* (1997), Konstanz
- ders., 1998: Prekarität ist überall, in: ders., *Gegenfeuer*, Konstanz, 96-102
- Bournous, Yiannis, 2013: *Report on the 1st Congress of SYRIZA*, <http://links.org.au/node/3446>
- Brie, Michael, 2011: Review of E.O. Wright's »Envisioning Real Utopia«, <http://left-dialogue.blog.rosalux.de/files/2011/09/Brie-review-of-Wright-final-version.pdf>
- Brinkmann, Ulrich, Klaus Dörre u. Silke Röbenack, 2006: *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn
- Brinkmann, Ulrich, Hae-Lin Choi, Richard Detje, Klaus Dörre, Hajo Holst, Serhat Karakayali u. Catharina Schmalstieg, 2008: *Strategic Unionism. Aus der Krise zur Erneuerung?*, Berlin/Heidelberg
- Burns, Joe, 2012: »If you want a General Strike organize your co-workers«, in: *From activism 2 Organizing*, 28. April, <http://activism2organizing.tumblr.com/post/22105465417/if-you-want-a-general-strike-organize-your-co-workers>
- Caceres, Imayna, u. Lukas Oberndorfer, 2014: Verlangt das Gesetz der bürgerlichen Sicherheit die Einschränkung der politischen Freiheiten? Spanien und die Neuzusammensetzung von Zwang und Konsens im autoritären Wettbewerbsetatismus [im Erscheinen]
- Candeias, Mario, 2013a: Eine Situation schaffen, die noch nicht existiert, in: *Luxemburg*, H. 1, 144-47
- ders., 2013b: Die konstituierende Macht muss organisiert werden. Gesellschaftliche Mobilisierung in Spanien, in: *Arranca!*, Nr. 46, 37-40
- ders., 2013c: Sí se puede (Ja, wir können es), in: *Der Freitag*, 16.9.2013, [www.freitag.de/autoren/mariocandeias/si-se-puede-ja-wir-koennen-es](http://www.freitag.de/autoren/mariocandeias/si-se-puede-ja-wir-koennen-es)
- ders., 2013d: *Linke Strategien in der Eurokrise*, RLS-Analysen, Berlin
- ders., 2012a: An der Problematik vorbei, in: *Analyse & Kritik* online, 21. September, [www.akweb.de/ak\\_s/ak575/44.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak575/44.htm)
- ders., 2012b: Kybertariat, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, hrsg. v. W.F. Haug, F. Haug, P. Jehle u. W. Küttler, Bd. 8/I, Berlin/Hamburg, 545-58
- ders., 2012c: Hello..., does there anybody rule? Die (Un-)Fähigkeit der herrschenden Klassen und führenden Gruppen, in: A. Demirović u. C. Kaindl (Hrsg.), *Gegen den Neoliberalismus andenken*, Hamburg, 82-100
- ders., 2011a: Subjekte in der Krise. Handlungsfähigkeit und Transformation, in: *Luxemburg* 2/2011, 6-13
- ders., 2011b: OCCUPY und die Mosaiklinke, in: *OCCUPY – Zeitung der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, November 2011, S. 3

- ders., 2011c: Den Zusammenhang denken, in: *Luxemburg* 2/2011, 151-53
- ders. (Hrsg.), 2011d: *OCCUPY – Zeitung der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, November 2011; [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/RZ\\_OCCUPY\\_Dez2011.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/RZ_OCCUPY_Dez2011.pdf)
- ders., 2011e: Schuldenkrise politisieren, in: ders. (Hrsg.), *Occupy – Zeitung der RLS*, Berlin, 10
- ders., 2010a: Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: *Luxemburg* 1, 2. Jg., 2010, 6-17
- ders., 2010b: *Passive Revolution vs. sozialistische Transformation*, in: Reihe RLS papers, [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/rls\\_papers/rls-paper-Candeias\\_2010.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/rls-paper-Candeias_2010.pdf)
- ders., 2009a: Die letzte Konjunktur. Organische Krise und ›postneoliberale‹ Tendenzen, in: ders., *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, verb. Neuauflage, Berlin/Hamburg 2009, 7-22
- ders., 2009b: *Unmaking and Remaking of Class. The »impossible« Precariat between fragmentation and movement*, RLS Policy Paper, 3/09, Berlin
- ders., 2008a: Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit. Prekarisierung, Psyche und erweiterte Handlungsfähigkeit, in: *VPP Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis* (Zeitschrift der DGVT), H. 2, 40. Jg., 249-68
- ders., 2008b: Die neuen Solo-Selbständigen zwischen Unternehmergeist und Prekarität, in: *Prokla* 150, 38. Jg., H. 1, 65-82
- ders., 2007: Das »unmögliche« Precariat oder das Scheitern an den Widersprüchen pluraler Spaltungen, in: *Das Argument* 271, 49. Jg., H. 3, 410-67
- ders., 2006: Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Dezember, 8-23
- ders., 2004: Prekarisierung und Handlungsfähigkeit, in: *Das Argument* 256, 46. Jg., 398-413
- ders., 2000: *Die Politische Ökonomie der USA an der Wende zum 21. Jahrhundert*, RLS-Manuskripte 3, Berlin
- ders., Lukas Oberndorfer u. Anne Steckner, 2014: Neugründung Europas? Strategische Orientierungen in der EU, in: *Neues Deutschland*, Beilage v. 8. Februar, 1
- ders., u. Bernd Röttger, 2007: »Nicht widerstandslos enthaupten lassen!« Beteiligungsorientierte Betriebspolitik und lokale Arbeiterbewegung. Wege aus der gewerkschaftlichen Defensive?, in: *Standpunkte der RLS*, Nr. 16/07, 1-6
- Castel, Robert, 2003: Conclusion – Pierre Bourdieu et la dureté du monde, in: P. Encrevé u. R.M. Lagrave (Hrsg.), *Travailler avec Bourdieu*, Paris, 347-355, [www.passerelle.de/uebersetzungen/castel-robert-2003a.html](http://www.passerelle.de/uebersetzungen/castel-robert-2003a.html)

- ders., 2000: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz
- Castells, Manuel, 2012: *Networks of Outrage and Hope*, Cambridge
- Choi, Hae-Lin, 2004: Organisierung der Unorganisierbaren. Bericht aus italienischen Gewerkschaften, in: *Das Argument* 256, H. 3-4, 428-39
- Committee for a Workers' International u. Anastasia Balzedrova, 2011: »Wir zahlen nicht!« Kampagne gegen Straßenmaut und für kostenlosen Nahverkehr in Griechenland, in: *Luxemburg*, H. 2, 36-9
- Demirović, Alex, 1997: *Herrschaft und Demokratie*, Münster
- Deppe, Frank, 1981: Einheit und Spaltung als Konstitutionsproblem der Arbeiterklasse, in: *Entstehung der Arbeiterbewegung*, Argument Sonderband 63, hrsg. v. L. Lambrecht, Berlin
- Diakoptes, 2013: *Ihr könnt nicht? Wir können!*, Ein Film über den Kampf der Arbeiter der Viomichaniki Metalleftiki (Vio.Me), <http://de.labournet.tv/video/6521/viome>
- ders., 2012: Streik bei Griechische Stahlwerke AG, in: *Labournet*, <http://labournet.tv/video/6173/streik-bei-griechische-stahlwerke-ag>
- Dilger, Gerhard, 2013: Kein Wunder in Brasilien, in: *Le Monde Diplomatique*, Juli, 1+16
- Dörre, Klaus, 2005: Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung, in: *WSI-Mitteilungen*, H. 5, 250-58
- Dohm, Anna, u. John Malamatinas, 2013: Den Betrieb übernommen, und jetzt? Die griechische Kooperative Vio.me, in: *Luxemburg*, H. 3,4, 54-7
- Dörre, Klaus, u.a., 2009: Krise ohne Krisenbewusstsein?, in: *Prokla* 157, 39. Jg., 559-79
- Dragasakis, Yiannis, 2012: A radical solution only through a common left European strategy, in: E. Papadopoulou, G. Sakellariadis (Transform Network, Hrsg.): *The political economy of public debt & austerity in the EU*, Athen, 217-23
- Dreier, Peter, 2013: Die Enteignungsstrategie – Richmond geht voran, in: *Luxemburg*, H. 3-4, 80-85
- Ehrenberg, Alain, 2004: *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*, Frankfurt a.M.
- Ehrenreich, Barbara, 2006: *Qualifiziert und arbeitslos*, München
- ELSTAT, 2013a: *Labour force survey: October 2013*, [www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/BUCKET/A0101/PressReleases/A0101\\_SJO02\\_DT\\_MM\\_10\\_2013\\_01\\_F\\_EN.pdf](http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/BUCKET/A0101/PressReleases/A0101_SJO02_DT_MM_10_2013_01_F_EN.pdf)
- dies., 2013b: *Statistics on income and living conditions 2012*, [http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/BUCKET/A0802/PressReleases/A0802\\_](http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/BUCKET/A0802/PressReleases/A0802_)

- SFA10\_DT\_AN\_00\_2012\_01\_F\_EN.pdf
- Epstein, Barbara, 2012: Occupy Oakland: The Question of Violence, in: Socialist Register 2013, *The Question of Strategy*, Hamburg, 63-83
- Europäische Kommission, 2010: *The Economic Adjustment Programme for Greece*, Occasional Papers Nr. 61, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/occasional\\_paper/2010/pdf/ocp61\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2010/pdf/ocp61_en.pdf)
- Fernández-Steinko, Armando, 2013: Ein mediterraner Block? Wie Südeuropa gemeinsam aus der Krise finden könnte, in: *Luxemburg*, H. 3-4, 42-47
- Fischer-Lescano, Andreas, 2013: *Austeritätspolitik und Menschenrechte. Rechtspflichten der Unionsorgane beim Abschluss von Memoranda of Understanding*, Rechtsgutachten im Auftrag der Kammer für Arbeiter\_innen und Angestellte für Wien, Vorläufige Fassung, [http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Austeritaetspolitik\\_und\\_Menschenrechte.pdf](http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Austeritaetspolitik_und_Menschenrechte.pdf)
- Fletcher, Bill, 2012: My frustration with the Left when it comes to electoral politics, in: *Organizing Upgrade*, 6. April, [www.organizingupgrade.com/index.php/blogs/bill-fletcher/item/205-electoral-politics](http://www.organizingupgrade.com/index.php/blogs/bill-fletcher/item/205-electoral-politics)
- Fox Piven, Frances, 2011: The War Against the Poor, in: *The Nation*, 7. Januar, [www.thenation.com/article/164434/war-against-poor](http://www.thenation.com/article/164434/war-against-poor)
- dies., u. Richard Cloward, 1977, *Poor People's Movements: Why they Succeed, How they Fail*, New York
- Frangakis, Marica, 2012: Der Ausverkauf der Commons. Der Fall Griechenland, in: *Luxemburg*, H. 2, 64-70
- Fulton, Lionel, 2013: *Arbeitnehmervertretung in Europa*, Labour Research Department und ETUI, <http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Laender/Griechenland/Gewerkschaften>
- Gallas, Alexander, u. Jörg Nowak, 2012: Agieren aus der Defensive. Ein Überblick zu politischen Streiks in Europa mit Fallstudien zu Frankreich und Großbritannien, in: A. Gallas, J. Nowak u. F. Wilde (Hrsg.): *Politische Streiks im Europa der Krise*, Hamburg, 24-106
- Geiselberger, Heinrich, 2005, Tomaten des Zorns, in: *NeverWorkAlone*, [www.neverworkalone.de/docs/2005-04/ciw\\_geiselberger.pdf](http://www.neverworkalone.de/docs/2005-04/ciw_geiselberger.pdf)
- George, Susan, 2001: Den Krieg der Ideen gewinnen. Lektionen der gramscianischen Rechten, in: M.Candeias u. F. Deppe (Hrsg.), *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg, 207-17
- Graeber, David, 2012: *Schulden. Die ersten 5000 Jahre*, Stuttgart
- Gramsci, Antonio, 1991ff.: *Gefängnishefte (Gef.)*, 10 Bde., hrsg. v. W.F. Haug u.a., Berlin/Hamburg
- dies., 2013: *Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte*, hrsg. v. F. Becker, M. Candeias, J. Niggemann u. A. Steckner, Berlin/Hamburg

- Grassberger, Lucas, 2012: Bewaffnet mit Würsten, in: *ver.di publik*, Nr. 5, <http://publik.verdi.de/2012/ausgabe-05/spezial/jugend/seiten-20-21/A0>
- Grey, Stephen, u. Dina Kyriakidou, 2012: *Greece's triangle of power*, [www.reuters.com/article/2012/12/17/us-greece-media-idUSBRE8BG0CF20121217](http://www.reuters.com/article/2012/12/17/us-greece-media-idUSBRE8BG0CF20121217)
- Guerra, Paula, 2012: El 15M un año después, in: *Crónica Popular* 10, 16.5.2012, 10-15
- Guisande, Paula, 2013: Beweglicher werden. Zum Verhältnis von Empörten, Jugend und Gewerkschaft, in: *Luxemburg online*, April, [www.zeitschrift-luxemburg.de/beweglicher-werden-zum-verhaeltnis-von-emporenten-jugend-und-gewerkschaft/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/beweglicher-werden-zum-verhaeltnis-von-emporenten-jugend-und-gewerkschaft/)
- Gupta, Arun, 2012: What Occupy taught the unions, in: *Salon*, 2. Februar, [www.salon.com/2012/02/02/occupys\\_challenge\\_to\\_big\\_labor/](http://www.salon.com/2012/02/02/occupys_challenge_to_big_labor/)
- Hall, Stuart, 1989: *Ideologie. Kultur. Rassismus, Ausgewählte Schriften 1*, Berlin/Hamburg
- Hammond, Timur, u. Elizabeth Angell, 2013: Ist Taksim überall? Öffentlicher Raum und mögliche Öffentlichkeiten, in: *Luxemburg-online*, [www.zeitschrift-luxemburg.de/ist-taksim-ueberall-oeffentlicher-raum-und-moegliche-oeffentlichkeiten/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/ist-taksim-ueberall-oeffentlicher-raum-und-moegliche-oeffentlichkeiten/)
- Hauer, Dirk, 2004: Normale Arbeit anno 2004. Der Trend zu Prekarisierung und Niedriglohn, in: *Blätter für dt. u. internat. Politik*, H. 12, 1475-83
- Haug, Frigga, 1991: *Sexualisierung der Körper. Frauenformen 2* (1988), 3. überarb. Aufl., Berlin
- HKWM – *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, 1994ff., hrsg. v. W.F. Haug, F. Haug, P. Jehle u. W. Küttler, 8 Bde., Berlin/Hamburg
- Hobsbawm, Eric, 1984: The Making of the Working Class, in: ders., *Worlds of Labour*, London
- Holloway, John, 2010: *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, 4. Aufl. (1. Aufl. 2002), Münster
- Holzkamp, Klaus, 1987: Grundkonzepte der Kritischen Psychologie, in: AG Gewerkschaftliche Schulung und Lehrerfortbildung (Hrsg.), *Wi(e)der die Anpassung*, Soltau, 13-19; [www.kritische-psychologie.de](http://www.kritische-psychologie.de)
- ders., 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Frankfurt a.M.
- Husson, Michel, 2012: Zur Wiederbegründung Europas, in: *Luxemburg*, H. 2, 28-33
- Huws, Ursula, 2002: Die Produktion eines Kybertariats, in: *Das Argument* 248, 44. Jg., H. 5/6, 763-76
- dies., 2003: The Making of a Cybertariat: Virtual Work in a Real World, New York
- International Trade Union Confederation (ITUC), 2013: *Frontlines Report*, April

- 2013, [www.ituc-csi.org/IMG/pdf/en\\_ituc\\_frontlines\\_full\\_report\\_april\\_2013\\_web.pdf](http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/en_ituc_frontlines_full_report_april_2013_web.pdf)
- Jobard, Fabien, 2004: Der Ort der Politik, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 14. Jg., H. 3, 319-38
- Juberías, Luis, Edgar Manjarín, Quim Cornelles, Ayoze Alfageme u. Celestino Sánchez, 2012: Zwei Jahre Mobilisierungen. Perspektiven des demokratischen Bruchs in Spanien, in: *Luxemburg*, H. 3, 126-31
- Kadritzke, Niels, 2014a: *Griechenland III: Aus Verachtung der politischen Klasse wird Abscheu – Ein Neubeginn ist noch nicht in Sicht*, [www.nachdenkseiten.de/?p=19953#more-19953](http://www.nachdenkseiten.de/?p=19953#more-19953)
- ders., 2014b: *Griechenland: Ein Rettungsplan geht hoffnungslos daneben*, [www.nachdenkseiten.de/?p=19916#more-19916](http://www.nachdenkseiten.de/?p=19916#more-19916)
- ders., 2014c: *Die tiefe Kluft zwischen regierungsamtlichem Optimismus und der Wahrnehmung der Wirklichkeit durch die griechische Bevölkerung*, [www.nachdenkseiten.de/?p=19831](http://www.nachdenkseiten.de/?p=19831)
- ders., 2013a: *Griechenland exekutiert den staatlichen Rundfunk*, [www.nachdenkseiten.de/?p=17602](http://www.nachdenkseiten.de/?p=17602)
- ders., 2013b: *Die Hängepartie um den griechischen Rundfunk ERT – die Regierungskrise schmort weiter*, [www.nachdenkseiten.de/?p=17685](http://www.nachdenkseiten.de/?p=17685)
- ders., 2013c: *Regierungskoalition bricht über die ERT-Krise zusammen*, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=17721>
- ders., 2013d: *Der Verkauf von öffentlichen Werten inmitten einer ökonomischen Depression und einer abgrundtiefen Krise der öffentlichen Finanzen ist eine volkswirtschaftliche Untat*, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=17985>
- ders., 2012: *Syriza und die ungeklärte Frage nach der »Solidarität in der Krise«*, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=15254>
- ders., 2011: *Der griechische Taxi-Streik – ein Kampf um Privilegien*, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=10366>
- ders., 2010: *Griechenland (V): Gibt es einen Ausweg aus der Sackgasse?*, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=7863>
- Kaindl, Christina, u. Rainer Rilling, 2011: Eine neue »gesellschaftliche Partei«? Linke Organisation und Organisierung, in: *Luxemburg*, H. 4, 16-27
- Kaltenborn, Sandy, u. Tashy Endres, 2012: Die Stadt von morgen beginnt heute. Kotti & Co protestiert gegen die Berliner Wohnungspolitik, in: *Luxemburg*, H. 4, 92-95
- Karamanolis, Alkyone, 2011: *Bezahlt wird nicht. Griechen verweigern Maut für Autobahnnutzung*, [www.deutschlandfunk.de/bezahlt-wird-nicht.795.de.html?dram:article\\_id=119301](http://www.deutschlandfunk.de/bezahlt-wird-nicht.795.de.html?dram:article_id=119301)
- Karamessini, Maria, 2012: Griechenland: Der Neoliberalismus statuiert ein Ex-

- empel, in: Steffen Lehndorff (Hrsg.): *Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt. Zehn Länder-Fallstudien*, Hamburg, 165-189
- Karaziou, Dina, 2013: Unhappy lives in the dark [www.enetenglish.gr/?i=news.en.article&id=1665](http://www.enetenglish.gr/?i=news.en.article&id=1665)
- Kassimatis, Giorgos, 2011: EU verstößt gegen demokratische und europäische Rechtskultur. Zum Kreditabkommen der Troika mit Griechenland, in: *Widerspruch*, Nr. 61, 49-60
- Kastner, Jens, Isabell Lorey, Gerald Raunig u. Tom Waibel, 2012: *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*, Wien/Berlin
- Kastner, Jens, 2012: Platzverweise. Die aktuellen sozialen Bewegungen zwischen Abseits und Zentrum, in: ders. u.a., *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*, Wien/Berlin, 50-86
- Kentikelenis, Alexander, Marina Karanikolos, Irene Papanicolas, Sanjay Basu, Martin McKee u. David Stuckler, 2011: Health effects of financial crisis: omens of a Greek tragedy, in: *The Lancet*, Vol. 378, [www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736%2811%2961556-0/fulltext](http://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736%2811%2961556-0/fulltext)
- Koronakis, Tasos, 2011: Teil der Bewegung sein. Linkspartei auf dem Syntagma-Platz, in: *Luxemburg*, H. 4, 3. Jg., 36-41
- Kouvelakis, Stathis, 2013: *Greece: Syriza after its founding congress – views from the party's left*, <http://links.org.au/node/3460>
- ders., 2011: The greek cauldron, in: *New Left Review* 72, Nov./Dez., <http://newleftreview.org/II/72/stathis-kouvelakis-the-greek-cauldron>
- Kremer, William, u. Zeinab Badawi, 2013: *Greece's life-saving austerity medics*, [www.bbc.co.uk/news/magazine-23247914](http://www.bbc.co.uk/news/magazine-23247914)
- Kritidis, Gregor, 2012a: *Aspekte der Klassenstruktur in Griechenland*, [www.sopos.org/aufsaeetze/4f13fa2825588/1.phtml](http://www.sopos.org/aufsaeetze/4f13fa2825588/1.phtml)
- ders., 2012b: Die Demokratie in Griechenland zwischen Ende und Wiedergeburt, in: P. Birke u. M. Henninger (Hrsg.): *Krisen Proteste*. Beiträge aus Sozialgeschichte Online, Schriften der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Hamburg, 101-31
- ders., 2010: Krise als Katalysator: Zur Transformation der griechischen Arbeiterbewegung, in: *Sozial.Geschichte Online* 3, 133-47
- ders., 2008: *Die Revolte der prekarierten Jugend in Griechenland*, [www.sopos.org/aufsaeetze/494ee3aaf23b3/1.phtml](http://www.sopos.org/aufsaeetze/494ee3aaf23b3/1.phtml)
- ders., 2000: *Kollisionskurs in Griechenland. Die Ideologie der Modernisierung in Hellas nähert sich dem Ende*, [www.sopos.org/aufsaeetze/3a4c0a83aea2c/1.phtml](http://www.sopos.org/aufsaeetze/3a4c0a83aea2c/1.phtml)
- Lacalle, Daniel, 2013: Radiografía del desempleo en España, in: *Crónica Popular*, 7.2.2013, [www.cronicapopular.es/2013/02/radiografia-del-desepleo-en](http://www.cronicapopular.es/2013/02/radiografia-del-desepleo-en)

espana/

- Laclau, Ernesto, 1981: *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus*, Berlin 1981
- ders., u. Chantal Mouffe, 1985: *Hegemonie und radikale Kritik*, Wien
- Lapavitsas, Costas, 2012: Default and exit from the Eurozone: a radical left strategy, in: L. Panitch, G. Albo u. V. Chibber (Hrsg.): *The crisis and the left. Socialist Register 2012*, 288-97
- Laskos, Christos, u. Euclid Tsakalotos, 2013: *Crucible of resistance. Greece, the Eurozone & the World Economic Crisis*, London
- ders., John Milios u. Euclid Tsakalotos, 2012: *Austreten oder nicht? Über kommunistische Dilemmata in der Eurokrise*, [www.linksnet.de/de/artikel/27545](http://www.linksnet.de/de/artikel/27545) (Teil I); [www.linksnet.de/de/artikel/27603](http://www.linksnet.de/de/artikel/27603) (Teil II)
- Lehndorff, Steffen, 2013: Verschiedene Welten? Gewerkschaften in der europäischen Krise, in: *Das Argument* 301, 55. Jg., 181-99
- Leidinger, Christiane, 2012: Potenziale politischen Zeltens. Alte und neue Camps als Aktionslaboratorien, in: *Luxemburg*, H. 4, 110-17
- Lessenich, Stephan, u. Frank Nullmeier, 2006: Deutschland zwischen Einheit und Spaltung, in: dies. (Hrsg.), *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt a.M., 7-27
- Lorey, Isabell, 2012: Demokratie statt Repräsentation. Zur konstituierenden Macht der Besetzungsbewegungen, in: *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*, Wien/Berlin, 7-49
- dies., 2013: Präsentische Demokratie als konstituierender Prozess, in: *Arranca*, Nr. 47, 49-54
- Luxemburg, Rosa, 1893ff: *Gesammelte Werke (GW)*, Bd.1-6, Berlin 1990ff.
- Manifesto for Economic Democracy and Ecological Sanity*, 2012: v. David van Arsdale, Michael McCabe, Costas Panayotakis, Sohnya Sayres, Jan Rehmann und Richard Wolff, <http://rdwolff.com/content/manifesto>
- Manji, Foroze, 2011: Aufstände, Revolution und Demokratie in Afrika, in: *Luxemburg*, H. 2, 40-43
- Mann, Eric, 2011: Transformatives Organizing. Praktische Theorie und theoriegeleitete Praxis, Reihe *Standpunkte* der RLS, Nr. 29, [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_29-2011.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_29-2011.pdf)
- Marioglou, Kostas, 2013: *Statt Privatisierung von Wasser: Die Bewegung 136 in Thessaloniki zur Selbstverwaltung des Wasserwerks*, Interview bei Radio Dreyeckland, <https://rdl.de/node/3596>
- Marioulas, Julian, 2008: Die Kommunisten und die radikale Linke in Griechenland, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 75, [www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/568.die-kommunisten-und-die-radikale-](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/568.die-kommunisten-und-die-radikale-)



- linke-in-griechenland.html
- Markard, Morus, *Einführung in die Kritische Psychologie*, Berlin/Hamburg 2009
- ders., 2001: Handlungsfähigkeit, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, 1174-81, Berlin/Hamburg
- Martalis, Sotiris, 2012: Die EU-Politik und der Widerstand in Griechenland, in: *Emanzipation*, 2. Jg., Nr. 1, 48-56
- Marx, Karl (1962): *Das Kapital*. Band I, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Band 23. Berlin/DDR
- Marx, Karl (1960): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Band 8, Berlin/DDR
- Meillassoux, Claude, 1983: *Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft* (1975), Frankfurt a.M.
- Metropolitan Community Clinic at Elliniki, 2013: *The data speaks for itself: Enough is enough!*, 23. Dezember, <http://mkie-foreign.blogspot.gr/2013/12/the-data-speaks-for-itself-enough-is.html>
- Milios, John G., 2013a: Neoliberal Europe in crisis: Syriza's alternative, in: *Studies in Political Economy*, Q1, Spring, 189-207
- ders., u. Haris Triandafilidou, 2013: *Taking power in and beyond the state*, [www.socialistproject.ca/bullet/866.php](http://www.socialistproject.ca/bullet/866.php)
- Monereo, Manuel, 2013: Die Macht zurücknehmen. Eine neue zivilgesellschaftliche Struktur in Spanien: in: *Luxemburg*, H.3-4, 48-53
- Montoya, Nuria, 2012: Es scheint, als ob mit dem Streik eine vereinte Bewegung entstanden ist, in: A. Gallas, J. Nowak u. F. Wilde (Hrsg.), *Politische Streiks im Europa der Krise*, RLS, Hamburg, 156-64
- Müller, Klaus, u. Rudi Schmidt, 2010: Von der griechischen zur europäischen Krise, in: *Prokla* 159, Juni, 277-300
- Nichols, Dick, 2013: United Left National Convention: »This is Spanish SYRIZA!«, in: *The Bullet*, Socialist Project, Nr. 754, [www.socialistproject.ca/bullet/754.php](http://www.socialistproject.ca/bullet/754.php)
- Nunes, Rodrigo, 2013: Drei Thesen zur Organisationsfrage, in: *Luxemburg*, H. 3-4, 58-65
- Oberndorfer, Lukas, 2012: Hegemoniekrise in Europa. Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hrsg.): *Die EU in der Krise*, Münster, 50-72
- Ogman, Robert, 2013: Kämpfe an der Krisenfront: Die Entwicklung der US-amerikanischen Occupy-Bewegung nach den Räumungen, in: *Luxemburg*, H. 3-4, 72-79, Langfassung (o.S.): [www.zeitschrift-luxemburg.de/kaempfe-an-der-krisenfront-occupy-usa-nach-den-raeumungen/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/kaempfe-an-der-krisenfront-occupy-usa-nach-den-raeumungen/)

- Panitch, Leo, 2009: »Rückkehr« des Staates. Zur Rolle der USA in der Krise, in: M. Candeias u. R. Rilling (Hrsg.), *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin, 84-95
- Porcaro, Mimmo, 2013a: Occupy Lenin, in: *Luxemburg*, H. 1, 132-38
- ders., 2013b: Kunststücke. Was eine Partei alles können muss, in: *Luxemburg*, H. 2, 142-45
- ders., 2013c: *Mass party, connective party, strategic party*, North American Left Dialogue der RLS, <http://left-dialogue.blog.rosalux.de/2013/01/30/mimmo-porcaro-mass-party-connective-party-strategic-party/>
- ders., 2012: *The concept of the mass connective party*, North American Left Dialogue der RLS, <http://left-dialogue.blog.rosalux.de/2012/08/18/mimmo-porcaro-the-concept-of-the-mass-connective-party/>
- ders. 2011: Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft. Partei neuen Typs – die »verbindende Partei«, in: *Luxemburg*, H. 4, 28-35
- ders., 2010: Partei in der Krise. Chancen für eine Rifondazione?, in: *Luxemburg*, H. 1, 71-75
- Poulantzas, Nicos, 1973: Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in: J. Hirsch, B. Jessop u. N. Poulantzas (Hrsg.), *Die Zukunft des Staates*, Hamburg 2001, 19-70
- Precarias a la deriva, 2012: *Was ist dein Streik? Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*, Wien/Berlin
- Psarras, Dimitris, 2013: *Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise. Der Aufstieg der Naziartei Goldene Morgenröte in Griechenland*, RLS-Analysen, Berlin
- Rakowitz, Nadja, 2013: Austeritätspraxen. Über gesundheitliche Nebenwirkungen der Troika-Politik in Griechenland, in: *Grundrisse*, [www.grundrisse.net/grundrisse46/austeritaetspraxen.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse46/austeritaetspraxen.htm)
- Raunig, Gerald, 2012: n-1. Die Mannigfaltigkeit machen. Ein philosophisches Manifest, in: *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*, Wien/Berlin, 113-34
- Rehmann, Jan, 2013: Verbindende Partei oder zurück zum »Bewegungskrieg«?, in: *Luxemburg*, H. 1, 139-42
- ders., 2012: Occupy Wall Street und die Hegemoniefrage – Eine gramscianische Analyse, in: *Das Argument* 300, 54. Jg., H. 6, 897-909
- Richmond, Matthew, 2013: Brazil: The giant has awoken, in: *red pepper*, 19. Juni 2013, [www.redpepper.org.uk/brazil-the-giant-has-awoken/?utm](http://www.redpepper.org.uk/brazil-the-giant-has-awoken/?utm)
- Rilling, Rainer, 1982: Das vergessene Bürgertum, in: *Das Argument* 131, 24. Jg., 34-47
- Ross, Stephanie, 2010: Jenseits des Staates? Strategische Folgen anti-staatlicher

- Positionen, in: *Luxemburg*, H. 1, 148-57
- Roth, Karl Heinz, 2012: *Griechenland: Was tun?*, Hamburg
- Roth, Karl-Heinz, 1994 (Hrsg.): *Die Wiederkehr der Proletarität*, Köln.
- ders., u. Zissis Papadimitrou, 2013: *Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa*, Hamburg
- Rugh, Peter, 2012: Struggles, New and Old, Emerge in Sandy's Wake, in: *In These Times*, 26.11.2012
- Ruiz, Chema, 2013a: Eine Revolution braucht Organisationsstrukturen, im Gespräch mit Lara Hernández, in: *Luxemburg*, H. 1, 122-27
- ders., 2013b: Die Veränderung hat begonnen. Reorganisation der Bewegungen in Spanien, in: *Luxemburg* online, [www.zeitschrift-luxemburg.de/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/)
- Ruiz Herranz, Jose María, 2013: Bildung gibt es nicht gratis. Die grüne Welle der Proteste in Spanien, in: *Luxemburg*, April, [www.zeitschrift-luxemburg.de/bildung-gibt-es-nicht-gratis-die-grune-welle-der-proteste-in-spanien/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/bildung-gibt-es-nicht-gratis-die-grune-welle-der-proteste-in-spanien/)
- Russell Kahn, Joshua, u. Harmony Goldberg, 2012: *New Radical Alliances for a New Era: How the Left's Talk of Co-optation Missed the Real Critical Questions that the 99% Spring Offers Our Movements*, <http://zcommunications.org>.
- Sanchez, Pablo, 2013: Right2Water. Wie das erste europäische Bürgerbegehren zum Erfolg wurde, in: *Luxemburg*, H. 3-4, 162-67
- Sanz Alcántara, Miguel, 2013: Bezahlt wird nicht!, in: *Luxemburg*, H. 1, 34-39
- Savran, Sungur, 2013: Bonapartist Coup in Egypt!, in: *The Bullet* No. 848, Socialist Project, 4. Juli 2013, [www.socialistproject.ca/bullet/848.php](http://www.socialistproject.ca/bullet/848.php)
- Schmid, Veronika, u. Matthias Bös, 2010: Aufbruchstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden?, in: W. Heitmeyer (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 8, Frankfurt a.M., 107-27
- Schrader, Heike, u. Achim Rollhäuser, 2011: Molotows gegen KNATs. Zur Diskussion in Griechenland über die Ereignisse auf der Demo am 20. Oktober in Athen, in: *analyse & kritik*, Nr. 566, 18
- Schultheis, Franz, 2005: Gesellschaft ohne Eigenschaften«, in: ders., u. K. Schulz (Hrsg.), *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag*, Konstanz, 575-83
- Sennett, Richard, 2000: *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin
- Soares, Pedro Filipe, 2013: *Greece: Syriza congress unites its forces for a left government*, <http://links.org.au/node/3446>
- Solidarity4all, 2013: *Solidarität für Alle! Solidarität ist die Macht der Völker! Für eine internationale Solidaritätskampagne mit der griechischen Bevölkerung*, [www.solidarity4all.gr/sites/www.solidarity4all.gr/files/deutsch.pdf](http://www.solidarity4all.gr/sites/www.solidarity4all.gr/files/deutsch.pdf)
- Sonti, Samir, 2011: Occupy the Workplace, in: *Viewpoint Magazine*, 30. Okto-

- ber, <http://viewpointmag.com/2011/10/30/unions-and-ows/>
- Stotiris, Panagiotis, 2013a: *The struggle in Greek universities needs all the support it can get!*, <http://lastingfuture.blogspot.gr/2013/11/the-struggle-in-greek-universities.html?view=magazine>
- ders., 2013b: *Neoliberalism and higher education in Greece*, <http://lastingfuture.blogspot.gr/2013/02/neoliberalism-and-higher-education-in.html?view=classic>
- ders., 2013c: *Greece: Social struggles, political crisis and the challenges for left strategy*, <http://lastingfuture.blogspot.gr/2013/11/greece-social-struggles-political.html?view=flipcard>
- ders., 2013d: *Greece: The crackdown on Golden Dawn and the need for the Left to regain initiative*, <http://lastingfuture.blogspot.de/2013/09/greece-crackdown-on-golden-dawn-and.html?view=flipcard>
- ders., 2012a: *The december 2008 greek youth rebellion and subsequent waves of social unrest in Greece*, <http://lastingfuture.blogspot.gr/2012/12/the-december-2008-greek-youth-rebellion.html?view=flipcard>
- ders., 2012b: Griechenland und die dunkle Seite der europäischen Integration. Sparpolitik, eingeschränkte Souveränität und soziale Verwüstung, in: *Luxemburg*, H. 2, 20-7
- ders., 2012c: Der EU geht es nicht um die Schulden, Interview in: *Jungle World*, Nr. 39, 27. September, <http://jungle-world.com/artikel/2012/39/46283.html>
- Spivak, Gayatri, 2008: *Can the subaltern speak?* (1988), hrsg. v. H. Steyerl, Wien
- Spourdalakis, Michalis, 2012: Left strategy in the Greek cauldron: Explaining Syriza's success, in: L. Panitch, G. Albo, V. Chibber (Hrsg.): *The question of strategy. Socialist Register 2013*, 98-119
- Staley, Oliver, 2013: *Unemployed Greeks reconnect as underground electricians defy law*, <http://www.bloomberg.com/news/2013-12-05/unemployed-greeks-reconnect-as-underground-electricians-defy-law.html>
- Stefanidis, Alexandros, u. Ferry Batzoglou, 2013: Land in Flammen, in: *SZ-Magazin*, H. 5, <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/39803/1/1>
- Steyerl, Hito, 2007: Einleitung, in: Gayatri Chakravorty Spivak, *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien/Berlin, 1-12
- Stiglitz, Joseph, 2011: Of the 1%, by the 1%, for the 1%, in: *Vanity Fair*, May, [www.vanityfair.com/society/features/2011/05/top-one-percent-201105](http://www.vanityfair.com/society/features/2011/05/top-one-percent-201105)
- Syriza, 2013: *The great social and political movement of subversion*, Political resolution, first congress of Syriza, <http://left.gr/news/political-resolution-1st-congress-syriza>
- dies., 2012: *The economic program of Syriza-EKM*, [www.socialistproject.ca/](http://www.socialistproject.ca/)

- bullet/653.php
- Thompson, Edward P., 1987: *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse* (1963), 2 Bde., Frankfurt a.M.
- Triandafilidou, Haris, 2013: Unvollständige Emanzipation. Die Rolle von Frauen in der neoliberalen Krisenbearbeitung in Griechenland, in: *Luxemburg*, H. 1, 112-17
- dies., 2011: *Schulden, Europa und die Krise. Debatten der griechischen Linken über Alternativen zum neoliberalen Katastrophenkurs*, [www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_triandafilidou\\_griechenland.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_triandafilidou_griechenland.html)
- Trogisch, Corinna, 2013: Die Tanten von Gezi, in: *Luxemburg*, H.3-4, 90-97
- Tsipras, Alexis, 2013a: Wir Europäer, in: *Le Monde diplomatique*, Dezember, 7
- ders., 2013b: Wie die griechische Linke die Krise überwinden will, Interview in: *Nachdenkseiten*, [www.nachdenkseiten.de/?p=18658](http://www.nachdenkseiten.de/?p=18658)
- Tsomou, Margarita, 2012: Die Freiheit, weiterzumachen, in: *die tageszeitung*, 15. Februar, <http://www.taz.de/!87721/>
- Tugal, Cihan, 2013: Occupy Gezi: Die Grenzen des neoliberalen Erfolgs der Türkei, in: *Luxemburg-online*, [www.zeitschrift-luxemburg.de/cihan-tugal/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/cihan-tugal/)
- Urban, Hans-Jürgen, 2009: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Mai, [www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/mai/die-mosaik-linke](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/mai/die-mosaik-linke)
- Varoufakis, Yanis, 2013: *Can Greece's Syriza change Europe's economy? The biggest threat to Greece's left-wing coalition is itself*, <http://left.gr/news/can-greeces-syriza-change-europes-economy>
- Vöpel, Eva, 2013a: Und sie senden weiter. Besetzter Fernsehsender in Griechenland, in: *taz*, 23.06.13
- dies., 2013b: Griechenland: Vertiefung der Schocktherapie, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 8, 17-20
- Vöpel, Eva, 2013c: Athen erlebt Tage des Zorns, in: *taz*, 22.6.2013
- Wacquant, Loïc, 2007: Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität, in: *Das Argument* 271, H. 3, 399-409
- ders., 2004: Roter Gürtel, Schwarzer Gürtel. Rassentrennung, Klassenungleichheit und der Staat in der französischen städtischen Peripherie und im amerikanischen Ghetto, in: H. Häußermann, M. Kronauer u. W. Siebel (Hrsg.), *An den Rändern der Städte*, Frankfurt a.M., 148-201
- Wahl, Asbjörn, 2012: Verteidigung der europäischen Wohlfahrtsstaaten? Strategien für Bewegungen, Gewerkschaften und linke Parteien, in: *Luxemburg*, H. 2, 84-95
- Waibel, Tom, 2012: Das Unmögliche ist unaufhaltbar. Oder: Woran erkennt man eine Revolution?, in: *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Po-*

- litischen*, Wien/Berlin, 87-112
- Wainwright, Hilary, 2013a: Resist and transform: the struggle for water in Greece, in: *Red Pepper*, [www.redpepper.org.uk/tapping-the-resistance-in-greece/](http://www.redpepper.org.uk/tapping-the-resistance-in-greece/)
- dies., 2013b: The day Greece's TVs went dark, in: *Red Pepper*, [www.redpepper.org.uk/day-greece-tv-went-dark/](http://www.redpepper.org.uk/day-greece-tv-went-dark/)
- dies., 2012a: Griechenland: Syriza weckt Hoffnungen, in: *Luxemburg*, H. 3, 118-25
- dies., 2012b: Transformative power. Political organisation in transition, in: L. Panitch, G. Albo u. V. Chibber (Hrsg.): *The question of strategy, Socialist Register 2013*, 137-58
- Wilde, Florian, 2012: Einleitung. Die Rückkehr des politischen Streiks, in: A. Galas, J. Nowak u. F. Wilde (Hrsg.): *Politische Streiks im Europa der Krise*, Hamburg, 7-21
- Wilkens, Chrissi, 2013: Diese Zeitung ist ein kleines Wunder, in: *Jungle World*, Nr. 7, 14. Februar, <http://jungle-world.com/artikel/2013/07/47152.html>
- Williams, Steve, 2013: *Fordert alles. Lehren aus dem Transformativen Organizing*, [www.rosalux.de/publication/39323/fordert-alles.html](http://www.rosalux.de/publication/39323/fordert-alles.html)
- Willis, Paul, 2013: *Spaß am Widerstand* (Learning to Labour, 1977), Berlin/Hamburg
- Wolff, Richard, u. Jan Rehmann, 2011: Occupy Wall Street. Eindrücke und vorläufige Überlegungen, in: *Luxemburg*, H. 4, 124-128
- Wright, Erik Olin, 2010: *Envisioning Real Utopia*, London
- dies., u. João Peschanski, 2011: Die Proteste in Wisconsin, in: *Luxemburg*, H. 2, 25-35
- Young, Ethan, 2011: Occupy Wall Street öffnet politische Räume für die US-Linke, in: *Luxemburg*, H. 4, 140-45



# VSA: Bücher für Bewegungen



Dieter Klein  
**Das Morgen tanzt im Heute**  
Transformation im Kapitalismus  
und über ihn hinaus  
Eine Veröffentlichung der Rosa-  
Luxemburg-Stiftung  
216 Seiten | EUR 16.80  
ISBN 978-3-89965-568-1  
Die globalen Krisen fordern eine erneute  
Große Transformation zu einem zukunfts-  
fähigeren Gesellschaftssystem heraus.



Steffen Lehndorff (Hrsg.)  
**Europa vor einem verlorenen  
Jahrzehnt?**  
Länderstudien und Politikanalysen  
zum Triumph gescheiterter Ideen  
350 Seiten | EUR 24.80  
ISBN 978-3-89965-574-2  
In zehn Länderkapiteln (Deutschland,  
Frankreich, Griechenland, Großbritannien,  
Irland, Italien, Österreich, Schweden,  
Spanien und Ungarn) wird gezeigt, wie  
verschiedene Sozialmodelle im Krisen-  
prozess verändert werden und auf welcher  
verhängnisvolle Weise Fehlentwicklungen  
durch Austeritätspolitik und den Umbau  
der industriellen Beziehungen, Arbeits-  
märkte und Sozialsysteme noch verstärkt  
werden.

Prospekte anfordern!

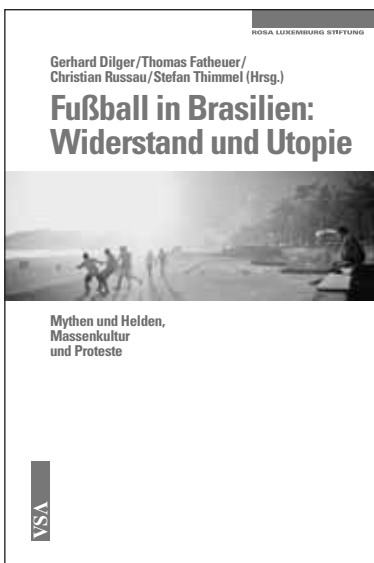
**VSA**

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



# VSA: ReOrganisation



Gerhard Dilger/Thomas Fatheuer/Christian Russau/Stefan Thimmel (Hrsg.)

## **Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie**

Mythen und Helden,  
Massenkultur und Proteste

Eine Veröffentlichung der Rosa-  
Luxemburg-Stiftung

240 Seiten | EUR 16.80

ISBN 978-3-89965595-7

Die Autor\_innen tragen Aspekte des brasilianischen Fußballs und des Fußballs weltweit zusammen. Mit der Zuspitzung auf Widerstand und Utopie werden kritische Blickwinkel auf die WM 2014 eröffnet.



Alex Demirović

## **Wissenschaft oder Dummheit?**

Über die Zerstörung der Rationalität  
in den Bildungsinstitutionen

Eine Veröffentlichung der Rosa-  
Luxemburg-Stiftung

176 Seiten | EUR 16.80

ISBN 978-3-89965-572-8

Die Einwände, die gegen die neoliberale Zurichtung der Bildung erhoben werden, zielen meist auf die Demokratiedefizite ab. Aus dem Blick gerät dabei oft, welche Konsequenzen die »Verwettbewerblichung« von Bildungsinstitutionen auf die wissenschaftliche Erkenntnisproduktion selbst hat.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

**VSA**

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)